ISSN 2199-3572

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Nr. 6 (70) Juni 2020/ Siwan – Tammuz 5780 UNABHÄNGIGE MONATSZEITUNG · HERAUSGEGEBEN VON DR. R. KORENZECHER 3,70 €

Zuckerberg: „Das Silicon Valley ist ein extrem linkslastiger Ort."
Twitter hat einen Tweet von Trump einem tendenziellen „Faktencheck" unterzogen
SEITE 3

Steinmeier: Der linke Iran-Freund im Präsidialamt
Der Bundespräsident mit der linksradikalen Vergangenheit
SEITE 10

Warum Jazz-Legende Louis Armstrong jiddisch sprach
Eine jüdische Familie half dem vaterlosen Jungen in seiner Kindheit.
SEITE 48

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Liebe Leserinnen und liebe Leser,
die absoluten Zahlen der mit dem Corona-Virus Infizierten und Erkrankten gehen zurück und leiten nach einigen bereits im Mai vorgenommenen Lockerungen besonders im soeben begonnenen Monat Juni eine erhebliche Zahl von Aufhebungen und Teilaufhebungen der seit vielen Wochen bestehenden erheblichen Virusbedingten Restriktionen ein.

Gleichzeitig steigt die Ungeduld der so dramatisch, drastisch und substantiell eingeschränkten Menschen und der mit wenigen Ausnahmen über alle Maßen gebeutelten Wirtschaft. Deutlich an Fahrt gewinnt auch die Diskussion, ob die per Dekret der Exekutive verordnete Anti-Corona-Vollbremsung unseres gesamten Lebens überhaupt in diesem extensiven Umfang erforderlich war, und ob die Lockerungs-Maßnahmen zu früh oder zu spät kommen, und zu weitgehend oder zu gering ausfallen.

Dabei fallen die Antworten je nach politischer Anschauung, Lebens- und Betroffenheitslage sowie Zugehörigkeit zur Alters- und Gefährdungsgruppe sehr unterschiedlich, und vor allem überaus subjektiv und – von der vielbeschworenen Corona-Solidarität kaum eine Spur – sehr Eigeninteresse-bezogen aus. Das Virus mag klein sein, seine gesellschaftliche Sprengwirkung ist enorm.

Hatte ich bereits im Februar geschrieben, dass die Anzahl der wirtschaftlichen Untergänge die Zahl der Corona-Geschädigten und -Toten bei weitem überschreiten wird, so musste ich im Mai hinzufügen, dass, wenn auch von vielen noch nicht erkannt, wir uns bereits in einem in uns hineingetragenen Krieg befinden – nicht nur gegen die heimtückische Infektion, die die kaum Erkrankten gegen die Schwerkranken einnimmt und Alt von Jung trennt, sondern auch für den Erhalt unserer Gesellschaft und unseres bisherigen Lebens in Freiheit, Wohlstand und Demokratie.

Es ist wahr, die Corona-Krise vermochte vielleicht viele andere durch unsere linkslastige und Islam-affine Politik verursachten Probleme in den Hintergrund zu drängen. Sie löste sie aber nicht und schaffte sie auch nicht ab. Die Probleme des Versagens unserer Politik sind keinesfalls verschwunden. Sie werden wiederkommen und sich noch erheblich verschärfen.

Dies umso mehr als es der etablierten Merkel-Regierung gelungen zu sein scheint, ihren bisherigen und durchaus verdienten Wahlstimmenverlust à conto Rettung aus der Corona-Krise zu stoppen und sogar teilweise verlorenes Terrain wiederzugewinnen.

Fortsetzung Seite 2 ▶▶

Österreich 3,80 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN

06

4 198807 003709

Israels 35. Regierung ist vereidigt

ERIC SCHWAB, AFP

Adina Valman / KNESSET SPOKESPERSON OFFICE AFP

Von Godel Rosenberg (Redaktion Audiatur)

Israel hat nach 508 Tagen der politischen Ungewissheit und drei Parlamentswahlen wieder eine Regierung – wenn auch eine mit rotierenden Ministerpräsidenten. Der Alte ist vorerst der Neue und damit beginnt eine schier endlose Liste der Superlative, die die fünfte Regierung Benjamin Netanjahu aufweist. Im Guten wie im Schlechten.

Die 35. Regierung seit der Staatsgründung hat 34 Minister und 16 Minister-Stellvertreter. Staatsgründer David Ben-Gurion kam noch mit 13 Ministern aus. Fest steht auch: von den 73 der 120 Stimmen, die für den am längsten amtierenden Ministerpräsidenten Israels gestimmt haben, sind über die Hälfte Teil der Gesetze beschließenden Exekutive. Noch nie gab es in Israel, das noch nach jeder Wahl neue Posten erfunden hat, ein Kabinett mit so vielen Ministern, Stellvertretern und Parlaments-Ausschussvorsitzenden. Dazu gehört mit Pnina Tamano-Shata auch zum ersten Mal eine in Äthiopien geborene Israelin, die das Einwanderungs- und Integrationsministerium leiten wird.

Ministerpräsident Netanjahus wichtigster „Partner" aber heißt Covid-19. Ohne ihn hätte es diese Regierung nicht gegeben. Das Virus, das dem Land bisher 272 Todesopfer, 16.621 Infizierte (Quelle: John-Hopkins-Universität) und einen Wirtschaftsschaden von über 30 Milliarden Euro zugefügt hat, ist das unsichtbare Band, das diese Regierung zusammenschweißt. Der aktuelle Staatsfeind Nr. 1 heißt nicht Hisbollah, Hamas oder Iran, sondern vielmehr Corona. Netanjahu hat in seiner Mini-Regierungserklärung nach einer nicht enden-wollenden Vereidigungszeremonie unter Einhaltung einer Abstandsregelung die Wiederbelebung der Wirtschaft als zweitwichtigstes Thema genannt. Erst danach kamen die äußeren Feinde in der nahöstlichen Nachbarschaft.

Kein Wort verlor Netanjahu über das Gerichtsverfahren gegen ihn wegen Korruption. Dafür versuchte er das aufgeblähte Kabinett mit einem Zahlenspiel zu begründen: seine Regierungsmannschaft kostet jährlich rund 20 Millionen Euro mehr. Aber Neuwahlen hätten über 500 Millionen verschlungen. Eine Erklärung, die dem israelischen Volk mit einer Arbeitslosenquote von 27 Prozent schwer zu vermitteln ist.

Komödianten: Minister fürs kalte und fürs warme Wasser?

Gespannt darf man auch sein, was Minister „für Beziehungen zum Parlament", „Aufsicht für das Budget", „Ausbau der Siedlungen", „Stärkung der Gemeinden" im Regierungsalltag zu tun haben und wie ihre Leistungen zu bemessen sind. Der Humor geht in Israel dabei nie verloren. Wenige Stunden nach der Kabinettsvereidigung fehlten den Komödianten im TV-Programm noch zwei Minister: einer fürs kalte und einer fürs warme Wasser.

Ach ja, da war noch der Blau-Weiß-Parteivorsitzende Benny Gantz, der sich den Titel „alternierender und zukünftiger Ministerpräsident" zusätzlich zum Verteidigungsminister verpasste. Er bestand auch darauf, dass der „Wechsel-PM" ein eigenes Büro mit allen Vorzügen bekommt. Die Vorzüge heißen für jeden Minister eine um 1.200 Euro höhere Bezahlung gegenüber einem Parlamentsabgeordneten, acht statt drei Mitarbeiter und chauffiert werden die Chefs im Dienstwagen mit zwei Fahrern zur Auswahl. Dafür fiel der übliche Toast nach dem ersten Kabinettstreffen aus. Aus Hygiene-Gründen gab es statt eines Glases koscheren Weins ein vorbildliches Desinfizieren der Minister-Hände mit Alco-Gel, begleitet von einem ermutigenden Aufruf des Regierungschefs: „Lasst-uns-an die Arbeit-gehen".

Staatspräsident Rivlin hat noch ein Problemchen mit dem obligatorischen Lichtbild der neu vereidigten Regierung. Er schrieb das Gesundheitsministerium mit der Bitte an, ihn zu beraten, wie man bei Einhaltung einer Abstandsregelung alle politischen Würdenträger auf einem Foto ablichten könne. Die Antwort steht noch aus. Mazal tov Israel!

Über den Autor Godel Rosenberg:
Journalist, Autor, Hightech-Unternehmer. Godel Rosenberg war Pressesprecher der CSU und von Franz Josef Strauß, Fernsehjournalist, TVModerator und Repräsentant des DaimlerKonzerns in Israel. Von 2009 bis 2018 war Godel Rosenberg der Repräsentant Bayerns in Israel.

Fortsetzung auf Seite 2 ▶▶

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

Die Polarisierung der Gesellschaft wird nach Ende von CoVid-19 vermutlich noch stärker aufbrechen als bisher. Corona hat die vor allem auf das Schuldkonto der Kanzlerin und der GroKo gehende Spaltung des Landes, das schnelle Wachsen links- und rechtsextremer Positionen, und den jetzt schon irreversiblen Schaden, den unsere Demokratie bereits genommen hat, nur verdeckt, aber nicht repariert – von der verheerenden Gewaltexplosion auf unseren Straßen und Plätzen, die selbst vor Corona nicht Halt macht, von den Islam-dominierten No-Go-Areas und der weiter zunehmenden Verunmöglichung jüdischen Lebens in unserem Lande ganz zu schweigen.

Abgeschirmt und verdeckt von der Corona-Krise ist es bei der heutigen Sicherheitslage unseres Landes – um nur ein Beispiel zu nennen – möglich, dass eine 50-köpfige Horde von wohl weitestgehend Islam-migrantischen Gewalttätern durch gezielte Brandlegung Einsatzkräfte von Feuerwehr und Polizei in einen Hinterhalt lockt und körperlich angreift, dann anschließend nahezu unbehelligt flieht, während dieses ungeheuerliche Vorgehen unseren Medien und unserer politisch Verantwortlichen offensichtlich wegen der nicht ins ideologische Bild unserer Islam-affinen Politik passenden Tätergruppe nur eine marginale Erwähnung wert ist.

Deutsche Empörung über Amerika, nicht über den Islam

Der doppelte Standard und die Heuchelei unsere Politik und ihrer Leitmedien ist derart offensichtlich, dass es kaum einer Erwähnung bedarf, dass es politische Kräfte aus der gleichen Richtung sind, die das Ausufern der sich zunehmend antisemitisch mit Angriffen auf jüdische Menschen und ihre Einrichtungen ausweitenden US-Tumulte gerechtfertigt finden, aber kein Wort der Verurteilung für die täglich zunehmende auch und vor allem gegen Juden gerichtete islamische Gewalt auf unseren Straßen übrig haben.

Die Reihe derartiger vorsätzlicher politischer Defizite und Ungereimtheiten unserer vor allem auch von unserem Bundespräsidenten mit linksradikaler Vergangenheit gelebten Politik lässt sich viel, viel weiter fortsetzen und würde den Rahmen dieser Kolumne bei weitem sprengen.

Dazu ist bereits jetzt aus den entsprechenden Einlassungen der politisch Verantwortlichen zu erkennen, dass unsere offensichtlich aus dem Ruder jeder politischen Vernunft und demokratischen Anstandes gelaufene Politik sobald es nur möglich sein wird, den exponentiell wachsenden links- und grünorientierten, mit einem Klima-Alibi in Richtung Sozialismus 2.0 strebenden politischen Irrsinn verstärkt weiter betreiben wird.

So wird beispielsweise die ohne eigenes Verschulden entstandene Notlage der Auto-Industrie dazu missbraucht, den motorisierten Individualverkehr trotz seiner besonderen Bewährung gerade in Corona-Zeiten weitestgehend zu verhindern oder Unterstützung überhaupt nur noch dann zu gewähren, wenn sie sich den vom Verbraucher keinesfalls goutierten, von der Klima-Lobby erfundenen Klima-Zielen unterwirft.

Dabei ist das Versagen der linken und grünen Politik besonders in Corona-Zeiten unübersehbar. Die hysterisch erfundene Klima-Apokalypse der Zeugen Gretas und ihrer Anhänger vermochte jedenfalls nicht zu verhindern, dass das Konzept des öffentlichen Nahverkehrs mit Autoverzicht einer Krise wie Corona nicht standhält. Heute ist jeder dankbar, der noch im Schutz seines eigenen motorisierten Fahrzeugs wenigstens die vitalsten Besorgungen erledigen kann.

Nicht besser als der Autoindustrie ergeht es der Lufthansa, die als wichtigste nationale Fluggesellschaft aus Klima-ideologischen Gründen dazu erpresst wird, Flugrechte auf wichtigen deutschen Flughäfen einzuschränken oder gar weitgehend auf innerdeutsche Flüge zu verzichten.

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Israelische Soldaten gucken nach der Eroberung der Altstadt von Jerusalem 1967 ergriffen zur Klagemauer.

Der Staatenbund, der zum Bundesstaat wird

Besonders negativ, wie auch in vielen anderen politischen Bereichen, offenbart sich hier die offensichtliche Machtusurpation der von ihren Gründungsvätern eigentlich als Zollunion und Grenzverkehr-Erleichterungsbund unabhängiger Staaten konzipierten, sich aber wie ein Bundesstaat gerierenden Europäischen Union, die sich hier ohne wirklich paritätisch gewähltes Parlament über die Souveränität der einzelnen Mitgliedsstaaten hinausgehende dirigistische Maßnahmen in Richtung Lufthansa erdreistet, und damit bei unserer Regierung auch noch Gehör findet.

Dass dazu auf Grund der Israel-aversen Ausrichtung der EU auch die finanzielle Unterstützung arabischen Terrors gegen Israel gehört, gegen die sich ausschließlich die neue wertkonservative Opposition richtet, muss kaum noch erwähnt werden.

Unsere Zeitung gibt es in dem soeben begonnenen Monat seit genau sechs Jahren.

Das sind sechs Jahre, in denen wir Sie, liebe Leser auf den zunehmenden verheerenden Umbau unseres bislang noch freiheitlich-demokratischen westlichen Staates und die vor allem angesichts des importierten islamischen Judenhasses wachsende Verunmöglichung eines offenen und würdigen jüdischen Lebens ohne demütigendes Identitäts-Mimikry hinweisen, während unsere Leser uns mit wachsendem Interesse und in wachsender Zahl treu zur Seite gestanden und uns mit Ihren zahlreichen wertvollen, konstruktiven Beiträgen und Hinweisen in der Richtigkeit unseres Bemühens bestärkt und mit Mut und Zuversicht für unsere Aufgabe erfüllt haben.

> „Die JÜDISCHE RUNDSCHAU gibt es in dem soeben begonnenen Monat seit genau sechs Jahren.“

Mut hierfür macht uns 72 Jahre nach der neuen Staatsgründung auch die erfreuliche Entwicklung des an Attraktivität als prosperierende westliche Demokratie ständig zunehmenden jüdischen Staates und seiner nunmehr seit über 50 Jahren wiedervereinigten heiligen jüdischen Hauptstadt Jerusalem.

Die Wiedervereinigung Jerusalems

Die Wiedervereinigung Jerusalems ist das symbolträchtigste Resultat des Sechs-Tage-Krieges. Sie besiegelt die Befreiung des dem im Jahre 1948 noch schwachen jüdischen Staat von den Jordaniern geraubten Ostteils der jüdischen Hauptstadt während des sich in diesem Monat zum 53. Mal jährenden Kriegsgeschehens vom Juni 1967.

Seit König David die Stadt im Jahre 1004 v.d.Z. zum Mittelpunkt seines Reiches gemacht hatte, ist Jerusalem die historische Hauptstadt des jüdischen Volkes geblieben – auch nach seiner Zerstörung durch die Römer im Jahre 70 n.d.Z. und zeitweiligen Umbenennung Jerusalems in Aelia Capitolina.

Seit 1948 ist Jerusalem die politische Hauptstadt des Staates Israel.

Nach der Teilung Jerusalems durch die völkerrechtswidrige jordanische Annexion von 1948 hatten Juden keinen Zugang mehr zu ihrer heiligsten Stätte, der Klagemauer. Die Jordanier verletzten ohne Beanstandung oder Verurteilung durch die UNO sämtliche Vereinbarungen des Waffenstillstandsabkommens, die Jerusalem betrafen.

Zwischen 1948 und 1967 entweihten sie nicht nur Hunderte von jüdischen Gräbern auf dem Ölberg, sondern zerstörten auch 58 Synagogen im jüdischen Viertel der Altstadt Jerusalems. Nur eine einzige Synagoge entging dem Schicksal der Zerstörung und Plünderung. Auch dafür wurde Jordanien von der UNO niemals gerügt oder verurteilt.

Seit der Wiedervereinigung Jerusalems 1967 haben wieder Angehörige aller Religionen freien Zugang zu ihren heiligen Stätten, die von ihren jeweiligen religiösen Autoritäten verwaltet werden.

Für den uralten jüdischen Tempelberg, auf dem zur Demütigung der Juden und Entweihung des jüdischen Heiligtums durch die islamischen Eroberer vor erst etwas mehr als tausend Jahren eine Eroberungsmoschee errichtet wurde, behindern Muslime dagegen in Umkehrung der historischen Zusammenhänge mit Gewalt und wiederholten Mordattacken gegen jüdische Besucher immer wieder den Zutritt.

Wie wenig geschichtliche Grundlage der vor allem auch von unserer Israel-Delegitimierungspolitik mit großem Nachdruck gestützte, widerrechtliche arabische Besitzanspruch auf den Tempelberg hat, belegt nichts besser als der von den islamischen Usurpatoren damals gewählte Name der auf den Resten des jüdischen Tempels aufgestellten Moschee selbst: „Al Aqsa“ bedeutet übersetzt „fern“. Masgid al Aqsa, wie die Moschee vollständig heißt, bedeutet demnach nichts anderes als „die ferne Kultstätte“ und enttarnt in hervorragender Weise, wie wenig sich der Islam vor seinen mittelalterlichen Raubzügen in der Hauptstadt der Juden beheimatet sah.

Auch bezüglich des Sechs-Tage-Krieges wird kaum eines der damaligen Ereignisse, der historischen Zusammenhänge von 1967 und schon gar nicht die Kriegsursache, die in der absoluten Vernichtungs-Aggression der arabischen Nachbarn bestand, heute in der Islam-devoten, faktenverdrehenden und den gesamten Staat Israel delegitimierenden Mainstream-Politik und -Presse objektiv und sachrichtig dargestellt.

Selbst die gut dokumentierte unverhohlene Drohung der arabischen Nachbarn, Israel physisch zu vernichten, wird heute ausgeblendet oder zumindest relativiert.

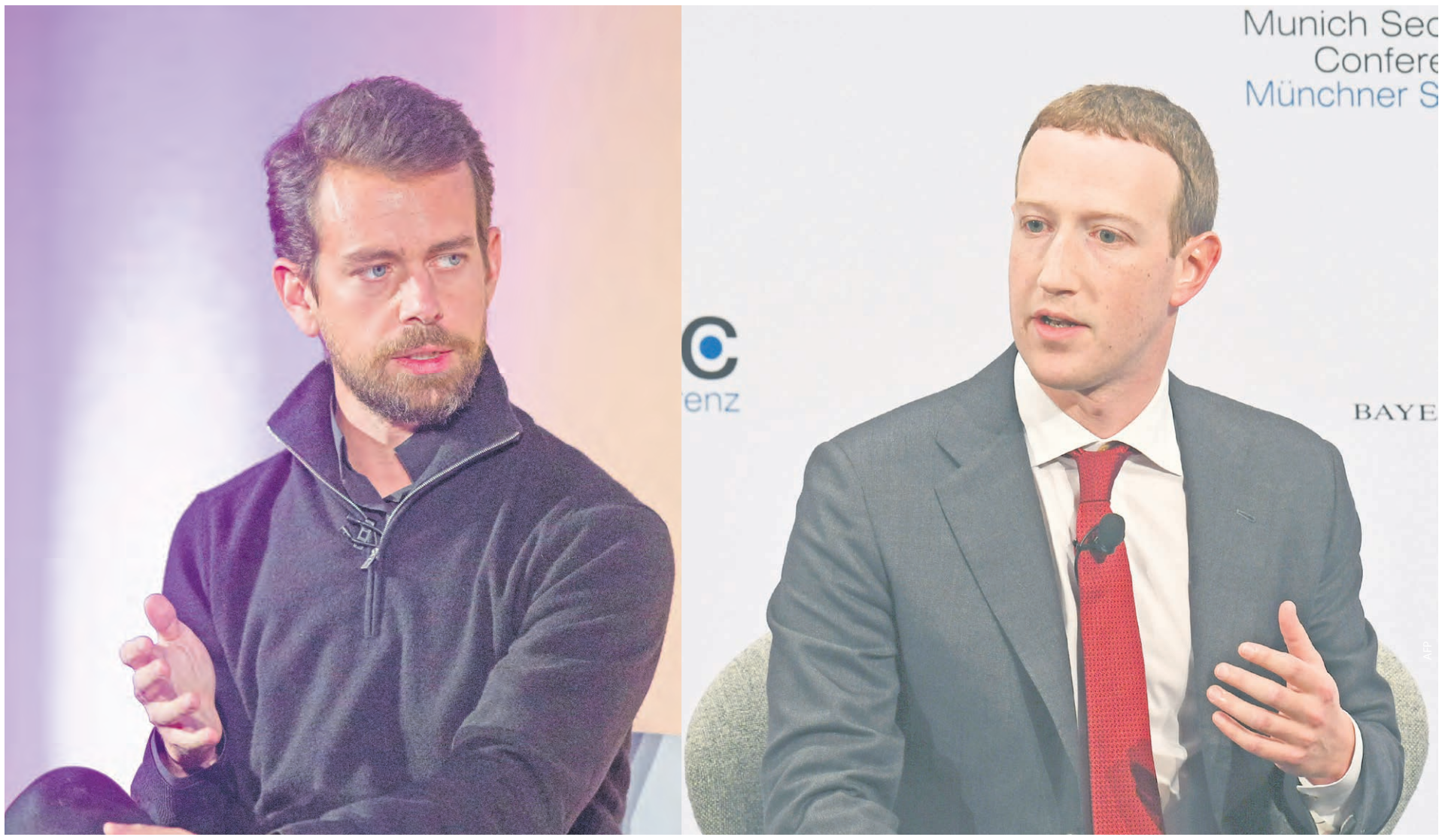
Verdrehung der Geschichte

Entgegen besserem historisch belegbaren Wissen wird bis heute der Anspruch Israels in Abrede gestellt auf sein gesamtes, ihm von der UN 1947 zugesprochenes Territorium in Judäa, Galiläa und Samaria mit uralten jüdischen Städten wie Jericho, Hebron, Nazareth, Betlehem u.a.m. sowie vor allem auf seine ewige und ungeteilte jüdische Hauptstadt Jerusalem zu Gunsten einer in der Geschichte der Region niemals aufgetretenen, friedensfeindlichen und erst in den Jahren nach dem 6-Tage-Krieg erfundenen sogenannten „palästinensischen“ Identität.

▶▶ Fortsetzung auf Seite 9

Selbst Trump-Gegner Zuckerberg räumt ein: „Das Silicon Valley ist ein extrem linkslastiger Ort.“

Twitter hat einen Tweet von Donald Trump einem tendenziellen und fragwürdigen „Faktencheck“ unterzogen und sich gleich anschließend zum Zensor der Aussagen des US-Präsidenten erhoben.



Twitter-Chef Jack Dorsey (links) und Facebook-Chef Mark Zuckerberg

Von Joachim Nikolaus Steinhöfel

Am Mittwoch war wahrhaftig kein guter Tag für die sog. „Faktenchecker“. Und zwar auf beiden Seiten des Atlantiks. Bei uns verbot das Oberlandesgericht Karlsruhe der umstrittenen Organisation „Correctiv“ per einstweiliger Verfügung den „Faktencheck“ einer Meinung als rechtswidrig. Auf der anderen Seite des Ozeans wagte Twitter eine Attacke auf seinen Großkunden Donald J. Trump. Die Kritik an Trumps Reaktion ist begründet, allerdings stehen ihm rechtlich Möglichkeiten offen, die hierzulande völlig übersehen wurden.

„Der Online-Dienst Twitter hat erstmals Kurznachrichten von US-Präsident Donald Trump mit Warnhinweisen versehen und einem Faktencheck unterzogen. Trumps Tweets über eine vermeintliche Betrugsgefahr bei Briefwahlen ‚enthalten potenziell irreführende Informationen über Wahlprozesse‘, teilte Twitter mit. Daher seien sie gekennzeichnet und um zusätzlichen Kontext zu Briefwahlen ergänzt worden,“

berichtete tagesschau.de.

Die Reaktion von Trump auf diese Maßnahme kam prompt. Er tweetete am 27. Mai 2020:

„Republicans feel that Social Media Platforms totally silence conservatives voices. We will strongly regulate, or close them down, before we can ever allow this to happen.“

Die Drohung, ein Unternehmen, dass seine politische Äußerung in Zweifel zieht, schließen zu wollen ist ebenso töricht wie auch in den USA unmöglich und verfassungswidrig. Es dokumentiert auch ein äußerst fragwürdiges Verständnis von Demokratie und Meinungsfreiheit. Dass die sozialen Medien auch in den USA allerdings eine deutliche politische Schlagseite haben, hat selbst Facebook-Chef Mark Zuckerberg im Kongress eingeräumt.

„First, I understand where that concern is coming from because Facebook and the tech industry are located in Silicon Valley, which is an extremely left-leaning place.“

Das entscheidende Problem mit dem redigierenden Eingriff von Twitter liegt aber in einem ganz anderen Bereich, der in der hiesigen Berichterstattung nicht thematisiert wurde. Und zwar in Section 230 des Communications Decency Act. Diese richtungsweisende Vorschrift der Gesetzgebung für das Internet in den USA stellt die sozialen Medien weitestgehend von jeder Haftung für Inhalte Dritter frei.

„No provider or user of an interactive computer service shall be treated as the publisher or speaker of any information provided by another information content provider.“

Wenn sie sich aber wie Verlagshäuser publizistisch einmischen, redigieren, bewerten oder kommentieren, so wie Twitter das jetzt erstmals gemacht hat, verlassen sie diesen privilegierten Bereich der stark beschränkten Haftung und laufen Gefahr, wie normale Verleger (publisher) behandelt zu werden. Dies würde zu drastisch erhöhten Haftungsrisiken führen. Damit droht Trump. Und das ist rechtlich begründet und daher ernst zu nehmen. Mark Zuckerberg hat diese Gefahr sofort erkannt und sich umgehend distanziert:

„Ich glaube einfach fest daran, dass Facebook nicht der Schiedsrichter über die Wahrheit bei allem sein sollte, was die Leute online sagen.”

Er könnte seiner Äußerung hierzulande besondere Glaubwürdigkeit verleihen, wenn er die sinnlose Zusammenarbeit von Facebook mit „Correctiv“ umgehend beendet. Und mal ehrlich: Wer will denn schon mit einem Faktenchecker arbeiten, dem von einem Oberlandesgericht rechtswidrige Faktenchecks ins Stammbuch geschrieben wurden?

Zwei Stunden nach dem erstmaligen Erscheinen dieses Artikels auf meiner Website gestern Abend ist genau das geschehen, was oben als mögliche Option beschrieben wurde:

„The executive order that Mr. Trump signed on Thursday strips liability protection in certain cases for companies like Twitter, Google and Facebook for the content on their sites, meaning they could face legal jeopardy if they allowed false and defamatory posts.”

Anders als in Deutschland haben Gerichte in den USA, soeben erst ein Berufungsgericht in Washington D.C., gegen Nutzer entschieden, die gegen die großen Internetkonzerne wegen deren Eingriffen in die Meinungsfreiheit klagen. Dort heißt es, Facebook, Twitter & Co. seien keine staatlichen Akteure, weshalb man sich ihnen gegenüber nicht auf den ersten Verfassungszusatz (Freedom of Speech) berufen könne. In Deutschland ist das möglich, hier unterliegen die Konzerne als Quasi-Monopolisten (so OLG Dresden u.a.) einer mittelbaren Grundrechtsbindung. Die Anordnung von Trump könnte somit den durchaus positiven Effekt haben, dass auch Nutzer in den USA sich mit Aussicht auf Erfolg gegen Grundrechtseingriffe von Facebook, Twitter usw. vor Gericht werden wehren können. Vor diesem Hintergrund sollte nicht vergessen werden, dass auch Trump sich schon vor Gericht verantworten musste, weil er Twitter-Nutzer unzulässig blockiert hatte.

Zur Abrundung ein Blick auf das Twitter-Profil von Yoel Roth, dem Chef der „Site Integrity” von Twitter, der die „Gemeinschaftsstandards” verfasst und durchsetzt. Roth nannte Trump und seine Mitarbeiter „ACTUAL NAZIS“, den Mehrheitsführer im US-Senat Mitch McConnell einen „Furzsack“ (bag of farts) und bezeichnete alle Trump-Unterstützer als Rassisten. Das darf er ja so sehen und das darf er auch sagen. Ob das allerdings ein überzeugender Beleg für die gebotene Neutralität der Plattform ist, darf man bezweifeln. Aber was soll‘s, Twitter-Chef Dorsey hat ja schon 2017 in einem Podcast öffentlich erklärt, „Ich glaube nicht, dass wir es uns erlauben können, weiter neutral zu sein.”

Unbeachtet von deutschen Medien: Nicht Trumps USA, nicht Johnsons Großbritannien, sondern das EU-Zentrum Belgien hält den traurigen Corona-Sterberekord

Die belgische Regierung handelte vielfach fahrlässig und kanzelte prominenten Corona-Mahner als „Drama-Queen" ab.

Von Drieu Godefridi

JOHN THYS, AFP

Die belgische Gesundheitsministerin Maggie de Block

Es ist noch zu früh für eine abschließende Beurteilung des Managements von COVID-19 durch die Länder der Welt, aber eines ist sicher: Belgien befindet sich mitten in einem großen Gemetzel.

Alles begann 2015, als die Regierung von Premierminister Charles Michel (der heutige Präsident des Europäischen Rates) beschloss, den gesamten „strategischen Bestand" Belgiens von 63 Millionen Schutzmasken zu zerstören, darunter auch den wertvollen Typ FFP2 — 1.200 Paletten, die sorgfältig gelagert und von der Armee in der Kaserne Belgrad in Namur bewacht wurden. Weil sie „veraltet" seien, sagte Gesundheitsministerin Maggie De Block, die noch heute im Amt ist. „Ganz und gar nicht", so die Hauptgewerkschaft der belgischen Armee, „Diese Masken wurden verbrannt... um ‚Platz' für die Unterbringung von Flüchtlingen zu schaffen". Im Jahr 2015 wurden Belgien und Europa auf Einladung der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel von Migranten überrannt, und die Gesetze der EU und die Europäische Menschenrechtskonvention machten es praktisch unmöglich, sie abzulehnen.

Der gesamte strategische Bestand wurde daher verbrannt und nie ersetzt – eine weitere Entscheidung von De Block, die angesichts der Regelmäßigkeit von Epidemien und Pandemien einem Verbrechen gleichkommt. „Gouverner c'est prévoir" („Regieren heißt voraussehen"), sagte Emile de Girardin.

Als sich die Coronavirus-Pandemie auf Belgien ausbreitete, hatte dieses unglückliche Land also fast keine Masken – null für die Bürger, null für die Polizei, null für die Pflegeheime und fast null für die Krankenhäuser.

Die Pandemie brach in Italien viel früher aus als in Belgien. Norditalien, mit seinen starken wirtschaftlichen Verbindungen zu China durch die Textilhäuser und die Modeindustrie, war das wichtigste Epizentrum der Pandemie in Europa. Am 31. Januar untersagte Italien Flüge aus China – ein Schritt, der für Italien leider zu spät kam – und am 21. Februar waren mehrere italienische Städte bereits vollständig abgeriegelt.

Viele Italienischstämmige leben in Belgien

Viele Belgier haben italienische Wurzeln, insbesondere im französischsprachigen Südbelgien (Wallonie), und viele andere lieben Italien. So flogen zwischen dem 22. und 23. Februar Zehntausende Belgier trotz des Ausbruchs der Seuche nach Italien in den Karnevalsurlaub – während die belgische Regierung stumm blieb.

Als diese Menschen aus Italien zurückkehrten, hauptsächlich über die beiden großen belgischen Flughäfen Brüssel-Süd (Charleroi) und Brüssel (Zaventem) wurden sie in keiner Weise kontrolliert. Tatsächlich waren sie bei ihrer Ankunft in Italien kontrolliert worden, aber nicht bei ihrer Rückkehr nach Belgien. Damals sagte Gesundheitsministerin Maggie De Block, dass es nutzlos sei, die Körpertemperatur der Menschen zu kontrollieren, und dass es keinen Sinn mache, die Grenze zu schließen: „Ein Virus macht nicht an Grenzen halt". Als Dr. Marc Wathelet versuchte, die Ministerin vor den Risiken zu warnen, nannte ihn De Block ihn in einem Tweet, der inzwischen gelöscht wurde, eine „Drama-Queen". Es scheint, dass die Epidemie in Belgien vor allem wegen der nicht abgeschirmten Rückkehrer aus Italien so heftig ausgebrochen ist.

Anfang März sah die Regierung von Premierministerin Sophie Wilmès – aus derselben Mitte-Links-Partei des Mouvement Réformateur wie ihr Vorgänger Charles Michel – kein Problem darin, dass die Belgier an Massenveranstaltungen wie dem Salon Batibouw (Immobilienmesse), der Foire du Livre (Buchmesse) und natürlich der Kundgebung zum Internationalen Frauentag am 8. März teilnehmen. Bis zum 8. März waren in Italien bereits 366 Menschen an dem Virus gestorben.

Als Wilmès schließlich beschloss, am 23. März in Form von Verordnungen tätig zu werden, ging es vor allem darum, jegliche Initiative im Bereich Masken und Medikamente durch den privaten Sektor zu verbieten: Die Regierung musste die Angelegenheit selbst in die Hand nehmen.

Leider haben diese Berufspolitiker und ihre „Experten" nicht genügend Erfahrung auf dem Gebiet des internationalen Handels. Die erste Charge der von der belgischen Regierung bestellten Masken wurde nie geliefert; die Masken der zweiten bestellten Charge waren sehr effizient, aber nur für die Zubereitung von Kaffee. Und als ein belgischer Unternehmer Millionen von Masken bestellte, um sie den Behörden zu übergeben, wurde er – ohne Beweise – als „Gauner" verunglimpft.

> „Als Dr. Marc Wathelet versuchte, die Ministerin vor den Risiken zu warnen, nannte ihn De Block in einem Tweet, der inzwischen gelöscht wurde, eine „Drama-Queen".

Anfang April, zwei Monate, nachdem die Pandemie auf Europa übergegriffen hatte, gab es in Belgien also immer noch fast keine Masken, selbst für die Mediziner, die täglich mit den Risiken konfrontiert sind, ganz zu schweigen vom Durchschnittsbürger.

Da es keine Masken gab, beschloss die Regierung, zu verkünden, dass Masken gar nicht nötig sind. Dieser oberste Höhepunkt der Unfähigkeit der belgischen Regierung ist immer noch online auf der persönlichen Website der Gesundheitsministerin Maggie De Block zu finden: „Masken zu tragen, um sich vor dem Coronavirus zu schützen, macht wenig Sinn."

Eigentlich ist Belgien medizinisch gut aufgestellt

Tests sind ziemlich einfach zu entwickeln und die erste Voraussetzung für eine effiziente Reaktion auf eine Pandemie. Die medizinischen Kapazitäten Belgiens sind riesig – Krankenhäuser, Ärzte, öffentliche und private Labors und riesige private Chemieunternehmen – und die öffentlichen Ausgaben in seinem Gesundheitssektor gehören zu den höchsten der Welt. So hatte die belgische Regierung die Möglichkeit, ihre kriminelle Unfähigkeit, Masken zu tragen, durch Tests auszugleichen.

Leider tat sie genau das Gegenteil. Stattdessen gewährte sie dem Labor eines gewissen Marc Van Ranst von der Katholischen Universität Leuven ein De-facto-Monopol für diese Tests. Es gibt keinen denkbaren Grund für diese Entscheidung, und der Effekt war genau der gleiche wie bei den Masken: Ausschluss des privaten Sektors und Rationierung der Tests, an denen es daher vom ersten Tag an auf grausame Weise fehlte.

Die Entscheidung ist umso überraschender, wenn man weiß, dass Van Ranst nicht nur Arzt ist, sondern auch in der Politik aktiv ist. Als bekennender Kommunist und Israelhasser sprach er einmal von einem „Gazacaust" und war sehr stolz auf dieses Wort. Das ist der Mann, der für ganz Belgien zum „Mr. Tests" gekrönt wurde.

Als private Unternehmen neue Testmethoden entwickelten, erließ die belgische Regierung sofort eine neue Regelung, um sie im ganzen Land vollständig zu verbieten, unter dem Vorwand, dass sie möglicherweise nicht 100 % zuverlässig seien.

Keine Masken, keine Vorsorgeuntersuchungen und fast keine Tests – das war die Situation Belgiens inmitten der schlimmsten Pandemie seit der Spanischen Grippe 1918. Es handelt sich um eine dramatische Situation, die ausschließlich auf die erbärmlichen Entscheidungen der belgischen Regierung zurückzuführen ist. Als Wilmès das von ihr geschaffene De-facto-Monopol brach – sie ließ mehr Tests durch private Unternehmen wie GSK zu – war es viel zu spät.

Virenstreuen im Pflegeheim

Leider war das nicht das Ende dieser traurigen Geschichte krimineller Inkompetenz. Der Hauptfehler stand noch aus. Angesichts der Situation in Italien und im Elsass (Frankreich), wo einige Krankenhäuser vorübergehend mit Coronavirus-Patienten überhäuft worden waren, traf die belgische Regierung die im Rückblick wohl schlimmste Entscheidung seit 1945: Menschen, die in Pflegeheimen mit dem Virus infiziert wurden, mussten in Pflegeheimen bleiben. Daher gab es keine Krankenhauseinweisung für diese armen alten Menschen.

In Verbindung mit dem fast völligen Fehlen von Masken und Tests hatte diese Richtlinie katastrophale Folgen – Tote, Tote und noch mehr Tote. Belgien spricht jetzt nicht nur von einer, sondern von zwei Epidemien: eine in der Allgemeinbevölkerung und eine in den Pflegeheimen. Tragischerweise haben fast 50 % der Coronavirus-Todesfälle in Belgien in Pflegeheimen stattgefunden. Trotz der oft heldenhaften Bemühungen ihrer Mitarbeiter sind die belgischen Pflegeheime heute in der Tat eine Todesfalle. Menschen, die allein in ihren Zimmern sterben, dürfen nicht einmal ihre Familien noch ein letztes Mal sehen, um zu vermeiden, dass der Rest der Familie angesteckt wird – eine weitere Idee der belgischen Regierung, die bekräftigt, gestrichen und dann erneut bestätigt wurde.

Keine Masken, keine Tests und Pflegeheime als Todesfalle: Man versteht jetzt, warum Belgien in der Weltrangliste der Coronavirus-Todesfälle pro Kopf der Bevölkerung die Nummer 1 ist!

Dieses belgische Gemetzel ist ausschließlich auf die tragische Inkompetenz der belgischen regierenden „Eliten" zurückzuführen – und war absolut vermeidbar.

Drieu Godefridi, ein klassisch-liberaler belgischer Autor, ist der Gründer des l'Institut Hayek in Brüssel. Er hat an der Sorbonne in Paris in Philosophie promoviert und leitet auch Investitionen in europäische Unternehmen.

Übersetzung: Daniel Heiniger

„Sozialismus des 21. Jahrhunderts“: Öl-Land Venezuela muss iranisches Benzin importieren

Die Beziehungen zwischen Maduros Venezuela und dem Holocaustleugner-Regime der Mord-Mullahs werden immer enger.

Von Stefan Frank

Venezuelan Ministry of Popular Power for Communication (MINCI) AFP

Dieser iranische Öltanker liegt in Venezuela im Hafen von Puerto Cabello vor Anker.

Ein absurdes Schauspiel: Fünf iranische Tanker mit Benzin sind dieser Tage in Venezuela eingetroffen, das Regime in Caracas feiert. Dabei hat Venezuela die größten Ölreserven der Welt.

Doch nach mehr als zwei Jahrzehnten „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ funktioniert nichts mehr in dem einst modernsten Land Südamerikas. Es fehlt an elektrischem Strom, Lebensmitteln, Medikamenten und allem anderen. Wenn aus den Wasserhähnen in der Hauptstadt Caracas überhaupt einmal etwas Wasser kommt, dann ist es schlammig, nicht gechlort und darum so verseucht, dass man krank wird, wenn man es trinkt. Abkochen lässt es sich nicht, denn dafür bräuchte man Gas, und das gibt es in Venezuela auch schon lange nicht mehr, ebenso wenig wie Zahnpasta, Seife oder Toilettenpapier.

Und seit einiger Zeit hat das ölreichste Land der Welt eben auch kein Benzin mehr. Warum ist das so ernst, wo es ja auch an allem anderen mangelt? Am Treibstoff hängen die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft; ohne Benzin und Diesel können keine Güter und Personen mehr bewegt werden, und die Landwirtschaft kommt zum Erliegen. Das Leben stände also buchstäblich still, und der Hunger, der in Venezuela ohnehin grassiert, würde lebensbedrohlich.

Öl als politische Überlebensgarantie

Zudem hatten die Venezolaner über viele Jahrzehnte die niedrigsten Benzinpreise der Welt, das Tanken war quasi umsonst. Da ist eine Benzinknappheit besonders schwer vermittelbar. Selbst in Bolivien, das kaum eigene Ölquellen hat, wäre der damalige Präsident Evo Morales schon im Dezember 2010 beinahe aus dem Amt gejagt worden, als er die Benzinsubventionen kürzen wollte (danach wurde er nie wieder so populär wie zuvor).

Benzin ist in Lateinamerika das, was in der arabischen Welt das Weißbrot ist: Wenn es nicht in ausreichender Menge zu niedrigem Preis zur Verfügung steht, wird es für die Regierung brenzlig.

Wie ernst die Lage in Venezuela ist, zeigt ein Bericht der Nachrichtenagentur Reuters: Das Raffinerienetz des staatlichen Ölkonzerns Petroleos de Venezuela (PDVSA) könne 1,3 Millionen Barrel Kraftstoff pro Tag (bpd) produzieren, heißt es darin. Doch

„nach Jahren der Unterinvestition und mangelnder Wartung verarbeiteten diese Raffinerien laut einem internen PDVSA-Dokument im März nur 101.000 bpd Rohöl und produzierten im März nur 7.000 bpd Benzin.“

Das sind umgerechnet 1,1 Millionen Liter Benzin pro Tag, in einem Land, in dem 28 Millionen Menschen leben.

Corona kam dem Regime da sehr gelegen. Wohl wissend, dass Venezuelas chaotisches Gesundheitssystem nicht einmal mit einer mittelstarken Erkrankungswelle fertig würde, verhängte es frühzeitig eine Ausgangssperre. Dadurch ging auch der Verbrauch von Benzin und Diesel enorm zurück, wie Reuters festhielt.

„Laut einer Branchenquelle verteilen die Behörden nur 30.000 bpd Benzin an Tankstellen im ganzen Land, verglichen mit einem Verbrauch vor dem Lockdown von etwa 170.000 bpd.“

Aber die Nachfrage wird nicht für immer so niedrig bleiben, während es für die Probleme in Venezuelas Raffinerien wahrscheinlich keine schnelle Abhilfe gibt. Darum also kommt nun das in Venezuela verbrauchte Benzin vom anderen Ende der Erde.

Die fünf Tanker, die der Iran geschickt hat, sind indessen nur ein kleiner Trost. Zusammen transportieren sie schätzungsweise 1,5 Millionen Barrel Treibstoff, berichtet die „New York Times“. Laut Francisco J. Monaldi, einem von der Zeitung befragten Ölexperten an der Rice University in Houston, reiche das aus, um Venezuela „für einige Wochen bis zu einem Monat mit ausreichend Benzin zu versorgen“.

Das sei keine langfristige Lösung:

„Die Iraner werden, sobald sie ihren Lockdown aufgehoben haben, nicht mehr in der Lage sein, Venezuela mit Benzin zu versorgen, sagte er. „Ich denke nicht, dass dies systematisch fortgesetzt werden kann.“

Mit militärischen Ehren

Die „New York Times“ spricht von „sich vertiefenden Beziehungen zwischen den beiden Pariah-Staaten“. Mena-Watch hatte Anfang des Monats darüber berichtet.

Die Art und Weise, wie das venezolanische Regime den banalen Vorgang überhöhte, zeigt, dass es auch um Propaganda geht. Venezuelas Diktator Nicolas Maduro – der das Nationalparlament, in dem die Opposition seit den Wahlen vom 6. Dezember 2015 eine Zweidrittelmehrheit hat, gleich nach der Wahl entmachtete und seither nicht einmal mehr den Anschein von Demokratie wahrt – feierte die Ankunft der Tanker wie einen Sieg beim Baseball. Auf Twitter schrieb er:

„Das Ende des Ramadan bringt uns die Ankunft des FORTUNE-Schiffes, ein Zeichen der Solidarität des islamischen iranischen Volkes mit Venezuela. In Zeiten, in denen das suprematistische Reich versucht, seine Herrschaft mit Gewalt durchzusetzen, wird uns nur die Bruderschaft der freien Völker retten. #DankeIran“

Mehre venezolanische Kampfjets überflogen eines der iranischen Schiffe bei dessen Ankunft in venezolanischen Hoheitsgewässern. Die Botschaft, die das senden sollte, war: Venezuela verteidigt die Tanker gegen mögliche Übergriffe der US Navy.

Dass das nicht sehr durchdacht ist, ist klar: Was hätte Venezuela gemacht, wenn die Amerikaner die Schiffe mitten auf dem Atlantik – oder schon im Mittelmeer – zur Umkehr gezwungen hätten? Einen Flugzeugträger geschickt? Auch das kleine Kriegsschiff, das die venezolanische Marine den iranischen Tankern entgegenschickte (aber auch erst, als diese in Sichtweite von Venezuela waren), hatte wohl kaum einen militärischen Auftrag. Forbes berichtet:

„Das venezolanische Kriegsschiff PO-13 Yekuana ist ein Küsten-Patrouillenboot, das mit einer 76-mm-Kanone und leichten Waffen bewaffnet ist.“

Es wäre, so Forbes, einer etwaigen Flotte der US-Marine, die geschickt würde, um ein Embargo durchzusetzen, „überhaupt nicht gewachsen“.

„Ein ähnlich ausgerüstetes venezolanisches Kriegsschiff, die BVL Naiguatá, war kürzlich gesunken, nachdem es ein Kreuzfahrtschiff gerammt hatte, das es zu beschlagnahmen versuchte.“

Iranische Interessen und Venezuelas Gold

Aus Sicht Teherans ist es wichtig, auf dem Kontinent gute Bedingungen für die iranische Auslandsarmee Hisbollah zu schaffen. Drei lateinamerikanische Staaten – Argentinien, Paraguay und Honduras – haben die schiitische Terrororganisation in letzter Zeit bei sich verboten, Brasilien könnte folgen. Die Hisbollah-Hochburg im Dreiländereck von Argentinien, Brasilien und Paraguay wird von den Behörden seit einiger Zeit scharf beobachtet, Drahtzieher der Hisbollah wurden verhaftet. Da ist ein Ankerpunkt in der Karibik umso wichtiger.

Zudem geht es dem Iran auch ums wirtschaftliche Überleben. Wie kann ausgerechnet das bankrotte Venezuela da helfen? Es hat zumindest noch ein paar Goldreserven, die regimefreundliche Website Venezuelanalysis bezifferte sie Ende 2019 auf 102 Tonnen. Die hätten beim derzeitigen Goldpreis einen Wert von etwa 5,4 Milliarden Euro.

Doch der Verkauf ist nicht so einfach. Ein knappes Drittel des venezolanischen Goldes wird in London verwahrt, und die Bank of England verweigert seit 2018 die Herausgabe, da sie das Maduro-Regime nicht als rechtmäßige Regierung Venezuelas anerkennt. Seit diesem Monat klagt die venezolanische Notenbank dagegen vor Gericht.

Für das restliche Gold fungiert der Iran gewissermaßen als Hehler. Er nimmt die Barren, verkauft sie weiter und liefert im Gegenzug das, was Venezuela derzeit am dringendsten braucht: Benzin. Davon hat der Iran derzeit genug, denn auch die Iraner fahren wegen der Covid-19-Ausgangssperre nicht mehr so viel Auto.

Die Hilfe aus dem Iran lässt sich Venezuela einiges kosten: Nachrichtenagenturen berichten, Venezuela habe neun Tonnen Gold – im Wert von über 400 Millionen Euro – in den Iran geschickt.

US-Außenminister Mike Pompeo forderte die Verbündeten der Vereinigten Staaten in aller Welt darum dazu auf, mitzuhelfen, die Flüge zwischen Iran und Venezuela zu verhindern. „In den letzten Tagen haben mehrere Flugzeuge von Mahan Air dem Maduro-Regime unbekannte Unterstützung zukommen lassen“, sagte Pompeo am 29. April.

„Dies ist dieselbe terroristische Fluggesellschaft, mit der der Iran Waffen und Kämpfer im Nahen Osten bewegt hat.“

Die Flüge „müssen aufhören“, sagte Pompeo. Mahan Air müssten nicht nur Start- und Landerechte, sondern auch Überflugrechte verweigert werden.

Ausgerechnet die US-Zeitungen linker Trump-Gegner sanieren sich massiv mit Trump'schen Corona-Hilfen

Die Medienkonzerne rissen Millionen an sich, obwohl diese eigentlich vornehmlich für Kleinunternehmer gedacht waren.

Von Daniel Greenfield

Seattle ist eine linke Hochburg in den USA.

Selbst während die Medien über den Missbrauch von Darlehen der «Small Business Administration» (SBA) aus dem Lohnschutzplan berichten, hat die die Medienindustrie selbst Millionen an Darlehen aufgenommen und will weitere Milliarden.

Im Gegensatz zu vielen Kleinfirmen, die aufgrund der Corona-Sperrung zur Schließung gezwungen waren, wurden die Medien fälschlicherweise als «systemrelevant» gelistet und von den Schließungen ausgenommen. Doch das hat sie nicht davon abgehalten, Geld zu nehmen, das eigentlich nur zur Entschädigung von Kleinunternehmern, die nicht offenbleiben können, hätte verwendet werden sollen. Selbst dann, wenn diese Medienbetriebe, die von den SBA-Darlehen profitieren, niemandes Vorstellung von Kleinunternehmen entsprechen.

Die «Seattle Times» hat ihr PPP-Darlehen mit einer Auszahlung von 10 Millionen Dollar ausgeschöpft. Die «Seattle Times» ist nicht nur die größte Tageszeitung des Bundesstaates Washington, sondern ihre Muttergesellschaft, die Seattle Times Company, besitzt zwei weitere Zeitungen und hatte noch vor drei Jahren insgesamt sieben Zeitungen herausgegeben. Sie besaß auch mehrere Zeitungen in Maine, die sie für über 200 Millionen Dollar verkaufte. Sie besaß zwei Druckereien, von denen sie eine verkaufte. Die Rotations-Offsetdruckmaschine, die sich noch immer in ihrem Besitz befindet, druckt weiterhin eine Vielzahl von Zeitschriften und Zeitungen.

Doch während die «Seattle Times» ebenso wie die «New York Times» seit mehreren Generationen im Familienbesitz ist, besitzt die McClatchy Company 49,5 % der stimmberechtigten Aktien und 70,6 % der stimmberechtigten Aktien der Seattle Times Company. McClatchy hat Dutzende von Zeitungen und erzielte 2018 Einnahmen von über 800 Millionen Dollar.

McClatchy hat zwar mit Verlust gearbeitet und einen Antrag auf Hilfe gestellt, aber es ist keine Kleinfirma.

Trotz der Fassade des Familienbesitzes besitzen nationale Ketten einen Großteil des Zeitungsgeschäfts von Seattle. Wenn Sie mit Frischobst handeln und über 100 Mitarbeiter haben, sind Sie laut SBA keine Kleinfirma. Wenn Sie Spielzeug liefern, sind Sie auf 150 Mitarbeiter beschränkt. Wenn Sie aber ein Zeitungsverleger sind, können Sie bis zu 1.000 Mitarbeiter haben und trotzdem als Kleinfirmen gelten.

Auf diese Weise konnte ein Unternehmen, das drei Zeitungen und eine Druckerei besitzt und dessen stiller Teilhaber einer der größten Nachrichtenverleger Amerikas ist, Kredite aufnehmen, die dazu gedacht sind, Kleinfirmen am Leben zu erhalten.

Und die «Seattle Times» war nicht das einzige unter den Medien, das Kredite für erschütterte Kleinunternehmen ergatterte.

Die «Tampa Bay Times» erhielt ein Darlehen in Höhe von 8,5 Millionen Dollar, fast das Maximum. Die Times Publishing Company gibt 10 Zeitungen und einige Zeitschriften heraus und betreibt «Politifact», eine Website, die behauptet, Politiker zu «überprüfen», aber häufig falsche Behauptungen aufstellt, Spam verschickt und Konservative verleumdet.

Die Firma ist im Besitz des Poynter-Instituts für Medienstudien, das von linken Milliardären wie George Soros und Pierre Omidyar finanziert wird.

Und zu allem Überfluss erhielt das Poynter-Institut, das offiziell eine gemeinnützige Einrichtung ist, auch noch ein Förderdarlehen in Höhe von 737.400 Dollar, um seine «Geschäftsverluste» durch das Coronavirus abzudecken.

Poynter hält fest, dass es sich «als gemeinnützige Organisation mit weniger als 60 Mitarbeitern für das Darlehen qualifiziert hat». Die Dokumente von Poynter lassen jedoch vermuten, dass sein Zeitungsgeschäft Einnahmen in Höhe von 123 Millionen Dollar bei einem Vermögen von 43 Millionen Dollar hatte.

Auch das ist kein Kleinunternehmen.

Die «Tampa Bay Times» und ihre zwielichtigen Operationen, die Vermischung von gemeinnützigen und gewinnorientierten Organisationen, ist an sich schon verdächtig. Sie hätte kein Geld nehmen dürfen, das für Kleinunternehmen bestimmt ist.

Aber die Medien ergattern selbst dann eifrig Kredite, die für Kleinfirmen gedacht sind, wenn sie gleichzeitig öffentliche Unternehmen attackieren, die solche PPP-Darlehen aufgenommen haben. Axios, ein Medienunternehmen von Politico-Bonzen mit rund 200 Angestellten, finanziert von Risikokapital und Investmentfirmen (darunter der Hollywood-Tycoon Jeffrey Katzenberg mit einem Nettovermögen von 750 Millionen Dollar und NBC Universal) erhielt ein PPP-Darlehen von 5 Millionen Dollar.

Doch diese obszöne Schweinerei ist noch nicht genug für die Medien, die eine noch viel größere Ausnahmeregelung wollen.

Senatorin Maria Cantwell, Senatorin Amy Klobuchar und Senator John Kennedy behaupteten fälschlicherweise, die Medien am Laufen zu halten, sei «wesentlich für die öffentliche Gesundheit». Die von Politikern dieses Milieus geforderte sogenannte «Affiliation-Waiver» würde die Grenze von 1.000 Beschäftigten aufheben und es Zeitungen, die nationalen Ketten gehören, ermöglichen, Kredite zu beantragen, als wären sie Kleinfirmen. Das ist so, als ob jede Starbucks-Filiale behaupten würde, sie sei nur eine Kleinfirma, das der örtlichen Gemeinde dient und das Geld nicht nach oben weiterleitet.

Gleichzeitig haben Medien andere Unternehmen, die PPP-Darlehen aufgenommen haben, an den Pranger gestellt, doch selbst sind sie völlig schamlos.

Es sollte keine scheinheiligen Vorträge über Unternehmensrettungen von Demokraten mehr geben, die milliardenschwere Unternehmen retten wollen, während Kleinunternehmer es nicht durch die Haustür schaffen.

Die Medien haben es bereits geschafft, mindestens 23,5 Millionen Dollar zu plündern, die für Kleinfirmen bestimmt waren. Ein Verzicht auf die Affiliation-Regeln würde PPP-Darlehen zu einem milliardenschweren Rettungspaket für Medienkonglomerate machen.

Den Medien wurde es bereits erlaubt weiterzuarbeiten, während die eigentlichen Kleinunternehmen geschlossen wurden, obwohl es in den Medien einen Anstieg der Coronavirusinfektionen gab, der, soweit wir wissen, mehrere Menschen getötet hat. Sie haben ihr Megaphon benutzt, um auf die Schließung weiterer lokaler Unternehmen zu drängen, die nicht unbedingt notwendig sind, obwohl sie für sich das Recht forderm, das Geld für diese Unternehmen zu plündern, um ihre eigenen massiven Operationen zu finanzieren.

Es reicht.

Nationale Medienketten, die am Rande des Bankrotts stehen, wollen Kredite für Kleinfirmen, die zur Linderung des Coronavirus bestimmt sind, ausnutzen, um ihr kaputtes Geschäftsmodell noch ein paar Jahre aufrechtzuerhalten, bevor sie zusammenbrechen.

Das PPP-Kreditprogramm war nicht als Rettungsaktion für Mediengiganten und deren Rentenbetrug gedacht.

Die «Seattle Times», die «Tampa Bay Times», Poynter und Axios sollten dazu gedrängt werden, das Geld, das sie genommen haben, zurückzugeben. Und obwohl das vielleicht nie geschehen wird, sollte jeder Versuch von Politikern, die Medien von den Affiliation-Regeln freizustellen, als obszöner Geldraub linker Konzerne zulasten von Kleinunternehmen bekämpft werden.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Kundgebungen in Corona-Zeiten werden uns als gefährlich und illegal dargestellt – es sei denn, sie kommen von Linken

Leitmedien und soziale Netzwerke messen Demonstrationen in Corona-Zeiten nach doppelten Standards.

Von Daniel Greenfield

Das Video des Protests wurde auf Facebook live vom selben Dot-Com-Monopol übertragen, das «Reopen»-Proteste als «schädlich» verbannt hatte. Nach der Kundgebung trafen die Demonstranten mit Reportern zusammen, und es war kein Abstandhalten zu beobachten. Trotzdem nahm Facebook die NNU-Seite nicht vom Netz.

Und die Medien feierten die Demonstranten. «Krankenschwestern protestieren vor dem Weißen Haus gegen unsichere Arbeitsbedingungen», titelt CBS News. «Wir sind mehr als wütend», brüllte die «Washington Post». «Wir fühlen uns wie Märtyrer», meldete MSNBC.

Es gab nicht einmal den Hauch einer Andeutung, dass eine solche Kundgebung während des Lockdowns unangemessen sei. Vor allem eine Veranstaltung von einer Gruppe, die weitaus mehr Gefahr läuft, das Virus zu verbreiten, als jedes der geschlossenen Kleinunternehmen.

Der Protest vor dem Weißen Haus war einer von mehreren NNU-Protesten im ganzen Land, von denen einige dünn als «Mahnwachen» getarnt, aber letztendlich ein größerer Vorstoß für die staatliche Bezahlung von Medikamenten waren.

Aber es waren nicht nur Kundgebungen von Beschäftigten des Gesundheitswesens, die von einer politischen Doppelmoral profitierten.

In denselben Wochen, in denen die «Reopen»-Kundgebungen gegen die staatlichen Schließungen und für die Wiedereröffnung von Unternehmen stattfanden, gab es auch eine Reihe von Protesten gegen Präsident Trump in ganz Amerika.

Die Polizei ging hart gegen die «Reopen»-Kundgebungen vor, verhaftete einen Organisator in New Jersey, während die Medien sie verurteilten und Verschwörungstheorien sponnen, um sie mit Mitgliedern der Trump-Regierung in Verbindung zu bringen, und die Demonstranten fälschlicherweise beschuldigten, die Verbreitung des Coronavirus in Kentucky befeuert zu haben.

Facebook löschte die Kundgebungsgruppen in Abstimmung mit den Regierungen der Bundesstaaten und bezeichnete die Kundgebungen als illegal.

Regierungen der demokratisch regierten Bundesstaaten, Dot-Com-Overlords und die Medien warnten alle davor, dass Kundgebungen im Zeitalter des Coronavirus gefährlich und illegal seien. Selbst wenn die Demonstranten in Autos säßen oder Abstand voneinander hielten.

In der Zwischenzeit aber hielt «Refuse Fascism», eine linksradikale Organisation, die von Mitgliedern der «Revolutionären Kommunistischen Partei» gegründet worden war, ihre eigenen Anti-Trump-Kundgebungen ohne Einmischung der Behörden ab.

Und ohne negative Berichterstattung in den Medien.

Während die Polizisten des Bundesstaates New Jersey die Organisatorin der «Reopen»-Kundgebungen in Trenton verhaftet hatten, beschrieb der «Philadelphia Inquirer» Mitglieder von «Refuse Fascism Philly», von denen mindestens einer in ein «Dienstmädchengewand» gekleidet war, als sie Fake-Leichensäcke im Trump National Golf Club in New Jersey entsorgen wollten, als «friedliche Kundgebung», und die Polizei nahm keine Verhaftungen vor. Dieselbe Zeitung, die die «Reopen»-Kundgebung angeprangert hatte, berichtete positiv über den Anti-Trump-Protest.

Mitglieder der «National Nurses United» (NNU), einer radikalen Gewerkschaft, versammelten sich, um gegen Präsident Trump zu protestieren.

Die Facebook-Seite der kommunistischen Organisation, einschließlich Links zu ihrer Kundgebung und Fotos von der Veranstaltung, steht noch immer. Der Social-Media-Riese hat sich geweigert, sie zu löschen, was er jedoch mit den «Reopen»-Seiten getan hat.

Während Facebook behauptet, dass es Kundgebungen während der Coronavirus-Sperre als illegal betrachtet, behandelt es Kundgebungen gegen den Lockdown, bei denen Konservative amerikanische Flaggen schwenken, ganz anders als Kundgebungen kommunistischer Aktivisten gegen Präsident Trump. Die Patrioten werden von Facebook verbannt, während die Kommunisten willkommen sind. Die politische Voreingenommenheit ist unverkennbar, und die Agenda ist nur allzu klar.

Facebook verbietet keine Kundgebungen wegen des Coronavirus-Lockdowns. Es verbietet Kundgebungen von Konservativen.

Die örtliche CBS-Niederlassung in Chicago berichtete über eine Kundgebung von «Refuse Fascism» am 18. April und äußerte keine Kritik am unverantwortlichen Verhalten, Leichensäcke vor einem Trump-Gebäude abzuladen, zu einer Zeit, in der allen gesagt wird, dass sie zu Hause bleiben sollen, um die Verbreitung des Virus zu vermeiden.

SFBay berichtete sowohl über die «Reopen»-Kundgebungen als auch über eine «Refuse Fascism»-Kundgebung vor dem Bundesgebäude von San Francisco und verurteilte Ersteres, während sie über Letzteres positiv schrieb. Bloomberg beschönigte die kommunistischen Demonstranten als «Kritiker der langsamen Reaktion von Trump auf die Krise».

Es gab keine Verurteilung der «Refuse Fascism»-Kundgebungen durch die Medien, selbst wenn sie im Trump Tower oder auf dem Times Square in New York City stattfanden, der Stadt, die von der Pandemie am stärksten betroffen war. Oder, wie die kommunistische Organisation es ausdrückte: «Inmitten des #Covid-19-Virus führte Refuse Fascism diese Aktion am Times Square durch.» Der Anblick von Demonstranten, die Leichensäcke vor Trump-Grundstücken und Bundesgebäuden abladen, war ein wirkungsvolles Stück Straßentheater. Merkwürdig ist, dass nur eine Handvoll Medien darüber berichteten.

Ein großer Teil des Landes steht unter Lockdown. Unzählige Amerikaner haben ihre Jobs und ihre Hoffnung verloren. Die Medien sind sich sehr wohl bewusst, dass der Anblick von Widerstands-Hipstern, die mit Leichensäcken und Protestschildern durch die Gegend paradieren, in einer Zeit, in der das Land ein nationales Trauma durchlebt, wütend machen könnte. Und so haben die Medien eine selektive Entscheidung getroffen, nicht über Kundgebungen zu berichten, von denen sie ganz genau wissen, dass sie stattfinden.

Diese Vertuschung wurde zur gleichen Zeit wie die Berichterstattung über die «Reopen»-Kundgebungen durchgeführt.

Die Verleumdungen der «Reopen»-Kundgebungen dienen der politischen Agenda der Medien, während die Berichterstattung über die «Refuse Fascism»-Kundgebungen dies nicht tun würde. Die Medien sind nicht gegen die kommunistischen Kundgebungen, sie haben nur Verständnis dafür, dass sogar die Menschen, die sonst alles unhinterfragt wiederholen, was die Medien ihnen erzählen, die Heuchelei aufgreifen könnten, wenn sie die «Reopen»-Demonstranten beschuldigen, das Coronavirus zu verbreiten und ihre Staaten zu gefährden, während sie die Roten anfeuern.

Während die Medien die Proteste der Linken in diesem Land verharmlost haben, waren sie im Ausland enthusiastischer.

Auch die Linken in Israel unterstützen Amerikas Medien

Als Linke gegen Ministerpräsident Netanjahu in Israel demonstrierten, jubelten die Medien. «Die Israelis haben der Welt gerade gezeigt, wie eine Kundgebung mit Abstandhalten aussieht», sprudelte die «Times». «So sieht eine sozial distanzierte Kundgebung aus», schmunzelte CNN. Es war überhaupt nichts «sicher» daran, dass sich 2.000 Radikale auf einem Platz drängten, und sogar in die nahegelegenen Straßen ausbreiteten, während gleichzeitig die Gebete in den Synagogen eingeschränkt waren.

Netanjahu ist seit langem ein Hassobjekt der Medien, und die Medien unterstützen die Proteste gegen ihn. Und mit dem Fördern von Protesten in Israel sind sie auf der sicheren Seite, weil das die Amerikaner, die unter Hausarrest stehen, weder beeinträchtigt noch verärgert.

Die Doppelmoral der Medien bezüglich Anti-Trump- und Anti-Lockdown-Protesten, die Doppelmoral von Facebook und der staatlichen Behörden ist ein Beweis für Voreingenommenheit, für Diskriminierung und für die selektive Zensur politischer Äußerungen.

New Jersey verhaftete eine Organisatorin von «Reopen»-Protesten, während es Kommunisten nach Belieben demonstrieren ließ. Ihr eigentliches Verbrechen war, unter Gouverneur Murphys Post-Bill-of-Rights-Regime als Konservative zu protestieren.

Die Pandemie wird von demokratischen Regierungen und von Facebook als Vorwand benutzt, um Konservative zum Schweigen zu bringen.

Wenn es eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit darstellt, das Haus zu verlassen, um in die Kirche zu gehen oder draußen zu spielen, warum haben die Behörden dann zugelassen, dass die Proteste der «National Nurses United» und «Refuse Fascism» ohne Bußen oder Geldstrafen fortgesetzt werden?

Wenn ein Protest eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit darstellt, wie Facebook-Chef Mark Zuckerberg betont, warum hostet dann seine Plattform weiterhin Videos von «Refuse Fascism» und «National Nurses United», die öffentlich demonstrieren?

Die umfassende Unterdrückung des Ersten Verfassungszusatzes durch Regierungen und Dotcom-Monopole wäre schlimm genug. Aber die Unterdrückung ist selektiv. Wie sie es schon immer war, schon lange vor dem Auftreten der Pandemie.

Wenn Sie gegen Präsident Trump protestieren, werden die Behörden Ihnen nichts anhaben können. Doch wenn Sie sich versammeln, um das Recht zu fordern, Ihr Kleinunternehmen wieder eröffnen zu dürfen, werden sie Ihnen eine Geldstrafe auferlegen und Sie sogar verhaften.

Und Facebook wird jeden Versuch löschen, friedliche Kundgebungen von Kleinunternehmern zu organisieren, die amerikanische Flaggen schwenken, während sie Protest-Inhalte von Kommunisten hosten, die Amerika zerstören wollen.

Dies sind keine Vorsichtsmaßnahmen wegen einer Pandemie. Das harte Durchgreifen bei den «Reopen»-Kundgebungen ist politische Verfolgung.

Es liegt an Generalstaatsanwalt Barr, sich für die Bürgerrechte der Menschen einzusetzen, die verhaftet, mit Geldstrafen belegt, bedroht und zensiert werden, nicht wegen des Coronavirus, sondern weil sie Konservative sind.

Daniel Greenfield ist ein Shillman-Journalismus-Stipendiat am David-Horowitz-Freedom-Center.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Das ideologisierte Gericht von Den Haag und seine anti-israelische Richterin

Die israel-feindliche Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs will nicht etwa einem der zahlreichen Verbrecherregime, sondern dem demokratischen Staat Israel wegen angeblicher Kriegsverbrechen den Prozess machen. Ein deutscher Einspruch und eine mediale Skandalisierung bleiben aus.

PETER DE JONG, AFP

Fatou Bensouda, Chefanklägerin beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag

Von Stefan Frank

Fatou Bensouda, die Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC), will über Israel zu Gericht sitzen und angebliche Kriegsverbrechen zur Anklage bringen. Doch von Anfang an erweckt sie den Eindruck, befangen zu sein und das internationale Recht zu beugen, um ein von ihr – und mächtigen Interessengruppen wie der „Arabischen Liga“ und der „Organisation der Islamischen Konferenz“ (OIC) – erwünschtes Ergebnis zu erzielen. Laut dem Bericht einer jordanischen Nachrichtenagentur arbeitet sie sogar mit der Hamas und anderen Terrorgruppen zusammen.

Worum geht es? Nach eigener Darstellung führt die Staatsanwaltschaft des ICC „unabhängige und unparteiische Voruntersuchungen, Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen in Bezug auf das Verbrechen des Völkermords, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und das Verbrechen der Aggression durch“. Am 20. Dezember 2019 verkündete Chefanklägerin Bensouda in einer schriftlichen Erklärung, es lägen nun „alle Voraussetzungen“ vor, um mit Ermittlungen „in Palästina“ zu beginnen. Sie sei „überzeugt, dass es eine vernünftige Grundlage gibt, um eine Untersuchung der Lage in Palästina gemäß Artikel 53 Absatz 1 des Statuts durchzuführen“.

Der betreffende Artikel des Römer Statuts des ICC fordert für die Einleitung eines Verfahrens „hinreichende Verdachtsgründe dafür“, „dass ein der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegendes Verbrechen begangen wurde“ und dass die Durchführung von Ermittlungen „im Interesse der Gerechtigkeit“ liegt. „Kurz gesagt“, schreibt Bensouda, sei sie *„überzeugt dass (i) Kriegsverbrechen im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, und im Gazastreifen („Gaza“) begangen wurden oder werden […] (ii) potenzielle Fälle, die sich aus der Situation ergeben, [zur Verhandlung durch den ICC] zulässig wären; und (iii) es keine wesentlichen Gründe zu der Annahme gibt, dass eine Untersuchung nicht den Interessen der Gerechtigkeit dienen würde“.*

Da der „Staat Palästina“ den Fall zum ICC überwiesen habe, sei es „nicht erforderlich, die Genehmigung der Vorverfahrenskammer einzuholen, bevor eine Untersuchung eingeleitet“ werde. Angesichts der „einzigartigen und umstrittenen rechtlichen und tatsächlichen Probleme, die mit dieser Situation verbunden sind“, habe sie aber dennoch bei der Vorverfahrenskammer „eine Zuständigkeitsentscheidung“ darüber angefordert, wo genau „Palästina“ liegt:

„Insbesondere habe ich um Bestätigung gebeten, dass das ‚Gebiet‘, über das der Gerichtshof seine Zuständigkeit ausüben kann und das ich untersuchen kann, das Westjordanland einschließlich Ostjerusalem und Gaza umfasst. Diese Feststellung erfolgt ausschließlich zum Zweck der Feststellung der Fähigkeit des Gerichtshofs zur Ausübung seiner Zuständigkeit und des Umfangs dieser Zuständigkeit nach dem Statut.“

Die „Palästinenser“ haben sich verpflichtet keine eigene Außenpolitik zu betreiben

Es ist offensichtlich, dass das Verfahren von Anfang an auf Rechtsbeugung und Willkür basiert, denn einen Staat „Palästina“ gibt es nicht, er ist eine ideologische Fiktion.

In jähem Gegensatz zu dieser Fiktion besagt das Völkerrecht – nämlich das Israelisch-„Palästinensische“ Interimsabkommen vom 28. September 1995 (Oslo-II) –, dass die „Palästinensische“ Autonomiebehörde sich verpflichtet, „keinerlei eigene Außenpolitik zu betreiben“, „keine Botschaften und Konsulate im Ausland zu errichten“ und „keinerlei ausländische diplomatische Missionen in der West Bank oder im Gazastreifen“ ansiedeln wird. Das bedeutet, dass sie laut dem von ihr selbst unterzeichneten Vertrag eben kein Staat ist! Die „Palästinensische Autonomiebehörde“ pfiff bekanntlich auf die Osloer Verträge und beantragte dennoch bei den Vereinten Nationen die Mitgliedschaft. Seit November 2012 ist sie nun „Nichtmitglied mit Beobachterstatus“. Das, urteilte Bensouda 2014 in einem Gastkommentar für die britische Tageszeitung „The Guardian“, reiche aus, um dem Rom-Statut (auf dem die Gerichtsbarkeit des ICC basiert) beizutreten und vor dem ICC zu klagen.

Was ist von einem internationalen Strafgerichtshof zu halten, der aufgrund der Anträge fiktiver Staaten tätig wird? Es handelt sich um eine Parodie. Man könnte auch von einem abgekarteten Spiel sprechen, und genau dies legt ein Bericht der jordanischen Nachrichtenagentur „Jafra News“ nahe, den die auf die Auswertung arabisch-„palästinensischer“ Quellen spezialisierte israelische Medienbeobachtungsgruppe „Palestinian Media Watch“ (PMW) aus dem Arabischen ins Englische übersetzt hat.

Was dort an Informationen steht, ist ausgesprochen brisant und kompromittierend. So berichtet „Jafra News“ unter Berufung auf eine Quelle in der „Palästinensischen Autonomiebehörde“, die mit dem Büro der Chefanklägerin in Kontakt steht, dass das gesamte Vorverfahren, in dem über die Zuständigkeit des ICC entschieden wurde, nur eine Show war, dazu bestimmt, „das öffentliche Image des ICC … in einer sensiblen Untersu-

chung wie dieser“ zu schützen. Wörtlich heißt es in dem Bericht von „Jafra News“:

„Die Generalstaatsanwaltschaft erklärte der palästinensischen Seite, dass sie nicht auf die Entscheidung der Vorabteilung [d.h. der Vorverfahrenskammer; S.F.] gewartet habe, ehe sie mit den Vorbereitungen für die Einleitung einer Untersuchung begann. Dies liegt daran, dass die oben genannte Entscheidung [dass der ICC zuständig ist] eine ausgemachte Sache ist und eine Petition an diese [Vorverfahrens-] Kammer überhaupt nur aus Gründen des Schutzes des öffentlichen Images des ICC und seiner ordnungsgemäßen Tätigkeit eingereicht wurde, wo es um seine offizielle Autorität in einer sensiblen Untersuchung wie dieser geht.“

Bensouda hatte also schon entschieden, sich für zuständig zu erklären, das juristische Verfahren wurde nur durchgeführt, um der Öffentlichkeit vorzugaukeln, dass alles mit rechten bzw. rechtsstaatlichen Dingen zugehe. Das ist nicht der einzige Skandal. Hinter den Kulissen traf sie offenbar Absprachen mit der „Palästinensischen Autonomiebehörde“: In dem jordanischen Bericht heißt es, „die ICC-Generalstaatsanwältin Fatou Bensouda und ihre Mitarbeiter“ hätten Informationen über den geplanten Prozess an die PA weitergegeben und mitgeteilt, dass das Büro der Chefanklägerin alle nötigen Vorbereitungen für die Anklage getroffen habe – und das zu einem Zeitpunkt, als noch gar nicht feststand, ob das Gericht überhaupt zuständig ist!

„Angesichts der Absprache zwischen der PA und der ICC-Staatsanwältin, die lediglich ein Scheinverfahren eingeleitet hat, um das Image des ICC zu schützen, ist es kein Wunder, dass die PA optimistisch ist“, kommentieren die Autoren von „Palestinian Media Watch“. Sie zitieren den Generalsekretär des PLO-Exekutivkomitees, Saeb Erekat, mit den Worten, er sei „zuversichtlich, dass bald eine gerichtliche Untersuchung hochrangiger israelischer Beamter in Bezug auf Siedlungen und andere Kriegsverbrechen gegen das palästinensische Volk eingeleitet wird“.

Hamas als Anklägerin?

Der ICC ist also nicht nur voreingenommen und gaukelt rechtsstaatliche Abläufe vor, wo die Entscheidung in Wahrheit bereits getroffen ist, sondern arbeitet eng mit der Partei der „Anklage“ – wenn man es denn so nennen will – zusammen. „Palestinian Media Watch“ liegen nach eigenen Angaben Erkenntnisse darüber vor, dass es „auf höchster Ebene Kontakte zwischen dem ICC und der Palästinensischen Autonomiebehörde gegeben hat“ (wenn auch der Inhalt der Treffen nicht bekannt sei). Die Autoren des PMW-Berichts verweisen dazu auf ein Foto, das WAFA, die offizielle Nachrichtenagentur der PA, veröffentlicht hat.

Es zeigt nach Angaben von PMW ein Treffen von PA-Premierminister Muhammad Shtayyeh mit Fatou Bensouda, das laut WAFA am 15. Februar 2020 stattgefunden hat. Diese Kollaboration zwischen dem Büro der Chefanklägerin und der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ erklärt laut PMW auch, warum Erekat schon Ende Dezember im Brustton der Überzeugung vorhersagte, wie der Prozess ausgehen werde. Laut WAFA kommentierte er die eingangs zitierte Erklärung Bensoudas mit den Worten:

„Der Schritt der Staatsanwaltschaft ist eine Bestätigung ihrer Position, dass der ICC territorial zuständig ist, um die laufenden Verbrechen Israels, der Besatzungsmacht, zu untersuchen. Es ist der letzte Schritt zur Einleitung einer strafrechtlichen Untersuchung und eine Botschaft der Hoffnung an unser Volk, die Opfer dieser Verbrechen, dass Gerechtigkeit tatsächlich möglich ist.“

Mitwirkende an diesem Akt der „Gerechtigkeit“ ist ausgerechnet die Hamas: Am 21. Dezember erklärte Erekat gegenüber dem offiziellen Fernsehen der „Palästinensischen Autonomiebehörde“, dass die Hamas und andere Terrorgruppen an der Seite der PA an dem Verfahren vor dem ICC beteiligt seien. Die Einzelheiten, laut Erekat: Gleich nachdem die „Palästinensische Autonomiebehörde“ in die Gerichtsbarkeit des ICC aufgenommen worden war – das geschah im Jahr 2015 – , habe Präsident Machmud Abbas ein „oberstes nationales Komitee“ eingerichtet, das für alle Angelegenheiten des ICC und die Anklage gegen den Staat Israel zuständig ist. Er selbst, so Erekat, führe den Vorsitz, PA-Außenminister Riad Al-Malki sei der Verbindungsmann zum ICC. „Dieser Ausschuss“, so Erekat, *„umfasste ausnahmslos [Fraktionen] aus allen Bereichen des palästinensischen politischen Spektrums. Die Anzahl der Ausschussmitglieder betrug 45 und wir arbeiteten alle als Team. Dr. Ghazi Hamad [von der Hamas] wurde sogar zum Sprecher des Komitees gewählt.“*

„Er ist ein hochrangiger Hamas-Beamter“, erklärt der Interviewer des PA-Fernsehens den Zuschauern. Erekat weiter:

„Es waren sechs aus der Hamas-Bewegung. Und Schwester Khalida Jarrar, die die Volksfront [für die Befreiung Palästinas; PFLP] vertrat und die, so Allah will, [aus dem Gefängnis] freigelassen wird. Und da war [der stellvertretende Generalsekretär der Terrorgruppe DFLP] Bruder Qais [Abd Al-Karim] Abu Laila.“

„Palestinian Media Watch“ urteilt:

„Die engen Kontakte zwischen der ICC-Staatsanwaltschaft und der PA, die der PA-Beamte gegenüber Jafra News offengelegt hat, sowie ihre Einreichung eines Scheinantrags, der lediglich das Image des ICC schützt, untergraben grundlegend die Professionalität, Unparteilichkeit und Ethik der ICC-Staatsanwaltschaft und sind ein klarer Missbrauch ihrer Position.“

Wenn dem ICC tatsächlich daran gelegen sei, sein Image zu schützen, dann sollte er aufhören, Bensoudas „Täuschung“ zu folgen, und „eine gründliche Untersuchung der Kontakte zwischen der Staatsanwältin und dem PA-Ausschuss“ einleiten, „der sich aus palästinensischen Terrororganisationen zusammensetzt, die unbestreitbar Verbrechen begangen haben, von der Art, mit der ein Gericht sich befassen würde, wenn es zuständig wäre.“

Bensoudas Selbstermächtigung in dieser Sache ist international heftig umstritten und wird auch von Staaten abgelehnt, die enge Verbündete der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ sind oder einen Staat „Palästina“ sogar anerkannt haben. Die Bundesrepublik Deutschland, Australien, Österreich, Brasilien, die Tschechische Republik, Ungarn und Uganda sandten im Februar schriftliche Dokumente zum ICC nach Den Haag, in denen sie jeweils darum baten, Amicus Curiae zu werden – ein „Freund des Gerichts“, der nicht an dem Fall beteiligt ist, aber seine Ansichten äußert. Sie alle stellten fest, dass „Palästina“ die Strafgerichtsbarkeit über sein Hoheitsgebiet nicht nach Den Haag übertragen könne. Kein einziges Land beantragte, für die gegenteilige Rechtsauffassung zu sprechen. Israels amtierender Ministerpräsident Benjamin Netanjahu sagte daraufhin, er habe mit mehreren Vertretern dieser Länder gesprochen. „Sie haben zusammen mit internationalen Organisationen und führenden Experten der Welt klar zum Ausdruck gebracht, dass das internationale Gericht nicht befugt ist, den Konflikt zwischen dem Staat Israel und den Palästinensern zu erörtern.

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Einer der geschichtlich am längsten legitimierten Staaten in der Welt und erst recht in der Region sieht sich durch islamische Aggression, iranische Atombomben-Bedrohung, Israelhass und Antisemitismus in nicht hinzunehmender Weise auch heute noch als einziger Staat in der Welt massiv in seiner Existenz bedroht.

Dass dies durch unsere gegenüber islamischem Unrecht erblindete Politik, durch die Kirchen und unsere Mainstream-Medien ebenso wie weitere islamische Atrozitäten nur halbherzig und ohne Empathie thematisiert wird, bedarf eigentlich keiner besonderen Erwähnung. So bleiben die über 800.000 Juden, die aus ihren arabischen Heimatländern, in denen sie viele Generationen lang gelebt haben, vertrieben wurden, vielfach unerwähnt.

Vor allem auch unsere Kirchen sind, statt sich mit den Gründen für ihren dramatischen Mitgliederschwund zu befassen oder sich gegen die weltweite islamische Christenverfolgung der heutigen Zeit zu wehren, vor allem darum besorgt, dass Israel nicht sein angestammtes historisch legitimiertes Gebiet in Judäa und Samaria behalten darf und unbedingt ein sogenannter „palästinensischer“ Staat entsteht, obwohl dies wie bei allen anderen Islam-geprägten Staaten bereits jetzt gesichert ist, dass dies ein weiterer rassistischer und diktatorischer failed state zur Unterdrückung der Rechte von Frauen, Schwulen und Andersgläubigen werden würde.

Festzuhalten ist auch, dass die dem Islam unterworfenen Staaten nicht nur im Mittleren Osten , sondern wegen der aggressiven Eroberungs-Expansion des Islam auch in Asien und Afrika sämtlich missglückte Unrechtsregime sind, die viele Regionen in ein brennendes Kriegsinferno und Brutstätte des weltweiten islamischen Terrors verwandelt haben.

Jerusalem ist umstritten – Istanbul nicht

Während das Judentum nicht nur in Deutschland, sondern besonders in Westeuropa weit über ein Jahrtausend – also noch vor der Gründung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation – verwurzelt ist und trotz aller Anfeindung – besonders auch als Religionsstifter des Christentums – prägend die Entwicklung der abendländischen Kultur in der Alten und später auch in der Neuen überseeischen Welt mitgestaltet hat, verfolgte der Islam – wenn auch nicht annähernd so erfolgreich wie heute mit seiner demoskopischen Strategie – seit seiner Entstehung eine Eroberungs- und Unterwerfungspolitik, die ihm bis zum gegenwärtigen suizidalen Islam-Einlass Deutschlands und Westeuropas, in geschichtlicher Zeit – gelegentlich sogar auch nur zeitweilig – nur regional begrenzte Teile des südlichen Europa zugänglich machte. Beispiele sind etwa Teile des heutigen Spaniens, der Balkan und vor allem und leider nachhaltig, das ehemalige griechisch-byzantinische Reich mit der ältesten Hauptstadt des Christentums, Konstantinopel, dem heutigen Istanbul, dessen bestialische mit Vergewaltigung von Nonnen und der Ermordung von Frauen und Kindern einhergehende Eroberung im Jahre 1453 sich Ende Mai zum 567. Mal jährte. Letzteres ist Anlass genug für viele türkischstämmige Mitbürger unseres Landes diese Morde von unserer Gesellschaft unwidersprochen durch T-Shirts mit der Inschrift Istanbul 1453 zu würdigen.

> „Zwischen 1948 und 1967 zerstörten die Jordanier 58 Synagogen im jüdischen Viertel der Altstadt Jerusalems. Niemals wurden sie von der UNO dafür verurteilt.“

Währenddessen gratuliert F.-W. Steinmeier, der Präsident der Bundesrepublik Deutschland und gemeinsam mit dem ehemaligen US-Präsidenten Obama einer der Haupt-Wegbereiter für die iranische Atombombe den dortigen Mord-Mullahs, verbeugt sich und ehrt mit einem Grabeskranz im Namen des deutschen Volkes den für zahllose Terrormorde an Juden verantwortlichen Terroristen Arafat, und vergisst kein einziges Mal den hiesigen Muslimen zum Ramadan zu gratulieren, versäumt es aber, ähnliche Zuwendung gegenüber Israel zu zeigen.

Allerdings hat sich der demokratische Staat Israel im Gegensatz zu seinen arabischen Nachbarn – auch ohne die Glückwünsche des gerade noch vor dem Niedergang der SPD rechtzeitig in sein viel zu großes Amt hineinproporzten F.W. Steinmeier – zum Wohle seiner gesamten Bevölkerung zu einem modernen, wirtschaftlich prosperierenden Staat mit führender Position in fast allen Bereichen der technologischen, besonders auch der digitalen, und der IT-Revolution entwickelt.

War Israel vor dem 6-Tage-Krieg noch nahezu täglich von der physischen Vernichtung durch seine arabischen Nachbarn bedroht, änderte sich seine Sicherheitslage nach dem überaus erfolgreichen Kriegsgeschehen grundlegend.

Die Erinnerung an die große Bedeutung des siegreichen historischen Geschehens des Juni 1967 ist verbunden mit der großen Freude über die heutige Stärke und Prosperität des wirklich demokratischen und freiheitlichen jüdischen Staates.

In diesem Sinne wünschen wir dem Staat Israel, dem jüdischen Volk, unseren Lesern und uns allen alles erdenklich Gute.

Am Israel Chai!
Ihr
Dr. Rafael Korenzecher

i.A. Simon Akstinat
Chefredakteur JÜDISCHE RUNDSCHAU

Frank-Walter Steinmeier: Der linke Iran-Freund im Präsidialamt

Der Bundespräsident mit der linksradikalen Vergangenheit hat so gar nichts von einem väterlichen Staatsoberhaupt, das eigentlich unparteilich und einigend über den Auseinandersetzungen der Tagespolitik stehen sollte.

Von Boris Reitschuster

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier schrieb in seiner Studentenzeit für die vom Verfassungsschutz beobachtete Zeitschrift „Demokratie und Recht“. Sie erschien im Verlag Pahl-Rugenstein, der seine Nähe zur Deutschen Kommunistischen Partei lange bestritt: Bis sich später herausstellte, dass er von der DDR finanziert wurde. Das wurde spätestens dann offensichtlich, als der Verlag Ende 1989 Konkurs anmelden musste, weil die Zahlungen aus Ost-Berlin ausblieben. Im Volksmund wurde aus Pahl-Rugenstein „Pahl Rubelschein.“

An Steinmeiers Jungend sehr weit links außen musste ich wieder einmal bei einer seiner Reden denken – diesmal zum 75. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs. Und wie so oft nutze der Präsident seine Rede erneut für ideologische Zwecke. Unter anderem sagte er: „Wir denken an diesem 8. Mai auch an die Opfer von Hanau, von Halle und von Kassel.“ Warum aber nicht an die Opfer des Breitscheidplatzes von Berlin? Ist Terror, der totalitärem Denken entspringt, weniger schlimm, wenn er von links oder von religiös motivierten Extremisten kommt?

Weiter sagte Steinmeier: „Wir wollten erinnern – gemeinsam mit Vertretern der Alliierten aus dem Westen und aus dem Osten, die diesen Kontinent – unter größten Opfern – befreit haben.“ Wie bitte? Die Sowjetarmee hat unseren Kontinent befreit? Vom Nationalsozialismus ja. Aber sie hat dafür Abermillionen Menschen in Osteuropa eine neue Knechtschaft beschert, einen anderen Totalitarismus – den des Massenmörders Stalin. Für Abermillionen Menschen bedeutete der 8. Mai nicht Befreiung, sondern ein neues Leiden. Die Balten etwa betonen immer wieder, dass für sie der Zweite Weltkrieg erst 1989 endete.

Stalin war anfangs Hitlers Komplize

Aber für Steinmeier, der einst für die von der DDR und damit indirekt auch von Moskau mitfinanzierte Zeitschrift schrieb, scheint das sowjetische bzw. kommunistische Dogma von der „Befreiung“ Osteuropas Vorrang zu haben. Dass Stalin zu Beginn des Zweiten Weltkrieges Hitlers Komplize war und Osteuropa überfiel, dazu sagte Steinmeier kein Wort. Das kann man zwar damit rechtfertigen, dass dies vielleicht nicht gerade passend wäre für ein deutsches Staatsoberhaupt an so einem Datum. Aber es hätte genug andere Daten gegeben, an denen Steinmeier auf linken Terror und linke Verbrechen hätte hinweisen können. Er macht darum einen weiten Bogen wie ein Alkoholiker um eine Entzugsklinik.

Weiter sagte das Staatsoberhaupt: „Ja, der 8. Mai 1945 war ein Tag der Befreiung. Aber er war es noch lange nicht in den Köpfen und Herzen der Menschen.“ Für die Westdeutschen trifft diese Aussage zu. Rückwirkend – denn damals war es keinesfalls so, dass die Mehrzahl der Deutschen Nazi-Gegner waren und sich nach Befreiung sehnten. Im Gegenteil: Die Mehrzahl waren wohl Nazi-Sympathisanten und vor allem Mitläufer und Wegducker. Insofern klingt „Befreiung“ beschönigend – denn es streift Verantwortung ab. Erst rückwirkend können wir den 8. Mai als Befreiung begreifen. Und als eine echte auch nur im Westen. Im Osten wurde er zum Beginn einer neuen Diktatur. Der DDR. Das erwähnt der Bundespräsident mit keinem Wort – und genau deshalb habe ich diesen Beitrag mit seiner Tätigkeit für die DDR-Zeitschrift verknüpft. Ein Politiker, der eine solche Vergangenheit hat, müsste besonders sensibel sein im Umgang mit dem DDR-Unrecht. Steinmeier tut das Gegenteil.

John MACDOUGALL, AFP

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

Die Wörter „Hass und Hetze“ hat Steinmeiers Milieu längst umdefiniert

Der Präsident sagte weiter: „Es waren Jahrzehnte, in denen viele Deutsche meiner Generation erst nach und nach ihren Frieden mit diesem Land gemacht haben.“ Offen gestanden habe ich da bei ihm so meine Zweifel. Zumindest mit dem Teil des Landes, der nicht genauso dem linksgrünen Zeitgeist huldigt wie er, scheint er keinen Frieden gemacht zu haben. Im Gegenteil: Er scheint diesen Teil unseres Landes massiv zu bekämpfen. Und das tat er auch heute wieder: Er verknüpfte den Gedenktag mit dem Kampf gegen seine innenpolitischen Gegner. Wir müssten uns abgrenzen „von Hass und Hetze, von Fremdenfeindlichkeit und Demokratieverachtung – denn sie sind doch nichts anderes als die alten bösen Geister in neuem Gewand“, so Steinmeier. Würden die Worte für sich stehen, könnte man das nur unterstreichen. Doch „Hass und Hetze“ sowie „Demokratieverachtung“ haben er und seine Mitstreiter längst missbräuchlich belegt: als Synonym für Kritik an der Regierung und ihrem linken Kurs. Damit es auch jeder versteht, kam sodann Steinmeiers Verknüpfung des 8. Mais mit Terror – und zwar nur dem, der ideologisch und innenpolitisch ins Konzept passt, Hanau, Kassel und Halle.

„Wir müssen Europa zusammenhalten“, forderte Steinmeier. In den Augen mancher Europäer mag so ein Satz aus Deutschland wie eine Drohung klingen. Soll ausgerechnet am deutschen Wesen wieder einmal, wenn nicht die Welt, so doch Europa genesen? Weiter führte der Präsident aus: „Wenn wir Europa, auch in und nach dieser Pandemie, nicht zusammenhalten, dann erweisen wir uns des 8. Mai nicht als würdig. Wenn Europa scheitert, scheitert auch das ‚Nie wieder!‘“ Das ist manipulativ, weil er damit unausgesprochen Europa und die EU in ihrer heutigen Form gleichsetzt. Niemand, der bei Vernunft ist, kann eine Uneinigkeit Europas fordern. Sehr wohl kann man aber die undemokratischen Auswüchse in der EU kritisieren und sich deren grundlegende Reform wünschen, ohne ein schlechter Europäer zu sein.

Steinmeier sagte: „Wir wissen heute noch nicht, wie und wann wir aus dieser Krise herauskommen. Aber wir wissen, mit welcher Haltung wir in sie hineingegangen sind: mit großem Vertrauen in dieses Land, in unsere Demokratie, und in das, was wir gemeinsam schultern können.“ Solche Aussagen zeigen, wie weit sich der Präsident von der Lebenswirklichkeit im Land abgeschottet hat. Tatsache ist: Bei vielen Millionen Menschen hat das Vertrauen in die Demokratie schon vor der Krise massiv gelitten. Steinmeier ignoriert das. Schlimmer noch: Er befördert es. Er ist eine der Ursachen für das wachsende Misstrauen in die Demokratie.

Unser Präsident lebt in seiner eigenen, ideologischen Welt. Statt zu einen, spaltet er. Statt aus der Geschichte zu lernen, totalitäres Gedankengut jeder Art abzulehnen, Brücken zu bauen, zu versöhnen, Gewalt aus jeder politischen Richtung und gegen Politiker jeder Couleur zu verurteilen, kann er seine ideologischen Scheuklappen nicht ablegen. Er instrumentalisiert die Geschichte für seine linke Weltanschauung. Es ist eine Tragödie, dass wir in diesen schweren Zeiten keinen überparteilichen Präsidenten haben. Selbst ein schwacher Präsident wie Johannes Rau (SPD), der zu Lebzeiten mit seinem Motto „Versöhnen statt Spalten“ für viele eher peinlich wirkte, wirkt im Vergleich zu Steinmeier wie eine Sehnsuchtsfigur.

Daniel Barenboim zeigt immer deutlicher seinen Hass auf den jüdischen Staat

Der von unserer Politik und den hiesigen Medien hochgelobte Dirigent ist der perfekte Alibi-Jude für alle Israel-Feinde.

Vor ihm kuscht die Klassik-Szene der Hauptstadt – politischen Widerspruch muss der Israel-Diffamierer Barenboim in Berlin kaum fürchten.

Von Anastasia Iosseliani

Der talentierte Dirigent und Orchestergründer Daniel Barenboim hat sich bei seinem erneuten Versuch sich als Polit- und Friedens-Aktivist zu profilieren wieder einmal in die Nesseln gesetzt. Er verglich in der israelischen Zeitung «Haaretz», die dafür berühmt-berüchtigt ist antizionistischen Querulanten ein Forum zu geben, die Situation der Araber in den Autonomiegebieten mit Sklaverei, relativierte somit die tatsächliche Sklaverei, wie diese zum Beispiel die Jesiden unter dem «Islamischen Staat» zu erdulden hatten, und gab Judenhassern, die den Juden unter den Staaten, Israel, hassen, neue Munition.

Dabei scheut er nicht davor zurück, Zionismus an sich zu schlecht zu machen, indem er mit folgendem falschen Zitat hausieren geht: «Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land». Das Zitat stammt nicht von Zionisten, sondern vom britischen Pastor Lord Shaftesbury, der das um 1853 gesagt haben soll. Dieser Lord Shaftesbury hatte nichts mit Zionismus zu tun. Trotzdem wird sein Zitat bis heute immer noch von «Antizionisten», «Israelkritikern» und dergleichen verwendet. Wie zum Beispiel eben von Daniel Barenboim, dessen «Israelkritik» von nichtjüdischen «Antizionisten» besonders gerne aufgenommen wird.

Denn Barenboim, der Gründer des «West-Eastern Divan Orchestra», ist nun einmal Jude. Zu seinen bevorzugten Themen gehört der Nahostkonflikt, der eben nicht nur ein Konflikt zwischen den angeblich armen und schutzlosen «Palästinensern» und Israel ist, sondern ein Stellvertreterkrieg, bei dem auch Katar (das im Westen die Muslimbruderschaft unterstützt) und die Islamische Republik Iran auf Seiten der «Palästinenser» mitmischen – aber nur solange diese sich nicht erdreisten, eine andere Meinung zu haben als ihre Herren in Doha und Teheran. Denn als sich die Hamas während des syrischen Bürgerkriegs für kurze Zeit den sunnitischen Aufständischen anschloss, bestrafte Teheran die Hamas sofort und begann anstatt der Hamas den «Islamischen Dschihad» in Gaza zu fördern und mit Waffen und Raketen auszustatten. Aber das alles sieht Daniel Barenboim offensichtlich nicht, oder aber es kümmert ihn einfach nicht. Was Daniel Barenboim dieser Tage will, ist mit seinem «West-Eastern Divan Orchestra» in allen möglichen Staaten auftreten und dabei ganz nebenbei Israel schlechtmachen.

Der vermutlich einzige Grund, warum Herr Barenboim sich moralisch noch nicht im Iran prostituieren konnte, ist, dass die Machthaber der sogenannten Islamischen Republik Iran allen israelischen Staatsbürgern, selbst den moralisch verwahrlosten, die Einreise verweigern, und Daniel Barenboim ist israelischer Staatsbürger.

Barenboim, der wie ein «guter Deutscher» nichts aus der Geschichte gelernt hat, und nicht müde wird Israel und die israelische Regierung zu kritisieren, zeigt exemplarisch, wo die Prioritäten dieser vermeintlich Progressiven liegen, die unter Wohlstandsverwahrlosung leiden und nie von tatsächlicher Unterdrückung betroffen waren: Sie wählen «leichte Ziele», arbeiten sich an den vermeintlichen Mängeln von demokratischen Rechtsstaaten ab, weil diese demokratischem Rechtsstaaten nie ihr Leib und Leben gefährden würden und ignorieren dafür folgende Fälle.

Der Fall Archil Tatunashvili: Herr Tatunashvili war ein georgischer Obsthändler und Zivilist, dessen einziges «Verbrechen» es war, seine Verwandten zu besuchen, die im russisch besetzten Süd-Ossetien leben, das völkerrechtlich Teil Georgiens ist. Bei seinem letzten Verwandtenbesuch dort am 22. Februar 2018 wurde Herr Tatunashvili von den von Moskau eingesetzten Proxies wegen solch bizarrer Vorwürfe wie «Genozid am ossetischen Volk» verhaftet. Während er zu seinem «Verhör» gebracht wurde, wehrte er sich und fiel dabei angeblich eine Treppe hinunter und starb. Durch die Vermittlung des Internationalen Roten Kreuzes konnte seine Familie im nicht-okkupierten georgischen Kernland wenigstens die Leiche von Archil Tatunashvili entgegennehmen. Nach Angaben der Familie und von georgischen Behörden wies seine Leiche Spuren von Folter in Form von über 100 verschiedenen Blutergüssen, Brüchen und Schnittwunden auf.

Der Fall Ramin Hossein-Panahi: Ramin Hossein-Panahi war ein Kurde, Mitglied der kommunistischen «Komala»-Partei, der vom Regime der Islamischen Republik Iran nach brutaler Folter wegen «Feindschaft gegen Gott» am 8. Dezember 2018 hingerichtet wurde. Nach Angaben von Philip Luther von «Amnesty International» war das Verfahren gegen Ramin Hossein-Panahi von Anfang an eine Farce. Nicht nur wurden ihm sowohl der Kontakt zu seiner Familie wie auch zu einem Anwalt verweigert, man verschwieg ihm auch Details, was genau ihm vorgeworfen wurde. Denn unter dem Mullahregime ist «Feindschaft gegen Gott» ein sehr weit gefasster Begriff.

Alireza «Ali» Alinejad: Alireza Alinejad, ist der Bruder der Frauenrechtsaktivistin und Journalisten Masoumeh «Masih» Alinejad. Wegen der Aktivitäten seiner Schwester und der Tatsache, dass er seine kleine Schwester aus Bruderliebe nicht öffentlich verleugnet hat, wie es der Rest der Familie Alinejad getan hat, haben die Mullahs Ali verhaftet und ihn in den Kerker geworfen. Noch vor seiner Verhaftung durch die Mullah-Schergen nahm in weiser Voraussicht Ali Alinejad eine Videoaufnahme auf, in der er seine Schwester dazu aufforderte, mit ihrem Engagement weiterzumachen, auch falls ihm etwas zustoßen sollte. Und tatsächlich – er wurde verhaftet und sitzt trotz der Corona-Pandemie weiterhin im berüchtigten Evin-Gefängnis in Teheran. Bis heute weigern sich seine Peiniger offenzulegen, weshalb er verhaftet wurde. Bei seiner ersten Anhörung vor Gericht ging es dementsprechend auch nicht um ihn, sondern um die Aktivitäten seiner Schwester, die im amerikanischen Exil lebt.

Der Fakt, dass tatsächliche Menschenrechtsverletzungen und staatlich ausgeführter Mord ignoriert werden, wenn diese von nicht-westlichen Staaten begangen werden, zeigt wie tief das antisemitische Ressentiment in manchen Menschen sitzt und wie Daniel Barenboim zum Alibijuden für diese Menschen und ihre Gesinnung wird, die damit einen «Kronzeugen» für ihre regressive Geisteshaltung haben. Diese Menschen haben nun «ihren» Daniel Barenboim, der ihnen berichtet, dass in Israel alles viel schlimmer als anderswo sei und dabei wirkliches Leid wie das der Jesiden unter der Terrorherrschaft des Islamischen Staates weitgehend unkommentiert lässt. Die «Israelkritiker» freut's!

Wann wird der Iran-Stützpunkt IZH in Hamburg endlich verboten?

Bereits seit 2017 fordert die neue Opposition das Verbot der Mullah-Zentrale in der Hansestadt. Nun macht sich auch die CDU diese Forderung zu eigen.

Von Dr. Christian Osthold

Das Islamische Zentrum Hamburg (Imam-Ali-Moschee)

Seit Jahren steht der Hamburger Senat wegen seiner Partnerschaft mit dem „Islamischen Zentrum Hamburg“ (IZH) in der Kritik, dessen antisemitische Ideologie vom Verfassungsschutz als staatsfeindlich eingeschätzt wird. Während sich die Bürgerschaft bis heute weigert, das Bündnis aufzukündigen, ist die Debatte durch das bundesweite Verbot der Hisbollah vom 26. März 2020 in eine neue Phase eingetreten.

Auch wenn sich die neue Landesregierung Hamburgs noch nicht konstituiert hat, ist klar, dass sie ein Problem wird lösen müssen. So hat ihr ungeklärtes Verhältnis zum islamischen Extremismus die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) veranlasst, sich am 19. Mai 2020 in einem offenen Brief an den Senat zu wenden. Die Autoren des Schreibens, zu denen zahlreiche Personen des öffentlichen Lebens gehören, fordern die sofortige Aussetzung des Staatsvertrags von 2012. Diese soll gelten, bis der Islamverband Schura das IZH aus seinen Reihen ausgeschlossen hat.

Zur Begründung heißt es: „Wir möchten die Gelegenheit nutzen Sie daran zu erinnern, dass in einer offenen und toleranten Stadt wie Hamburg das Thema Islamismus-Bekämpfung und die Bekämpfung des Hasses auf Andersgläubige zwingender Teil des zivilgesellschaftlichen und politischen Engagements zu sein hat […] Es bestätigt sich die Einschätzung des Verfassungsschutzes, dass das IZH eine direkte Interessenvertretung des Irans ist. Der größte Unterstützer und Finanzier der Hisbollah ist das iranische Mullah-Regime.“

Wenn die DIG einen solchen Aufruf an den Hamburger Senat richtet, dann adressiert sie damit keinesfalls nur die antisemitischen Machenschaften des IZH, sondern auch das Verbot der Hisbollah vom 26. März 2020. Dabei weisen die Autoren darauf hin, dass dessen konsequente Umsetzung auf der politischen und zivilgesellschaftlichen Ebene eine strikte Verweigerung der Zusammenarbeit mit Islamisten und deren Unterstützern bedeutet. Laut dem Hamburger Verfassungsschutz zählen dazu etwa 30 Hisbollah-Anhänger, die regelmäßig im IZH verkehren.

Kritik am IZH als Selbstzweck

Dass das IZH faktisch über personelle Verbindungen zu einer illegalen Terrororganisation verfügt, entlarvt seine Partnerschaft mit dem Senat als Vabanquespiel. Zudem werfen die Tatbestände, die sich gegen die Eignung des IZH als Partner eines säkularen Gemeinwesens anführen lassen, die Frage auf, warum es nicht schon längst als solcher disqualifiziert worden ist. Gründe dafür gäbe es reichlich; erst im Januar hatte das IZH den im Irak getöteten Revolutionsgardisten Ghassem Soleimani als Märtyrer gefeiert und damit erneut gezeigt, was es von den Wertegrundlagen des Staatsvertrages hält.

Die Weigerung des Senats, auf die extremistischen Auswüchse des IZH mit Sanktionen zu reagieren, ist paradigmatisch für das resignierte Hinnehmen der destruktiven Auswirkungen eines Staatsvertrags, der längst zum Opfer des Mythos seiner eigenen Bedeutung geworden ist. Ferner drängt sich der Eindruck auf, dass gewisse Akteure Kritik am IZH vor allem als Selbstzweck verstehen. So haben sich am Aufruf der DIG nämlich auch Politiker beteiligt, deren Parteien die Schließung des IZH blockiert haben. Dazu zählen der Bundestagsabgeordnete Christoph de Vries (CDU) und die fraktionslose Bürgerschaftsabgeordnete Anna von Treuenfels-Frohwein (FDP), die in den Medien seit Jahren als Speerspitze der Zivilgesellschaft gegen das IZH exponiert werden.

Ein Blick auf die Arbeit ihrer Parteien zeigt jedoch, dass dieses Bild stark überzeichnet ist: Nicht etwa die CDU oder die FDP haben das IZH federführend bekämpft, sondern die AfD. Als einzige Fraktion hat diese ganze fünf Anträge zum IZH eingebracht. Der Erste ist auf den 22. September 2017 datiert und trägt den Titel „Islamisches Zentrum Hamburg (IZH) mit sofortiger Wirkung aus Staatsvertrag ausschließen“.

> „Erst im Januar hatte das IZH den im Irak getöteten Revolutionsgardisten Ghassem Soleimani als Märtyrer gefeiert.“

Keine Solidarität mit Juden in Deutschland

Nun ist es natürlich legitim, die AfD inhaltlich zu kritisieren; dass sie in ihren Anträgen zum IZH unsauber gearbeitet hätte, kann man ihr jedoch nicht vorwerfen. So trägt die Partei auf insgesamt drei Seiten Argumente für die Schließung des IZH zusammen und beruft sich dabei neben dem Verfassungsschutz auch auf Bundestagsdrucksachen. Darin heißt es: „Die inhaltlichen Positionen des IZH ergeben sich aus der Verbindung des IZH zur Islamischen Republik Iran, vor allem durch die vom ‚Büro des Revolutionsführers‘ vorgenommene Entsendung des jeweiligen Leiters des IZH […] Die Inhalte der Verfassung der Islamischen Republik Iran sind nicht mit den Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland vereinbar.“

Angesichts dieser Klarheit muss das Abstimmungsergebnis im Plenum überraschen. In der Parlamentsdatenbank der Hamburgischen Bürgerschaft findet sich zu Drucksache 21/10476 folgender Vermerk: „Ablehnung; mehrheitlich mit den Stimmen der SPD, CDU, GRÜNEN, LINKEN und FDP gegen die Stimmen der AfD.“ Prüft man, was aus den anderen Anträgen geworden ist, welche die AfD zwischen Juni 2018 und Mai 2020 zum IZH einbrachte, stellt man fest, dass auch sie einstimmig abgelehnt worden sind. Diese Erkenntnis ist erhellend, zeigt sie doch, dass die Bekämpfung des Antisemitismus in Hamburg offenbar eine geringere Priorität genießt als die Befehdung der kleinsten Oppositionspartei.

Die mitunter absurden Implikationen, die mit dem parlamentarischen Boykott der AfD einhergehen, zeigen sich vor allem an der Ablehnung ihres Antrags vom 8. Mai 2019, worin die Partei die Bürgerschaftsfraktionen auffordert, die bisherige Teilnahme des IZH am Al-Quds-Tag vermittels einer gemeinsamen Erklärung zu rügen. Hierzu formulierte sie folgenden Appell im Plenum: „Nun kommt es darauf an, dass der Senat endlich von seiner Strategie des ‚Laissez-faire‘ abrückt und die Bürgerschaft dabei unterstützt, der IZH-Führung mit der größtmöglichen Geschlossenheit klarzumachen, dass eine weitere Involvierung in Organisation und Ausrichtung des Al-Quds-Tages nicht länger hingenommen wird, sondern scharfe Sanktionen zur Folge hätte.“

Das Vertrauen der Bürger in die Politik erodiert

Auch dieser Antrag wurde einstimmig abgelehnt, ohne dass man dafür eine plausible Begründung geliefert hätte. Stattdessen erklärte man, eine Partei wie die AfD könne sich nicht gegen Antisemitismus einsetzen. Natürlich steht es den Abgeordneten frei, diese Position zu vertreten; dies sollte aber nicht dazu führen, dass eine wichtige Initiative auf der Strecke bleibt, nur weil sie von der „falschen“ Partei angestoßen wird.

Dass CDU und FDP den Kampf gegen das IZH in diesem Sinne offenbar nicht allzu ernst nehmen, zeigte sich zuletzt im Januar 2020, als die AfD erneut vergeblich Sanktionen verlangte. Sollte die Bürgerschaft auch dem jüngsten Antrag der AfD vom 12. Mai 2020 (Titel: „Das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) als Stützpunkt der Hizb Allah mit sofortiger Wirkung schließen“) die Unterstützung verweigern, dann wäre die aktuelle Forderung der CDU, den Spuk des IZH endlich zu beenden, nicht mehr ernst zu nehmen.

Genau besehen, erweist sich die skizzierte Entwicklung als geradezu verheerend: Während sich die Parteien der Bürgerschaft in politischen Machtspielen verzetteln, dürfte das Vertrauen jüdischer Bürger in die Handlungsfähigkeit der Politik weiter erodieren. Das IZH hingegen wird sich darüber ins Fäustchen lachen, darf es doch annehmen, bei der Fortsetzung seiner antisemitischen Agenda auch in Zukunft nicht gestört zu werden.

Noch am 30. Januar 2020 war der Corona-Lockdown für den Bayerischen Rundfunk ein rechtsradikaler Wunschtraum

Einmal mehr ist in Deutschland heute richtig, was gestern noch falsch war: Im Gegensatz zu heute brandmarkte die süddeutsche Landesrundfunkanstalt Ende Januar dieses Jahres die Befürworter strenger Corona-Maßnahmen als politische Übeltäter.

Von Gerd Buurmann

„Wer die Apokalypse zur Basis seines Denkens macht, der schlägt Maßnahmen zu deren Verwirklichung vor."

Dies erklärt Christoph Süß in der Sendung „quer" vom Bayerischen Rundfunk. Über die Maßnahmen zur Eindämmung des Coranavirus sagt er:

„Kein Verkehr mehr, Flugzeuge bleiben am Boden, Züge fahren nicht, quasi Generalstreik, die Wirtschaft erlahmt, Krise" und schon habe man „genau das, was man draußen halten will: das Desaster. Natürlich beteiligt sich auch der Asthmaanfall für Deutschland, kurz AfD, an der Paranoiaproduktion und rechte YouTuber kriegen sich vor lauter Endzeitpsychosen gar nicht mehr ein."

„Quer" erklärt: Wer behauptet, das Coronavirus sei so gefährlich, dass Grenzen geschlossen, der Verkehr eingeschränkt und manche Berufe eingestellt werden müssen, sei ein rechter Verschwörungstheoretiker in Paranoiaproduktion mit Endzeitpychose.

> Die Wahrheit bleibt die Wahrheit, auch wenn ein Affe sie formuliert.

Für alle, die sich nun wundern, weil diese Maßnahmen bundesweit von der CDU und SPD und in den Ländern von Grünen, der Partei Die Linke und von der FDP durchgesetzt wurden, sei gesagt, dass die Sendung am 30. Januar 2020 ausgestrahlt wurde, also ein paar Wochen vor dem Lockdown.

Schon ein paar Monate später ist dieser Beitrag sehr schlecht gealtert. Heute nämlich gelten jene, die das sagen, was Christoph Süß noch vor ein paar Wochen gesagt hat, als rechte Verschwörungstheoretiker. Ist Christoph Süß somit ein Aussteiger aus der rechtsextremen Szene? Hat am 30. Januar 2020 ein Verschwörungstheoretiker für einen öffentlich-rechtlichen Sender moderiert?

Ich möchte mal etwas vorschlagen: Wir nehmen einfach mal alle wirklich Abstand!

Wir sollten Abstand davon nehmen, uns ständig gegenseitig vorzuwerfen, unsachliche Irre mit Psychosen und bösen Absichten zu sein, nur weil wir unterschiedliche Sichtweisen im Umgang mit dem Virus haben. Ob wir die momentane Politik nun unterstützen, beklagen oder kritisieren, wir sollten aufhören, krampfhaft nach rechtsextremen oder linksextremen Spinnern zu suchen, die ähnliche Worte formulieren, nur um dann die andere Meinung in diese Ecke zu stellen und somit den Menschen, dessen Meinung wir nicht teilen, persönlich zu diskreditieren.

Niemand weiß Bescheid

Wir allen schwimmen im unklaren Gewässer. Niemand weiß wirklich, was gerade richtig und geboten ist. Dennoch fällen wir in dieser Zeit der Ungewissheit für alle einschneidende Entscheidungen. Es gibt Expertinnen und Experten, aber immer nur in Teilbereichen. Ein Virologe ist kein Ökonom und eine Chaosforscherin ist keine Juristin. Niemand sieht das ganze Bild, geschweige denn vermag es, alles zu verstehen.

Gerade werden die massivsten Einschränkungen der Grundrechte seit 1949 in Westdeutschland und seit 1990 im vereinigten Deutschland exekutiert. Diese Maßnahmen werden auf der Basis von Vermutungen und Prognosen durchgeführt. Der Zweifel bleibt.

Natürlich ist eine solche Situation nicht leicht zu ertragen. Es ist verständlich, dass man versucht, auf andere Menschen herabzuschauen, wenn man ahnt oder weiß, dass man selbst nicht auf einem hohen moralischen Plateau steht und dennoch handeln muss. Dafür muss man aber nicht seine politischen Gegner in den Dreck treten, nur um ein wenig erhabener zu wirken.

Verschwörungstheoretiker hat es immer gegeben. Schon vor Corona habe ich mich mit Leuten auseinandergesetzt, die erklären, die Anschläge vom 11. September 2001 seien eine Verschwörung oder die an die magische Kraft von Globuli glauben. Einige meiner besten Freunde sind religiös. Es ist sehr leicht, sie als Verschwörungstheoretiker zu diffamieren, denn was anderes ist Gott, wenn nicht eine absolute Verschwörung, der wir alle ausgeliefert sind?

Statt diese Menschen zu diffamieren, habe ich mich entweder mit ihnen auseinandergesetzt, wenn ich sie mochte, sie ignoriert, wenn sie mir egal waren, oder sie kritisiert, wenn ich sie nicht ignorieren konnte. Manchmal habe ich sogar etwas von ihnen gelernt. Sogar das berühmte blinde Huhn findet mal ein Korn und die Wahrheit bleibt die Wahrheit, auch wenn ein Affe sie formuliert.

„Quer"-Moderator Christoph Süß

Verschwörungstheoretiker gab es immer. Warum also werden sie ausgerechnet jetzt in den Fokus gerückt?

Verschwörungstheoretiker

Mich interessiert viel weniger, wie Verschwörungstheoretiker ticken, sondern viel mehr, warum gerade alle über sie reden. Ich vermute, es liegt daran, dass jene, die gerade Verschwörungstheoretiker in den Fokus stellen, ganz so, als habe es sie vorher nicht gegeben oder als hätte sich die Anzahl dieser Individuen auf magische Weise in den letzten Tagen vervielfacht, alle selbst sehr unsicher sind und daher neidisch sind auf jene, die fest davon überzeugt sind, eine Antwort zu haben. Außerdem kann ich mir vorstellen, dass sie es nicht ertragen, selber keine bis wenig Ahnung zu haben, dennoch Entscheidungen fällen und mit den Konsequenzen leben müssen und daher (vermeintlich) dumme Menschen brauchen, auf die sie herunterblicken können, um sich selbst etwas erhabener zu fühlen.

Wer sich selbst nicht sicher ist, braucht die Kranken, Dummen, Irren und Wahnsinnigen, um sich selbst normal zu fühlen.

Dabei sind es in der Geschichte des Widerstands oft die Irren, Wahnsinnigen und Kriminellen, die den Mut hatten, gegen ein unterdrückendes Regime aufzubegehren, da sie aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung sowieso mit der herrschenden Situation im Konflikt standen.

Ich mache mir daher keine Sorgen, wenn wahnsinnige Menschen von einer Verschwörung phantasieren, in der ein paar Milliardäre angeblich versuchen, Computerchips in die Menschen zu pflanzen, um so die Welt zu unterwerfen. Ich mache mir aber Sorgen, wenn diese Irren die Einzigen sind, die neben all dem wahnsinnigen Unfug, den sie von sich geben, das wahre Korn finden und ansprechen. Ich mache mir Sorgen, wenn jede berechtige Kritik in die Ecke des Wahns gerückt wird.

Sachlichkeit bedeutet, sich nicht auf die Unsachlichkeit des Gegenübers zu stürzen, sondern den sachlichen Kern in jeder Aussage zu extrahieren, um sich, im selbstkritischen Bewusstsein einer gewissen Unsachlichkeit im eigenen Denken, auf die Sache zu fokussieren, die von beiden Seiten als wahr erkannt werden kann.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU" SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

„Israel nicht romantisieren“: Die anti-israelische Leitlinie des „Neuen Deutschen Journalismus of Color“

Die von unserer Politik besonders hofierten Journalisten mit Migrationshintergrund sollen eigentlich Integration und Vielfalt befördern, fördern aber in Wirklichkeit vorwiegend den politischen Islam. Über die vorsätzlich selten beleuchtete Rolle der „Neuen Deutschen Medienmacher“.

Von Melina Denz

Bayerischer Rundfunk-Mitarbeiter Malcolm Ohanwe

„Können wir uns nicht stark machen gegen Menschenhass und Antisemitismus ohne Israel zu romantisieren und Palästina zu dämonisieren?“ Mit diesem „sensiblen“ Appell richtete sich der Journalist Malcolm Ohanwe über Twitter an die Öffentlichkeit und stieß auf Widerspruch, wenn auch im kleinen Rahmen. Am 15. Mai fiel Ohanwe dann wieder mit einem bemerkenswerten Tweet auf:

*„Heute vor 72 Jahren haben Hunderttausende Palästinensische Menschen ihre Heimat verloren und wurden von Besatzer*innen grausam vertrieben. 72 Jahre Heimatlosigkeit der Palästinensischen Diaspora ohne Aussicht auf ein Ende. #Nakba“*

Ohanwe, für den Bayerischen Rundfunk tätig, offenbart hier profundes geschichtliches Nicht-Wissen, arbeitet ungeniert mit Auslassungen und dem eindeutig belegten Begriff der „Nakba“. Ob ihm die Geschichte des Staates Israel, die Vorgänge von 1948, wirklich nicht bekannt sind?

Könnte er ein Zitat wie das folgende überhaupt einordnen?

„Azzam Pascha, der Generalsekretär der Arabischen Liga, versicherte den arabischen Völkern, dass die Besetzung Palästinas und Tel Avivs ein Spaziergang sei [...] Die arabischen Einwohner Palästinas erhielten den brüderlichen Rat, ihr Land und ihre Häuser zu verlassen und sich vorübergehend in benachbarte Bruderstaaten zu begeben, damit sie nicht von den Gewehren der einmarschierenden arabischen Armeen niedergemäht würden.“

(Habib Issa am 8. Juni 1951 in der in New York erscheinenden libanesischen Zeitung „Al Hoda“)

Die Frage stellt sich, wie jemand solch eine, vor diesem Hintergrund bemerkenswerte Karriere gemacht haben kann. Nach einem zweijährigen Volontariat beim BR verfasst Ohanwe als „multimedialer Journalist“ Beiträge für den BR-Hörfunk, für „bento“ („Spiegel“) und „ze.tt“ („Zeit Online“). Auch im Deutschlandfunk ist er Gast, seine Beiträge sind bei der Deutschen Welle zu sehen.

Die Mitgliedschaft bei den „Neuen Deutschen Medienmachern“ (NdM) könnte Türen geöffnet haben, schließlich ist Ferda Ataman, Vorstand der NdM, auch Kolumnistin des „Spiegel“. Sie ist ebenfalls bekannt für polarisierende Beiträge, die ohne Rassismusvorwürfe gegen die „Kartoffeln“, Deutsche ohne Migrationshintergrund im Szene-Jargon, nicht auskommen. Ihr Dauer-Vorwurf ist der des „antimuslimischen Rassismus“ – eine Abwandlung des Begriffes „Islamophobie“, nun in deutschsprachigen Veröffentlichungen üblich, abgekürzt in Beiträgen als „AMR“. In Verruf geriet der Begriff „Islamophobie“ nämlich durch zweifelhafte „Forschende“ und „Forschungsergebnisse“. Der u.a. von Farid Hafez mitverfasste „Islamophobie-Report“, der von der AKP-nahen Stiftung SETA und der EU gefördert wird, beinhaltet Verunglimpfungen von seriösen Wissenschaftlerinnen wie Susanne Schröter und von liberalen Musliminnen wie Seyran Ates. Der darin enthaltene Vorwurf lautet – natürlich: „Islamophobie“ und „Rassismus“ (die „Welt“ berichtete). Zudem wird der „Report“ auch durch beteiligte Autoren wie Anna-Esther Younes oder Hatem Bazian – beide bekannte BDS-Aktivisten – kompromittiert, was die Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) jedoch nicht davon abhält, das Schriftstück weiter zu verbreiten.

Ohanwes Fokus, als Sohn eines Nigerianers, ist ebenfalls der „Rassismus der weißen Mehrheitsgesellschaft“, als Sohn einer „Palästinenserin“ auch der „antimuslimische Rassismus“. Seine Vorgehensweise ist dabei der Atamans oder der des Professors Karim Fereidooni (Bochum) ähnlich: So skandalisiert er den Kölner Polizeieinsatz, bei dem eine Gruppe junger Männer festgehalten wurde, da sie, auffällig muslimisch gewandet, „Allahu Akbar!“ brüllend durch den Hauptbahnhof rannte. Der Vorwurf an die Polizei: „Racial profiling“. Auch Einsätze in Shisha-Bars, laut Ataman grundsätzlich „rassistisch“, hat Ohanwe im Blick: „Warum es gefährlich und rassistisch ist, Shisha-Bars zu dämonisieren“, darin heißt es, „Shisha-Bars sind für viele PoC ein Safe Space. Dort können sie sie selbst sein.“ (ze.tt, 21. Februar 2020). Wie Ataman und Chebli kommt auch er dabei nicht ohne den Hinweis auf „Stigmata“ aus.

> „Die Tränen von weißen Frauen können für schwarze Psyche und schwarze Körper fatale Folgen haben.“

Hip-Hop, Widerstand und Antisemitismus

Das Thema „Freiheitskampf“ der „Palästinenser“ bearbeitet er in Podcasts und auf Twitter. Der „Afro-Palestinian“, wie er sich stolz nennt, tweetet auch Clips von sich mit „palästinensischer“ Flagge und dem Begleittext „Getting turned for Palestine“ (11. Juli 2018). Was Mitarbeiter des Bayerischen Rundfunks im Urlaub eben so machen.

Durch viele Rapper ist Hip Hop ohnehin traditionell solidarisch mit dem bewaffneten „palästinensischen Widerstand“. Passenderweise schrieb Ohanwe seine Abschlussarbeit – er ist nach eigener Angabe Linguist – über die Sängerin M.I.A., diese rechtfertigt ebenfalls auf ihren Platten den „palästinensischen“ Terror. Titel von Ohanwes Arbeit: „M.I.A.'s music as a direct and indirect product of Colonialism“.

Schwarze Rapper und auch deren Faszination für „MalcolmX“, eines der bekanntesten Mitglieder der „Nation of Islam“, eine u.a. für Antisemitismus bekannte Vereinigung, liegen Malcolm Ohanwe am Herzen: „MalcolmX“ huldigt er unkritisch und dankt seinen Eltern für die Namenswahl.

Gemeinsam mit den Köpfen der NdM, Ataman und Bax, hat er das Anliegen, Kritiker als „rassistisch“ zu diffamieren. Ins Visier geraten dabei immer dieselben Prominenten: So hetzt Bax gegen Seyran Ates, Broder und Volker Beck, dieser sei eine Marionette Netanjahus, Ataman ätzt gegen Kelek und Mansour – alles „Rassisten“. Auf Mansours Kritik reagiert Ohanwe etwa so:

„@MalcolmOhanwe

Meine Großeltern sind gestorben ohne jemals ein souveränes Heimatland für sich zu erleben. Ich gedenke diesem [sic] familiären Leid und so reagiert

@AhmadMansour

Dabei vertauscht Ohanwe manipulativ die Abfolge der Tweets zwischen ihm und Mansour, fordert dazu noch „Anstand“ ein – eine Unredlichkeit, die seiner Anhängerschar jedoch entgeht. Auch sprachliche Fehler – Komma- und Genitivgebrauch scheinen Neuland – irritieren die Fans des ausgebildeten Journalisten nicht: Seine Reportage „zu deutsch-nigerianischen Rückkehrenden“ übernahm der Cornelsen-Verlag ins Lehrmaterial und für ARD/ZDF ist er als Referent im Einsatz. Im Angebot hat er Workshops zu „Überleben als Journalist of Color“ oder „Erfolgreich Nebenprojekte neben dem Volo“.

Tränen von weißen Frauen und die schwarze Psyche

Das eilfertige „Gendern“ in Wort und Schrift kommt an, unfreiwillige Komik, „Rückkehrende“ und „Besatzer*innen“, können ihn nicht beirren. Dazu passen auch seine Themenfelder: Mit „Musik, Popkultur, Politik und Gesellschaft“, Rassismus und „Körperkult“ habe er sich beschäftigt, Niederschlag findet das in Analysen wie diesen:

Malcolm Ohanwe @MalcolmOhanwe •11. Okt. 2019

„Die Tränen von weißen Frauen können für schwarze Psyche und schwarze Körper fatale Folgen haben. Glaube ich muss das mal in einem Podcast herunterbrechen.

Wenn eine weiße Frau weint steht der

Raum still, weiße weibliche Tränen können dazu beitragen schwarze Körper zu entmenschlichen. Einmal war ich wegen ihnen so gelähmt, dass ich meine eigene Frustration nicht mehr zum ausdrücken wusste und komplett überfordert war,

Tränen von weißen Frauen lösen bei weißen Männern, die gesellschaftlich und quantitativ in den meisten Situationen dominieren, oft tiefe Beschützer-Instinkte aus. Sie zwingen dich enorm schnell deine Kommunikationswege neu aufzustellen, gefährden dich als Schwarze Person ungemein[.]

Oft schwingen so viel Selbstgefälligkeit und so niederschwellige Befindlichkeiten mit, dessen sich die Weinenden nicht mal bewusst sind. Ihre persönlichen Fehlentscheidungen werden schnell zu einem Problem der Gesamtheit. Als Betroffener ist man in dieser Situation eig. machtlos.

Tränen von weißen Menners sind aber oft genauso schlimm. Die können genauso benutzt werden um dich emotional unter Druck setzen und komplett aus der Bahn werfen."

Wenn Julian Reichelt von der „Bild" aber z.B. Rassismus thematisiert – Reichelt beschrieb anlässlich der „Auszeichnung" mit der „Goldenen Kartoffel" der NdM das Mobbing von Grundschülern, die an Brennpunktschulen als „Kartoffel" bedrängt werden –, erntet er von Aktivisten wie Ataman und Ohanwe nur Häme. Rassismus gegen Weiße gebe es nicht, so heißt es.

Mündlich ist Ohanwe für einen Hörfunkjournalisten ebenfalls erfrischend „authentisch", neben eingestreuten „Mashallahs" und „Wallahs" kommt es auch zu kleineren Aussetzern. Man kennt sie schon von Ferda Atamans öffentlichen Auftritten, bei denen die Politologin, einst durch Armin Laschet gefördert, Halbsatz an Halbsatz reiht, nach Worten sucht oder „prä" nicht von „post" unterscheiden kann.

„Wie Vielfalt den Journalismus besser macht"

Komprimiert ließ sich das anlässlich einer Veranstaltung der NDM in Kooperation mit dem einschlägig bekannten „Deutschen Journalisten-Verband" (DJV) bestaunen: Ferda Ataman, Anna Dushime und Jaafar Abdul Karim (Deutsche Welle) diskutierten, warum „die Medienlandschaft nicht vielfältig wie die Gesellschaft" sei. Die „aktuellen Herausforderungen [...] für Medienschaffende mit Flucht- und Migrationshintergrund" wurden dabei mehr als deutlich, als Ohanwe – „zufällig" saß er im Publikum, und ebenso „zufällig" bat ihn Abdul Karim ans Mikrofon – über seinen Werdegang spricht:

*„Deinen Hinweis, Jaafar, find ich interessant, dass viele Journalist*innen für diese Themen, Integration, Identität etc., äh, da gepachtet sind [...] Also für mich war das so, ich hab mich erst mit Musik beschäftigt, mit Popkultur, mit Politik, mit Gesellschaft, mit, äh, Körperkult und dann hab ich gemerkt, wie verdammt grottenschlecht teilweise berichtet wird über Rassismus, über Migration, über Sexismus, über, äh, Queer-, äh, -Feindlichkeit - und dann politisiert das dich soo enorm, weil du dir denkst, das, ich halt das nicht aus, so, Geh weg!, lass, so, Geh weg, bitte! Lass, bitte, lass mich das bitte, ich kann das gar nicht sehen, ich kann da nicht sehenden Auges zusehen, [mit verstellter Stimme ahmt er Berichterstatter nach:] „zwei Farbige", dann cringe ich schon so ...und das ist ganz schlimm, wie unbeholfen teilweise Leute sind, die an krassen, äh, Unis studiert haben, die, äh, krasse Titel haben, wo ich so dachte, wow!, ehrfürchtig, dieser Titel ....und dann ist das grottenschlecht, keine Kompetenz!"*

Applaus von Podium und Publikum, man verstand sich.

Die Sprachbarriere

Zu den „Herausforderungen" für „postmigrantische Journalisten" kam man auch, es ging um das Handwerkszeug des Journalisten, die Sprache. Es bekam abermals zufällig ein Mitglied der NdM das Saalmikro:

„Rebecca Roth, ich betreue da das Mentoring-Programm, was schon bereits erwähnt wurde. Ich wollte noch was sagen zu der Aussprache, [...], ähm, eigentlich ist es, ähm, nach wie vor, äh, eigentlich unvorstellbar, das es nicht viele verschiedene Deutsch..., hm, deutsche Akzente gibt. Erstaunlich, dass es eben, äh, diese, äh, diese wahnsinnig reine Sprache so hochgehalten wird, speziell im ÖRR, da kann man ruhig mal, äh, 'n bisschen mehr Würze genießen."

Dazu meldete sich noch Emily:

„Ich bin, ähm, quasi Volontär auch bei der Deutschen Welle, ich hätte da mal 'ne Frage zu Sprache, weil du [Jaafar] eben meintest, ja, Dativ und Akkusativ und so – ich bin ziemlich sicher, dass viele, die das vielleicht in der Schule gelernt haben, den Unterschied gar nicht kennen [wohlwollendes Gelächter] – aber trotzdem, dass Sprache noch so relevant ist? Ich finde eigentlich, grad im Fernsehen...wenn ich Jilet Ayse sehe, ich find das so toll, das bringt einem Kultur nahe, ja? Deswegen versteh' ich nicht, warum das immer so eine Barriere ist."

„Dieses Arbeiterkinderdings"

Weitere Barrieren sozialer Natur kamen zur Sprache, Malcolm zeigt sich auch hier informiert: „Dieses Arbeiterkinderdings ist wichtig, aber diese Arbeiterkinder sind ja alle weiß!" Moderatorin Minou Amir-Sehhis Perspektive bereichert: „Ich muss auch sagen, ich hab ja auch orientalische Herkunft, im Orient ist der Journalist kein angesehener Beruf. Man wird Arzt oder Ingenieur, die Tochter gerne Ärztin, aber nicht Journalistin!" Hier muss Jaafar Abdul-Karim klarstellen: Diese Berufe seien dort nicht so angesehen, weil man damit eben nicht so viel Geld verdienen könne. Aufschlussreich, wie das heikle Thema Kultur also behandelt wird: Solche „stereotypisierenden" Äußerungen würden Deutschen ohne Migrationshintergrund als „essenzialisierend" angekreidet werden, gestattet ist das nur „Betroffenen" mit „biografischem Bezug", bei denen also der „Sprechort" stimmt, wie es im „Antirassismus"-Jargon heißt. Nicht umsonst bewirbt der DJV auch das „Glossar mit Formulierungshilfen für die Berichterstattung im Einwanderungsland" der NdM, Thema dort u.a. „diskriminierende und stereotype Berichterstattung", der Eintrag etwa unter „Ehrenmord" ist vielsagend.

Der Abend verlief auch weiter entlang der identitätspolitischen Fragen, „Wer darf sprechen? Und worüber?", „Wer muss in Führungsetagen ‚repräsentiert' sein?". Ataman forderte – Fordern ist ihre Raison d'Être – für Redaktionen „Beauftragte", um den Begriff „Quote" drückt man sich noch:

„Darf ich ein Beispiel noch..., hm, ich war mal in den USA, zum Thema Medien und Vielfalt, und da waren wir bei der ‚New York Times' und die haben vorgestellt so ein Modell, die haben tatsächlich so Beauftragte, also da gibt es den Beauftragten, der dafür sorgt, dass aus der Black Community Leute kommen, aus der Hispanic Community und der und der und der, damit da Nachschub reinkommt [...] die machen das ganz aktiv, proaktiv, wahrscheinlich auch nicht nur..., auch andere Gruppen [..] ein ganz spannendes Modell [...] Das wär toll!"

Moderatorin Amir-Sehhi (DJV) und Anna Dushime stimmten begeistert ein:

Ferda Ataman

„Das ist die Definition von gutem Journalismus, genau!" Applaus.

In der Falle der Identitätspolitik

Den Hinweis, dass Identitätspolitik Trump den Wahlsieg über Clinton brachte, kontert Ataman mit „Ach, ja, ‚Die Ausländer sind schuld', so heißt es ja dann..." – vielfältiger Journalismus schützt vor Einfalt nicht, das zeigte der Abend deutlich.

Man beklagte des Weiteren, dass man als „postmigrantischer Journalist" für Nischenthemen da sei, aber nicht für alle Themen. Dennoch sei das Ziel: „Rassismuserfahrung, das ist ja eigentlich das, was wir mitteilen wollen", so Ataman. Damit zeigte man punktgenau den unauflösbaren Widerspruch der Identitätspolitik auf – ohne es selbst zu merken.

Ein Blick übrigens in die neue NdM-Studie u.a. zur mangelnden Vielfalt in den Chefredaktionen, finanziert von der „Google News Initiative", bringt Einblick in Ziele („softe Quote") und legt abermals die Fallstricke identitätspolitischen Denkens offen.

Immerhin scheinen die mittelfristig so schon erzielten Erfolge Belohnung genug: Ohanwe jubelt, „Mashallah!", über eine seiner Protegés: „Sie ist die erste ARD-Volontärin, die Kopftuch trägt! Ich bin unglaublich stolz, da war ich gleich so ‚Whoa whoa'!". Applaus dafür im Saal, und er prahlt, wie einfach man dann mit vereinten Kräften Themen durchsetzen könne – „Und immer freundlich lächeln!", das habe er ihr mit auf den Weg gegeben.

Passenderweise waren auch die ersten „Integrationsvolontäre" im Publikum zur Hand: eine verschleierte Frau aus Gambia und ein Bangladeschi, die je ein Vollzeitstipendium erhalten. Schon bald wird sich also Atamans Forderung erfüllen: „Ich kenne nicht eine Journalistin in Deutschland, die festangestellt ist und ein Kopftuch trägt, wie kann das sein?", klagte sie. Und bei der Katjes-Werbung mit bekopftuchtem Modell für „halale" Süßigkeiten: „Da hätte man mal vorher eine von uns fragen sollen".

Nur behauptete Vielfalt

Hier offenbarte sich erneut, dass auch die behauptete Vielfalt keine ist, sondern tatsächlich überwiegend muslimische Akteure und Themen im Fokus stehen, wie etwa die stellvertretende dpa-Chefredakteurin und NdM-Mitglied Niddal Salah-Eldin oder die Kopftuch-tragende „Correctiv"-Volontärin Hatice Kahraman, ehemalige „Mentee" der NdM. Sie beackern das Feld Rassismus und vermengen, wie es dem „Antirassismus" zu eigen ist, Antisemitismus mit „antimuslimischem Rassismus". Kahraman schreibt über Ehrenmorde „Auch Deutsche töten ihre Frauen".

Weitere „zufällig" bei obiger Veranstaltung anwesende NdM-Mitglieder wie Melina Borčak (tätig auch für DW) und gut vernetzte Akteurinnen des politischen Islams wie Merve Kayikci (Podcast „Mashallah!", „Primamuslima" bei Twitter) agitieren in die gleiche Richtung: „Ates, Mansour & die anderen rechten Hetzer", tweetet Borcak schon mal, „Rassisten" seien diese. Borcaks und Kayikcis Wunsch: „Eine muslimische Nachrichtenagentur gründen".

Selbst Jaafar Abdul Karim fiel kürzlich auf mit der kommentarlosen Verbreitung des Videos der Berliner Moschee „Dar-As-Salam", deren Aktion, lautsprecherverstärkter Gebetsruf, ausgerechnet von einem evangelischen Pfarrer unterstützt wurde. Die Arbeit von Imam Taha Sabris Verein, „NBS", ist aus Verfassungsschutzberichten bekannt. Das Video wurde in der arabischsprachigen Welt enthusiastisch aufgenommen. In der englischsprachigen DW wurde Taha Sabri Ende Mai vorgestellt: Ein rührseliger Bericht über eine weitere evangelische Kirche, die den einschlägig bekannten Imamen, neben Sabri auch Ender Cetin, und ihren Gläubigen ihre Kirche für tägliches Gebet öffnete. Jeglichen Hinweis auf die Hintergründe ließ die DW aus.

„Tja, was man alles aus so einem deutschen „e.V." machen kann!"

Es fällt nun auf, dass die genannten Vereine dieselben Förderer haben, seien es die BPB, Giffey, Widmann-Mauz, Google oder die „Open Society Foundations" (OSF). Die JÜDISCHE RUNDSCHAU berichtete über Soros und Omidyar, die NGOs mit „No borders"- und „israelkritischer" Agenda unterstützen. Transparenz ist hier übrigens auch nur behauptet – Auskunft über die erklecklichen sechsstelligen Fördergelder erhält man nur mühsam über Kleine Anfragen, unübersichtlich ist die projektbasierte Abrechnung, Ausgaben für Hauptamtliche und Büroräume sind nahezu unbekannt, trotz Mitgliedschaft bei „Transparency International".

Im Plauderton gab Ataman jedoch in der Friedrich-Ebert-Stiftung einmal offenherzig Einblick in einen interessanten Umstand des deutschen Vereinsrechts:

„Als wir anfingen mit den ‚Neuen Deutschen Organisationen' fühlten wir uns als Migranten so allein – und jetzt sind wir ein mittelständisches Unternehmen! Die Leute staunen, wie professionell wir sind. Tja, was man alles aus so einem deutschen ‚e.V.' machen kann!"

Das Publikum applaudierte begeistert – und Außenstehende verstanden, was es mit der Auszeichnung Atamans für ihr Engagement „gegen politischen Rassismus" auf sich hatte.

Ebenfalls von den OSF unterstützt wird übrigens die Amadeu-Antonio-Stiftung, man kooperiert mit den NdM, z.B. bei „#hetzefrei", beteiligt auch der DJV, man fördert die „Datteltäter", ebenfalls im politischen Islam zu Hause. Den bislang gewagtesten Vorstoß machte Ferda Ataman dann im Oktober 2019, als sie Khallad Swaid retweetete, den Präsidenten der „Deutschen Muslimischen Gemeinschaft", laut bayerischem Verfassungsschutz als muslimbrudernah und daher demokratiefeindlich geltend. Ein #aufschrei blieb aus, auch bei Atamans Duz-Freundin Anetta Kahane.

Iranische Banken: Deutschlands klammheimliche Hilfe beim Sanktionsbruch

Die Regierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel lässt den mit Sanktionen belegten iranischen Banken in Deutschland offenbar freie Hand für ihre Geschäfte.

Von Majid Rafizadeh (Redaktion Audiatur)

Hand in Hand: Der iranische Außenminister Mohammed Dschawad Sarif und der deutsche Außenminister Heiko Maas (SPD)

In einem kürzlich veröffentlichten Bericht von „United Against Nuclear Iran“ heißt es:

„Siemens, Volkswagen und die großen multinationalen Konzerne haben sich aufgrund der US-Sanktionen zurückgezogen, aber viele der 3,5 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Deutschland sind immer noch bereit, Geschäfte mit dem Iran zu machen. Und sie können es immer noch. Von Hamburg im Norden bis München im Süden können die mittelständischen Unternehmen von ihren iranischen Vermittlern Akkreditive, Bankgarantien, Versicherungen und alle anderen Handelsfinanzierungsprodukte erhalten, die sie brauchen.“

Um Irans nukleare Ambitionen einzudämmen, hat das US-Finanzministerium bisher 50 iranische Banken und ihre ausländischen und inländischen Tochtergesellschaften auf seine Sanktionsliste gesetzt. Nach Angaben des US-Finanzministeriums war am 5. November 2018 die größte Einzelaktion des „Office of Foreign Assets Control“ (OFAC) „gegen den Missbrauch des iranischen Regimes des iranischen Bankensektors zur Finanzierung seiner destabilisierenden Aktivitäten“.

Weiter heißt es in dem Bericht von „United Against Nuclear Iran“:

„Deutschland war erneut der bei weitem größte Handelspartner Europas mit dem Iran und exportierte 2019 Waren im Wert von 1,64 Milliarden US-Dollar. Während deutsche Banken bei der Finanzierung des Iran-Handels weitgehend zurückhaltend waren, gibt es mindestens fünf Banken – alle im Besitz/unterhalten vom Iran und alle innerhalb Deutschlands tätig – die mehr als glücklich sind, einzuspringen.“

Eine der sanktionierten Banken, die ungehindert Geschäfte in Hamburg, Deutschland, tätigen, ist die Bank Melli. Sie ist die größte Bank im Besitz des iranischen Regimes, und wenn es um die Einnahmen geht, steht sie an erster Stelle, gefolgt von der Bank Mellat.

Gleichzeitig war die Bank Melli in mehrere größere verdeckte und illegale Aktivitäten in fremden Ländern verwickelt. Als zum Beispiel eine Jury im US-Bundesgericht zu dem Schluss kam, dass die Staatsanwaltschaft einen Wolkenkratzer in Manhattan beschlagnahmen könne, um die Familien der Opfer der Terroranschläge vom 11. September 2001, des Bombenanschlags auf die Khobar-Türme in Saudi-Arabien 1996 und des Bombenanschlags auf eine Kaserne des US-Marinekorps im Libanon 1983 zu bezahlen, wurde aufgedeckt, dass sich 60 Prozent des Wolkenkratzers im Besitz der Alavi Foundation und 40 Prozent im Besitz der Assa Corp. befinden, die nach Angaben der US-Regierung von der iranischen Bank Melli kontrolliert wird und in ihrem Namen operiert. Nachdem sie eine „umfangreiche Menge an Beweisen“ durchgegangen war, sagte die Richterin, sie sei „fest davon überzeugt“, dass die Alavi-Stiftung „Anweisungen von iranischen Regierungsbeamten entgegennimmt, und ihre täglichen Betreiber wurden von iranischen Beamten ernannt, um die Übereinstimmung mit den Interessen der iranischen Regierung zu gewährleisten“. Die Stiftung hat auch an verschiedene Institutionen in den USA gespendet, darunter iranische Programme und Universitäten wie z.B. Columbia.

Eine weitere große iranische Bank, die auch weiterhin in Hamburg tätig ist, ist die deutsche Bank Sepah. Die Bank Sepah, die sich ebenfalls im Besitz des iranischen Regimes befindet, wurde vom US-Finanzministerium sanktioniert und hat Verbindungen zum Programm für ballistische Raketen des Regimes. Nach Angaben von „United Against Nuclear Iran“ hat die Bank Sepah:

„…den wichtigsten iranischen Beschaffungs- und Entwicklungsagenturen für ballistische Raketen, einschließlich der Organisation der Luft- und Raumfahrtindustrien (AIO) und ihrer Tochtergesellschaft, der Shahid Hemmat Industrial Group (SHIG), ‚direkte und umfassende Finanzdienstleistungen‘ zur Verfügung gestellt.“

Eine weitere bedeutende Bank ist die Europäisch-Iranische Handelsbank AG (EIH), die auch mit der Abwicklung von Transaktionen in Höhe von mehr als einer Milliarde Dollar für das Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC), die Organisation der Verteidigungsindustrien (DIO) und die Organisation der Luft- und Raumfahrtindustrien (AIO) des Iran in Verbindung gebracht wurde.

Das iranische Regime scheint ein Meister darin geworden zu sein, illegale Wege zu beschreiten und die Finanzsysteme anderer Nationen auszubeuten. So wies in Bahrain im Jahr 2018 Außenminister Khalid bin Ahmed Al-Khalifa darauf hin, dass die Regierung entdeckt habe, dass die mit dem Iran verbundene Future Bank in Bahrain ein verdecktes Korruptionssystem betreibe. Später wurde enthüllt, dass die iranische Bank Melli Beamte der Future Bank angewiesen hatte, was speziell zu tun ist, wenn Geld durch die USA geleitet wird, um die Herkunft der Gelder zu verbergen.

Indem die Regierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem iranischen Regime handelt und den sanktionierten iranischen Banken erlaubt, in Deutschland frei zu operieren, stärkt sie die regierenden Mullahs und ihr Regime. Sie sind nicht nur der weltweit führende staatliche Geldgeber des Terrorismus, sondern auch die treibende Kraft bei der Entwicklung geheimer Atomwaffen und der Raketen, die diese Waffen transportieren sollen.

Dr. Majid Rafizadeh ist ein iranisch-amerikanischer Politikwissenschaftler, Harvard-Gelehrter und Vorsitzender des „International American Council on the Middle East“. Auf Englisch zuerst erschienen bei Gatestone Institute. Übersetzung Audiatur-Online.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Der hierzulande herbeigesehnte unabhängige „Palästinenser“-Staat würde keine Demokratie, sondern eine Diktatur werden – wie nahezu alle anderen arabischen Staaten.

Österreichs Kanzler Kurz wird von seinem grünen Regierungspartner zu Unrecht kritisiert, weil er eine Anti-Israel-Resolution der EU verhindert hat. Diese verbreiten noch immer die naive Vorstellung, dass die schon jetzt diktatorisch regierenden „Palästinenser“ nur von Israel an der Errichtung einer Demokratie gehindert würden.

Von Christian Ortner

Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz und Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu

Dass Österreich gemeinsam mit Ungarn verhindert hat, dass die EU eine Deklaration verabschiedet hat, in der Israels Pläne verurteilt werden, Teile des Westjordanlandes zu annektieren, kann mehrere Ursachen haben.

Mag sein, dass Bundeskanzler Kurz die bisher vor allem verbale Verbundenheit der EU mit Israel – „Niemals wieder“ und so – endlich einmal mit ein wenig Leben erfüllen möchte, und sei es auch nur auf der Symbolebene. Mag sein, dass er sich bei seinem Amtskollegen Benjamin „Bibi“ Netanjahu für dessen publikumswirksamen Rat in der Corona-Krise bedanken möchte.

Auch nicht auszuschließen ist, dass der gute politische Instinkt des österreichischen Kanzlers und seines Strategieberaters Stefan Steiner wittert, dass die „Zweistaatenlösung“ ein totes Pferd ist, das zu reiten nicht weiter lohnt – oder vielleicht auch alles zusammen.

Vorhersehbare Reaktion

So unerwartet der Schwenk des Bundeskanzlers kam, so vorhersehbar die Reaktion des grünen Regierungspartners. Ein geradezu funkelndes außenpolitisches Kleinod verdankt die Welt in diesem Zusammenhang der Vizechefin des Grünen Klubs im Nationalrat, Ewa Ernst-Dziedzic, die gegenüber der ÖVP auf Einhaltung des Regierungsprogramms pochte:

„Im Regierungsprogramm haben wir gemeinsam festgelegt, dass sich Österreich für nachhaltige Friedenslösungen im Nahen Osten einsetzen wird und dass der Staat Israel in anerkannten Grenzen in Frieden neben einem unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staat leben können soll.“

Nun kann man die Frage einer allfälligen Annexion von Teilen des Westjordanlandes durch Israel – oder die Ausweitung seiner Souveränität auf diese Gebiete, wie es in Israel heißt – durchaus kontrovers diskutieren. Auch kann man daran zweifeln, dass dies der richtige Schritt zur richtigen Zeit ist.

Aber die Vorstellung, in Gaza und dem Westjordanland könne in für die jetzt Lebenden überschaubarer Zeit ein Staat entstehen, der „unabhängig, demokratisch und lebensfähig“ ist, ist von eher überschaubarem Gespür für die Realität geprägt.

Als würde ausgerechnet der Judenstaat die Bewohner des Westjordanlandes und Gazas mit Gewalt daran hindern, dort ein blühendes, friedliches Gemeinwesen nach dem Muster der Schweiz zu errichten und genauso „unabhängig, demokratisch und lebensfähig“ wie diese.

Wenn Wikipedia kritischer ist als die Grünen

Bei der Klärung der Frage, wie sehr die Demokratie in den strittigen Gebieten verwurzelt ist, hilft in diesem Fall sogar Wikipedia durchaus präzise und schnell weiter:

„Da Hamas sich letztmals 2006 Wahlen stellen musste und seitdem im Gazastreifen kein herrschaftsfreier Diskurs mehr stattfand, gründet sich ihre Macht inzwischen nicht mehr auf einer wie auch immer gearteten demokratischen Legitimation, sondern auf der Angst der eigenen Bevölkerung und dem Prestige aus dem letzten Krieg.

So werden Untersuchungshäftlinge durch Folter wie zum Beispiel Ausreißen der Zehennägel oder stundenlanges Aufhängen an den Armen zu Geständnissen gebracht. Zur Vollstreckung der Todesstrafe steht dann im Keller des Hochsicherheitsgefängnisses von Gaza ein Galgen zur Verfügung.

Auch der Ruf, deutlich weniger korrupt zu sein als die Fatah, schwindet inzwischen. Nach Angaben von Human Rights Watch werden im Machtbereich der Hamas friedliche Kritiker und Oppositionelle systematisch gefoltert.“

Vergleichsweise lupenreine Demokraten sind die Kollegen von der regierenden Fatah im Westjordanland. Zuletzt im September 2019 kündigte Machmud Abbas – vor der UN-Generalversammlung – an, dass er nach seiner Rückkehr nach Ramallah ein Datum für die Abhaltung von Wahlen in Palästina bekanntgeben werde. Es wäre der erste Wahlgang seit 2006, also immerhin schlanken 14 Jahren; seither regiert Abbas ohne jede demokratische Legitimation. Auch für heuer anberaumte Wahlen finden nicht statt – natürlich wegen Corona.

Es wäre interessant zu erfahren, was die grüne Abgeordnete Ernst-Dziedzic da optimistisch stimmt, auf dieser Grundlage könne ein „demokratischer palästinensischer Staat“ entstehen.

Ähnliches gilt für die „Unabhängigkeit“ eines solchen Gebildes. Sowohl das Westjordanland als auch Gaza sind in hohem Maße von finanziellen Zuwendungen ihrer Sponsoren – vom Iran bis zu den Golfmonarchien – abhängig, die damit natürlich regionalpolitische Machtinteressen verbinden. Davon, mit Hilfe ausreichender eigener Wertschöpfung „unabhängig“ zu werden, sind diese Territorien, in wesentlichen Teilen selbstverschuldet, meilenwert entfernt.

Dass Ernst-Dziedzic das nicht weiß, ist wohl auszuschließen. Aber damit, Israel rituell anzuschwärzen, kann man im grünen Milieu eben noch immer ein wenig politisch punkten. So einfach ist das manchmal.

Sie interessieren Sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem…

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Warum Israels Sozialisten verdient gescheitert sind

Dass die seinerzeit mächtige sozialistische Partei heute in Israel derart chancenlos ist, kam nicht über Nacht. Eine lange Kette politischer Instinktlosigkeiten führte zum Quasi-Aus der Partei.

Von Elisabeth Lahusen und Ulrich Sahm

Israel war eine sozialistische Gründung: 1948, als David Ben Gurion den jüdischen Staat gründete, war seine Mapai-Partei (Mifleget Poalei Erez Jisrael), die sozialistische Arbeiterpartei, die mächtigste politische Kraft in Israel. Sie hatte sich schon in den 1930er Jahren als moderatere Splittergruppe der marxistisch-zionistischen russischen Partei Poalei Tzion gebildet. Eng verbunden war sie mit der Histadrut, der Mutter aller Gewerkschaften, die schon im Dezember 1920, und damit fast 30 Jahre vor der israelischen Staatsgründung, von David Ben Gurion in Haifa gegründet worden war.

Die zionistisch-sozialistische Histadrut war weit mehr als nur eine Gewerkschaft. Es gibt kaum einen Sektor im Leben des jüdischen Staates, der nicht seine Wurzeln in der Histadrut hätte: Die größte Krankenkasse des Landes („Kupat Cholim"), Altenheime, Erholungsheime, kooperative Unternehmen, Kultur- und Medien-Einrichtungen sowie der Sportverband Hapoel, aus dem zahlreiche, später unabhängige Sportvereine hervorgingen. Die Histadrut gründete auch mit der Hilfe der Zionistischen Weltorganisation WZO ihre eigene Bank, die Bank HaPoalim. Diese Bank wurde am 30. November 1921 als „The Workers Bank Ltd." in Tel Aviv gegründet. Die Histadrut behielt bis 1983 die Kontrolle über die Bank. Sie war maßgeblich für Siedlungswirtschaft und Infrastruktur und machte später die Mapai zur herrschenden Kraft in der Bewegung des Zionismus. Aus ihr gingen auch haSchomer und Hagana hervor, die ersten bewaffneten jüdischen Gruppen, deren Aufgabe darin bestand, die Bevölkerung und den Besitz der jüdischen Siedlungen gegen Angriffe und Raub zu verteidigen.

Der jüdische Staat hatte den Ruf einer erfolgreichen sozialistischen Gründung. Wer vom Ausland aus nach Israel schaute, sah auf das Leben im Kibbuz. Mapai existierte bis 1968, dann verband sie sich mit zwei anderen Parteien zur neuen israelischen Arbeitspartei Awoda. Bis 1977 gehörten alle Premierminister der Mapai bzw. der Awoda an. Und was heute kaum noch bekannt ist: Lange Zeit regierten Israels Sozialisten gemeinsam mit den religiösen Parteien.

1977 kam mit dem Wahlsieg des rechtsgerichteten Menachem Begin die „Wende". Heute wird die ehemalige Arbeitspartei in der Knesset, dem Parlament, nur noch als „Fraktion" mit lediglich 3 Abgeordneten gelistet: Merav Michaeli, Amir Peretz und Itzik Shmuli. Was sind die Gründe für den Niedergang jener Partei, die bis vor wenigen Jahren auch eine wichtige Stimme bei der „Sozialistischen Internationale" hatte und die in deutschen Medien dargestellt wird, als würde sie bis heute in der Politik Israels eine Rolle spielen?

Das Proletariat macht sich selbstständig

In Westeuropa war der Niedergang des Sozialismus ein Teil der Sozialdemokratisierung der Politik: Das Heer der besitzlosen „Arbeiter" aus der Zeit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert war ausgestorben. Die Arbeitnehmer der Moderne wollen lieber für ihr eigenes Haus sparen, als sich von linken Intellektuellen das Leben im Kollektiv vorschreiben zu lassen. Die letzten Versuche sie doch dafür zu begeistern, wie die des jungen Joschka Fischer 1971 bei der Adam Opel AG in Rüsselsheim, sind mangels Interesses der Arbeiterschaft gescheitert.

TOLGA AKMEN, AFP

Ehud Barak mit seinem Vorgänger im Amt des Ministerpräsidenten, Jitzak Rabin.

> Was heute kaum noch bekannt ist: Lange Zeit regierten Israels Sozialisten gemeinsam mit den religiösen Parteien.

Israels Anfänge waren noch stark von der Kibbuz- Bewegung geprägt, die um 1910 von einer zionistischen Gruppe aus Weißrussland begründet wurde. Bis zur Staatsgründung sicherten die Kibbuzim den Lebensunterhalt, aber auch die Grenzen der ständig gefährdeten jüdischen Gemeinschaft. Und als sich der kleine jüdische Staat 1948 gründete, war er selbstverständlich links. Doch schon Anfang der 1950er Jahre wandelte sich die Stimmung, als rund eine Million vertriebene Juden aus den arabischen/islamischen Ländern in Israel Zuflucht suchte. Aus Sicht der israelischen Sozialisten mit ihrem typisch europäischen Hintergrund galten diese Orientalen als „ungebildet" und „politisch unreif", als ein ärmliches Proletariat ohne Klassenbewusstsein. Eine Integration der Orientalen kam für diese Sozialisten nicht in Frage. Sie wurden in der Peripherie angesiedelt, in den Entwicklungsstädten, fern ab der wichtigen Zentren Tel Aviv, Jerusalem und Haifa. Die Arbeitspartei verbündete sich dagegen lieber mit den reichen Eliten im Norden von Tel Aviv.

1977 erkannte dann ausgerechnet der hochgebildete Pole Menachem Begin das Wählerpotential der vernachlässigten Orientalen. Begin war vor der Staatsgründung als Untergrundkämpfer geachtet und gefürchtet. Er hatte zwar anschließend eine zivile politische Laufbahn eingeschlagen, aber schon 1970 die Regierung verlassen, um gegen die Land-für-Frieden-Politik zu protestieren. 1973 schloss er sich mit anderen Parteien aus dem linken, rechten und religiösen Lager zusammen und gründete als Gegengewicht zu den herrschenden Arbeiterparteien den konservativen Likud-Block. Als Führer des Likud hielt der alte Kämpfer nun politische Reden mit einem für nüchterne europäische Ohren unerträglichen Pathos. Und immer wieder ließ er Bibelverse oder religiöse Motive in seine Ansprachen einfließen. Genau das traf aber den Geschmack der den ältesten Traditionen tief verbundenen Juden aus der arabischen Welt, die von Marokko über Ägypten bis Irak zum Teil über zweieinhalb Jahrtausende ihren Glauben gepflegt hatten und nun, nach ihrer gewaltsamen Vertreibung aus den arabischen Staaten, in Israel eine Mehrheit bildeten.

Und so bewirkte Begin bei den Wahlen 1977 die berühmt gewordene „Wende". Plötzlich hatten die Sozialisten nichts mehr zu bestimmen.

Der Friedensprozess scheitert

1993 gelang den Sozialisten ein Comeback mit Jitzhak Rabin als Ministerpräsident. Der startete mit Schimon Peres den „Friedensprozess" mit den Arabern aus dem ehemaligen Mandatsgebiet Palästina, den „Palästinensern". Die Aussicht, endlich in Frieden mit den arabischen Nachbarn leben zu können, hat damals viele Israelis beflügelt. Gemeinsam mit Israels damaligem Außenminister Schimon Peres erhielten Rabin und Arafat am 14. Oktober 1994 für diesen Schritt den Friedensnobelpreis. Dieser sogenannte Osloer Prozess hätte in die von den Europäern befürwortete „Zweistaatenlösung" münden sollen, endete aber letztlich nur in einer „palästinensischen" Selbstverwaltung in genau abgesteckten „Autonomiegebieten" im Gazastreifen und im Westjordanland. Denn „nach Oslo" kam alles anders als erwartet und erhofft. Anstatt den Israelis die Hand zum Frieden zu reichen, ließ Arafat mit seinen bewaffneten Kämpfern nach seiner Rückkehr aus dem Exil in Tunis auf israelischen Straßen das Blut fließen. „Palästinensische" Selbstmordattentäter sprengten sich an israelischen Straßenkreuzungen und in Bussen in die Luft. Eine Terrorserie erschütterte das Land. Die Enttäuschung der Israelis mündete in wütende und teils gewalttätige Proteste gegen

die Regierung Rabins, bis dieser am 4. November 1994, nach einer „Friedensdemonstration“, von Jigal Amir, einem rechtsradikalen Israeli, ermordet wurde. Das ganze Land trauerte um seinen Ministerpräsidenten. Rabin war zu einer Ikone geworden. Dennoch wurde die Abneigung der Menschen gegen die für den blutigen „Frieden“ mit den „Palästinensern“ verantwortlich zeichnende Arbeitspartei in der Folgezeit eher noch stärker.

Auf Rabin folgten im Amt als Regierungschef Schimon Peres und ab Juli 1999 Ehud Barak. Zwischendurch unterlag Peres im Wahlkampf dem rechten Likud-Parteiführer Benjamin Netanjahu. Entscheidend für die Niederlage war damals ein inakzeptabler Spruch von Peres, der nach einem Selbstmordanschlag in einem Jerusalemer Bus von den israelischen Toten als „Opfer für den Frieden“ gesprochen hatte. Typisch für die Stimmung im Volke war daraufhin das Schild eines rechten Demonstranten mit dem Satz: „Wir wollen Krieg. Das kostet weniger Menschenleben als dieser Frieden“.

Friedensnobelpreisträger Arafat bestellt Sprengjacken

Am 6. Juni 1999 schaffte es mit Ehud Barak noch einmal ein „Sozialist“ mit einem Friedensversprechen in das Amt des Ministerpräsidenten. Barak hatte zugesagt, die israelischen Truppen aus der „Sicherheitszone“ im Südlibanon herauszuholen. Im Mai 2000 war es soweit, Barak ließ die Truppen abziehen – sogar entgegen den Wünschen der EU. Denn es war klar, dass dann die Syrer den ganzen Libanon besetzen und der Bürgerkrieg in Beirut erneut ausbrechen würde.

Die blutige Quittung für den Rückzug erhielt Israel vor der eigenen Haustür ab September 2000, sowie 2006 mit einem weiteren Krieg im Libanon. Der Grund dafür war simpel: Jassir Arafat interpretierte den Rückzug der Israelis aus dem Libanon als Sieg der Hisbollah und Niederlage des jüdischen Staates. Er war der Ansicht, dass Israel die täglichen Toten unter den Besatzungstruppen im Südlibanon nicht ertragen hätte und sich deshalb dort zurückgezogen habe. Arafat glaubte daher, dass er mit dem gezielten Mord an Israelis genauso die Besatzung in den sogenannten „Palästinensischen Gebieten“, also in Gaza und im Westjordanland, beenden könnte. Er betraute seinen engen Berater Marwan Barghouti mit den Vorbereitungen für einen entsprechenden „Krieg“ gegen Israel. Ministerpräsident Barak behauptete später, nichts von entsprechenden Vorbereitungen der „Palästinenser“ bemerkt zu haben, weshalb nach weiteren gescheiterten Vermittlungsbemühungen der Amerikaner in „Camp David“ in den USA Ende September 2000 ganz „überraschend“ die von Arafat befohlene „El Aksa-Intifada“ ausbrach. Fast täglich sprengten sich „palästinensische“ Selbstmordattentäter in Bussen in Tel Aviv und Haifa sowie in Supermärkten, Kindergärten und Restaurants. Sie rissen hunderte Menschen in den Tod. Viele Israelis überlebten den Terror nur schwer verletzt. Das Blutvergießen wurde immer schlimmer. Und der Verursacher dieser Massaker war ausgerechnet der Friedensnobelpreisträger, den alle Welt gefeiert hatte: In den Kellern des 2002 eroberten Hauptquartiers Arafats entdeckten die Israelis Quittungen für die Herstellung von Sprengjacken für Selbstmordattentäter, die der PLO-Chef selbst unterzeichnet hatte.

Diese Massenmorde in Israel brachen Barak und seiner sozialistischen Arbeitspartei Ende 2000 das politische Genick. Ihre populistischen Friedensutopien hatten zu viele Menschenleben gekostet. In direkten Wahlen wurde der rabiate Rechtspolitiker Ariel Scharon ins Regierungsamt gewählt. Der Rest ist schnell erzählt. Nach einer Zwischenzeit mit der liberalen Kadima unter Ehud Olmert ist seit 2009 ununterbrochen Benjamin Netanjahu am Ruder. Die Arbeitspartei hat sich nicht mehr erholt, und erreichte aktuell den Einzug ins Parlament mit nur noch drei Abgeordneten von insgesamt 120 Parlamentariern. Und jetzt, nachdem sie sich dem Bündnis von Benny Gantz angeschlossen hat, verlor sie nach weiteren internen Machtkämpfen und der Wahl wenig beeindruckender Parteichefs sogar ihren Status als eigenständige Partei. Am Ende hat sich der klägliche Rest der israelischen Linken praktisch selber ins Abseits gedrängt, indem sie am Ende auch noch den Weg freigemacht hat für die Empfehlung an den Staatspräsidenten, erneut Benjamin Netanjahu zum nächsten Premierminister zu ernennen.

> „1977 erkannte dann ausgerechnet der hochgebildete Pole Menachem Begin das Wählerpotential der vernachlässigten Orientalen.“

Bitter war für die Awoda auch, dass sich die Sozialistische Internationale (SI) offen auf die Seite der weltweit agierenden Boykottbefürworter gestellt hat, die den jüdischen Staat delegitimieren. Weil die SI sich der BDS-Kampagne angeschlossen hatte, verließ die israelische Arbeitspartei 2018 den Dachverband. Die Linke Israels war damit auch international isoliert. Aber auch die SI selbst hat nur noch geringen Einfluss, seitdem 2013 international über 100 linke Parteien in die durch die deutsche SPD gegründete „Progressive Allianz“ wechselten.

Ohne eine überzeugende Sicherheitspolitik sind in dem bedrohten jüdischen Staat keine Wahlen zu gewinnen. Aus Sicht vieler Israelis hat deshalb die ehrwürdige Arbeitspartei jegliche moralische oder ethische Berechtigung verloren, erneut eine entscheidende Rolle in Israel zu spielen. Der Gerichtsprozess gegen den amtierenden Premierminister des Likud und die Anklage gegen Netanjahu wegen Korruption und Bestechlichkeit ist auch ein Versuch der israelischen Linken, nach langen Jahren beschämender Niederlagen wenigstens einen moralischen Sieg zu erringen. Dagegen steht die Furcht vieler Israelis, dass einmal mehr der Sieg einer glücklosen Linken das Land einen hohen Preis kosten könnte.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“

oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

10 Jahre islamistische „Gaza-Flottille“

2010 versuchte ein bewaffnetes türkisches Schiff provokativ und gewaltsam die israelische Grenze vor Gaza zu durchbrechen. Unterstützung genoss und genießt diese terrorfreundliche und israelfeindliche Aktion vor allem bei der westlichen und deutschen Linken.

Das türkische Invasionsschiff „Mavi Marmara“

Von Karl Pfeifer

„Was manche Künstler_innen und Friedensaktivist_innen auf Schiffen dieser Organisationen zu suchen haben, bleibt mir ein Rätsel. Sie sind entweder sehr dumm und naiv oder sie meinen wirklich, dass Islamismus friedlich ist. Beides mag ich nicht so recht glauben. Denn wer Mütter mit kleinen Babys sieht, die sagen, dass sie gerne als Märtyrerinnen gestorben wären, sollte wissen welche politische Absicht hinter der Flotte steckte…“

Vor zehn Jahren, am 31. Mai 2010 kontrollierte die israelische Armee (IDF) in internationalen Gewässern die sogenannte Gaza-Flottille. Dabei kam es auf dem türkischen Schiff „Mawi Marmara“ zu einer gewalttätigen Provokation bewaffneter Dschihadisten, die dazu führte, dass acht türkische und ein türkisch-amerikanischer Staatsbürger von IDF-Soldaten erschossen wurden.

Vorgeschichte

Entgegen allen Voraussagen hat Israel 2005 den Gazastreifen geräumt. Damit sie weiterhin Blumen und Gemüse exportieren können, wurden den „Palästinensern“ die Gewächshäuser intakt überlassen. Doch nach den Synagogen zerstörten sie auch die Gewächshäuser. Während der bald darauf erfolgten Machtergreifung der Hamas wurden der PLO nahestehende Araber von Hochhäusern gestürzt.

Seither wird in Europa viel Propaganda für diese „palästinensische“ Filiale der Muslimbrüder gemacht, die als wohltätige Gruppe hingestellt wird. Die Realität schaut anders aus. 2006 veröffentlichte die deutsche Professorin an der Birzeit-Universität, Helga Baumgarten – die unverdächtig jeglicher Sympathien für Israel ist – „Hamas / Der politische Islam in Palästina“, in dem sie auch die Charta der Hamas publizierte. In dieser wird in Artikel 7 ohne Umschweife klar der Hass gegen Juden postuliert:

„Die Stunde (der Auferstehung) wird nicht kommen, bis die Muslime gegen die Juden kämpfen. Die Muslime werden sie töten, bis sich der Jude hinter Stein und Baum verbirgt, und Stein und Baum dann sagen: ‚Oh Muslim, oh Diener Gottes! Da ist ein Jude hinter mir…‘“

Im Artikel 13 wird festgestellt: „Eine Lösung für die palästinensische Frage gibt es nur durch den Dschihad. Was die Initiativen, Vorschläge und internationalen Konferenzen betrifft, so sind sie Zeitverschwendung und unsinniges Spiel.“

Und im Artikel 32 wird die alte Mär vom zionistischen Streben „nach der Expansion vom Nil bis zum Euphrat“ aufgewärmt: „Ihr Vorhaben steht in den ‚Protokollen der Weisen von Zion‘ und ihr gegenwärtiges Tun ist der beste Beleg für das, was wir sagen.“

Die türkische IHH (Islamische humanitäre Hilfsorganisation), die in Wirklichkeit eng verbunden ist mit türkischen Islamisten und Faschisten, spielte eine führende Rolle bei der Organisierung der Gaza-Flottille 2010. Diese Organisation, die „unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe“ die Terrorgruppe Hamas unterstützt, wurde vom Innenministerium der Bundesrepublik im Juli 2010 verboten.

Die wenig bekannte Konferenz in Istanbul

Die Flottille war ein Schritt in der Implementierung der dschihadistischen „Istanbul-Deklaration“, die während einer Konferenz in Istanbul am 14.-15. Februar 2009 beschlossen wurde. An dieser Konferenz nahmen ungefähr 200 arabische und europäische sunnitische Scheiche und Imame teil, wie auch Hamas-Mitglieder. 90 Teilnehmer unterzeichneten diese Erklärung. Laut einem BBC-Reporter, der an der Konferenz teilnahm „hat ein Sprecher nach dem Anderen einen Dschihad gegen Israel gefordert, um die Hamas zu unterstützen.“ Die Istanbul-Erklärung hat die konfrontative und gewaltbereite dschihadistische Agenda formuliert, die dann während der „Aktion Flotilla“ in die Tat umgesetzt wurde.

Die Istanbuler Deklaration erklärt den „Sieg“ der Hamas in Gaza („Gegossenes Blei“ 27. Dez. 2008 - 18. Jan. 2009), die Unterstützung für den Widerstand (d.h. des Terrors) und dass „der Dschihad in Gaza Teil des weltweiten Dschihads des Islams ist, sowie des „Dschihads“ gegen Israel bis die „Befreiung“ „ganz Palästinas“ erreicht ist. Weiter beinhaltet die Deklaration die entschiedene Ablehnung von Frieden mit Israel, der als Verrat an den „Palästinensern“ und an den Muslimen beschrieben wird.

Sie bestätigt auch die Pflicht der islamischen Nation alle Übergänge von und nach „Palästina“ zu sichern, um alle Bedürfnisse der „Palästinenser“ zu befriedigen – Geld, Kleidung, Lebensmittel, Medikamente, Waffen und anderes „Lebensnotwendiges“, „damit sie fähig sind den Dshihad auf dem Weg des allmächtigen Allahs durchzuführen“.

Laut der Istanbuler Deklaration besteht die Pflicht „der islamischen Nation, das Senden von fremden Kriegsschiffen in muslimische Gewässer, mit der Behauptung die Grenzen zu kontrollieren und den Schmuggel von Waffen nach Gaza zu verhindern, als eine Kriegserklärung, als neue Besatzung, als sündige Aggression und eine offensichtliche Verletzung der Souveränität der Nation zu betrachten. Das muss abgelehnt werden und auf allen Wegen mit allen Mitteln bekämpft werden.“

Vorsätzliche Gewaltausübung

Die Organisatoren der Flottille hatten mit Absicht und in einem vorgeplanten Szenario die Ausübung von Gewalt gegen die israelische Kriegsmarine vorgesehen. Sie wollten provozieren, um der Hamas und ihren Mitläufern propagandistisch zu helfen.

Das gewalttätige und konfrontative Verhalten der Passagiere des Schiffes „Mavi Marmara“ muss als Teil einer breiteren panislamischen, radikalen dschihadistischen Denkweise gesehen und verstanden werden.

In einem fett gedruckten Leitartikel schrieb der kuwaitische Journalist Abdallah Al-Hadlaq (Al Watan 28. Juni 2010) über die wahre Beschaffenheit der Flottille: „Israel kennt die Wahrheit hinter diesen Versuchen, die von Unterstützern des globalen Terrorismus angeführt werden; sie behalten das Recht, strategische Mittel zu benützen. Wie jedes andere Land der Welt ist es den Gefahren des globalen Terrorismus ausgesetzt und kämpft dagegen aktiv, indem es versucht den klugen Männern zu beweisen, dass es sich einer lebensbedrohenden Gefahr gegenüber sieht und versucht seine Sicherheit, sein Land und sein Volk zu schützen.“

Auf der Passagierliste des Schiffes „Mawi Marmara“ findet man zwei Namen von Teilnehmern der Istanbuler Konferenz, die auch die Deklaration unterzeichnet hatten. Der erste war Walid Al-Tabtabai, ein prominenter radikaler Islamist und Parlamentsmitglied Kuwaits. Während einer Pressekonferenz in Antalya haben die Organisatoren der Flottille alle Teilnehmer gebeten, „ihr Testament zu schreiben“. Nach der Pressekonferenz hat Al-Tabtabai „nicht gezögert trotz israelischer Drohungen sein Testament zu schreiben“. Der zweite Teilnehmer dieser Konferenz war

Scheich Muhammad al-Hazimi, Mitglied des Parlaments von Jemen, der auf dem Deck der „Mawi Marmara“ fotografiert wurde, als er mit einem großen Krummdolch herumfuchtelte.

Hass und Hetze

Während der Reise der Flottille haben hochrangige Persönlichkeit wie IHH-Chef Bülent Yildirim und der israelisch-arabische Scheich Ra‘ed Salah, ein radikaler Islamist, die Passagiere der „Mawi Marmara“, insbesondere die IHH-Aktivisten indoktriniert. Stunden bevor die IDF-Soldaten das Schiff enterten, haben diese Aktivisten am oberen Deck ihre Waffen vorbereitet und Schlachtrufe gebrüllt, um diejenigen aufzuhetzen, die vorgesehen waren für die gewalttätige Konfrontation mit den IDF-Soldaten. Ein Al-Jazeera-TV-Bericht und eine Radiosendung vom Schiff, zwei Tage vor der Konfrontation mit IDF, zeigten die Passagiere des Schiffes wie sie antisemitische Lieder sangen und wie sie „Khaybar Khaybar ya Yahoud“ johlten, bezugnehmend auf Mohammeds Abschlachtung eines jüdischen Stammes, der während des siebten Jahrhunderts auf der arabischen Halbinsel lebte. Der Name Khaybar war der Name des letzten jüdischen Dorfes, das von Mohammeds Armee 628 besiegt wurde. All das wurde in Al-Jazeera am 29. Mai 2010 gezeigt. Radikale Muslime betrachten diese historische Schlacht gegen Juden nicht nur als Vorankündigung von zukünftigen Kriegen gegen den Staat Israel, sondern auch gegen das ganze jüdische Volk an sich. Während der Zusammenkünfte und den Demonstrationen von Extremisten wird dieser Schlachtruf als Drohung gegen Juden bis heute ausgestoßen, weil die Islamisten eine Wiederholung der Ereignisse von Khaybar erwarten.

Nachdem Scheich Muhammad bin Nasr al-Hazimi aus israelischer Haft entlassen wurde, hat er seine persönliche Geschichte über sein dschihadistisches Abenteuer auf einer arabischen Website unter dem Titel: „Die wahre Geschichte von den Geschehnissen auf der ersten Freiheitsflottille“ publiziert. Er beschreibt seine Aktivität so: „… Ich habe die Ausrüstung vorbereitet und mein Testament geschrieben, weil ich wusste, dass die Juden nicht erlauben werden, dass die Flottille Gaza erreicht. D.h. es wird einen Konflikt geben und vielleicht wird Allah uns den Tod eines Märtyrers (shahada) gewähren. Das ist die größte Gnade und der höchste Rang, den irgendjemand erreichen kann.“

Das ist Teil eines panislamistischen Narratives, das davon ausgeht, dass die erste Pflicht eines Moslems die Beteiligung am Dschihad ist, wenn die Ummah, die islamische Nation, in Gefahr ist bzw. das vorgetäuscht wird.

Die dschihadistische Mission der Flottille

Während und nach der Fahrt der Flottille drückten die Aktivisten auf dem Schiff „Mawi Marmara“ öffentlich ihre Bereitschaft aus, an Bord des Schiffes als Schahids (Märtyrer) zu sterben. Ihre Erklärungen liefern den zusätzlichen Beweis, dass ein Teil der Passagiere, insbesondere der harte Kern der IHH-Mitglieder, sich für eine gewalttätige Aktion gegen die IDF-Soldaten vorbereitet hatte. Einer von ihnen beschrieb dies als Vorbereitung auf einen Kampf. Außer dieser Vorbereitung von Waffen zum Gebrauch, wurden die Passagiere von muslimischen Aktivisten auch religiös indoktriniert, darunter auch vom israelischen Araber Scheich Ra’ed Salah.

In Videos, die während und nach der Reise der Flottille gemacht wurden, bestätigte eine Anzahl der Teilnehmer den Wunsch als Schahid zu sterben. Möglicherweise waren einige dieser Erklärungen eher Prahlereien und Rhetorik als der wahre Glaube einen historischen Kampf gegen Juden zu führen. In einigen Fällen aber scheinen sie ernstgemeint zu sein. Video-Interviews mit den Passagieren beinhalten Folgendes: Schaza Barakat, ein weiblicher Passagier an Bord der „Mawi Marmara“, sagte „Zwei gute Sachen werden geschehen: entweder werden wir als Märtyrer sterben, oder werden wir Gaza erreichen.“ (Al-Jazeera-TV, 29. Mai 2010)

Hussein Urusch, ein prominentes IHH-Mitglied und einer der Organisatoren der Flottille, erklärte, dass alle Passagiere bereit waren als Märtyrer zu sterben, und dass das Ziel der Flottille war entweder Gaza zu erreichen oder zu sterben. (Al-Jazeera-TV, 5. Juni 2010).

Nachdem das Schiff zum Hafen von Aschdod gebracht wurde, haben die israelischen Behörden zusätzliche Erklärungen, die auf dem Schiff gefunden wurden, beschlagnahmt, so auch Interviews mit Journalisten. Zum Beispiel erklärte ein Freund von Ali Haydar Bengi, ein 29-jähriger Türke, der an Bord erschossen wurde, dass Ali „als Schahid sterben wollte“. Seine Ehefrau sagte, dass er seit Jahren zu Allah betete, dass er als Märtyrer sterben könne. Der 17-jährige Student Furkan Dogan, der von der türkischen Regierung zum Schahid erklärt wurde, schrieb an Bord der „Mawi Marmara“ vor seiner Konfrontation mit den IDF-Soldaten in seinem Tagebuch: „Die letzten Stunden vor dem ‚süßen Saft des Märtyrertums‘… Gibt es irgendetwas Schöneres als das? Wenn ja, dann ist es sicher meine Mutter… Aber ich bin da nicht so sicher… Der Vergleich der beiden ist sehr schwierig für mich…“

„Geh zurück nach Auschwitz!“

Extremer Judenhass kam zum Ausdruck in einer Radio-Botschaft der Flottille an das Schiff der israelischen Kriegsmarine: „Halts Maul, geh zurück nach Auschwitz!“. „Wir helfen den Arabern gegen die USA, vergessen Sie nicht die 9/11 Kerle“, brüllte später ein Mann während eines Wortwechsels.

Das kann nicht wirklich überraschen, ist doch die IHH eng verbunden mit der 2001 von Yusuf al-Qaradawi gegründeten „Union of Good“, deren Aufgabe die Unterstützung der Hamas ist. Der in Katar lebende Prediger steht seit Juni 2017 auf der Terrorliste der Regierungen Saudi-Arabiens, Ägyptens, der Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrains, und gilt als einer der weltweit einflussreichsten Islamisten. Er nannte Adolf Hitler „eine gerechte Strafe Allahs für die Juden“. Beim nächsten Mal werde, „so Gott will“, diese Strafe „durch die Hand der Gläubigen erfolgen“. In seiner Freitagspredigt am 4. Juni 2010 sagte er, Allah wird „das Land des zionistischen Feindes vernichten, so wie er alle Tyrannen der Welt eliminiert hat, weil sie [die Zionisten] tyrannisch und korrupt agieren.“

Nach dem Entern der „Mawi Marmara“ kam es online zu einer Flut antisemitischer Erklärungen und Aufrufen zur Gewalt. Die radikale islamistische Website „Islammemo“ veröffentlichte eine Erklärung von 70 islamischen Predigern unter dem Titel „Massaker an der Freiheitsflottille“, die u.a. fordert: „Es ist die Pflicht der islamischen Nation einen Dschihad für Allah durchzuführen gegen das Herz des jüdischen Gebildes, um die Juden aus muslimischen Ländern zu verbannen …

Der Weg des Dialogs und der Verhandlungen wird nur die Gier und das Verlangen der Juden vermehren.“

Von einigen Teilnehmern der englischsprachigen Website des Ansar Al-Mujahideen wurden folgende Drohungen ausgesprochen: „Alle Juden sollten vergast werden“, „Die einzige Lösung ist die Endlösung!“, „Juden haben kein Recht zu leben“ und „der einzige gute Jude ist der tote Jude“.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan behauptete Anfang Juni 2010 vor dem Türkisch-Arabischen Kooperationsforum: „Wenn das Wort ‚Medien‘ ausgesprochen wird, kommt einem Israel und Israels Regierung in den Sinn. Sie haben die Fähigkeit zu manipulieren, wie sie wünschen“. Einen Tag später sagte er, „die internationale Presse wird von Israel unterstützt, diese erhält Instruktionen von Israel“, um dann kritische türkische Medien zu kritisieren:

„Bitte legen sie vor sich die israelischen Zeitungen hin und dann legen sie einige gut bekannte türkische Zeitungen daneben. Glauben Sie mir: Da gibt es außer der Sprache keine Unterschiede, weil diese türkischen Zeitungen [Israels] Subunternehmer sind“.

Um zu verstehen, weshalb Erdoğan und sein Dunstkreis immer wieder Antisemitismus transportieren, ist es notwendig sich daran zu erinnern, dass er und seine Partei ideologisch in der vom fanatischen Antisemiten Necmettin Erbakan angeführten „Nationalen Heilspartei“ verwurzelt sind.

Reaktionen in Wien und arabische Abgeordnete der SPÖ

Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, wenn ich über die Teilnahme von prominenten Mitgliedern der deutschen Partei der „Linken“ an der Reise dieser Flottille oder über andere Teilnehmer bzw. über die weltweite Reaktion schreiben würde. Daher beschränke ich mich lediglich auf die Reaktionen in Wien.

Schon am Tag nach diesen Ereignissen auf der „Mawi Marmara“ kam es im Wiener Gemeinderat zu einem einstimmigen Beschluss gegen den Staat Israel. Dagegen protestierte nur der damalige Grüne Gemeinderat (und heutige Bundesrat) Marco Schreuder, der am Tag der Gemeinderatssitzung in Norwegen seinen Urlaub verbrachte.

In seiner Stellungnahme schrieb Schreuder:

„In diesem Antrag – u.a. des SP-Abgeordneten Omar Al-Rawi, der gleichzeitig in der Islamischen Glaubensgemeinschaft aktiv ist – wird Israels Vorgehen gegen die sogenannte Gaza-Hilfsflotte scharf verurteilt. Der Terror und der Wahnsinn der Hamas jedoch nicht.

Vermutlich haben viele Abgeordnete nur wenige Stunden nach der Militäraktion Israels noch gar nicht genau gewusst, was da genau passiert ist. Nur so kann ich mir die Zustimmung aller anwesenden Abgeordneten erklären. Auch die meiner Grünen Kolleg_innen.

Die sogenannte ‚Friedensflotte‘ war nämlich alles andere als friedlich. Wäre sie das gewesen, hätte sie das Angebot Israels, die Hilfsgüter in Aschdod zu löschen und dort über die Straße nach Gaza zu bringen, angenommen. Es ging aber weniger um Hilfsgüter für die Menschen im Gaza. Es ging um eine Aktion gegen den jüdischen Staat. Und nur darum.

Dank türkischer Medien wissen wir, dass es keine friedlichen Menschen waren, die diese Flotte organisierten und die auf den Schiffen saßen. Da finden sich etwa Vertreter und Vertreterinnen der IHH, das sind die organisierenden Islamist_innen selbst, BBP steht für Genel Başkan Başmüşaviri – den islamistischen Flügel der faschistischen „Grauen Wölfe“, Saadet ist Millî Görüş, Vakit ist antisemitisch, Anadolu Gençlik Derneği wiederum ultranationalistisch. Und diese Liste ließe sich fortsetzen.

Was manche Künstler_innen und Friedensaktivist_innen auf Schiffen dieser Organisationen zu suchen haben, bleibt mir ein Rätsel. Sie sind entweder sehr dumm und naiv, oder sie meinen wirklich, dass Islamismus friedlich ist. Beides mag ich nicht so recht glauben. Denn wer Mütter mit kleinen Babys sieht, die sagen, dass sie gerne als Märtyrerinnen gestorben wären, sollte wissen welche politische Absicht hinter der Flotte steckte…“

Eine ominöse Rolle bei dem einstimmigen Beschluss des Wiener Gemeinderates spielte der aus Irak stammende Omar Al Rawi, der ganz auf der Linie von Bruno Kreisky die Hamas unterstützte.

Bereits am 1. Juni kam es zu einer von Linksextremisten organisierten Demo, bei der eine Tafel mit der Aufschrift „Wach auf Hitler“ getragen wurde.

Drei Tage später, am 4. Juni heizte Al Rawi die Stimmung bei einer Demonstration an, deren Teilnehmer u.a. „Israel Terrorist“ skandierten.

Al Rawi widersprach diesen Parolen nicht, und suchte keinen Ausgleich oder Worte der Vernunft. Und es fiel auch kein Wort über islamistischen Terror oder den Terror der Hamas.

Die Israelitische Kultusgemeinde (IKG) forderte den Rücktritt von Al Rawi, der aber von der SPÖ nicht fallengelassen wurde, und nach wie vor sozialdemokratischer Gemeinderat ist.

2016 lud mich die damalige sozialdemokratische Parlamentspräsidentin Doris Bures zu einer Veranstaltung „In Großmutters Worten… Frauenschicksale im Zweiten Weltkrieg“ anlässlich des Internationalen Frauentages ins Parlament ein. Als Zeitzeugin sollte Hedy Epstein, „Deutsche Überlebende des Holocaust“, „Menschenrechts- und Friedensaktivistin“ teilnehmen, die in den USA Mitglied der Kommunistischen Partei wurde.

Sie war 2010 Teilnehmerin der Flottille und ließ sich in der Pose einer Moralistin von Islamisten und ihren Sympathisanten bejubeln, weil sie die Flottille und den Boykott gegen Israel „als Jüdin und Überlebende“ propagierte.

Diese Veranstaltung war ausgerechnet in der Woche des 78. Jahrestages des Anschlusses Österreichs an das „Dritte Reich“ im Parlament vorgesehen, in der man sich eigentlich an die Boykottaufrufe gegen Juden und die Schändung der Synagogen in Österreich erinnern sollte. Dazu kam, das als Moderatorin der Veranstaltung eine Verschwörungstheoretikerin vorgesehen war, die u.a. „israelischen Agenten“ unterstellt 9/11 begangen zu haben.

Ich empfand diese Veranstaltung als eine üble Provokation und informierte Journalisten darüber. Nachdem der Skandal im Ausland bekannt wurde, sah sich Doris Bures gezwungen, die Veranstaltung abzusagen.

Seit der Gaza-Flottille sind nun zehn Jahre vergangen und es gibt eine Million Tote und Millionen Flüchtlinge in und aus Syrien, ohne dass es deswegen zu nennenswerten Demonstrationen bzw. Beschlüssen des Gemeinderates kommt.

Doch die Zeiten ändern sich. Anfang 2020 wurde in Wien eine konservativ-grüne Regierung angelobt, die im Regierungsprogramm die „Erarbeitung einer ganzheitlichen Strategie zur Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus“ vorsieht und Radikalisierung und gewaltbereiten Extremismus bekämpfen will.

Der Verbleib von Judäa und Samaria in Israel ist nicht völkerrechtswidrig

Auch gemäß den Resolutionen des Völkerbundes und der UNO ist Israels Präsenz in den urjüdischen Gebieten Judäa und Samaria legitim.

Von Michel Calvo (Redaktion Audiatur)

Die jüdische Stadt Ma'ale Adumim im Westjordanland

Mit der innerstaatlichen Praxis haben sich der Rechtsstatus und die Rechte der indigenen Völker weiterentwickelt und zum internationalen Gewohnheitsrecht herauskristallisiert. So erklärte beispielsweise die Interamerikanische Menschenrechtskommission, dass „es eine internationale Gewohnheitsrechtsnorm gibt, die das Recht der indigenen Völker auf ihr traditionelles Land bekräftigt". Der Afrikanische Gerichtshof für Menschen- und Völkerrecht bestätigte, dass die Landrechte der indigenen Völker geschützt sind und dass diese Rechte „allgemeine Rechtsgrundsätze" darstellen.

Unter anderem stimmten Belgien, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Israel und Luxemburg für die Erklärung. Seit 2007 haben Australien, Kanada, Neuseeland und die Vereinigten Staaten, die dagegen gestimmt hatten, die Erklärung im Jahr 2010 formell gebilligt. In ihren Beziehungen zu Israel können diese Staaten nicht behaupten, dass die Erklärung nicht für israelische Juden gilt, da eine solche Position auf eine eklatante Rassendiskriminierung hinauslaufen würde.

Nach dem Völkerrecht sind die Juden die Ureinwohner der als Judäa, Samaria, Palästina, Israel und Heiliges Land bezeichneten Länder und erfüllen daher die völkerrechtlich geforderten Kriterien. Die Juden sind die ethnische Gruppe, die vor 3.500 Jahren die ursprünglichen Siedler von Judäa und Samaria waren, als das Land vom Allmächtigen den Juden geschenkt wurde. Führer dieser Welt, die sich dafür entschieden haben, die Geschichte zu verwässern, bezeichnen Judäa und Samaria fälschlicherweise als „Westbank", „Westjordanland" oder die „besetzten palästinensischen Gebiete".

Nach der Balfour-Erklärung von 1917 schufen der Vertrag von Lausanne (1923), das britische Mandat für Palästina (1922), die San-Remo-Resolution (1920) und der Vertrag von Sevres (1920) internationales Recht und anerkannten die historischen angestammten Rechte der Juden auf ihr Land und führten sie wieder ein. Die Unterzeichner dieser Verträge und des Mandats (Großbritannien, Frankreich, Türkei, Japan, Italien usw.) sind an diese Verträge und das Mandat gebunden.

Mit dem Mandat für Palästina, das Großbritannien im August 1922 erteilt wurde, erkannte der Völkerbund „die historische Verbindung des jüdischen Volkes mit Palästina an sowie die Grundlagen für die Wiederherstellung seiner nationalen Heimat in diesem Land". Das Recht des jüdischen Volkes, sich im Land Palästina, seiner historischen Heimat, niederzulassen und dort seinen Staat zu gründen, ist somit ein völkerrechtlich verankerter Rechtsanspruch.

UNDRIP bekräftigt das Recht des jüdischen Volkes als Urvolk und „insbesondere seine Rechte auf sein Land, sein Territorium und seine Ressourcen".

Neuere Resolutionen der UN-Generalversammlung, die besagen, dass die Ansiedlung von Juden in Judäa-Samaria völkerrechtswidrig ist, sind lediglich Empfehlungen und haben nie zu Änderungen bestehender verbindlicher Verträge geführt. Resolutionen des UN-Sicherheitsrates, die besagen, dass jüdische Gemeinden in Judäa und Samaria illegal sind, sind nicht bindend. Nur Resolutionen nach Kapitel VII der UN-Charta sind für alle UN-Mitgliedsstaaten bindend. So wurde beispielsweise die Resolution 2334 des Sicherheitsrates am 23. Dezember 2016 mit 14:0 Stimmen angenommen. Vier ständige Mitglieder des Sicherheitsrates – China, Frankreich, Russland und das Vereinigte Königreich – stimmten dafür; die USA enthielten sich der Stimme. Diese Resolution wurde nicht gemäß Kapitel VII der Charta angenommen. Sie ist nicht bindend. In dieser Resolution heißt es, dass die Siedlungsaktivitäten Israels eine „eklatante Verletzung" des Völkerrechts darstellen. Sie hat „keine Rechtsgültigkeit". Diese Resolution verstößt gegen das UNDRIP, das Britische Mandat und die anderen Verträge.

Das Recht des jüdischen Volkes, sich im so genannten Westjordanland „anzusiedeln", und das Recht Israels, Teile von Judäa und Samaria (Teil von Palästina) zu annektieren, leiten sich aus dem Mandat ab (Levy-Report vom 9. Juli 2012). Gemäß dem Mandat ist das Recht, einige Teile von Judäa und Samaria zu annektieren, eine direkte Folge des Rechts der Juden, sich in ganz Palästina, d.h. im Gebiet des Mandats von 1936, niederzulassen.

Artikel 80 der Charta der Vereinten Nationen (1945) erkannte die Gültigkeit der bestehenden Rechte an, die Staaten und Völker im Rahmen der verschiedenen Mandate, einschließlich des Britischen Mandats für Palästina (1922), erworben haben, sowie das Recht der Juden, sich auf Grund dieser Rechtsakte im Land (Judäa und Samaria) niederzulassen. (Pr. E. Rostow). Diese Rechte können von der UNO nicht geändert werden.

Soweit in einzelnen, auf Grund der Artikel 77, 79 und 81 geschlossenen Treuhandabkommen zur Einbeziehung eines Treuhandgebiets in das Treuhandsystem nichts anderes vereinbart wird und solange derartige Abkommen noch nicht geschlossen sind, ist dieses Kapitel nicht so auszulegen, als ändere es unmittelbar oder mittelbar die Rechte von Staaten oder Völkern oder in Kraft befindliche internationale Übereinkünfte, deren Vertragsparteien Mitglieder der Vereinten Nationen sind. (Artikel 80, Absatz 1, Charta der Vereinten Nationen)

In einer Reihe von Entscheidungen und Gutachten zu Namibia entschied der Internationale Gerichtshof (IGH), dass ein Völkerbundmandat ein verbindliches internationales Instrument einem Vertrag entsprechend ist, der als treuhänderische Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft fortbesteht, bis seine Bedingungen erfüllt sind. Im Falle Namibias bestätigte der Gerichtshof die Entscheidung des Sicherheitsrates, dass Südafrika seine Rechte als Zwangsmacht aufgegeben hat, indem es einige seiner grundlegenden Pflichten verletzt hat. Das Mandat überlebte als Trust, das auf Rechtsgrundsätzen beruhte, die durch Artikel 80 der Charta bestätigt wurden.

Wie das Mandat für Südwestafrika überlebte auch das Mandat für Palästina die Beendigung der britischen Verwaltung als Trust nach Artikel 80 der UN-Charta (Pr. E. Rostow).

Deshalb gibt es jüdische Rechte auf „Ansiedlung" im sogenannten „Westjordanland". Es kann nicht ernsthaft behauptet werden, wie es die EU, Frankreich, Großbritannien, Russland, China und andere Staaten tun, dass jüdische Gemeinden im Westjordanland illegal sind und dass die Annexion völkerrechtswidrig ist. Diese Position ist politisch motiviert, nicht juristisch. Trotz gegenteiliger UN-Resolutionen ist die Errichtung israelischer Zivilsiedlungen im Westjordanland nicht völkerrechtswidrig.

Israel, der jüdische Staat, hat als Mitglied der internationalen Gemeinschaft das Recht, aber auch die Pflicht, das Mandat zu erfüllen, welches die meisten Nationen missachtet haben, weil sie den Terrorismus und die islamische Welt fürchteten und von 2.000 Jahren religiösem Hass und Antisemitismus beseelt waren.

Einhundertdrei Jahre sind seit der Balfour-Erklärung vergangen, 73 Jahre seit der Ablehnung der Resolution 181 der UN-Generalversammlung von 1947 durch die arabischen Staaten, 52 Jahre seit dem Sechstagekrieg von 1967 und 27 Jahre seit dem Oslo-Abkommen. Die Osloer Abkommen von 1993 und 1995 wurden zwar unterzeichnet, führten aber nicht zum Frieden. Die „Palästinensische Autonomiebehörde" (PA) will keinen Frieden; sie lehnte die Angebote Israels aus den Jahren 2000 und 2008 für einen „palästinensischen" Staat und ein Leben in Frieden ab.

„Pay to slay"

Die Beteiligung des Sicherheitsapparates der „Palästinensischen Autonomiebehörde" an den Morden an Juden seit 1993 ist ein Beweis dafür, ebenso wie das Programm „Pay-to-slay" für Gefangene, die in terrorbezogene Straftaten verwickelt sind. Die Drohungen von PA-Präsident Machmud Abbas, dass die „Palästinenser" nach der Konferenz von Bahrain und nach einer Annexion einen „Aufstand" provozieren werden, sollten ernstgenommen werden. Abbas ist definitiv nicht am Frieden interessiert.

Israel hat die Pflicht, die logischen Konsequenzen aus diesem Verhalten zu ziehen und alle oder einen Teil der Gebiete in Gebiet C zu annektieren, um die Existenz seiner Bevölkerung innerhalb sicherer Grenzen zu gewährleisten und die noch im Exil lebenden Millionen Juden aufnehmen zu können, die sich in Israel niederlassen wollen.

Michel Calvo wurde in Tunesien, geboren. Als Experte für internationales Recht war er Mitglied des Internationalen Schiedsgerichtshofs und vertrat Israel. Auf Englisch zuerst erschienen bei Gatestone Institute. Übersetzung Audiatur-Online.

Äthiopische Jüdin wird erste schwarze Ministerin in Israel

Der jüdische Staat honoriert die Einwanderung aus Äthiopien und macht Pnina Tamano-Schata zur Alija-Ministerin.

Von Yossi Aloni (Israel Heute)

Zu den zahlreichen Veränderungen, die mit der Aufstellung einer neuen Regierung in Israel eingeführt wurden, gehörte die Ernennung von Pnina Tamano-Shata, der ersten Äthiopierin, die in Israel als Ministerin dienen wird.

„Dies ist eine emotionale Zeit für mich. Ich merke, wie ein Kapitel abgeschlossen und ein neues Kapitel in meinem Leben aufgeschlagen wurde. Ich habe das Gefühl, dass heute dieses dreijährige Mädchen bei mir ist, das barfuß, ohne Mutter und nach einer sehr langen Wanderung nach Israel gekommen ist. Ich erinnere mich lebhaft an die schwierigen Momente und Jahre im Aufnahmezentrum. Es ist aufregend, darüber nachzudenken, wie dieses Mädchen durchgehalten hat und nun Ministerin in der israelischen Regierung geworden ist. Es hat etwas sehr Symbolisches und Kraftvolles, Ministerin für Alijah und Integration zu sein. Es spielt keine Rolle, wie viele Jahre ein Oleh Chadasch (neuer Immigrant) in Israel gewesen ist; man bleibt immer ein Oleh Chadasch. Die Einwanderung und die Freude darüber, im Land zu sein, erfüllen weiterhin unsere Herzen. Die Alijah ist das Herz des Staates Israel. So wurde das Land gegründet“. Die Worte der neuen Ministerin für Alijah und Integration, Pnina Tamano-Shata, kommen von Herzen.

Pnina Tamano-Shata, Ministerin für Alijah und Integration

Die erste in Äthiopien geborene israelische Ministerin

Die Ernennung von Shata ist historisch beispiellos, weil sie die erste in Äthiopien geborene Ministerin seit der Gründung des Staates Israel ist. Zudem scheint dieses Ministerium in den letzten Jahren an den Rand gedrängt worden zu sein. Nun soll es jedoch wieder an Bedeutung gewinnen, da mit einer Welle von Alijah zu rechnen ist. Israel schätzt, dass sich nach der Corona-Krise zwischen 50 und 100.000 Juden für eine Alijah entscheiden werden.

„Als Land müssen wir nicht nur auf die Alijah vorbereitet sein, sondern uns auch daran erinnern, dass es nach der Ankunft einen Prozess der Eingliederung und Integration gibt, für den wir verantwortlich sind. Wir dürfen die Alijah nicht nur lieben, sondern müssen auch die neuen Einwanderer selbst lieben. Ich bin begeistert, dass die gegenwärtige Regierung als Teil ihrer grundsätzlichen Richtlinien verspricht, den Schwerpunkt auf die Alijah und die Aufnahme zu legen und danach zu streben, die Alijah aus jüdischen Gemeinden in der ganzen Welt zu unterstützen. Dies steht in den „10 Geboten“ der neuen Regierung, und meine Aufgabe ist es, so gut wie möglich auf deren Umsetzung vorbereitet zu sein. Ich erwarte, dass Alijah eine erste Priorität auf der Agenda der neuen Regierung sein wird“, erklärte Shata.

Ein Leben in Beharrlichkeit und Aktivismus

Tamano-Shata ist 39 Jahre alt, sie wurde 1981 in Wuzaba geboren, einem Dorf in der Nähe der Stadt Gondar in der Region Amhara im Norden Äthiopiens. Im Jahr 1984, als sie gerade drei Jahre alt war, wanderte sie während der Evakuierung der äthiopischen Juden über den Sudan nach Israel aus, auch bekannt als „Operation Moses“. Nach ihrer Ankunft in Israel lebte sie mit ihrer Familie in Pardes Hanna, und 1988 zogen sie nach Petah Tikvah, wo sie bis heute lebt. 1999 meldete sie sich bei der israelischen Armee und diente als Operationssergeant im Kommando der Heimatfront. Sie studierte Rechtswissenschaften am Ono Academic College in Kiryat Ono in der Nähe von Tel Aviv. Während dieser Zeit engagierte sich Shata stark im sozialen Aktivismus in unterprivilegierten Vierteln in Petah Tikvah.

Pnina begann ihre Karriere im öffentlichen Dienst im Jahr 2004, als sie zur stellvertretenden Vorsitzenden der nationalen äthiopischen Studentenvereinigung gewählt wurde. Im Jahr 2006 half sie bei der Gründung eines Zentrums zur Förderung der sozialen Gleichheit für die äthiopische Gemeinschaft in Israel. Sie leitete auch selbst eine Reihe von Kampagnen gegen Rassismus und Diskriminierung von Äthiopiern in Israel. Sie ist bekannt für ihre Führungsrolle in der Kampagne gegen das frühere Verbot von Blutspenden von in Äthiopien geborenen Israelis.

Der Weg zur Knesset

Aufgrund ihres umfangreichen sozialen Engagements während des letzten Jahrzehnts und vor allem wegen der von ihr geführten Kampagnen gegen Rassismus und Diskriminierung wurde Shata 2016 mit dem „Preis für Unscheinbare Helden“ ausgezeichnet, der vom Drum Major Institute verliehen wird, das vom Sohn Martin Luther King Jr. gegründet wurde. 2012 kandidierte sie mit der Yesh Atid-Partei für einen Sitz in der Knesset und wurde im Alter von 31 Jahren gewählt. Sie war die erste äthiopische Frau, die in das israelische Parlament gewählt wurde. Im Jahr 2015 half sie mit, die äthiopische Kampagne gegen Polizeibrutalität zu leiten.

Anstatt sich eigenen infrastrukturellen Problemen zu stellen, ist die am schnellsten schrumpfende Kirche der Welt hauptsächlich von vermeintlicher „Sorge“ um den Frieden in Nahost beherrscht

Der desaströse Mitgliederschwund steht kaum im Fokus der deutschen Protestanten. Lieber belehrt die Evangelische Kirche ungefragt den jüdischen Staat Israel, als sich intern mit dem eigenen Versagen zu befassen.

(Israelnetz) Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat die israelische Regierung am Donnerstag aufgefordert, die Annexionspläne ruhen zu lassen. Stattdessen sollten die politischen Verantwortlichen auf beiden Seiten wieder Verhandlungen aufnehmen. Im Falle einer Annexion befürchtet die EKD, dass die Gewalt in der Region „neu aufflammen könnte“.

Mit dem Thema befasste sich die Evangelische Mittelost-Kommission (EMOK) unter Leitung von Bischof i. R. Markus Dröge. Dieser stuft die geplante Annexion als „völkerrechtswidrig“ ein. „Eine Friedenslösung kann nur auf dem Verhandlungsweg und nur unter Wahrung von Recht und Gerechtigkeit und unter Achtung der geltenden Menschenrechts- und Völkerrechtsnormen erreicht werden“, sagte Dröge laut einer Mitteilung der EKD.

Ebenso wie die EMOK plädiert auch der EKD-Ratsvorsitzende, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, für eine Zwei-Staaten-Lösung als Ziel der Verhandlungen. Diese Lösung müsse „die vorbehaltlose Anerkennung des Existenzrechts Israels durch alle Seiten“ beinhalten. Sie müsse außerdem ein sicheres Leben der Menschen in Israel und in einem „palästinensischen“ Staat ermöglichen.

Bischof Dröge (links) und sein Nachfolger Bischof Stäblein

PA fordert Siedlungsboykott

Israel hat nach einer Übergangszeit von mehr als 500 Tagen seit Mitte Mai eine neue Regierung. Zu deren Programm gehört die Annexion von Siedlungen und des Jordantales. Aus israelischer Sicht ist die Kontrolle des Jordantales entscheidend für die militärische Abwehr eines möglichen Angriffs von Osten. Auch Siedlungen wurden nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 mit Blick auf die Sicherheit errichtet. In den Ortschaften leben mittlerweile mehr als 460.000 Menschen, die sich als Israelis verstehen. Viele „Palästinenser“ finden in den Siedlungen oft bessere Arbeit als in den Gebieten der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ (PA).

Die Einschätzung, eine Annexion wäre „illegal“, wird von vielen Regierungen geteilt. Daneben gibt es aber auch Stimmen, die mit Blick auf die Bestimmungen von San Remo vor 100 Jahren Israel das Recht zuerkennen, im Westjordanland – biblisch als Judäa und Samaria bezeichnet – Ortschaften zu errichten. Dieser Sicht haben sich auch die USA im November angeschlossen.

Der Präsident der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ (PA), Machmud Abbas, hat als Reaktion auf die israelischen Annexionspläne sämtliche Abkommen mit Israel für beendet erklärt. Offiziell tritt die PA für ein Ende der israelischen Besatzung und für eine Zwei-Staaten-Lösung ein. Vor diesem Hintergrund forderte sie angesichts der Annexionspläne die Weltgemeinschaft auf, Siedlungen zu boykottieren und Abkommen mit Israel zu überdenken.

Gewalt und Hetze

Vor Ausbruch der Corona-Krise musste sich Israel vor allem mit Gewaltakten aus dem Gazastreifen auseinandersetzen. So feuerten Terroristen regelmäßig Raketen auf den jüdischen Staat; im November waren es hunderte Geschosse binnen eines Tages. Ein anderes Mittel des Terrors waren Brandballons und -drachen, die in Israel Natur und Felder vernichteten.

Die Corona-Krise nutzte die Autonomiebehörde indes, um gegen Israel zu hetzen. In mehreren Cartoons in dem offiziellen PA-Blatt „Al-Hajat al-Dschadida“ wird Israel als Coronavirus dargestellt, das „Palästinenser“ tötet. Im offiziellen Fernsehen sprachen PA-Vertreter Israel das Existenzrecht ab und sehen ganz Israel als „Palästina“.

Trotz massiver EU-Zahlungen: Die sogenannte „Märtyrer“-Rente für arabische Terroristen ist nicht sicher!

Israel lässt zum Eigenschutz endlich die Konten von Mord-Attentätern sperren – Abbas und seine Terroristen bangen um ihre Blut-Prämien.

Von Stefan Frank

Die Familie des Arabers Mohammed Nasser Tarayra, der 2016 einen israelischen Teenager erstach.

Seit dem 9. Mai ist es Banken in den „Palästinensischen Autonomiegebieten“ durch einen israelischen Militärbefehl untersagt, Beihilfe zum Terrorismus zu leisten, etwa durch die Auszahlung von „Renten“ an in Israel inhaftierte Terroristen oder die Familien von Terroristen, die bei dem von ihnen verübten Anschlag getötet wurden („Märtyrerrenten“).

Schon einige Tage zuvor hatten Kreditinstitute offenbar angefangen, sich nach dem neuen Gesetz zu richten und die Konten von verurteilten Terroristen aufgelöst. Seither sind Bankfilialen in den „Palästinensischen Autonomiegebieten“ das Ziel von Angriffen und Drohungen bewaffneter Mobs, unter ihnen offenbar auch zahlreiche Angehörige der Fatah.

Wie die „Jerusalem Post“ berichtet, hatte das Zentralkommando der israelischen Streitkräfte auf Anordnung des israelischen Verteidigungsministers Naftali Bennett am 9. Februar die „Ergänzung Nr. 67 zu einer wichtigen Sicherheitsanordnung“ herausgegeben. Hinter der umständlichen Formulierung steckt die Ausweitung eines 2016 erlassenen israelischen Gesetzes gegen Terrorismusfinanzierung auf die „Palästinensischen Autonomiegebiete“.

In der neuen Gesetzgebung heißt es:

„Jede Person, die eine Transaktion mit Vermögenswerten, einschließlich Geld, durchführt, um eine Person für die Durchführung terroristischer Straftaten zu unterstützen, weiter zu finanzieren oder zu belohnen, begeht selbst eine Straftat, die mit 10 Jahren und einer erheblichen Geldstrafe bestraft wird.“

Dem Anschein nach nehmen die Banken die Drohung ernst. Die israelische Tageszeitung „Haaretz“ meldete am 8. Mai, dass die jordanische Cairo Amman Bank in Dschenin aus israelischen Gefängnissen entlassenen „Palästinensern“ und deren Familien mitgeteilt habe, dass die Konten, auf denen die „Palästinensische Autonomiebehörde“ ihre monatlichen Renten einzahlt, geschlossen werden müssten. Daraufhin sei die Bankfiliale des Nachts beschossen worden, so die Zeitung weiter; in Jericho seien Molotowcocktails auf eine Bank geworfen worden.

Von „Szenen, die an die Zweite Intifada erinnern“ und „maskierten bewaffneten Männern“ berichtete der arabisch-israelische Journalist Khaled Abu Toameh in der „Jerusalem Post“. In Dschenin, Nablus und im Flüchtlingslager al-Amari in der Nähe von Ramallah seien Bewaffnete, die offenbar den Al-Aqsa-Märtyrerbrigaden der Fatah angehörten, auf die Straße gegangen, hätten in die Luft geschossen und die Banken aufgefordert, die Entscheidung zurückzunehmen.

Mord nach Tarif

Die von der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ gezahlten Terrorrenten, die Mord an jüdischen Zivilisten belohnen, sind eines der größten Hindernisse, die einer friedlichen Lösung des arabisch-israelischen Konflikts entgegenstehen. Das wichtigste Kriterium bei der Bemessung der Gehälter, die den inhaftierten Tätern gezahlt werden, ist die Strafe, zu der sie verurteilt wurden, nicht die wirtschaftliche Lage ihrer Familien. Das Strafmaß wiederum richtet sich natürlich nach der Schwere des Verbrechens. Somit gilt: Je schwerer das Verbrechen, desto höher das Gehalt.

Eine Analyse des Washingtoner „Middle East Media Research Institute“ (MEMRI) beschreibt, wie das System gestaffelt ist:

„Verbüßt ein Häftling beispielsweise eine Haftstrafe von bis zu drei Jahren, etwa wegen des illegalen Besitzes von Munition, dann erhält er ein Basisgehalt von 1.400 Schekel (350 Euro). Ein Häftling, der eine Strafe zwischen zehn und 15 Jahren verbüßt, etwa weil er jemanden mit einer Waffe verletzt hat, bekommt ein Basisgehalt von monatlich 6.000 Schekel (1.500 Euro), und ein Häftling, der wegen mehrfacher Straftaten zu einer Strafe von 30 und mehr Jahren verurteilt wurde – darunter Mord, wofür allein er zu 20 Jahren Haft verurteilt wird –, erhält ein Basisgehalt von 12.000 Schekel (3.000 Euro).“

> „Je schwerer das Verbrechen, desto höher das Gehalt.“

So schafft die „Palästinensische Autonomiebehörde“ einen Anreiz, möglichst schwere Gewaltverbrechen gegen Juden zu verüben, Mörder bekommen das meiste Geld. Unter den Empfängern dieser Renten sind etwa:

Wie heißen die Geldempfänger und Mörder?

Mohammed Tarayra, der die 13-jährige Hallel Yaffa Ariel in ihrem Kinderzimmer im Schlaf erstach.

Die Cousins Hakim und Amjad Awad, die 2011 in Itamar die Familie Fogel in ihrer Wohnung im Schlaf ermordeten: die Eltern Udi and Ruth Fogel, den elfjährigen Yoav, den vierjährigen Elad und die drei Monate alte Hadas. Die „Palästinensische Autonomiebehörde“ preist die beiden Mörder als „Helden“.

Allein die Terroristen, die an dem Bombenanschlag auf die Jerusalemer Pizzeria „Sbarro“ beteiligt waren, bei dem am 9. August 2001 15 Menschen ermordet wurden (darunter acht Kinder), haben Berichten zufolge seither von der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ fast eine Million Dollar an Belohnung kassiert. Die Fatah-Terroristin Ahlam Tamimi, die Drahtzieherin des Anschlags, erhielt über 50.000 Dollar (es wäre viel mehr, wenn sie nicht 2011 im Zuge des Gilad-Shalit-Deals auf freien Fuß gesetzt worden wäre), der Bombenbauer Abdullah Barghouti mehr als 200.000 Dollar.

Solange er in seinen Händen „auch nur einen einzigen Penny habe“, sei der für die Unterstützung der „Märtyrer“, der Gefangenen und ihrer Familien bestimmt, sagt Machmud Abbas, der Präsident der „Palästinensischen Autonomiebehörde“.

Deutsches Geld für Judenmörder

Die deutsche Bundesregierung brüstet sich unterdessen damit, der „größte bilaterale Geber“ der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ zu sein: „Im letzten Jahr haben wir 110 Millionen Euro eingesetzt.“ Das ist mehr als ein Drittel der 300 Millionen, die die „Palästinensische Autonomiebehörde“ jedes Jahr für die Ermordung von Juden ausgibt.

Doch es könnte sein, dass das deutsche und europäische Geld bald nicht mehr bei den Tätern oder ihren Familien ankommt.

Wie die saudi-arabische Website „Arab News“ schreibt, sähen die Banken in den „Palästinensischen Autonomiegebieten“ keine andere Wahl, als dem israelischen Druck nachzugeben und die Auszahlungen zu stoppen: Globale Finanzinstitute nutzten für internationale Überweisungen das SWIFT-Netzwerk (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication); dieses unterliege den amerikanischen Vorschriften, nach denen alle ihre Vermögenswerte eingefroren werden könnten.

Der „palästinensische“ Premierminister Mohammad Shtayyeh habe unterdessen seine Ablehnung des israelischen Drucks bekräftigt und die Bildung eines Komitees angeordnet, das Möglichkeiten zur Reaktion prüfen soll.

Regierungssprecher Ibrahim Melhem sagte, das Komitee werde von Azzam Shawwa, dem Gouverneur der Währungsbehörde, geleitet und schließe den Minister für Gefangene und Vertreter des Finanzministeriums und der Vereinigung der Banken in Palästina ein. „Das Komitee wird die israelischen Drohungen gegen die Banken untersuchen, die ihre Dienste für die Familien der Gefangenen und Märtyrer erbringen, und die notwendigen Empfehlungen aussprechen, um sie anzugehen“, sagte Melhem. Gouverneur Shawwa, so „Arab News“, habe den Banken am 7. Mai geschrieben und sie gebeten, keine „hastigen“ Schritte zu unternehmen.

Wie sich die Geldinstitute weiter verhalten werden, sollte bald klarer werden. Die Zahlungen für April waren am 9. Mai ja schon abgewickelt; die für Mai sind Anfang Juni fällig. Dann werden vor den Banken vielleicht erneut Bewaffnete aufziehen und sich darüber beschweren, dass ihr Blutgeld noch nicht da ist. Die Terrorrenten, so scheint es, sind nicht mehr länger sicher.

„Israelkritik“ scheint eines der Haupt-Steckenpferde unserer Politik und Medien zu sein.

Der jüdische Staat wird so oft diffamiert, dass der Begriff „Israelkritik“ es als einziges derartiges Idiom sogar in den Duden geschafft hat.

Von Gerd Buurmann

JOHN MACDOUGALL, AFP

Nur die „Israel-Kritik“ hat einen eigenen Eintrag im Duden.

„Man kann Israel kritisieren.“ Wer das sagt, ist kein Antisemit.

„Man darf Israel kritisieren.“ Wer das sagt, ist auch kein Antisemit.

„Man sollte Israel kritisieren.“ Wer das sagt, muss kein Antisemit sein.

„Man muss Israel kritisieren.“ Wer das sagt, ist ein Antisemit.

Wer glaubt, Israel müsse kritisiert werden, handelt pathologisch. Israel kann, darf und soll genauso kritisiert werden, wie jedes andere Land auch. Israel muss aber nicht kritisiert werden. Das kleine Land Israel darf einem so egal sein wie Costa Rica, Slowenien oder die Elfenbeinküste.

Stellen Sie sich eine Geiselnahme vor, bei der schon einige Geiseln erschossen wurden. Unter den vielen noch lebenden Geiseln ist jemand, der einen Strafzettel nicht bezahlt hat, eine andere Person hat Steuern hinterzogen hat und ein Mensch hat sogar eine Straftat begangen. Was würden Sie denken, wenn die gerufene Polizei erklären würde, auf beiden Seiten der Geiselnahme seien Verbrecher, sowohl auf der Seite der Geiseln, als auch auf der Seite der Geiselnehmer? Was würden Sie sagen, wenn Politiker beide Seiten dazu aufrufen würden, besonnen zu handeln und alles dafür zu tun, dass die Situation nicht eskaliert? Was würden Sie davon halten, wenn Medien einen Versuch der Geiseln, sich zu befreien, als ein „Öl ins Feuer gießen“ und ein „Drehen an der Gewaltspirale“ kritisieren würden?

Zu verlangen, man müsse Israel kritisieren, bedeutet zu verlangen, einen Menschen kritisieren zu müssen, der mit dem Tod bedroht wird.

Die Gründungscharta der Hamas fordert in Artikel 7 die Vernichtung des gesamten jüdischen Volkes weltweit und erklärt in Artikel 13 den ewigen Krieg gegen Israel bis zu der totalen Vernichtung. Auch bei Jahrestagen der Fatah wird die Vernichtung des gesamten jüdischen Volkes gepredigt, während Abbas regelmäßig Judenmörder zu „heldenhaften Märtyrern“ erklärt. Diese Terroristen hassen an Juden, dass sie leben, dass es sie gibt.

Das Einzige, was diese Juden tun können, um zur Deeskalation beizutragen, ist schlicht und ergreifend, nicht mehr zu existieren.

Natürlich eskaliert der Konflikt im Nahen Osten. Aber das liegt daran, dass sich Juden seit 1948 als Soldaten eines eigenen Landes gegen die Vernichtung wehren können. Aufgrund dieser Möglichkeit der militärischen Verteidigung eskaliert die Auseinandersetzung. Eine Situation eskaliert immer erst dann für beide Seiten, wenn sich die eine Seite wehrt, von der anderen Seite ausgerottet zu werden. Deeskalieren heißt für Israel, aufhören, sich zu verteidigen.

Solange ein Mörder eine Knarre an den Kopf einer Geisel hält, kritisiere ich nicht die Geisel, egal, was sie getan hat. Wer möchte, dass die Geisel kritisiert werden soll, muss erst einmal für ihre Sicherheit sorgen und dafür, dass die geladene Pistole von ihrem Kopf verschwindet.

Wer möchte, dass Israel kritisiert wird, muss erst mal dafür sorgen, dass die Vernichtungsdrohungen aufhören und vor allem die immer wieder daraus resultierenden Angriffe, Anschläge, Bombardements und Morde.

Es gibt auch Menschen, die hatten im Jahre 1944 das Bedürfnis, die Aufständischen im Warschauer Ghetto kritisieren zu müssen.

Man muss Israel nicht kritisieren. Alle wissen, dass Israel Fehler macht.

> Eine Situation eskaliert immer erst dann für beide Seiten, wenn sich die eine Seite wehrt, von der anderen Seite ausgerottet zu werden.

Israel möchte den Krieg mit seinen Nachbarn nicht. Israel wäre lieber von Freunden umringt als von Feinden umzingelt. Israel möchte keine Kriegstoten. Jedes Kriegsopfer ist ein Opfer zu viel.

Jeder Mensch, der in einem Krieg sein Leben lassen muss, ist ein Fehler. Für Israel ist es jedoch leider unausweichlich, diese Fehler zu begehen, denn wenn Israel seine Waffen niederlegen würde, gäbe es am nächsten Morgen kein Israel mehr. Ein Israel ohne Fehler ist ein totes Israel. Sollte jedoch die Hamas ihre Waffen niederlegen, wäre am nächsten Morgen Frieden.

Die Hamas will den Krieg! Die Hamas möchte so viele Juden wie möglich töten und Israel auslöschen. Es steht so deutlich in der Gründungscharta der Hamas, und die Reden der Minister in Gaza sprechen eine deutliche Sprache der Vernichtung.

Gaza ist „judenrein“

Die Hamas feuert regelmäßig Raketen in Richtung Israel ab und toleriert keinen einzigen Juden im Gazastreifen. Die Region ist „judenrein“. Allein in den letzten sechs Jahren wurden über achttausend Raketen und Granaten aus Gaza auf Israel abgefeuert. Alle wurden abgefeuert in dem Wunsch, so viele Juden wie möglich zu töten. Die Hamas feuert immer wieder Raketen in Richtung von israelischen Schulen, Kindergärten, Synagogen, Moscheen, Kirchen und Krankenhäusern ab. Der einzige Grund, warum dieser Bombenhagel nicht zum Völkermord führt, ist der Verteidigungsanlage von Israel geschuldet.

Im Gazastreifen kommen deutlich mehr Menschen um. Das heißt aber nicht, dass Israel bösartiger ist. Die Hamas ist lediglich schwächer. Schwäche ist jedoch keine moralische Überlegenheit. Schwäche ist gut, wenn es jene trifft, die morden wollen!

Israel versucht, so viele zivile Tote wie möglich zu vermeiden. Das ist jedoch sehr schwer, weil die Hamas ihre Waffen und Raketen in Kindergärten, Moscheen und Krankenhäuser lagert und die Zivilbevölkerung ganz bewusst als Schutzschild für ihre Waffen missbraucht. Israel nutzt Waffen, um die Bevölkerung zu schützen, die Hamas jedoch benutzt Menschen, um ihre Waffen zu schützen. Die Hamas wirft ihre Kinder vor Raketen und fesselt das eigene Volk an Bomben. Es ist bemerkenswert, dass Israel bei all diesem Horror den Krieg immer noch so präzise führt, dass nicht noch viel mehr Menschen dabei sterben. Man zeige mir nur ein Land auf der Welt, dass bei ähnlicher Bedrohung so umsichtig reagiert wie Israel.

Aber keine noch so große Umsicht kann Fehler vermeiden, wenn man den Krieg nicht wünscht. Die Hamas aber wünscht den Krieg! Die Hamas macht somit keine Fehler. In der perversen Logik der Hamas machen sie alles richtig. Die Hamas will den Krieg und liebt den Tod!

Israel sieht sich konfrontiert mit dieser Logik, die darauf abzielt, das jüdische Volk zu vernichten. Israel muss sich daher verteidigen, in einem Krieg, den Israel nicht will. Da kann man nur Fehler machen. Israel macht Fehler!

Ich bin auf der Seite derer, die Fehler machen, weil sie den Krieg nicht wollen und nicht auf der Seite derer, die alles richtig machen, weil sie den Krieg stiften!

Wer jedoch in dieser grausamen Realität erklärt, „Israel muss kritisiert werden“, ist vollkommen ohne Empathie und ein Antisemit, wenn er oder sie das nur über den einzigen jüdischen Staat der Welt sagt, nicht aber über alle anderen Länder der Welt.

Kritik an Israel ist nicht judenfeindlich. Eine Dämonisierung Israels allerdings, die sich darin zeigt, dass man Israel stärker kritisieren muss als alle anderen Länder der Welt, ist antisemitisch.

Mit einem jiddischen „Handelsreisenden“ im Abteil dritter Klasse

Scholem Alejchems „Ajsnban-geschichtess“ wurden vom Jiddistik-Institut der Universität Düsseldorf neu herausgegeben.

Von Theodor Joseph

Jiddisch ist eine Kultursprache. Die ostjüdischen Volksdichter wie Yitzack Leib Perez, Schalom Asch, Mendele Moicher Sfurim, An-Ski (Salomon Rappaport) oder Isaac Bashevis Singer (der einzige jiddisch-schreibende Schriftseller, der den Literatur-Nobelpreis erhielt), um nur fünf herausragende Namen zu nennen, haben in ihren jiddisch-sprachigen Erzählungen, Romanen und Stücken Weltliteratur geschaffen. Diese Dichter waren bei den Ostjuden verwurzelt und ein ganzes Volk war ihr „begeisterter, dankbarer entflammter“ Leser. (Arnold Zweig)

Lebendig ist Tewje, der Milchmann, in Anatevka, der so gerne reich wie Rothschild geworden wäre. Antatevka ist ein Musical, das die Bühnen der Welt erobert hat und sein Schöpfer ist Scholem Alejchem (1859-1916), der vielleicht bekannteste und populärste Schriftsteller jiddischer Sprache. Er, der eigentlich Scholem Jankew Rabinowitsch hieß, vermied jedweden belehrenden Ton, schrieb über die ihn umgebende ostjüdische Welt als eine Welt des Übergangs, in der nichts mehr ungefragt gilt, alles ins Wanken gerät.

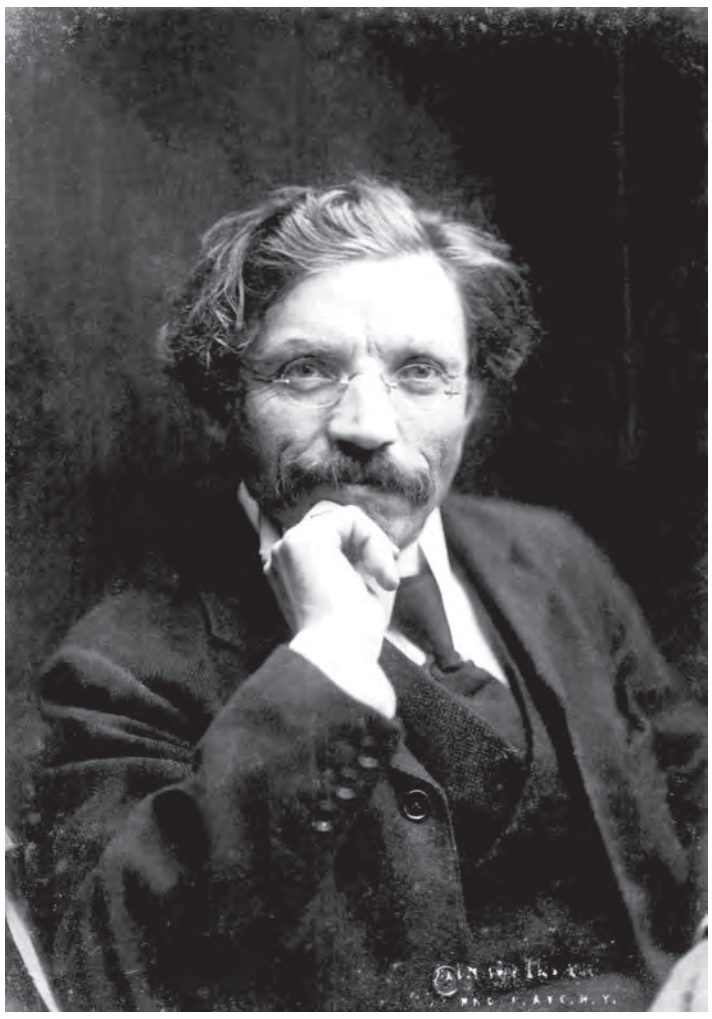
Mit 15 Jahren übersetzte er Robinson Crusoe

Zu Beginn seiner Karriere schrieb Alejchem Hebräisch und übersetzte im zarten Alter von nur fünfzehn Jahren „Robinson Crusoe“ ins Hebräische. Als er dazu überging Jiddisch zu schreiben, legte er sich ein Pseudonym zu – Schalom Aleichem, die traditionelle jüdische Grußformel mit der Bedeutung: „Friede sei mit Dir“. Der Grund für diesen Namenswechsel war, dass er nicht wollte, dass seine Verwandtschaft und seine Freunde erführen, dass er in einer Sprache schrieb, die im literarischen Bereich als nicht salonfähig galt. Das war eine gute Entscheidung, denn sein Pseudonym war ihm durchaus von Nutzen, als er Kaufmann wurde und in Kiew mit einflussreichen Bürgern zu tun hatte, die keinen Schriftsteller gebrauchen konnten – ganz zu schweigen von einem Schriftsteller, der auf Jiddisch schrieb.

In seiner Dankesrede aus Anlass der Verleihung des Literatur-Nobelpreises hat Issac Bashevis Singer 1978 in Stockholm darauf hingewiesen, dass das Jiddische sein letztes Wort noch nicht gesprochen habe und es Schätze berge, wie sie die Welt noch nicht gesehen habe. Wie sehr Singer mit dieser Aussage recht hatte, bezeugen Scholem Alejchems „Eisenbahngeschichten“, die dieser während einer Genesungszeit nach einem Blutsturz und dem Ausbruch einer offenen Lungentuberkulose 1908 fertig diktierte, im gleichen Jahr in der Warschauer Zeitschrift „Di naje welt“ und der New Yorker Zeitschrift „Der amerikaner“ veröffentlichte und die jetzt, lange unbeachtet, vom Jiddistik-Institut der Universität Düsseldorf unter dem Titel „Ajsnbangeschichtess. Jiddsch un dajtsch“ neu herausgegeben wurden – ein editorischer Glücksgriff. Das liegt nicht zuletzt an dem fundierten (77 Seiten umfassenden) Einführungsessay von Dan Miron.

Scholem Alejchem schrieb (fast) all seine Texte in Jiddisch, im alten Judendeutsch, das in Osteuropa zur wirklichen Sprache wurde. Hier bekam es Nuance und Schliff, Eleganz und Schärfe aus dem pausenlosen Studium des hebräischen Schrifttums der nachbiblischen Zeit mit seinen metaphysischen und juristischen Debatten. Die jiddische Sprache ist sozusagen am facettenreichen Polierstein talmudischer Argumentation geschärft.

Als „ein Handelsreisender“ wendet Alejchem sich mit einem Avis an die Leser, teilt mit, dass er fast elf Monate im Jahr meistens mit der Bahn „und in der Regel dritter Klasse“ unterwegs sei und erklärt, dass er auf eine „wunderbare Idee“ gekommen sei: Er habe sich „extra ein leeres Schreibbuch“ gekauft – und einen Bleistift dazu, seine Schreibutensilien, um „Lesestoff für ein ganzes Jahr“ zu Papier zu bringen. Er wusste zunächst nicht, was er mit dem Geschriebenen anfangen sollte. Alles einfach wegwerfen, so sinnierte er, wäre wirklich „eine Sünde vor Gott“. Dann sollten seine Geschichten doch lieber in einem Buch herausgegeben werden, schließlich würden eine Menge schlechtere Sachen gedruckt. Er begutachtetet seine Schreibergebnisse, sortierte sie, warf den „Plunder“ raus, behielt das Beste, das „Feinste vom Feinen“. So also kam es zu seinem Monolog-Zyklus „Eisenbahngeschichten“, Erzählungen, die manchmal aus der Zeit gefallen scheinen und die Alejchemsche Welt beschreiben, wie sie tatsächlich einmal war und heute nur noch in der Literatur nostalgisch aufscheint.



Scholem Alejchem

Bahnreise durch die Schtetl

Die chronologisch durchgezählten zwanzig Eisenbahn-Geschichten – genau zwei „Minjan“ – darf man als Meisterwerk erachten, sie sind ein literarischer Schatz am Schnittpunkt zwischen Komödie und Tragödie, Farce und Melodram. Die Ajsnbangeschichtess gehören zum Kernstück von Alejchems Werkkanon. Die realistisch angelegten Monologerzählungen schöpfen nicht zuletzt aus den frischen Eindrücken seiner ruhmvollen dreimonatigen Lesereise per Eisenbahn, die er im August 1908 durch zahlreiche Schtetl des jüdischen Ansiedlungsrayons unternommen hatte. Im ukrainischen Baranowitsch war Alejchem am 13. August 1908 zusammengebrochen und zunächst war ihm eine offene Tuberkulose diagnostiziert worden. Sieben Wochen war er ans Bett gefesselt, bevor er zur Erholung an die ligurische Riviera reisen konnte. Und erst in St. Blasius im Südschwarzwald, wohin er anschließend gereist war, vollendete er seinen Erzählzyklus.

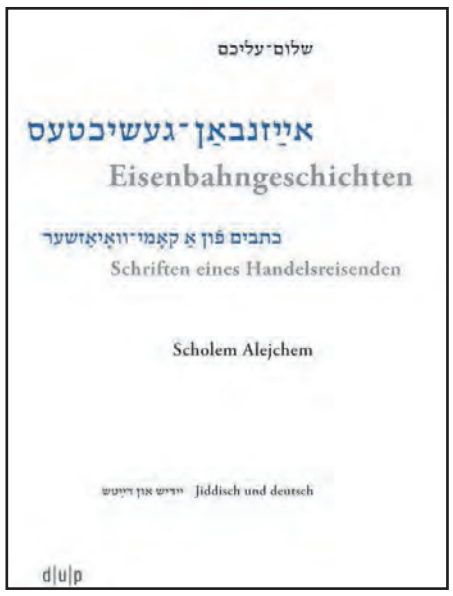
Auch wenn ihn die ständigen Eisenbahnfahrten strapazierten, befeuerte das Reisen in den gemächlich dahinfahrenden Bummelzügen seine Kreativität. In den Zugabteilungen traf er auf jene einfachen Menschen, auf „Juden wie du und ich“, die er in seinen Erzählungen skizzierte, Juden, die mit Mühe ihren Lebensunterhalt bestritten, „Luftmenschn“ mit ihren alltäglichen Sorgen und Nöten – trotzdem ausgestattet mit einer unbändigen Lebenslust. Deren mitgehörte und notierte Geschichten, versehen mit eigenen Kommentaren, bilden Alejchems literarisches Fundament: Handelsvertreter, die, mit Warenmustern und Prospekten ausgerüstet, Kunden aufsuchten, um Bestellungen aufzunehmen, waren in jedem Zug anzutreffen. Während den Schriftsteller die Fahrt selbst langweilte und die an ihm vorbeiziehende Landschaft nicht interessierte, hörte er die Geschichten der Mitreisenden, die er mit stets offenem Ohr aufnahm.

Und was war Alejchems „Rohmaterial“? Charaktere, Begegnungen, Märchen, Affären, Unglücksfälle, Glücksfälle, Liebesgeschichten, Ehe- und Scheidungsgeschichten, Bankrotte, Familienfeiern, Begräbnisse – von all dem hörte er unterwegs. Alejchems Geschichten sollten keine Fantasieprodukte sein, sondern auf wahre Begebenheiten fußen. Das Leben sei reich an Fakten und Kuriositäten, meinte er: „Viele Katastrophen, ein Meer von Tränen, und doch werden sie durch meine Brille betrachtet zu etwas Humorvollem…“

Pogrome im Zarenreich

Dan Miron merkt in seinem hintergründigen Begleitessay kritisch an, dass Alejchems Protagonisten nicht das Zeug zu volkstümlichen Helden besäßen, die sie im Allgemeinen mit den meisten von ihm gezeichneten wichtigsten Helden teilen. Der Grund dafür habe in Alejchems bewusster Verlagerung seiner literarischen Interessen gelegen. In den „Eisenbahngeschichten“, so Miron, symbolisiert der Zugwaggon als Schauplatz das Ende der Intimität der Schtetl-Literatur, die Alejchem zuvor so wunderbar beschrieben und gepflegt hatte. Ein Zug ist nun mal kein Schtetl auf Rädern. In den „Eisenbahngeschichten“ ist die Sonne bereits untergegangen, das Schtetl, inzwischen „grau“ geworden, wird als bedrückend geschildert. Einsame Individuen kämpfen um das wirtschaftliche Überleben oder tragen unerbittliche persönliche oder familiäre Streitigkeiten aus, wie man sie zuvor bei Scholem Alejchem nicht gelesen hat. Über allem hängt der Schatten einer feindseligen Gesellschaft des zaristischen Russlands, dass das jüdische Leben unterdrückt. Auch Alejchem selbst musste vor den furchtbaren Pogromen des Jahres 1905 aus seinem Geburtsland Ukraine fliehen. Auch die Protagonisten der „Eisenbahngeschichten“ haben es schwer, ständig müssen sie sich mit russischen Bürokraten, Polizisten, Rekrutierungskomitees, antisemitischen Lehrern, mit Ärzten, Anwälten, auch Popen herumschlagen. Der Autor bildet die konkrete gesellschaftliche Realität seiner Zeit meisterhaft ab.

Der Leser darf sich an den eigenartigen Geschichten aus dem ostjüdischen Milieu erfreuen, und wenn der deutschsprachige – und des hebräischen Alphabets mächtige – Leser ab und zu einen Blick wirft auf das jiddische linksseitig abgedruckte Original, wird er sich immer wieder an der funkelnden Sprache und den in ihm wohnenden Wortwitz erfreuen. Und er mag sich an einen alten jüdischen Witz erinnern, der von einem Treffen jüdischer Schriftsteller handelt, die sich darüber streiten, welche Sprache die schönste sei. Die „pen-chawerim“ machten einige Vorschläge, die vom Französischen, Italienischen bis zum Russischen reichten. Dann meldete sich Scholem Alejchem zu Wort und sagte, Jiddisch sei die „scheensste sprach oif der velt“. Die versammelten Autoren schüttelten verständnislos ihre Köpfe, nannten den gemachten Vorschlag „meschugge“. Doch Alejchem beharrte auf seiner Behauptung und erklärte „kurz un bindik“: „Wajl man farschtejt jedess wort“.



Eisenbahngeschichten. Schriften eines Handelsreisenden. (Ajsnban-geschichtess. Jidisch un dajtsch), hrsg. v. Efrat Gal-Ed, Gernot Jonas u. Simon Neuberg, Walter de Gruyter Verlag, Düsseldorf, 2019, 34,95 Euro.

Dem „Literaturpapst“ Marcel Reich-Ranicki zum 100. Geburtstag

Die Autorin traf den Holocaust-Überlebenden und Deutschlands berühmtesten Literaturkritiker bereits in den 1970er Jahren.

Von Dr. Elvira Grözinger

Marcel Reich-Ranicki während einer Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus im Bundestag

Ein Fußballstar war er nicht, und dennoch gehört er zu den bekanntesten Gestalten Deutschlands. Dass er es wurde, ist einer Reihe glücklicher Umstände zu verdanken, denn ein gerader Weg dorthin war es nicht. Seine sogar verfilmten Memoiren, „Mein Leben“, zeugen davon.

Der am 2. Juni 1920 im polnischen Wloclawek (Leslau im Raum Posen) als Sohn von assimilierten Juden geborene Marceli Reich kam 1958 in die BRD und wurde mit der Zeit zum einflussreichsten Literaturkritiker des Landes. Die Literatursendung des ZDF, „Das Literarische Quartett“, die er konzipierte und in der er 1988-2001 und von 2005-2006 regelmäßiger Wortführer war, wurde, nicht zuletzt wegen seiner Auftritte, auch von Lesemuffeln gesehen. Reich-Ranicki war ein Charakterdarsteller, seine rollende Aussprache und sein markantes Aussehen machten ihn zum beliebten Objekt von Kabarettisten und Karikaturisten, wobei die Letzteren nicht immer vor antisemitischen Klischees zurückschreckten.

Das Literarische Quartett

Er war wegen seiner Streitbarkeit berüchtigt, sein literarischer Geschmack wurde auch nicht von allen geteilt und goutiert. So verließ Sigrid Löffler, seine Antipodin, die Sendung, weil er ihr die Abneigung gegen erotische Szenen in den Romanen vorwarf, während sie bei ihm das Ergötzen an Liebesszenen anprangerte. Das Letztere allerdings nicht ganz zu Unrecht, denn Reich-Ranicki mochte Frauen und Literatinnen. Eine davon war die Lyrikerin Ulla Hahn, von ihm entdeckt und gefördert. Ihre Gedichte sind auch in seinem dicken Buch mit 181 Gedichten und Interpretationen, „Frauen dichten anders“, Ingeborg Bachmann in Memoriam gewidmet, mit mehr Gedichten als andere vertreten. Und, was Löffler sicherlich kannte: In seinem 1966 erschienenen Band mit literaturkritischen Beiträgen „Wer schreibt, der provoziert“. Kommentare und Pamphlete schrieb er im Kapitel „Sexus und die Literatur“ über das damals in den USA vielgelesene Buch von Mary Mac Carthy, „The Group“: „Ich halte ‚Die Clique‘ zwar nicht für ein bedeutendes Kunstwerk der Epik, wohl aber für ein beachtliches, trotz mancher Einwände gutes und auf jeden Fall sehr lesenswertes Buch. Und lesenswert ist es besonders dank der Kapitel und Szenen, die sexuelle Phänomene betreffen.“

Aber zu seinen meist temporären Vorlieben zählten auch Männer, mit denen er sich im Lauf seines Lebens entzweit hatte, wie z.B. Günter Grass und Martin Walser. Der Letztere hat dann bekanntlich in seinem antisemitisch anmutenden Roman „Der Tod eines Kritikers“, Reich-Ranicki auf infame Weise angegriffen. Als der verschmähte Kritiker meinen Verriss von Walser gelesen hat, schickte er mir ein Buch mit Widmung zum Dank.

Seine Liebe zur deutschen Kultur und Literatur wurde ihm schon früh eingepflanzt. Seine aus Deutschland stammende Mutter schickte ihn auf die deutsche Schule seiner Heimatstadt. 1929 wurde er zu ihren wohlhabenden Verwandten nach Berlin geschickt, wo er aufs Gymnasium ging und 1938 das Abitur erlangte. Früh entdeckte er seine Leidenschaft für deutsche klassische Literatur, Musik und Theater. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde er als Jude schikaniert, die Immatrikulation an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität hat man ihm verweigert. Ende Oktober 1938 wurde er im Zuge der auf Anweisung Himmlers durchgeführten sogenannten „Polenaktion“ ausgewiesen, bei der etwa 17.000 Menschen (meist aus Polen ins Deutsche Reich eingewanderte Juden) das Land verlassen mussten.

Rettung in letzter Sekunde durch eine polnische Familie

In Warschau erlebte Reich-Ranicki am 1. September 1939 den deutschen Überfall, im November 1940 wurde er ins Ghetto umgesiedelt. Dort war er Mitarbeiter des Untergrundarchivs von Emanuel Ringelblum, vor den Deportationen 1942 heiratete er noch seine Freundin Teofila (Tosia) und Anfang 1943, auf dem Weg zum Umschlagplatz flohen beide und fanden Unterschlupf bei einer polnischen Familie, wo sie bis zum Kriegsende ausharren konnten. Nachzulesen ist das in seiner Autobiographie.

Das Leben nach dem Überleben war im Nachkriegspolen auch nicht einfach. Seit Ende 1944 arbeitete Reich beim Polnischen Geheimdienst. 1948 wurde er als Vize-Konsul an die Polnische Botschaft nach London entsandt und nahm den Namen Ranicki an. Seine Gegner warfen ihm immer wieder diese kommunistische Phase vor. In Polen arbeitete er auch publizistisch und vermittelte deutsche Literatur an die polnischen Leser, ähnlich der Tätigkeit, die Karl Dedecius mit der Polnischen hierzulande tat. In Deutschland nahm der Immigrant seit 1958 an den Treffen der „Gruppe 47“ teil, was die Widmung des eingangs erwähnten Buches für Ingeborg Bachmann erklärt. Zunächst für die „Welt“, schrieb er von 1960 bis 1973 Literaturkritiken für die „Zeit“ und von 1973-1988 für die „Frankfurter Allgemeine“. Er war Gastprofessor an verschiedenen Universitäten im In- und Ausland, bekam Ehrendoktorate und wurde mit Preisen geehrt. Er publizierte Bücher und Aufsätze über die west- wie ostdeutsche Literatur, gelegentlich auch über polnische und amerikanische. Diese begleiteten mich in meinem Germanistikstudium. Als er in der FAZ über den großen polnisch-jüdischen Poeten Julian Tuwim schrieb, der hierzulande kaum bekannt war, hatte ich gerade einen Aufsatz über ihn geschrieben und Reich-Ranicki zugeschickt. Er freute sich und wir unterhielten uns über diesen – ihm wie mir – nahen Dichter.

Begegnung 1972 beim Heine-Kongress in Düsseldorf

Ich bin Reich-Ranicki und seiner Frau 1972 in Düsseldorf bei einem Heine-Kongress begegnet. Uns beide verband die Liebe zu diesem Enfant terrible der deutschen Literatur. Als ich später in den 1980er Jahren im Polen-Institut in Darmstadt gearbeitet habe, traf ich ihn öfter und er freute sich, in mir die Vertreterin der Generation seines Sohnes gefunden zu haben, deren Eltern ebenfalls aus dem Warschauer Ghetto fliehen und mit falschen Papieren überleben konnten. Er war an meiner Geschichte interessiert, der Kindheit im Nachkriegspolen. Meine Eltern waren allerdings keine Kommunisten, hatten aber auch einen großen Freundeskreis unter Literaten und Künstlern. Ich verließ Polen Ende 1957, er 1958. Auch das verband. Er redete gern, war ja sehr belesen und ein Musikliebhaber, stand im Mittelpunkt und genoss es sichtlich. Seine Frau schwieg meist an seiner Seite, wenn er aber gerade in einem anderen Raum war, da sprudelte sie voller Geist und Humor.

Eine Kostprobe von Reich-Ranickis Habitus gab es im Dezember 1986 in Frankfurt am Main, anlässlich eines Kafka-Kongresses. Reich-Ranicki kam zum Vortrag meines Mannes über Kafka und das Judentum. Während mein Mann sprach, saß der Kritiker mit grimmiger Miene und gekräuselter Stirn. Als mein Mann zu Ende kam, erhob sich der große Kritiker, immer noch mit dem Zornesblick und donnerte: „Ja! Endlich! So muss man Kafka lesen!“. Das Publikum, das auf ihn starrte, stimmte in den Beifall ein. Dabei gab es lange in der Germanistik erhebliche Widerstände dagegen, Kafka als jüdischen Autor zu sehen. Ähnlich wie zuvor bei Heine und Tuwim, empfand Reich-Ranicki das Bedürfnis, die jüdische Komponente in der Literatur sichtbar zu machen.

Marcel Reich-Ranicki gehörte nicht zu den Stillen im Lande, er lebte das vor, was ihm auch an mutigen Schriftstellern gefiel: Sie sollten Querdenker, Provokateure, „Ruhestörer“ sein, wie er sie in seinem Buch von 1973 beschrieb: „Über Ruhestörer: Juden in der deutschen Literatur“. Er war eine Persönlichkeit wie es hierzulande nicht viele gibt und mit einem hohen Unterhaltungswert. Ich hoffe, dieser Gruß zum 100. Geburtstag würde ihm gefallen.

Die Wüste als zutiefst jüdische Landschaft

Der in der Negev lebende Autor Chaim Noll legt mit seiner Literaturgeschichte der Wüste sein opus magnum vor, das das Zeug zum Standardwerk hat.

Von Artur Abramovych

Chaim Noll dürfte dem geneigten Leser bekannt sein als Kommentator des aktuellen Tagesgeschehens, der aus israelischer Perspektive immer wieder pointiert darlegt, wohin die Bundesrepublik schlittert. Was sich durch seine Kommentare beständig hindurchzieht, ist die Skepsis gegenüber dem am eigenen Leibe erfahrenen kollektivistischen Drang des deutschen Volkes, die er als 1983 aus der „DDR“ in den Westen übergesiedelter und vom MfS observierter Dissident bereits 1992 in seinen „Nachtgedanken über Deutschland“ zu Papier brachte, bevor er auswanderte und nicht mehr zurückkehrte.

Wer ihn allerdings nicht nur als solchen kennt, weiß darum, dass die Politik für Noll durchaus kein Hauptinteresse darstellt, er seine Kommentare nur schreibt, weil er nicht anders kann, und unter anderen Umständen lieber davon absähe. Sein eigentliches Metier ist nämlich, neben der jüdischen Theologie, die Literatur.

Noll hat seit den 80ern selbst eine ganze Reihe von Romanen vorgelegt, zunächst stürmische, fabulierfreudige Geschichten von jugendfrischer Liebe und erwachendem Individualitätsbewusstsein, in denen er die in der „DDR“ erfahrenen Misshandlungen anprangerte. Da das jüdische Leben unter dem kommunistischen Regime weitgehend unmöglich war, repräsentierte Noll damals wohl das, was Alain Finkielkraut in einem persönlichen Rückblick auf seine Zeit als 68er mit dem Terminus juif imaginaire bezeichnete, also einen Juden, der sein Judentum gänzlich profaniert als Verpflichtung zum politischen Engagement zugunsten aller Geknechteten deutet.

Inzwischen ist Noll nicht nur reifer, sondern auch orthodox geworden. Seine Romane haben an Umfang zugenommen und lassen an ihrem gemesseneren Ton und ihrer Gelehrsamkeit den poeta doctus erahnen, zu dem Noll sich entwickelt hat. In seinem jüngsten Roman, „Die Synagoge“, beschreibt er mit abgeklärter Ironie, wie auch in einem kleinen Ort der Wüste Negev sich die gesamte israelische Gesellschaft in nuce widerspiegeln kann, und wie der eine sich zurücksehnt nach dem Treiben der Metropole und darüber den Verstand verliert, der andere aber sich ganz und gar einlebt und auch in dieser unwirtlichen Umgebung Wurzeln zu schlagen imstande ist. In einem der Protagonisten dieses während der Zweiten Intifada spielenden Romans, im Schriftsteller Abi, der gemeinsam mit seiner Frau Livia, einer bildenden Künstlerin, aus Deutschland eingewandert ist, lässt sich unschwer das alter ego des Autors erkennen. Und dass dieser Abi auch literaturgeschichtlichen Interessen nachgeht und mit unablässigem Fleiß an einem opus magnum über Wüstenliteratur arbeitet, lässt bereits erahnen, dass wir es bei Nolls jüngster Publikation, die erst diesen Frühling erschienen ist, mit der Frucht jahrzehntelangen Lesens und Nachdenkens zu tun haben.

Eine Geschichte der Wüstenvölker

Das Buch setzt ein bei den frühesten zivilisatorischen Zeugnissen, mit Keilschrift beschriebenen Tontafeln aus den mesopotamischen Stadtstaaten, wo bereits eine Dichotomie vorzufinden ist, die Noll im Verlauf des Buches nicht aus den Augen verliert: nämlich zwischen der engen Stadt und der weiten Wüste. Sowohl für die Mesopotamier als auch für die alten Ägypter, die vornehmlich die schmale Nilebene bewohnten, handelte es sich bei der Wüste, wie Noll herausarbeitet, um das wesenhaft Andere. Am Nil etwa wurden „die Fremde“ und „die Wüste“ mit ein und derselben Hieroglyphe bezeichnet.

Bei den Juden ist die Wüste eine ambivalente Angelegenheit: Das hebräische Adjektiv nora, mit dem sie im TaNaCh häufig beschrieben wird, bedeutet „grausam“ und zugleich „erhaben“. Allerdings erfolgt mit dem Einsetzen der jüdischen Literatur ein deutlicher Wandel in der Bewertung der Wüste. In der Torah erscheinen die Städter nun als lasterhaft. Nicht nur sind es ausgerechnet die Nachfahren des Brudermörders Kain, die die ersten Städte gründen; der Auszug Avrams aus der heidnischen Stadt Ur, die Episoden um Sodom und schließlich die in der Wüste erfolgende Übergabe der Torah zeugen davon, dass die Wüste „nicht länger als außerhalb des menschlichen Lebens befindlicher toter Raum“ auftritt; im Gegenteil erscheint sie als Ort der G’ttesnähe und Kontemplation. Sollte unser Garten Eden, wie manche Forscher vermuten, auf den negativ konnotierten altsumerischen Ausdruck für Wüste, edin, zurückzuführen sein, hätte sich diese jüdische Neubewertung auch auf lexikalischer Ebene manifestiert.

Die Klöster als Vorläufer der Universitäten

Als der jüdischen Tradition gänzlich entgegengesetzt arbeitet Noll die antike abendländische Bewertung der Wüste heraus. Zunächst weist er akribisch nach, dass die Wüste in der griechischen und römischen Literatur eine vor allem negative Bewertung als Ort des Todes erfuhr, die sich sogar bei den Historiographen, je länger ihr Gegenstand zurücklag, desto stärker niederschlug, wie etwa an den verschiedenen Darstellungen des Rückzug von Cato Uticensis nach Afrika ersichtlich wird. Zu den wenigen Ausnahmen von dieser Regel gehört bezeichnenderweise der Jude Flavius Josephus.

Mit der zunehmenden Christianisierung setzt allerdings eine Trendwende ein, als deren Anfang Noll den Homileten Origines identifiziert, der die auch im Neuen Testament zu findende Tradition der Wüste als Ort der G’ttesnähe fortsetzt und seinen Jüngern eine genuin jüdische Lebensweise anempfiehlt: nämlich das Eremitentum, das seinen abendländischen Niederschlag schließlich in Form des Klosters findet. Unter Bezugnahme auf den Historiker Jacques Le Goff spricht Noll von der entstehenden „Waldwüste“ (désert-forêt): In Ermangelung von Wüsten gerät der Wald zur neuen Landschaft der Kontemplation und asketischen Veredelung. Bei den Klöstern handelte es sich bis zur Gründung der Universitäten im Spätmittelalter um die einzigen Orte abendländischer Gelehrsamkeit; sie nahmen nachhaltigen Einfluss auf das europäische Denken.

Die Aktualität von Nolls Monographie gründet darin, dass es nottut, sich der nicht zuletzt politischen Tragweite dieser christlichen Übernahme jüdischer Denkfiguren bewusst zu werden, und zwar gerade in Zeiten, wo linke Politiker die Bibel überhaupt nicht mehr zur Hand nehmen und zugleich manche aufseiten der Rechten kundtun, mit ihr nichts anfangen zu können, weil darin „zu viel Wüste und zu wenig Wald“ (B. Höcke) sei. Dass diese vor allem seit der Moderne angestrengte Dichotomie historisch äußerst fragwürdig ist, zeigt Noll deutlich auf. Zugleich stellt er aber eindrücklich dar, warum der Islam dieser jüdisch-christlichen Tradition nicht zuzurechnen ist: Weil sich die Wüste im Koran entgegen abendländischer Clichés nicht als Ursprung des Islam darstellt, sondern im Gegenteil der Städter Mohammed gerade in den Wüstenstämmen nur schwer in sein System einzugliedernde, geradezu freiheitliche Feinde sieht, die es unbedingt zu bekämpfen gilt: „Die Beduinen der Wüste sind am hartnäckigsten dem Unglauben und der Heuchelei verfallen“, heißt es etwa in Sure 9. Unter diesen Stämmen fand sich auch der jüdische Stamm der Banu Qaraiza, der von Mohammeds Kalifen bekanntlich ausgerottet wurde.

Nolls anschließende Betrachtungen über die Nationalliteraturen der Neuzeit, die Romane Flauberts, die Novellen Tschechows oder Thomas Manns Joseph, können auf diesem engen Raum leider keine Beachtung finden. Es möge sie der Leser selbst durchstreifen. Man möchte diesem klugen Buch allerdings neben dem weggefallenen Personenregister auch wünschen, dass sich zum kurzen Vorwort eine ausführlichere Einleitung hinzugeselle. Da freilich diese Monographie nicht nur Philologen, sondern auch Theologen, Historikern und allen anderen Geisteswissenschaftlern von Nutzen sein kann und zweifelsohne noch mehrere Auflagen und Neuausgaben erleben wird, darf man in dieser Hinsicht zuversichtlich sein.

Chaim Noll
Die Wüste: Literaturgeschichte einer Urlandschaft des Menschen
688 Seiten
Evangelische Verlagsanstalt GmbH 2020
ISBN: 978-3374063574

Die heilige Hure

Zum 120. Geburtstag von Hedwig Porschütz: Die deutsche Prostituierte wurde bereits 2012 als „Gerechte unter den Völkern“ anerkannt, weil sie unter Lebensgefahr zahlreiche Juden während der NS-Zeit versteckte.

Von Juri Tabak

Während des Zweiten Weltkrieges wurden Juden nicht nur von Menschen gerettet, deren Lebensweise den allgemein anerkannten sozialen und religiösen moralischen Standards entsprach, sondern auch von denjenigen, die von der Gesellschaft ausgestoßen wurden und als verabscheuenswert galten.

Hedwig Porschütz, geboren 1900, arbeitete als Stenographin in einer Fabrik, später in einem Versicherungsunternehmen. Sie heiratete. In den 1930er Jahren, der Zeit der Wirtschaftskrise, verlor ihr Mann seine Arbeit, und Hedwig begann, als Prostituierte ihr Geld zu verdienen. Über diese Zeit ihres Lebens ist wenig bekannt; es existieren lediglich Informationen darüber, dass sie 1934 für 10 Monate wegen Erpressung inhaftiert wurde.

1940 lernte Hedwig Porschütz Otto Weidt kennen, den Inhaber einer Blindenwerkstatt (Besen- und Bürstenbinderei), wo sie als Lagerverwalterin arbeitete. Als Berlin von Juden „gesäubert“ werden sollte, versteckte Weidt Juden; Porschütz half ihm dabei. Bis 1943 lebten in ihrer Berliner Wohnung jüdische Zwillingsschwestern; im März 1943 kamen noch zwei Jüdinnen hinzu: Greta Dinger mit ihrer Nichte. Dies gestaltete sich schwierig: Die Wohnung wurde stundenweise den Prostituierten-Kolleginnen überlassen, also musste man die Juden woanders verstecken, sobald ein Kunde auftauchte. Dafür zahlten Kunden nicht selten mit Lebensmittelmarken.

Im Sommer 1943 entdeckte die Gestapo im gleichen Haus ein jüdisches Paar, und Hedwig Porschütz war gezwungen, für „ihre“ Juden ein anderes, sicheres Versteck zu suchen. Eine Zeit lang wurden Greta Dinger mit ihrer Nichte im Hause von Hedwigs Mutter untergebracht.

Im Oktober 1944 wurde ein Bekannter von Hedwig verhaftet: Seine Lebensmittelmarken waren gefälscht. Man beschuldigte auch sie, sie habe „den Umgang mit Lebensmittelreserven manipuliert“. Sie wurde zu 18 Monaten im Arbeitslager Zillerthal-Erdmannsdorf (Riesengebirge) verurteilt. Die Tatsache, dass Hedwig die Marken selbst gefälscht hatte, blieb der Polizei offenbar verborgen.

Gedenktafel an dem Haus, wo Hedwig Porschütz Juden versteckte.

Im Arbeitslager blieb Hedwig bis zum Kriegsende. Endlich draußen, erfuhr sie, dass ihr Haus zerbombt wurde. Hedwig und ihr Mann waren krank, es gab so gut wie keine Arbeit.

1956 beantragte Hedwig Sozialhilfe als Opfer nazistischer Verfolgungen. Beamte in Berlin waren der Ansicht, dass die Hilfe für Juden kein Akt des Widerstandes war. Außerdem lastete man Hedwig ihren Lebensstil an: Einer Prostituierten und Diebin (man bezog sich auf das damalige Nazi-Urteil) irgendwelche Privilegien zu gestatten, wäre doch anstandslos! Dementsprechend wurde ihr Antrag abgelehnt.

1959 wurden die Verdienste von Porschütz bei der Rettung der Juden von der „Stiftung der unerkannten Helden“ anerkannt, allerdings mit dem Vermerk, die heroische Leistung habe „unter der Bedingung der Demonstration eines derart niedrigen moralischen Niveaus“ stattgefunden, dass es völlig unmöglich sei, ihr die sozialen Privilegien von Widerstandshelden zuzuerkennen. Dabei bezogen sich die Berliner Beamten wieder einmal auf das Urteil des Nazi-Gerichts wie auch auf das Urteil von 1934, ohne Hedwig Porschütz oder die geretteten Juden als Zeugen anzuhören.

Richter machte weiter Karriere

Zu Lebzeiten erfuhr sie weder Anerkennung noch irgendeine Hilfe. Eine bittere Ironie des Schicksals war es, dass der Richter Joachim Weil, der 1944 das Urteil gefällt hatte, das in jeder Entscheidung über die abgelehnte Hilfe ausschlaggebend war, wieder seine berufliche Tätigkeit aufnahm und nie für seine Urteile belangt wurde – darunter auch zahlreiche Todesurteile. 1980 bemerkte er: „Mich trifft keine Schuld. Schwierige Zeiten, strenge Urteile.“

Hedwig Porschütz verstarb 1977 völlig unbekannt in einem Berliner Altenheim. Arno Lustiger, der berühmte Historiker des europäischen Judentums im 20. Jahrhundert, Autor von Büchern über die „Gerechten unter den Völkern“, übte 2005 in seiner Rede im Bundestag schärfste Kritik bezüglich der fehlenden Aufmerksamkeit rechtschaffenen Deutschen gegenüber. Er bemängelte die damals registrierte Zahl der Gerechten – 495 – als unzureichend und betonte, allein in Berlin seien es tausende Deutsche gewesen, die jüdischen Bürgern geholfen haben sollen. Er erwähnte in seiner Rede auch die Prostituierte Hedwig Porschütz, und nannte sie „die heilige Hedwig“. Die fehlende Erinnerung an sie als Heldin sei eine große Ungerechtigkeit.

Erst 2011 wurde das Urteil aus dem Jahr 1944 von der Staatsanwaltschaft Berlin aufgehoben.

2012 wurde an der Stelle des ehemaligen Hauses von Hedwig Porschütz eine Gedenktafel eingeweiht. Im gleichen Jahr wurde Hedwig Porschütz, zusammen mit ihrer Mutter, Hedwig Völker, als „Gerechte unter den Völkern“ anerkannt. In der entsprechenden Akte in Yad Washem ist der Eintrag recht kurz:

„Nationalität: Deutsch

Rettungshandlungen: Verstecken, Erstellung von Falschpapieren.

Beruf: Prostituierte“

Es gibt keine Fotos von Hedwig Porschütz und ihrer Mutter, nur die von den Geretteten.

Richtet nicht, dann werdet auch ihr nicht gerichtet werden.

Aus dem Russischen von Irina Korotkina

Ein Blinder, der mit dem Herzen sah

Otto Weidt erlebte eine stürmische Jugend. Seine Familie kam aus Rostock nach Berlin, und dort verfiel er den Ideen der Anarchie und des Pazifismus, die in der Arbeiterjugend an Popularität gewannen. Während des Ersten Weltkrieges war er allerdings aus einem ernsteren Grund nicht an der Front – eine Ohreninfektion ersparte ihm den Krieg. Später begann er unglücklicherweise sein Augenlicht zu verlieren; seine Sehkraft verschlechterte sich rapide, bald wurde er blind und konnte lediglich mühsam die Konturen von Gegenständen erkennen. Ungeachtet dessen eröffnete er 1936 eine bescheidene Werkstatt – eine Besen- und Bürstenbinderei. Da er die Schwierigkeiten im Leben eines Invaliden aus eigener Erfahrung kannte, bemühte er sich, den Mitleidenden zu helfen und stellte meist Blinde und Taube an.

1940 erlangte Weidt für seine Werkstatt den Status „eines kriegswirtschaftlich wichtigen Unternehmens“ – auch bei der Armee brauchte man Besen und Bürsten.

Zu dieser Zeit stand für Otto Weidt bereits fest: Seine wichtigste Aufgabe wird sein, Juden zu retten. Seit den ersten Diskriminierungsmaßnahmen tat er alles, um Juden zu helfen. In seinem „kriegswichtigen Betrieb“ beschäftigte er nach und nach immer mehr Juden aus dem Jüdischen Heim für Blinde und rettete sie somit vor der Deportation. In den Jahren 1941-1943 waren von den insgesamt 33 blinden und tauben Beschäftigten der Werkstatt 30 Juden. Auch sehende Juden stellte Weidt, trotz strengen Verbots, an. Er bestach dafür einige Beamte mit Schmiergeldern.

Otto Weidt

Als die Gestapo zu den breitangelegten Festnahmen und Deportationen überging, begann die zweite Phase im Kampf des Otto Weidt. Er verkaufte einen Teil der Produktion seiner Werkstatt auf dem Schwarzmarkt, um genug Geld für die Bestechung der Offiziere zu erlangen. Darüber hinaus fälschte Weidt die Dokumente seiner jüdischen Angestellten und, wenn es nötig war, versteckte er sie im Hinterhof und sorgte dabei für ihr bescheidenes Wohl. Er kämpfte für jeden einzelnen Juden seiner Werkstatt. Als einige von ihnen dennoch inhaftiert wurden, konnte er in letzter Minute ihre Freilassung durchsetzen.

Im Februar 1943 bereitete die Gestapo die Deportation aller noch in Freiheit befindlichen Juden vor, die in der Kriegswirtschaft beschäftigt waren. Otto Weidt wurde rechtzeitig über die bevorstehende sogenannte „Fabrik-Aktion“ informiert und schloss seine Fabrik. Viele seiner Angestellten wurden jedoch deportiert. Weidt konnte 150 Pakete mit Lebensmitteln für Juden nach Theresienstadt schicken, später reiste er selbst dorthin, um so viele wie nur möglich aus dem Lager zu retten. Es ist ihm gelungen, einige Menschen – Blinde und Nicht-Blinde – in ein anderes Lager zu versetzen und somit zu retten. Die zukünftige Schriftstellerin Inge Deutschkron machte er zu seiner Sekretärin und später versteckte er sie zusammen mit ihrer Mutter bis zum Kriegsende in seiner Berliner Wohnung.

Nach dem Krieg eröffnete Otto Weidt ein Heim für jüdische Kinder, die die KZs überlebt hatten. Er selbst starb recht früh – 1947, mit 64 Jahren, an einem Herzanfall.

Am 7. September 1971 verlieh die Gedenkstätte Yad Washem an Otto Weidt den Titel „Gerechter unter den Völkern“. 1993 befestigte Inge Deutschkron eine Gedenktafel an der Wand der ehemaligen Werkstatt; seit 2005 befindet sich dort das Museum „Blindenwerkstatt Otto Weidt“.

Aus dem Russischen von Irina Korotkina

Die zögerliche Entnazifizierung Deutschlands von den 50er Jahren bis heute

Eine Chronik der meist verschleppten und weitestgehend unzureichenden Bewältigung der Nazi-Vergangenheit in der Bundesrepublik.

Von Dr. Nikoline Hansen

John MACDOUGALL / AFP

Besucher im Berliner Museum "Topographie des Terrors"

12 Jahre dauerte in Deutschland das sogenannte Tausendjährige Reich. Zwölf Jahre, in denen mit Terror und neu installierten Netzwerken Machtstrukturen aufgebaut und Menschen in sogenannten Konzentrationslagern gefoltert und ermordet wurden. Menschen, die oftmals willkürlich aus religiösen, politischen oder anderen Gründen nicht in die neu erfundene „Volksgemeinschaft“ passten. Zwölf Jahre, die ausreichten, um Menschen, die zuvor in unbefriedigenden Verhältnissen gelebt hatten, mit den entsprechenden sozialen Programmen zu Wohlstand und Macht zu verhelfen. Dazu gehörten Programme wie „KdF“, das Ferien mit dem wohlklingenden Namen „Kraft durch Freude“ versprach, Jugendorganisationen wie die Hitlerjugend oder der „Bund Deutscher Mädel“, das Müttergenesungswerk und andere Annehmlichkeiten – darunter auch die „Arisierung“, die Aneignung jüdischen Eigentums.

Jene, die sich auf die Seite der Nationalsozialisten stellten, konnten mit Vorteilen rechnen. Dieses Vorgehen hatte den Vorteil, den Zusammenhalt der Gemeinschaft zu fördern, indem eine ganze Gruppe, in erster Linie Juden, die es teilweise durch die in Preußen gewährten Freiheiten zu erheblichem Wohlstand und Vermögen in Deutschland gebracht hatten, ausgegrenzt und zum Feind stilisiert wurde. Die Massenvernichtung dieser Menschen war eines der Programme, das mit großer Konsequenz verfolgt wurde und nur auf wenig Widerstand, aber – sicher auch auf einer antisemitischen Tradition aufbauend – durchaus auf breite Zustimmung stieß.

Es ist wichtig, diese Struktur zu verstehen, um sich bewusst machen zu können, was nach dem verlorenen Krieg am 8. Mai 1945 in Deutschland geschah. Deutschland war militärisch besiegt worden. Ein kleiner Teil der Elite war tot: Hitler und Goebbels hatten sich bereits Ende April in Berlin umgebracht. Anderen Verantwortlichen wurde vom 20. November 1945 an in Nürnberg der Prozess gemacht. Die Urteile gegen die Hauptkriegsverbrecher erfolgten am 30. September und 1. Oktober 1946; Reichsmarschall Göring entzog sich dem Todesurteil durch Selbstmord.

Heinrich Himmler, zuletzt Reichsinnenminister und Befehlshaber des Ersatzheeres, beging am 23. Mai 1945 Selbstmord. Zuvor hatte er sich zwar einen neuen Ausweis mit falschem Namen beschaffen können, war aber bei einer Kontrolle der britischen Militärpolizei aufgefallen. Alleine die Tatsache, dass es auch einem zuvor in Regierungsverantwortung stehenden Minister nach Kriegsende gelingen konnte, sich falsche Papiere zu beschaffen, zeigt, dass es funktionierende Netzwerke gab – so verschwanden ja auch Adolf Eichmann und Josef Mengele zusammen mit vielen anderen weniger bekannten bekennenden Nationalsozialisten aus Deutschland.

DRK, Vatikan und Filbinger

Die teilweise unrühmliche Rolle des Deutschen Roten Kreuzes nach 1945 als Fluchthelfer für Nazis ist hinlänglich bekannt und sollte – trotz aller guten Taten – nicht vergessen werden: Da es als Hilfsorganisation fest in die Strukturen des NS-Staats eingebunden war, verhalf es wahrscheinlich Tausenden von Nazis zur Flucht. Auch die Rolle des Vatikans ist in diesem Zusammenhang unrühmlich – eine Tatsache, die den Deutschen durch den kürzlich verstorbenen Dramatiker Rolf Hochhuth in seinem Theaterstück „Der Stellvertreter“ ins Bewusstsein gerufen wurde. Auch in einem weiteren Fall stellte Hochhuth Öffentlichkeit her, indem er den Ministerpräsidenten Baden-Württembergs Hans Filbinger als „furchtbaren Juristen“ bezeichnete. Filbinger prozessierte, zuerst 1972 gegen den „Spiegel“ und 1978 gegen Rolf Hochhuth, weil der ihn „Hitlers Marinerichter“ genannt hatte. Im Laufe dieses Prozesses stellte Hochhuth fest, dass in Deutschland kein Richter der NS-Zeit für Unrechtsurteile bestraft worden war. Bekannt wurde Filbingers Rechtfertigung „Was damals Rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein!“ – am Ende trat Filbinger allerdings zurück und gab auch sein Amt als stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU auf.

Durch das Verschwinden der Haupttäter war in den 50er Jahren eine Ausgangslage geschaffen worden, die für die überlebenden Mitläufer oder „gewendeten“ Anhänger des „tausendjährigen Reiches“ eine bequeme Ausrede schuf: Alles Übel und Böse, das die Zeit der Herrschaft der Nationalsozialisten in Deutschland angerichtet hatte, wurde bei den Toten und in erster Linie natürlich bei Hitler gesucht. Das Leben sollte weitergehen. In gewisser Hinsicht war das auch notwendig – Deutschland war nicht von der Landkarte verschwunden, und die Menschen erst recht nicht. Die Dreistigkeit und das Selbstbewusstsein, das einen Politiker wie Filbinger dazu trieb, jahrelang sein Verhalten im NS-Staat zu verteidigen, zeugen allerdings davon, dass eine Aufarbeitung der Vergangenheit in vielen Kreisen nicht wirklich erfolgt war. So ist es erfreulich, dass es andere und starke Stimmen gab, die immer wieder demokratische Diskussionsprozesse anregten.

Einig waren sich sowohl die Siegermächte als auch diejenigen, die unter den Nationalsozialisten gelitten hatten, darüber, dass verhindert werden musste, Deutschland wieder zu einer Nation werden zu lassen, die einen Weltkrieg vom Zaun brechen konnte. Die Diskussion über die Art und Weise, wie dies geschehen sollte, wurde aber unter eher widrigen Umständen geführt: Nur die Amerikaner hatten nach dem Krieg Kapazitäten, sich bis ins Detail Gedanken darüber zu machen. So wurde vieles dem Zufall, der Bequemlichkeit, oder auch den Bemühungen der einstigen Strippenzieher überlassen, die gerne weitergemacht hätten wie bisher. Und denen dies – wie sich manchmal erst viele Jahre später herausstellte – auch an vielen Stellen gelang. Auch in der DDR hatten NS-Funktionsträger Unterschlupf gefunden und konnten wieder Karriere machen. Voraussetzung war nur, sich an das neue System anzupassen. Henry Leide hat das in seinem 2005 erschienen Buch „NS-Verbrecher und Staatssicherheit“ sehr detailliert und mit Beispielen belegt dargestellt – zum Unmut der Betroffenen. Nur ein Bruchteil der Verbrechen wurde in der DDR gesühnt, die NS-Vergangenheit war Herrschaftswissen, das im Kalten Krieg gegen die Bundesrepublik Deutschland verwendet wurde, um politische Propaganda zu machen.

Unterschiedliche Entnazifizierung in den Besatzungszonen und zwei Bestseller

Je nachdem, in welcher Besatzungszone sich die deutschen Bürger wiederfanden, wurden sie also unterschiedlichen Entnazifizierungssystemen ausgesetzt. Am drastischsten gingen die Amerikaner und die Briten vor: Sie konfrontierten die Bevölkerung mit den von ihnen verübten Gräueltaten. Über den Erfolg dieser Methode wird nach wie vor gestritten. Es scheint nicht unplausibel, dass diese Methode dazu beigetragen hat, den Mythos „Wir haben von all dem nichts gewusst“ in die Welt zu setzen. Es ist davon auszugehen, dass die meisten sehr wohl wussten, was geschehen war – dem System selbst war die Ausübung von Terror ja immanent, und

Abschreckung gehörte dazu. In Berlin kam es sogar vor, dass Auschwitzüberlebende ihren einstigen Peinigern gegenüberstanden, die nun Gutachten über die entstandenen Gesundheitsschäden erstellen sollten.

Als Mittel zur Entnazifizierung waren im amerikanischen Sektor 13 Millionen Fragebögen verteilt worden, mit denen überprüft werden sollte, wer das Naziregime aktiv unterstützt hatte. Ein bürokratisches und zweifelhaftes Unterfangen, das Ernst von Salomon in seinem im März 1951 erschienenen Roman „Der Fragebogen“ aufgriff, indem er die 131 Fragen ausführlich beantwortete. Salomon selbst distanzierte sich von Antisemitismus und Rassismus und schilderte die Zeit zwischen 1933 und 1945 als eine Art innere Emigration. Er traf mit seinem Roman den Nerv der Zeit, das Buch war ein viel gelesener Bestseller. Auch das Tagebuch der Anne Frank fand einen guten Absatz – zwischen 1950 und 1958 wurden 700.000 Exemplare verkauft. So bildete sich ein neues Bewusstsein mit verschobener Erinnerung.

Zahl der Prozesse nahm rapide ab

Eine Phase einer komplexeren Auseinandersetzung begann in den 60er Jahren. Bereits 1950 hatten die Alliierten die Beschränkungen der westdeutschen Justiz in Bezug auf die Verfolgung von NS-Verbrechen aufgehoben. Damit kam die strafrechtliche Verfolgung dieser Delikte quasi zum Erliegen. Bis 1950 hatte es etwa 5.000 Urteile gegeben, davon 1.523 im Jahr 1949. 1955 lag die Zahl bei 21. Dabei gingen Schätzungen davon aus, dass etwa 100.000 Personen aktiv an den Massenmorden beteiligt gewesen waren – eine Anzahl, der mit rechtsstaatlichen Grundsätzen, also dem Nachweis der individuellen Schuld jedes Einzelnen, nicht beizukommen war. Aber auch politisch passte die Verfolgung nicht ins Klima. Die Wende kam erst 1958 anlässlich des Prozesses gegen Mitglieder eines früheren Einsatzkommandos in Litauen, das mindestens 4.000 Juden ermordet hatte. Als Folge der Aufmerksamkeit, die dieser Prozess im In- und Ausland erhielt, wurde die „Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ in Ludwigsburg geschaffen, deren Aufgabe die systematische Untersuchung von NS-Verbrechen, die außerhalb des Territoriums der Bundesrepublik Deutschland begangen worden waren, war. Seit 1964/65 wurde das Aufgabengebiet auf Übernahme aller NS-Verbrechen erweitert. Die Errichtung der Zentralstelle führte zu einer dritten Phase der Verfolgung, in der die Zahl der Verurteilten schnell wieder wuchs: Zwischen 1961 und 1965 waren es doppelt so viel wie zwischen 1951 und 1960.

Einen Beitrag hierzu leistete der erste Auschwitz-Prozess, der am 20. Dezember 1963 begann und mit der Urteilsverkündung am 19. August 1965 endete. Verhängt wurden sechs lebenslange Freiheitsstrafen, zehn Freiheitsstrafen zwischen dreieinhalb und vierzehn Jahren sowie eine zehnjährige Jugendstrafe. Drei Angeklagte wurden aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Ohne die tatkräftige Initiative des 1949 nach Deutschland zurückgekehrten Juristen Fritz Bauer, der sich konsequent dem Aufbau einer demokratischen Justiz und der strafrechtlichen Verfolgung nationalsozialistischen Unrechts sowie der Reform des Straf- und Strafvollzugsrechts widmete, wäre dies nicht möglich gewesen. Die Auschwitzprozesse gingen auch nach seinem Tod weiter, die Prozesse in Frankfurt dauerten insgesamt von 1963-1981. Bereits am 1. Juni 1962 war der für die Judendeportationen zuständige ehemalige Referatsleiter beim Reichssicherheitshauptamt Adolf Eichmann nach einem öffentlichen Prozess in Israel hingerichtet worden. Zu seiner Aufspürung hatte Bauer ebenfalls beigetragen, die Festnahme in Argentinien und Entführung nach Israel erregten internationales Aufsehen.

Literaturnobelpreisträger und Ex-SS-Mitglied Günter Grass machte mit anti-israelischen Beiträgen auf sich aufmerksam.

> Bis 1950 hatte es etwa 5.000 Urteile gegeben, davon 1.523 im Jahr 1949. 1955 lag die Zahl bei nur noch 21.

80er Jahre

Eine weitere Phase der Aufarbeitung begann in den 80er Jahren. Exemplarisch dafür stehen das Haus der Wannseekonferenz, das 1988 wieder zur Nutzung als Gedenkstätte rekonstruiert und 1992 eröffnet wurde. Der bereits 1966 von dem Historiker und Auschwitz-Überlebenden Joseph Wulff gegründete „Verein zur Erforschung des Nationalsozialismus“ hatte dieses Ziel lange Jahre verfolgt. 1987 initiierte eine Gruppe von Historikern das Ausstellungsprojekt „Topographie des Terrors“, die am 28. Januar 1992 vom Berliner Senat als eigenständige Stiftung gegründet wurde. Auch hier steht endlich die Beschäftigung mit den Tätern im Vordergrund. Ingo Müller veröffentlichte 1987 sein Buch „Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz“. 1998 begann eine Gruppe mit dem Titel „To Reflect and Trust“ auf Initiative des israelischen Psychologen Dan Bar-On Treffen zwischen Kindern von Tätern und Opfern zu organisieren, allerdings mit nur partikularen Erfolgen. Im Juli 2005 rief das Auswärtige Amt eine Historikerkommission zur Aufarbeitung der Rolle des eigenen Ministeriums ins Leben. Erst am 11. Januar 2012 setzte das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz eine Kommission ein, die sich mit der Aufarbeitung der eigenen NS-Vergangenheit befasst.

Allerdings wird auch das Opfernarrativ immer wieder gerne bemüht. So dient noch heute Anne Frank als exemplarisches und mahnendes Beispiel für das nationalsozialistische Unrechtsregime. Am 12. Juni 1998 wurde in Berlin ein gemeinnütziger Verein gegründet, der in Deutschland als Partnerorganisation des am 3. Mai 1960 gegründeten Anne-Frank-Hauses in Amsterdam tätig ist. Über die Geschichte der Täter decken diese Initiativen einen Mantel des Schweigens, stattdessen sind die Ziele des Zentrums „erinnern und engagieren“ auf Anne Frank fixiert und stellen damit das Opfer in den Mittelpunkt. Das Engagement gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus ist sicher lobenswert. Den Ursachen geht es aber nicht auf den Grund.

Günter Grass und Israel

Allen Versuchen der Aufarbeitung zum Trotz blieben alte Vorurteile und antisemitische Stereotype unter der Oberfläche oft bestehen, auch wenn man sich den Anschein der Läuterung gibt. Wir erinnern uns an Günter Grass, der, nationalsozialistisch sozialisiert, das zweifelhafte Gedicht „Was gesagt werden muss“ verfasste, das am 4. April 2012 unter anderem in der „Süddeutschen Zeitung“ erschien und diesen Geist sehr deutlich widerspiegelt: So ist die Projizierung auf Israel als größten Bedroher des Weltfriedens ein gängiges Muster der Schuldumkehr in Deutschland, das als purer Antisemitismus gewertet werden muss. Unter die Oberfläche gekehrt brechen sich alte Muster immer wieder Bahn.

Auch die ambivalente Politik unseres gegenwärtigen Außenministers („Ich bin wegen Auschwitz in die Politik gegangen“) gegenüber I Israel steht in guter Tradition eines irritierenden und gefährlichen Schwarzweißdenkens, das diesem Muster entspringt.

Die alte Generation der NS-Verbrecher gibt es inzwischen nicht mehr. Es hat viele Versuche gegeben, die Geschichte Deutschlands aufzuarbeiten und zu einem besseren zu wenden. Es hat viele Einsichtige gegeben, die sich mit den Verbrechen auseinander gesetzt haben – aber es mussten viele Jahre ins Land gehen, bis die Beschaffung eines „Persilschein“, wie die Bestätigung der Entnazifizierung durch die Alliierten genannt wurde, nicht mehr notwendig war und eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit beginnen konnte. Und es gibt sogar immer noch Nachfahren von Tätern, die davon überzeugt sind, dass ihre Väter nichts Unrechtes getan haben. Dazu gehört Cordula Schacht, Tochter des ehemaligen Reichswirtschaftsministers Hjalmar Schacht, der seine Karriere als Berater und Privatbankier in den 50er Jahren fortsetzen konnte. Seinen Reichtum gründete er auch auf günstig erstandenen jüdischen Besitz. Cordula Schacht selbst betrachtet sich als Nachlassverwalterin Joseph Goebbels. Ein bei ihr im Rahmen der Provenienzforschung aufgespürtes Gemälde aus dem ehemaligen Besitz der Familie Mosse betrachtet sie als im Rahmen einer „Auktion“ rechtmäßig erworbenes Familienerbstück. Es erstaunt, aber es gibt sie immer noch, die Unverbesserlichen in Deutschland. Die einen stehen zur Vergangenheit, die anderen projizieren ihre Schuld unter dem Motto „Nie wieder Auschwitz“ auf ein Land im Nahen Osten, dessen Existenz sie für gefährlich halten.

Die fünf Gerechten

Nur fünf US-Amerikaner sind in der Gedenkstätte Yad VaShem als „Gerechte unter den Völkern" verewigt. Wer waren diese Menschen?

Von David Shimanovskij

Von den 26.153 „Gerechten unter den Völkern" sind nur fünf Staatsangehörige der USA mit diesem Titel geehrt worden. Wenn man die damalige Situation und die Position von Franklin Roosevelt kurz vor und während des Zweiten Weltkrieges betrachtet, kann man verstehen, weshalb so wenige Amerikaner Juden vor Nazis retteten. Der Antisemitismus gedieh, unter anderem unter den Staatsbeamten. Er wurde durch die Angst vor dem Krieg, die zunehmende Arbeitslosigkeit, durch die Flut von jüdischen Flüchtlingen aus Europa und das Fehlen von Informationen über die judenfeindlichen Handlungen der Nazis noch gefördert. Sogar ein Teil der amerikanischen Juden befürwortete die Neutralitätspolitik gegenüber Nazideutschland und die Einwanderungsgesetze, die die Einreise von jüdischen Flüchtlingen aus Europa begrenzten. Nichtsdestotrotz fanden 132.000 Juden Zuflucht in den Vereinigten Staaten und die Anzahl der Amerikaner, die zu ihrer Rettung beigetragen haben, hat sich höher als die vom „Institut für Holocaust-Forschung" in Jerusalem genannte herausgestellt.

Früher als alle anderen Amerikaner sind die Eheleute Sharp den Opfern des Naziterrors zu Hilfe geeilt. Sie gehörten der unitarischen Kirche an, die die Trinitätslehre und die Lehre vom Jüngsten Gericht ablehnt, Jesus als jüdischen Propheten und das Recht der Juden auf Sündenerlass anerkennt. Waitstill Hastings Sharp, der Sohn eines Schriftstellers und Gelehrten, studierte an den Universitäten in Boston und Harvard, promovierte in Rechtswissenschaften, leitete die religiöse Bildung in der „Amerikanischen Unitarischen Union" (American Unitarian Association - AUA) und war Pastor. Er heiratete die Sozialarbeiterin Martha Ingham Dickie, Tochter von Baptisten, die zu seiner treuen Gefährtin bei der antifaschistischen Propaganda und der Rettung von Vertriebenen während des Kriegs wurde.

Die Eheleute Sharp in der Tschechoslowakei

> Sogar ein Teil der amerikanischen Juden befürwortete die Neutralitätspolitik gegenüber Nazideutschland.

Arbeit in der Tschechoslowakei und in Portugal

1939 sendete AUA die Familie Sharp in die Tschechoslowakei zur Umsetzung des Programms für humanitäre Hilfe für Juden, die vor den nazistischen Verfolgungen aus Deutschland und Österreich geflohen sind. Dort registrierten sie Flüchtlinge, besorgten ihnen Stipendien und Arbeit im Ausland, begleiteten sie nach London, Paris und Genf. Unter der deutschen Okkupation unterstützen die Sharps die Ausreise von Dutzenden jüdischen Kindern nach Großbritannien und setzten ihre Tätigkeit auch illegal fort, nachdem die Gestapo ihr Büro geschlossen hatte. Sie fuhren einen Tag bevor ein Haftbefehl gegen sie ausgestellt wurde, aus Prag fort. Im Frühjahr 1940 bot AUA den Sharps an, eine ähnliche Filiale in Paris zu öffnen. Nachdem jedoch Frankreich durch die Wehrmacht eingenommen wurde, musste das Büro nach Lissabon verlegt werden. Dort wurde dann das Komitee des unitarischen Dienstes etabliert. In Zusammenarbeit mit verschiedenen demokratischen Organisationen und Personen in Marseille gelang es der Familie Sharp viele Intellektuelle und politische Immigranten aus Nazideutschland, Vichy-Frankreich und Franco-Spanien über das neutrale Portugal in die USA, Lateinamerika und Nordafrika zu überführen. So verhalfen sie zusammen mit der „Union der christlichen Jugend" und der Gruppe von Varian Fry (mehr dazu später) unter anderem Lion Feuchtwanger mit seiner Ehefrau, dem österreichischen Schriftsteller Franz Werfel und dem Nobelpreisträger für Chemie, Otto Meyerhof, zur Flucht.

Kinder nach Palästina

Allen bürokratischen Hürden zu trotz ist es Martha gelungen 27 jüdische Kinder und 10 Erwachsene in die USA zu schicken. 1943 gründete sie zusammen mit ihren Freunden das Projekt „Kinder nach Palästina". Mit Unterstützung der jüdischen Frauenorganisation Hadassa (nach dem ersten Namen der biblischen Esther) sammelte sie Geld für die verwaisten jüdischen Jugendlichen Europas für deren Neuanfang in Israel. Ein Jahr später kehrte sie nach Lissabon zurück und übernahm die Stelle des Direktors der europäischen Filiale von AUA unter dem verschärften Regime von Salazar. Martha Sharp besuchte Palästina auch nach dem Krieg und unterstützte die Jugend-Aliya ins Land der Väter. Sie kämpfte für die Einwanderung der Juden aus Marokko und Irak nach Erez Israel und kooperierte weiterhin mit Hadassa. 1954 ließen sich die Sharps scheiden und haben beide jeweils neue Familien gegründet. Martha heiratete den Erfinder David Cogan. 2006 wurden beide Sharps post mortem als „Gerechte unter den Völkern" anerkannt. Über ihre hingebungsvolle Tätigkeit ist mit Hilfe deren Enkelkinder ein Dokumentarfilm „Der Kampf gegen die Nazis" gedreht, und das Buch „Rettung und Flug" geschrieben worden.

Die Liste von Varian Fry

Der erste amerikanische „Gerechte unter den Völkern" wurde 1955 der Journalist Varian Fry, der eine Gruppe zur Judenrettung in Marseille anführte. Unter den jüdischen Intellektuellen, die vor der Gestapo in den Süden Frankreichs geflohen sind und bei denen es Fry gelungen ist, sie mit gefälschten amerikanischen Visa in sichere Orte zu überführen, sind so bekannte Persönlichkeiten wie die Maler Victor Brauner und Jean Arp, die Schriftsteller Hans Habe, Arthur Koestler und Valeriu Marcu, die Pianistin Wanda Landowska, der Mathematiker Jacques Hadamard, der Soziologe Siegfried Kracauer, der Philosoph Claude Lévi-Strauss, der Historiker Golo Mann, der Jurist Boris Mirkine-Guetzevitch, der Literaturwissenschaftler Alfred Polgar, die Politikerin Rosi Wolfstein, der Verleger Ferdinand Springer und andere gewesen.

Die Memoiren von Mary Jayne Gold

Bei seinen sehr riskanten Operationen halfen Fry auch andere Amerikaner, über die man ausführlicher berichten sollte. Einer seiner Hauptgefährten war Miriam Davenport Ebel, Malerin und Bildhauerin, die auf der Sorbonne studierte. Im Mai 1940 floh sie aus Paris nach Toulouse, wo sie den Dichter Walter Mehring und drei andere Juden kennenlernte, die verzweifelt nach einer Ausreisemöglichkeit in die USA suchten. Nachdem Miriam Davenport Varian Fry in Marseille getroffen hatte, mietete sie auf sein Anraten hin eine große Villa, wo sie Verfolgte mit ihren Familien versteckt hielt (u.a. Victor Serge, Sohn des russischen Revolutionärs Kibalchich, den Surrealisten André Breton und andere). Später zog Miriam zu ihrem schwerkranken Verlobten nach Ljubljana. Danach konnte sie nicht mehr nach Frankreich zurückkehren und musste zurück in die USA fliegen. Aber auch dort schaltete sie sich aktiv in die Arbeit des Internationalen Rettungskomitees, der den vor dem Holocaust Geflüchteten half. Sie promovierte in Philosophie und unterrichtete an einer Universität.

Reiche Tochter bezahlt

Ihre Freundin Mary Jayne Gold, eine reiche schöne Erbin aus einer Protestantenfamilie, verbrachte ihr Leben vor dem Krieg mit Reisen durch Europa am Steuer des eigenen Flugzeugs. Nach der Besatzung von Paris durch die Deutschen hat sich Gold entschieden, in die USA zurückzukehren und mietete eine Kajüte auf einem Schiff. Bei der Zugfahrt entsetzte sie die Szene wie die Nazis ein weinendes jüdisches Mädchen aus dem Wagon hinausschleppten. Dann sah sie in Marseille bei der amerikanischen Botschaft Massen von Flüchtlingen, die versuchten Ausreisevisen zu erhalten. Und so begann Mary Jayne die Mission von Varian Fry zur Rettung von Kulturschaffenden aus der „Liste der 200", aber auch von illegalen Auswanderern, zu finanzieren.

Sie versteckte viele Menschen bei sich, besorgte ihnen Pässe, indem sie Beamte bestach, schuf Verbindungen zu Schmugglern. Dabei half ihr ein ehemalige Legionär, der Gangster Raymond Couraud, der ihr Liebhaber wurde. In 13 Monaten ist es der Gruppe von Varian Fry gelungen tausende Juden und Nichtjuden vor Todesgefahr zu schützen. Im Nachhinein nannte Fry selbst die Liste derer, die gerettet worden sind, „die Gold-Liste", denn die einmalige Operation ist zum großen Teil nur dank ihrer finanziellen Unterstützung gelungen. Ihr Freund, der Regisseur Pierre Sauvage, sagte: „Für Miss Gold spielte nur ein Jahr ihres Lebens eine Rolle – das in Marseille… Eine sehr scharfsinnige Frau. An einem Wendepunkt der Geschichte verstand sie, wohin ihr Herz sie rief."

Marc Chagall und Hannah Arendt

Bei der Umsetzung des humanitären Programms von Varian Fry beteiligte

Varian Fry

sich energisch auch der junge Wissenschaftler mit jüdischen Wurzeln, Albert Otto Hirschmann, der Bruder einer Untergrund-Antifaschistin. Vor dem Krieg studierte er Wirtschaft an europäischen Universitäten und promovierte anschließend. Er beteiligte sich am spanischen Bürgerkrieg auf der Seite der Republikaner, kämpfte in der französischen Armee gegen die Wehrmacht und rettete dann zusammen mit Fry jüdische Flüchtlinge. 1941 immigrierte er in die USA, war Professor an einer Reihe von Universitäten, Finanzberater in verschiedenen Einrichtungen und Firmen.

Schließlich spielte der Vize-Konsul der USA in Marseille, Hiram Bingham, die entscheidende Rolle beim Ausstellen der Visa für jüdische Flüchtlinge. Er umging das Verbot des Außenministeriums, suchte Juden in Lagern, versteckte sie in ihrem Haus, stellte ihnen alle notwendigen Papiere kostenlos aus. Bingham persönlich unterstützte die Ausreise von Marc Chagall, Hannah Arendt und anderen namhaften Persönlichkeiten. Ohne seine Beteiligung wäre es Fry wohl nicht gelungen mehr als 2.500 europäische Juden vor dem sicheren Tod zu retten. 1941 versetzte die US-Regierung den nichtloyalen Diplomaten nach Portugal und dann nach Argentinien, wo er später geholfen hat nazistische Kriegsverbrecher ausfindig zu machen. Nach seinem Tod übergaben seine Witwe und sein Sohn seine Marseiller Unterlagen an das Holocaust-Museum der USA. Nach seinem Tod wurde er vielfach ausgezeichnet, unter andere mit der „Helden-Medaille“ des Simon-Wiesenthal-Centers.

Lois Gunden wurde 2013 die vierte US-Staatsbürgerin, die mit dem Titel „Gerechte unter den Völkern“ ausgezeichnet wurden. Acht Jahre nach ihrem Tod erhielt ihre Nichte die Medaille und die Ehrenurkunde in Jerusalem. 1941 machte sich die Französischlehrerin aus Indiana auf, um beim Mennonitischen Zentralkomitee (Mennoniten: evangelische pazifistische Christen, die die Bibel als Quelle des Glaubens und die Autonomie der Persönlichkeit als Grundlage betrachten) im Süden Frankreichs zu dienen. An der Küste eröffnete Lois ein Waisenhaus, das zum sicheren Hafen für Kinder von spanischen und jüdischen Flüchtlingen wurde, die sie im Geheimen aus dem benachbarten Lager hinausschmuggelte, nachdem sie deren Eltern davon überzeugt hatte, dass sie sich um die Kinder kümmern und sie vor den Nazis beschützen wird. Im Januar 1943 verhaftete die Gestapo Lois Gunden als „Vertreter eines Feindstaates“ und ließ sie 1944 im Rahmen eines Gefangenenaustausches frei. Nach der Befreiung von Frankreich durch die Alliierten kehrte sie nach Hause zurück, wo sie am College und der Universität unterrichtete, einen Witwer heiratete und seine Tochter adoptierte.

„Wir alle sind Juden“

Der letzte Amerikaner in der Liste der „Gerechten unter den Völkern“ ist Roddie W. Edmonds, der 2015 mit diesem Titel geehrt wurde. Der Sohn eines Protestanten aus Tennessee, der früh seine Mutter verlor, beendete nur vier Schulklassen und ging dann schon arbeiten. Im März 1941 wurde er in die Armee eingezogen und diente sich zum Master Sergeant hoch. 1944 beteiligte er sich bei der Landung der amerikanischen Streitkräfte in der Normandie und geriet bei den verbitterten Kämpfen in den Ardennen gemeinsam mit der zukünftigen Berühmtheit, dem deutschstämmigen Schriftsteller Kurt Vonnegut, in deutsche Kriegsgefangenschaft. Die Deutschen verlegten sie in das Kriegsgefangenlager in Ziegenhain. Als ranghöchster Unteroffizier wurde Edmonds zum Verantwortlichen für die Disziplin unter den gefangenen Amerikanern erklärt, unter denen sich fast 200 Juden befanden.

Am 27. Januar 1945 befahl der Kommandant des Lagers allen Juden sich auf dem Platz aufzustellen. Roddie Edmonds verstand, welche Konsequenzen das haben wird. Er befahl allen Amerikanern sich ausnahmslos mitaufzustellen und zusammen mit den jüdischen Kameraden einen Schritt nach vorne zu tun. Als der deutsche Offizier dann fragte, was das zu bedeuten habe, antwortete Edmonds: „Wir sind alle Juden!“ Der wütende Deutsche verlangte die Herausgabe der Juden und zielte mit der Pistole auf Eddie. Dieser aber sagte nur: „Laut der Genfer Konvention muss der gefangene Soldat nur seinen Namen, Rang und persönliche Nummer nennen. Wenn sie mich jetzt erschießen, dann werden die verbliebenen Zeugen davon berichten und sie werden zum Kriegsverbrecher erklärt.“ Der Offizier wandte sich ab und ging. Als Ergebnis dieser Verweigerungsaktion haben alle jüdischen Soldaten gemeinsam mit den anderen Gefangenen überlebt, und wurden nach etwa 100 Tagen Gefangenschaft am 30. März 1945 befreit.

Nach dem Krieg kehrte Roddie in die USA zurück, heiratete und bekam zwei Söhne. Er arbeitete als Manager und kämpfte gegen den Antisemitismus im Land. Er starb 1985, einige Wochen vor seinem 66. Geburtstag. Von seiner Heldentat erfuhr die Welt zufällig aus den gefundenen persönlichen Tagebüchern und Erinnerungen seiner Kameraden, des Juden Paul Shern und Lester Tanner. Sein Sohn erwirkte die Auszeichnung seines Vaters mit der höchsten militärischen Auszeichnung der USA – der Ehrenmedaille.

Das Recht jedes Menschen auf Leben, Freiheit und persönliche Würde wurde für diese Menschen zum Imperativ des Gewissens, gleichlautend mit den höchsten Werten der jüdischen Ethik. Und mit ihren Taten haben sie die richtige Antwort auf die ewige Frage des Talmuds gegeben. „Wenn ich nur für mich bin, wer bin ich dann?“

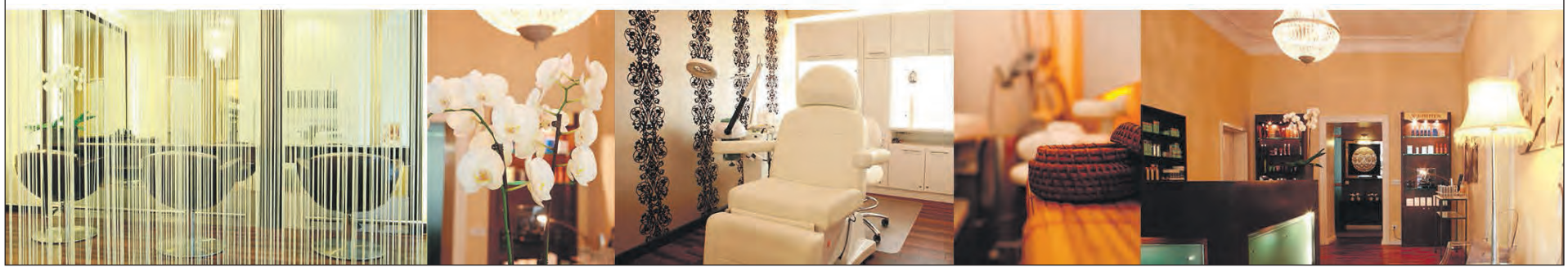
Übersetzung aus dem Russischen von Katia Novominski

BEAUVITÉ®
... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel.: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



Mörder unter sich: Der von Nazis im KZ getötete SS-Folterarzt Sigmund Rascher

Wie ein Nazi-Arzt, der brutale Menschenversuche anstellte, von der eigenen Ideologie zu Fall gebracht wurde

Von Tina Adcock

Viel hat man bereits über jene SS-Ärzte gelesen, die in den Konzentrations- und Vernichtungslagern der Nationalsozialisten ihre schrecklichen medizinischen Experimente an den Insassen durchgeführt haben. Namen wie Josef Mengele, der u.a. durch die gezielte Selektion von Zwillingen und seine grausamen Eingriffen an ihnen ein Gen oder eine ähnliche Struktur zu finden suchte, um den Deutschen Mehrlingsgeburten zu ermöglichen und somit die „deutsche Rasse" so schnell wie möglich zu vermehren, sind in zahlreichen Abhandlungen erforscht wurden. Doch es gibt auch andere, weniger bekannte Figuren wie Sigmund Rascher, der von der Position eines SS-Arztes zu einem Lagerinsassen wurde, und kurz vor Kriegende als KZ-Häftling in Dachau nunmehr selbst von der SS getötet wurde.

Überraschenderweise gibt es nicht viele Werke, die sich mit Rascher beschäftigen und einige, wie z.B. „Der Untergang des Hauses Rascher: Das bizarre Leben des KZ-Arztes Sigmund Rascher" von Siegfried Bär alias Hubert Rehm, sind leider nicht besonders gut recherchiert. Empfehlenswert ist hingegen das Buch von dem deutschen Historiker Julien Reitzenstein: „Himmlers Forscher: Wehrwissenschaft und Medizinverbrechen im ‚Ahnenerbe' der SS", der sich zwar nicht ausschließlich mit Rascher auseinandersetzt, aber ihn umso mehr in das zentrale Rassenwahngebilde der SS-Medizin einordnet und seine Rolle darin beleuchtet.

Sigmund Rascher, geboren in München am 12. Februar 1909, trat bereits 1933 in die NSDAP ein und legte im Jahr 1936 sein Staatsexamen in Medizin ab, um anschließend zu promovieren. Seine Doktorarbeit, die sich mit Schwangerschaftshormonen beschäftigte, wies falsche und betrügerische Ergebnisse und Methoden auf, was bezeichnend für seinen weiteren Werdegang sein sollte.

Der Nazi Sigmund Rascher (rechts) bei einem seiner Experimente

Raschers ältere Frau bekam keine Heiratserlaubnis von Himmler

Im Jahr 1936 trat Rascher der SA bei und wechselte 1939 zur SS. Seine knapp 16 Jahre ältere Frau, Karoline Diehl, ermöglichte ihm durch ihre Verbindungen zu Heinrich Himmler einen raschen Aufstieg. Auf Himmlers Veranlassung hin, wurde ihm von keinem Geringeren als Professor Walther Wüst die Forschung zur Frühdiagnose von Krebs übertragen. Interessant ist hierbei, dass Himmler trotz allem eine lange Zeit keine Heiratserlaubnis für Diehl und Rascher erteilte, was an ihrem Alter und ihrer damit verbundenen niedrigeren Fertilität gelegen haben soll. Aufgrund dessen täuschte sie ab 1939 mehrere Geburten vor, welche die Hochzeit im Jahr 1941 ermöglichten. Rascher verdankte es Himmler ebenfalls, dass er 1943 von der Luftwaffe freigestellt wurde und der Waffen-SS beitreten konnte. Im Konzentrationslager Dachau nahm er an ca. 7.000 Opfern zahlreiche Menschenversuche vor. Viele der Menschen verstarben anschließend oder trugen bleibende gesundheitlichen Schäden davon. Einigen von ihren wurde für die „freiwillige" Teilnahme die Freilassung oder zumindest eine Hafterleichterung versprochen, was angesichts der hohen Mortalitätsrate eine grausame Ironie ist. Rascher nahm Experimente vor, die untersuchen sollten, wie Piloten in höheren Atmosphären arbeiten können und wie man sie bei einem Fallschirmabsprung oder einem Druckabfall retten könnte. In der „Abteilung R" nahm er deswegen Unterdruck- und Unterkühlungsversuche für die Luftwaffe vor. Hierbei wurden in Unterdruckkammern, die von den Häftlingen „Himmelfahrtswagen" genannt wurden, Flugbedingungen in 21 Kilometern Höhe untersucht. Es ist nachgewiesen, dass Rascher außerdem nach der „Behandlung" solche Häftlinge sezierte, deren Herzschlag und Atmung noch nicht ausgesetzt hatten, um neue Erkenntnisse über die Organtätigkeit von beispielsweise Herz und Lunge zu gewinnen.

Wiedererwärmung mit nackten Frauen

Bei den Unterkühlungsversuchen wurden die Häftlinge in 4-9 Grad kaltes Wasser getaucht, um das Verhalten eines Piloten zu untersuchen, der nach dem Absturz seines Flugzeugs in eiskaltem Meerwasser landete. Um dies zu simulieren wurden die Inhaftierten ebenfalls im Winter bei bis zu minus 20 Grad mit vollkommen nacktem Körper ins Freie gestellt und zusätzlich stündlich mit Wasser übergossen. Auf Anregung Himmlers setzte Rascher bei den Überlebenden anschließend nackte Frauen ein, um die Körpertemperatur der Häftlinge wieder anzuheben. In einem Brief an Himmler berichtete er Folgendes: „Bei den Wiedererwärmungsversuchen stark abgekühlter Versuchspersonen zeigte es sich, daß die Erwärmung mit animalischer Wärme sehr langsam vor sich geht. Lediglich solche Versuchspersonen, deren körperlicher Zustand den Coitus erlaubte, erwärmten sich auffallend schnell und zeigten ebenso auffallend schnell eine Wiederkehr des völligen körperlichen Wohlbefindens."

Dass diese Simulation nicht nur grausam, sondern auch keinesfalls einem Verharren in eiskaltem Meerwasser gleichkommt, macht diese Folter auch aus medizinischer Sicht sinnlos. Doch ein Menschenleben zählte für die Ärzte in den Konzentrationslagern nicht mehr als das einer Laborratte. Trotz der vorübergehenden Wertschätzung Himmlers sollte Rascher einen tiefen Fall erfahren. Im Jahr 1944 täuschte das Ehepaar erneut eine Schwangerschaft vor, bei der Karoline Diehl tatsächlich am Münchner Hauptbahnhof ein Kind entführte und es für ihr eigenes ausgab, was, nach eingehenden Untersuchungen, nicht das einzige Mal gewesen sein soll, sondern auch ihre „Geburten" 1939, 1941 und 1942 betraf. Ein weiterer Grund für den Abstieg Raschers war der Sachverhalt der Häftlingsbegünstigung.

Im Frühjahr 1944 wurde das Ehepaar verhaftet. Raschers Ehefrau starb im Konzentrationslager Ravensbrück. Er selbst wurde kurz vor der Befreiung durch die US-Truppen am 26. April 1945 an genau jenem Ort, an dem er vormals mittels grausamer Experimente hunderte von Menschen ermordete, dem KZ Dachau, auf Befehl Himmlers erschossen. Die Forschung attestiert Rascher nicht nur „Mordlust", sondern auch schizophrene Züge. Ein Mann, der skrupellos ersuchte die Karriereleiter zu erklimmen, sollte durch die Sprossen, die er betrat, schlussendlich zu Fall kommen.

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.
Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!
Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!
Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.
Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Der Neuengamme-Kriegsverbrecherprozess in Hamburg 1946

Vom Versuch der Briten ein in der Menschheitsgeschichte einmaliges Verbrechen zu sühnen

Von Birgit Gärtner

Mindestens 42.000 Menschen kamen im KZ Neuengamme und dessen knapp 90 Nebenstellen im gesamten Hamburger Stadtgebiet und weit darüber hinaus zu Tode. Am 18. März 1946 eröffneten die Briten einen Kriegsverbrecherprozess gegen 14 Angeklagte, der am 3. Mai 1946 mit elf Todesurteilen und zwei langjährigen sowie einer kürzeren Haftstrafe endete. In verschiedenen weiteren Verfahren wurden die Verbrechen in den KZ-Nebenstellen verhandelt. Dennoch kamen die meisten Beteiligten trotz ihrer grausamen Taten ungeschoren davon. Zwar wurden sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik weitere Verfahren eingeleitet, allein in Hamburg 120, jedoch wurde letztlich nur rund ein Fünftel aller Angeklagten verurteilt.

SS-Lagerarzt Kurt Heißmeyer, der Menschenversuche u. a. an Kindern durchführte, konnte sich sogar in der DDR eine neue Existenz aufbauen und in Magdeburg die einzige Tuberkulose-Privatpraxis eröffnen. Später wurde er allerdings wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt und zu lebenslanger Haft verurteilt.

Zu leicht für die Schlinge

Mania Altmann (7), Lelka Birnbaum (12), Sergio De Simone (7), Surcis Goldinger (10-12), Riwka Herszberg (6), Alexander Hornemann (8), Eduard Hornemann (12), Marek James (6), Walter Jungleib (12), Lea Klygermann (7), Georges-André Kohn (12), Blumel Mekler (10 oder 11), Jacqueline Morgenstern (12), Eduard Reichenbaum (10), Marek Steinbaum (7), H. Wassermann (7 oder 8), Eleonora Witońska (5), Roman Witoński (6), Roman Zeller (12) und Ruchla Zylberberg (8).

Das sind die Namen der 20 Kinder, die in der Nacht zum 21. April 1945 in der Schule am Bullenhuser Damm gemeinsam mit ihren Pflegern erhängt wurden. 14 von ihnen stammten aus Polen, 2 aus Frankreich, 2 aus den Niederlanden, jeweils 1 aus der Tschechoslowakei und den Niederlanden. Im KZ Auschwitz waren sie von SS-Lagerarzt Josef Mengele persönlich ausgewählt und in das KZ Neuengamme überstellt worden, damit dort der bereits erwähnte SS-Lagerarzt Kurt Heißmeyer Menschenversuche zur Entwicklung von Impfstoffen gegen Tuberkulose an ihnen vornehmen konnte. Sie wurden einer unbeschreiblichen Tortur ausgesetzt und als im April 1945 die britischen Truppen bereits das Hamburger Stadtgebiet erreicht hatte, wurden sie erhängt, um Spuren der Verbrechen der SS zu verwischen. Da die kleinen ausgemergelten Körper so leicht waren, hängten sich ihre Mörder an sie, damit sich die Schlinge zuzog. Ihre Namen stehen stellvertretend für mindestens 42.000 Menschen, die im KZ Neuengamme und seinen knapp 90 Nebenlagern ums Leben kamen.

Bei dem „Curiohaus-Prozess“ spielten auch die Morde an den Kindern am Bullenhuser Damm eine Rolle: Zwei Männer, SS-Unterscharführer Wilhelm Dreimann und SS-Lagerarzt Alfred Trzebinski, der den Kindern vor ihrem Tod eine Morphinspritze gesetzt hatte, wurden am 3. Mai 1946 zu Tode verurteilt und am 8. Oktober 1946 im niedersächsischen Hameln hingerichtet. Der „Stützpunktleiter“ aller Hamburger Nebenlager des KZ Neuengamme, Arnold Strippel, der an dem Mord an den Kindern direkt beteiligt gewesen sein soll, wurde dafür jedoch nie belangt. Die Kindermorde gerieten in Vergessenheit, bis der inzwischen verstorbene ehemalige „Stern“-Reporter Günther Schwarberg deren Lebensgeschichte rekonstruierte und nach Angehörigen forschte. Die Schule ist heute Gedenkstätte und im Stadtteil Hamburg-Schnelsen erinnert ein Mahnmal an die ermordeten Kinder.

Mahnmal für die ermordeten jüdischen Kinder in Hamburg-Schnelsen

90 Nebenlager in ganz Norddeutschland

Das KZ Neuengamme wurde 1938 zunächst als Außenstelle des KZ Sachsenhausen errichtet, ab 1940 wurde es als eigenständiges KZ mit etwa 90 Außenstellen geführt. Diese reichten von Kirchwerder bis zur Lutherstadt Wittenberg, dem ostwestfälischen Porta Westfalica und Wilhelmshaven bis an die dänische Grenze.

Insgesamt waren etwa 100.000 Menschen inhaftiert, zunächst Sinti und Roma, Sozialisten, dann Verschleppte aus den Niederlanden, Belgien, Polen und Kriegsgefangene aus der Sowjetunion. Sie alle mussten schwere Zwangsarbeit verrichten, etwa die Hälfte von ihnen überlebte die harte Arbeit, die Folter der SS-Wachmänner oder die miserablen Lebensbedingungen nicht. Hauptsächlich wurden Männer inhaftiert und im Hauptlager und den Nebenlagern als Zwangsarbeiter ausgebeutet. Zu den Außenlagern zählten auch 24 Frauenlager, acht davon auf Hamburger Stadtgebiet, u.a. auf dem Gelände der Werft Blohm & Voss. Auch die Frauen wurden zur Zwangsarbeit gezwungen und unter den Todesopfern waren etwa 100 Frauen.

Der irrtümliche Beschuss der „Cap Arcona“

Bei der Räumung des Hauptlagers wurden 10.000 KZ-Häftlinge in Güterwaggons nach Lübeck transportiert. Dort wurden sie auf drei Schiffe verbracht, von denen am 3. Mai 1945 zwei irrtümlich durch britische Bomber in Brand geschossen wurden. Dadurch kam es zur Katastrophe der „Cap Arcona“, bei der nahezu 7.000 Häftlinge ums Leben kamen. Einer der Überlebenden war der 2008 verstorbene Erwin Geschonneck, der später in der DDR als Schauspieler Karriere machte, an die er im vereinten Deutschland anknüpfen konnte.

39 Prozesstage umfasste seinerzeit der „Neuengamme-“ oder „Curiohaus-Prozess“. Dass es überhaupt dazu kommen konnte, ist zu einem großen Teil überlebenden Gefangenen zu verdanken. Angehörige der britischen Armee fanden am 2. Mai 1945 das gesamte Lagergelände komplett geräumt vor. Kurz zuvor waren belastende Dokumente verbrannt und alle Spuren der Verbrechen der SS beseitigt worden. Mit den Ermittlungen zu diesen Verbrechen wurde das aus vier britischen Offizieren bestehende „War Crimes Investigation Team“ (WCIT) No. 2 beauftragt, dem auch Sigmund Freuds Enkel Anton Walter angehörte.

Das „War Crimes Investigation Team“

Das WCIT hatte zunächst Schwierigkeiten, Täter zu ermitteln und Zeugen zu finden. Überlebende, die dem „Komitee ehemaliger politischer Gefangener“ angehörten, nahmen über den Secret Intelligence Service mit dem WCIT Kontakt auf, berichteten über die Verbrechen und übergaben dem WCIT No. 2 die zuvor versteckten Totenbücher und einen Quartalsbericht des Neuengammer Standortarztes. Diese Dokumente waren später wichtige Beweismittel im Neuengamme-Hauptprozess. Zudem halfen die ehemaligen Neuengamme-Häftlinge dem WCIT No. 2 bei der Aufspürung und Identifizierung der Täter. So konnte u.a. Lagerkommandant Max Pauly bereits am 15. Mai 1945 verhaftet und in das Internierungslager Neumünster überstellt werden. Er war einer der 11 Angeklagten im Neuengamme-Hauptprozess, die zum Tode verurteilt und im Oktober 1946 hingerichtet wurden.

Das Curiohaus war sowohl Schauplatz des Neuengamme-Hauptprozesses als auch sieben weiterer Prozesse gegen SS-Angehörige des Frauen-KZ Ravensbrück. Später war dort eine der Mensen der Universität Hamburg untergebracht. Als diese schloss, wurde ein Veranstaltungsraum daraus.

Außerdem ist das Curiohaus Sitz der „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ (GEW), die sich Anfang dieses Jahrtausends mit der Tatsache konfrontiert sah, in einem Gebäude zu residieren, das die jüdischen Besitzern für 40.000 Reichsmark an den bereits gleichgeschalteten GEW-Vorläufer „Nationalsozialistischer Lehrerbund“ (NSLB) verkaufen mussten. Laut eines Artikels in der „Zeit“ stieß der damalige Kassenwart 1999 auf diese Ungeheuerlichkeit, die ein Nebengebäude in der Rothenbaumchaussee 19 (auch als „Ro 19“) betrifft, eine Gründerzeitvilla im noblen Stadtteil Rotherbaum. Es folgte ein unwürdiges Schauspiel in der GEW, an dessen Ende die Lehrergewerkschaft sich zur rechtmäßigen Eigentümerin ernannte, eine Informationstafel zur Erinnerung an die Geschichte des Hauses und die NS-Prozesse anbrachte, sowie einen Fonds einrichtete, aus dem jährlich eine Summe von bis zu 10.000 Euro zur Unterstützung antifaschistischer und antirassistischer Initiativen innerhalb und außerhalb der GEW Hamburg ausgezahlt werden kann.

Die feine linke Art, Geschichte wiedergutzumachen.

Das Leben von Hedwig Jung-Danielewicz

Sie war eine der ersten Ärztinnen Deutschlands mit eigener Praxis. Ihr Übertritt zum Katholizismus schützte die atheistisch aufgewachsene Jüdin nicht vor ihrer Ermordung im Holocaust.

Von Edgar Seibel

Jüdin, Christin, Ärztin und Opfer des Holocaust: Sie war eine der ersten Frauen im Deutschen Kaiserreich, die ein Medizinstudium absolvierten, war die erste Frau überhaupt, die eine Arztpraxis eröffnete, und sie fand ihr Ende – trotz Konvertierung zum katholischen Glauben von den Nazis als „Volljüdin“ stigmatisiert – im Ghetto Minsk: Die deutsche Frauen- und Kinderärztin Hedwig Jung-Danielewicz (1880 - ca. 1942).

Zwar stammten die Eltern der werdenden Ärztin Hedwig Danielewicz, Michaelis und Henriette, aus jüdischen Familien, doch legte ihr Vater, ein Immobilienmakler polnischer Herkunft, großen Wert darauf, sich aus religiösen Debatten herauszuhalten und seine Kinder atheistisch zu erziehen. So wuchs Hedwig mit ihren vier Geschwistern Richard, Else, Klara und Käte ohne Bezug zur jüdischen Tradition auf. Grund für diese Abkehr vom Glauben war wohl nicht nur die freidenkerische Art des Vaters, sondern auch judenfeindliche Diskriminierungen, die auch Hedwig selbst zu spüren bekam, und ihr schon früh zu verstehen gegeben haben mussten, dass sie, ganz gleich, ob sie in Berlin geboren war und keiner Glaubensgemeinschaft angehörte, irgendwie keine richtige Deutsche war.

Hinzu kam, dass die Familie kein hohes Einkommen hatte und nicht selten auf den finanziellen Beistand von Verwandten angewiesen war.

Bedrückende Erlebnisse in der Kindes- und Jugendzeit haben immer Auswirkungen auf den Charakter eines Menschen; gut denkbar, dass auch diese frühen Erfahrungen die als schüchtern beschriebene Hedwig schließlich doch dazu bewegt haben, mehr aus ihrem Leben zu machen, nämlich anderen helfen zu wollen. Negative Erfahrungen bringen nicht wenige Menschen schnell zu Fall, doch ganz offensichtlich nicht diese junge Dame.

Als Hedwig Danielewicz im Jahr 1901 in Berlin ihr Abitur machte, zählte sie zu den frühesten Jahrgängen weiblicher Oberschüler, die die Hochschulreife erwarben.

Um anschließend Medizin studieren zu dürfen, musste die junge und zurückhaltende Frau viele Demütigungen seitens der Lehrkräfte ertragen, weswegen sie sogar von Berlin nach Heidelberg, und von dort wieder nach Berlin und dann nach Freiburg zog. Denn es sah zu jener Zeit nicht jeder Pädagoge gerne, wenn Frauen ein Studium aufnahmen. Am 29. Januar 1907 legte sie als erste Frau ihre ärztliche Prüfung in Berlin ab. 1911 eröffnete Hedwig Danielewicz als erste Frau überhaupt eine private Arztpraxis in Düsseldorf an der Ulmenstraße. Der Weg dahin war für die Kinder- und Frauenärztin alles andere als einfach gewesen: Es gab viele Schikanen seitens früherer Kollegen, unaufrichtige und wackelige Liebesbeziehungen geprägt von antisemitischen Vorurteilen.

Glücklicherweise lernte Hedwig Martha Wygodzinski kennen, die ihr finanziell unter die Arme griff. Wygodzinski war das erste weibliche Mitglied in der Berliner Medizinischen Gesellschaft gewesen und stammte aus einem polnisch-jüdischen Elternhaus. (Im Jahr 1943 starb auch Martha in einem KZ, in Theresienstadt).

Aus Liebe zum Katholizismus

Ein Karl Jung-Dörfler wurde Hedwigs große Liebe, die sie 1912 kennenlernte. Ein Deutscher, ein Christ, doch was noch viel wichtiger war: er war ein feinfühliger Maler. Denn das Malen war auch ein leidenschaftliches Hobby der jungen Ärztin gewesen. Im Herbst 1917 heiratete das Paar, und Hedwig wurde Katholikin. Doch die Liebe auf den ersten Blick war es wohl nicht, und auch keine Beziehung, die nicht mit großen Schwierigkeiten verbunden war. Der Historiker und Biograph Paul Unschuld schreibt dazu: „Eine Freundschaft entwickelte sich bald, doch es dauerte vier lange Jahre, bis der gläubige Katholik und die gedemütigte Jüdin, der sensible Maler und die vereinsamte Ärztin, zueinander fanden. Als Hedwig Danielewicz und Karl Jung-Dörfler schließlich heirateten, waren beide für ihr Leben verändert.“ Noch vor der Heirat wurde Jung-Dörfler als Soldat eingezogen und bekam es noch während der Ausbildung mit psychischen Problemen zu tun. Im Laufe der Zeit sollte der Künstler immer wieder in tiefe Depressionen stürzen. Am 1. Dezember 1927 starb er an einem Knochensarkom. Selbst gesundheitlich angeschlagen, mit Brustkrebs diagnostiziert, reiste die Ärztin Hedwig zur Erholung nach einer Operation u.a. auch nach Palästina.

1933 kommen die Nazis an die Macht, und 1938 wurde Hedwig Jung-Danielewicz die Zulassung als Ärztin entzogen. Sie war zwar zum Christentum konvertiert, aber nach den Nürnberger Rassengesetzen trotzdem eine „vollblütige Jüdin“ geblieben.

Gehorsam zum Abtransport ins KZ von Düsseldorf aus

Gemeinsam mit ihrer Schwester Else (geb. 1882), die ebenfalls in Düsseldorf lebte, fand sich Hedwig auf Befehl am 10. November 1941 am Sammelplatz auf dem Alten Schlachthof ein. Eine Nichte von Hedwigs verstorbenem Mannes Karl, begleitete die beiden zu ihrem Transport in das Ghetto Minsk in Weißrussland. Vom Düsseldorfer Schlachthof aus wurden insgesamt rund 6.000 Frauen, Männer und Kinder in die Ghettos und Vernichtungslager verschleppt. Ihren starken Helfer-Instinkt verlor die eigentlich schüchterne Hedwig selbst in Minsk nicht, wo sie als Krankenbetreuerin zu arbeiten begann. Beispielsweise gelang es ihr zusammen mit einem Wehrmachtsangehörigen Lebensmittel und Medikamente in das Ghetto zu schmuggeln.

Stolperstein in der Uhlandstraße 23

1942 wurde sie von den Nazis ermordet. Auch ihre Schwester Else kam ums Leben. Die genauen Umstände des Todes von Hedwig Jung-Danielewicz sind nicht geklärt. Vermutlich endete ihr Leben bei einer Massenexekution. Im Jahr 1945 wurde sie offiziell für tot erklärt.

Bekannt ist, dass ihre Schwester Käte (geb. 1890) und ihr Bruder Richard (geb. 1879) den Holocaust überlebten und nach Eretz Israel auswanderten. Richard kehrte in den 1950er Jahren wieder nach Deutschland zurück.

Über das dramatische Leben der Ärztin hat der deutsche Medizinhistoriker Paul Unschuld ein Buch geschrieben: „Die Ärztin und der Maler. Carl Jung-Dörfler und Hedwig Danielewicz.“, 2011, CYGNUS Verlag.

Und auch Hedwig selbst soll ein Manuskript unter dem Titel „Das Leben einer Convertitin“ verfasst und kurz vor der Deportation an die Schriftstellerin Gertrud von le Fort gesandt haben. Diese Schrift ist allerdings nie veröffentlicht worden.

Die erhängten Kinder vom Bullenhuser Damm

Die wenig bekannte Geschichte eines grauenvollen Endphaseverbrechens der Nazis im April 1945 an 20 jüdischen Kindern in Hamburg

Von Giuseppe Gracia

Am Ende des Zweiten Weltkriegs, vor 75 Jahren, ermordete ein SS-Kommando in einer Hamburger Schule 20 Kinder. Es ging darum, grausame Versuche an Menschen zu vertuschen. Die Kinder, die davon wussten, sollten niemandem davon erzählen, also hat man sie im Keller erhängt, eines nach dem anderen. Die beiden jüngsten waren fünf Jahre alt. Die Morde fanden 1945 in der Schule am Bullenhuser Damm statt, in der Nacht vom 20. auf den 21. April. Überlebt haben zwei Mädchen: Tatiana Bucci und ihre zwei Jahre jüngere Schwester Andra.

Heute sind die beiden über 80 Jahre alt. Im soeben erschienen Buch «Wir, Mädchen in Auschwitz» (Nagel & Kimche) erzählen sie von ihrem Leben. Erzählen von der Deportation 1944 nach Auschwitz-Birkenau, von Kälte und Hunger, erzählen vom Spielen im Schlamm, von den vielen toten Körpern und dem ständig rauchenden Kamin. Sergio, der Cousin der beiden Mädchen, war im selben Kinderblock untergebracht und wurde später ins KZ Neuengamme bei Hamburg geschickt.

«Wer von euch will die Mama wiedersehen?» – im Buch erinnert sich Tatiana Bucci, dass den Kindern in den Lagern diese Frage gestellt wurde. Sie selber hat nicht auf die Frage reagiert, denn sie wurde, genau wie die kleine Schwester Andra, von der Blockowa aus der Frauenbaracke gewarnt: Auf keinen Fall dürften sie sich melden, wenn sie gefragt würden, ob sie ihre Mama wiedersehen wollen! Die Aufseherin schärfte ihnen das ein. Die Mädchen haben auch ihren Cousin Sergio gewarnt, doch ohne Erfolg. Zu stark war der Impuls, zu groß die Sehnsucht nach der Mutter. Sergio ist eines der zwanzig erhängten Kinder vom Bullenhuser Damm.

Berichte wie diese sind nicht nur ein Zeugnis für die Schrecken der Nazis, sondern heute leider wieder dringend nötig. Der Antisemitismus nimmt überall in Europa zu. Nicht nur in der Neonazi-Szene oder durch völkisch argumentierende Politiker. Sondern auch durch linke und grüne Politiker, die ihre antijüdischen Ansichten unter dem Deckmantel der Israelkritik verbreiten. Dabei kritisieren sie Israel für Dinge, die sie bei anderen Staaten durchgehen lassen. Sie messen mit zweierlei Maß, ähnlich wie die UNO, die jedes Jahr mehr Resolutionen gegen Israel als gegen alle anderen Länder veröffentlicht, inklusive Hamas, China, Nordkorea, Syrien, Russland, Iran und Saudi-Arabien.

Wer hat Angst vor israelischen Atomwaffen?

Der Schweizer Gegenwartsphilosoph Michael Rüegg verteidigt in seinem Buch «Krise der Freiheit» (Schwabe Verlag, 2016) Israel und hält in einem Interview fest: Israel ist der einzige Rechtsstaat im Nahen Osten, in dem Juden, Muslime, Christen und Atheisten die gleichen Rechte genießen. Israel besitzt mehr als 200 Atomsprengköpfe, in Reichweite von Europa. Trotzdem hat niemand in Europa Angst vor diesen Bomben, denn niemand fürchtet, dass Israel Europa angreift, nicht einmal jene, die Israel als Apartheidstaat diffamieren. Man stelle sich vor, Ägypten, Syrien, Iran oder die Hamas verfügten über eine vergleichbare militärische Potenz. Wer in Europa könnte noch schlafen?

Trotz solcher Überlegungen wird an Israel oft kein gutes Haar gelassen. Es gibt ungefähr 220 Länder auf der Welt, davon rund 52 muslimische und 24 arabische Staaten. Aber es gibt nur einen jüdischen Staat, kleiner als die anderen, etwa von der Größe New Jerseys. Von allen Ländern der Welt isolieren viele westliche Politiker oder bekannte Kulturschaffende immer nur Israel für ihre Ablehnung.

Natürlich spielt auch der Antisemitismus in muslimischen Ländern eine Rolle, denn mit der Migration kommt er vermehrt nach Europa und mischt sich mit rechter und linker Judenfeindlichkeit. Viele westliche Medien müssen diese Feindlichkeit mitverantworten, aufgrund ihrer einseitigen Israel-Berichterstattung. Es wäre also an der Zeit, dass wir uns als Kinder des Westens neu bewusst machen: das heutige Europa ist entstanden aus der Begegnung von Jerusalem, Athen und Rom. Wir stehen auf dem geistig-moralischen Boden von Judentum, Christentum, griechischer Philosophie und römischem Recht. Wenn wir uns gegen die Juden wenden, wenden wir uns gegen die eigenen Wurzeln. Oder mit den Worten des Philosophen Friedrich Engels (1820 - 1895): «Wir verdanken den Juden viel zu viel (....) Der Antisemitismus ist das Merkzeichen einer zurückgebliebenen Kultur.»

Giuseppe Gracia (52) ist Schriftsteller und Medienbeauftragter des Bistums Chur. Am 22. Juni erscheint im Fontis-Verlag sein neuer Roman «Der letzte Feind».

Die jüdischen Grabsteine im Prager Straßenpflaster

Während der Zeit des kommunistischen Regimes sind auf dem Gebiet des heutigen Tschechiens mehr Synagogen zerstört worden als zur Zeit des Nationalsozialismus.

AFP

Der alte jüdische Friedhof von Prag

Von Till Janzer und Lenka Kabrhelova (Radio Prag International)

Derzeit wird das Pflaster auf dem Wenzelsplatz in Prag restauriert. Über die Arbeiten wacht auch die Jüdische Gemeinde. Denn unter anderem in der Goldenen Stadt hat das kommunistische Regime besonders ab den 1970er Jahren nicht Schwerter zu Pflugscharen, sondern jüdische Grabsteine zu Pflastersteinen gemacht. Wie konnte es aber dazu kommen?

Der Prager Magistrat und die Jüdische Gemeinde haben Ende vergangenen Jahres eine Übereinkunft geschlossen. Demnach werden all die Pflastersteine, die aus Grabsteinen gehauen wurden, nun wieder zurückgegeben. Schon seit langer Zeit weisen jüdische Vertreter immer wieder auf diese Steine hin. Aber erst jetzt wurde das Pflaster des Wenzelsplatzes aufgerissen, weil es erneuert werden soll. Bis vergangene Woche wurden bei den Arbeiten etwa 50 Steine mit teils hebräischen Aufschriften gefunden und rund 500 aus poliertem Marmor. Vertreter der jüdischen Gemeinde in Prag haben den Fund bereits inspiziert. František Bányai ist ihr Vorsitzender:

„Sie stammen wahrscheinlich aus Gräbern aus der Gegend von Chomutov in Nordböhmen, wo jüdische Friedhöfe zerstört wurden."

Der Tschechische Rundfunk hat sich kürzlich in seiner Podcast-Serie „Vinohradská 12" mit dem Thema befasst. Demnach ist der Missbrauch der Grabsteine schon zu kommunistischen Zeiten ein offenes Geheimnis gewesen. Laut dem Historiker Martin Šmok wurden sie Mitte der 1980er Jahre für die Prager Fußgängerzone zu Pflastersteinen gehauen. Denn damals stand der Besuch des sowjetischen Staats- und Regierungschefs Michail Gorbatschow an. Und die tschechoslowakische Hauptstadt sollte etwas hermachen…

„Die Straßen in Prag waren aufgerissen. Die Pflastersteine, die eingesetzt werden sollten, lagen offen am Rand der Fußgängerzone herum. Wer dort entlangging und ein bisschen aufmerksam war, bemerkte, dass auf einer Seite vieler Steine anderssprachige Aufschriften waren. So konnte man erkennen, dass es sich nicht nur um Material von Grabsteinen handelte, sondern auch dass es jüdischer Herkunft war", so Šmok, der die US Shoah Foundation berät.

Die ČSSR und der Zionismus

Doch warum kam es überhaupt dazu? Das hat mehrere Gründe. Einer liegt im Kampf des kommunistischen Regimes gegen das, was es selbst als Zionismus bezeichnete. Diese Bewegung, die auf einen jüdischen Nationalstaat in Palästina zielt, galt als Feind des Sozialismus. Und in der Tschechoslowakei gewann die Kampagne gegen den Zionismus während der sogenannten Normalisierung wieder an Stärke, also nach der Niederschlagung der Reformbewegung „Prager Frühling" durch die Sowjets im Jahr 1968. Martin Šmok:

„Während der Normalisierung wurde der Prager Frühling von der sowjetischen Propaganda – und zum Teil auch von Kommunisten hierzulande – als weitere zionistische Verschwörung bezeichnet. Dabei hatte sich das Regime ab Mitte der 1950er Jahre nicht mehr so sehr auf den Kampf gegen den Zionismus konzentriert. Die allgemeine Zerstörung von Kulturdenkmälern trifft aber besonders die jüdischen. Denn es gab nur sehr wenige Überlebende, die sich noch um diese hätten kümmern können. Und sie konnten wegen der antizionistischen Stimmung auch keine neue Generation heranziehen. Vor dem Krieg gab es hierzulande etwa 600 jüdische Friedhöfe. Ende der 1980er Jahre waren es nur noch 334."

Ab dem Sommer 1972 startet ein Ausverkauf. Denn der tschechoslowakische Staat fordert von den jüdischen Gemeinden, ihre Friedhöfe selbst zu pflegen. Da diese aber nicht wissen, aus welchen Quellen sie die nötigen Finanzen dazu bekommen können, entsteht ein sogenannter Zentraler Friedhofsfonds.

„Die Idee war, die am stärksten zerstörten Friedhöfe aufzulösen. Diese waren entweder während der nationalsozialistischen Besatzung oder auch später zu Schaden gekommen. Jedenfalls sollten alle Grabsteine verkauft werden, und aus dem Erlös sollte die Rettung wenigstens eines jüdischen Friedhofs je Region finanziert werden", so Martin Šmok.

Dass zahlreiche jüdische Gemeinden dieses bittere Spiel mitmachen, hat damit zu tun, dass sie schon längst nicht mehr selbstverwaltet sind. Dazu der Historiker:

„In den 1970er Jahren entschieden bereits die staatlichen Organe, wer an der Spitze der jüdischen Gemeinden stand. Und diese waren wie alle anderen Glaubensgemeinschaften der staatlichen Aufsicht unterstellt."

Jüdische Funktionäre bei der Stasi

Bis 1974 kommt es zu einer großen Säuberungswelle, und danach sind laut Martin Šmok alle Vertreter der jüdischen Gemeinden zugleich inoffizielle Mitarbeiter der tschechoslowakischen Staatssicherheit. Dennoch versuchen einige der Gemeinden, ihre Integrität zu wahren:

„Sie bemühten sich, die Angehörigen jedes Beerdigten ausfindig zu machen, ihnen die Grabsteine zu übergeben und die Gräber umzusetzen. Das war beispielsweise in Ostrau so. Doch in Westböhmen, in den ehemaligen Sudetengebieten, wurde so brutal vorgegangen, dass die Angehörigen sogar Strafanzeigen erstatteten wegen des Raubes der Grabsteine."

In dem Geschäft mit den Grabsteinen mischt auch die Staatssicherheit mit. Ihr Ziel sei unter anderem gewesen, dadurch Menschen kompromittieren zu können, sagt der Historiker. Auch da habe der selbsterklärte „Kampf gegen den Zionismus" eine Rolle gespielt. Zugleich sind kriminelle Gruppen beteiligt, wie Šmok weiter erläutert:

„Der Verkauf der teuren Steine, die von den jüdischen Friedhöfen geklaut wurden, war so lukrativ, dass auch die kriminelle Unterwelt darauf aufmerksam wurde. Es ging um viel Geld, Valuta und den Handel mit dem Ausland."

Doch zurück zum Fall der Pflastersteine in der Prager Innenstadt. Warum werden sie erst jetzt an die jüdische Gemeinde zurückgegeben?

„Soweit mir bekannt ist, hat die Stadt Prag zwar immer die Verarbeitung der Grabsteine bedauert, aber zugleich einen absoluten Unwillen an den Tag gelegt, wenn es um eine Wiedergutmachung ging. Jetzt wird jedoch erstmals nach langen Jahren das Kopfsteinpflaster im Zentrum erneuert. Das heißt, dass die Steine mit Fragmenten tschechischer, hebräischer und deutscher Inschriften nicht nur deswegen freigelegt werden müssen, weil jüdische Vertreter protestieren, sondern weil das ohnehin geschieht", sagt der Fachmann von der Shoah Foundation.

Dass sich die Stadt so lange geweigert hat und auch nur wenig öffentlicher Druck bestand, schreibt der Historiker Šmok aber vor allem dem Umgang der Tschechen mit der eigenen Geschichte zu. Allenthalben werde sich zwar auf die demokratische Erste Republik berufen, doch die Entwicklung ab Oktober 1938 und ihre Folgen würden komplett ausgeblendet:

„Leider hat unsere Gesellschaft nie offen die damalige Ablehnung von allem Jüdischen aufgearbeitet. Das bezieht sich nicht nur auf die Zeit der nationalsozialistischen Besatzung, sondern auch schon auf die sogenannte ‚Zweite Republik'. Damals wurde bereits Jagd auf Juden gemacht, bevor ein einziger deutscher Soldat einmarschiert war. Und unser Land hat sich auch nie damit beschäftigt, wie die Vorurteile gegenüber Juden unter dem kommunistischen Regime ab Ende der 1940er Jahre und während der Normalisierung wiederbelebt wurden. Ich denke, das alles gehört zu einer allgemeinen Nicht-Aufarbeitung der eigenen Geschichte hierzulande."

Die Juden von Czernowitz

Ein Gespräch mit dem Hochschullehrer Felix Zuckermann über Czernowitz, eine der wenigen Städte Osteuropas, in der nach dem Zweiten Weltkrieg jüdische Kultur wieder teilweise auflebte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Bukowina 1945 in Nord und Süd aufgeteilt. Czernowitz im Norden wurde sowjetisch, die Südbukowina blieb bei Rumänien. Die deutsche Sprache wurde die Sprache des Feindes. Der Hochschullehrer Felix Zuckermann wurde 1949 in eine deutschsprachige jüdische Familie geboren, besuchte die Schule in seiner Geburtsstadt und studierte von 1969 bis 1975 an der heutigen Jurij-Fedkowitsch-Universität in Czernowitz Deutsche Philologie und Literatur, und lehrt seit 1975 als Professor Deutsche Sprache am Gymnasium in Czernowitz.

Christel Wollmann-Fiedler von der „Hermannstädter Zeitung" aus Hermannstadt (Rumänien) sprach mit Felix Zuckermann.

HZ: Wurde bei Ihnen zu Hause wirklich Deutsch gesprochen?

Zuckermann: Ja, nur Deutsch, Jiddisch hörte man in unserem Haus nicht.

HZ: Gab es damals noch jüdische Schulen, wurde die deutsche Sprache gelehrt?

Zuckermann: Ich wurde in eine Mittelschule in der Sterngasse gegeben. Ich hatte Russisch als Unterrichtssprache und als Fremdsprache Englisch. Die jüdische Kultur gab es kaum noch, die einen waren geflohen, wenn sie konnten, die anderen waren in den Lagern Transnistriens gestorben oder ermordet worden.

HZ: Sind von Ihnen Verwandte abgeholt worden und nie wiedergekommen?

Zuckermann: Das ist ja die Geschichte meiner Mutter, die sie nie preisgeben wollte. Das war tabu. Ihr erster Mann hieß Hochstedt, sie heirateten und lebten in der Feldgasse bei meinen Großeltern, den Eltern meiner Mutter. Die Feldgasse ist auf dem Weg zum Flughafen. Sie hatten dort ein Häuschen und eine kleine Drogerie. Meine Mutter heiratete als junge Frau den Mathematikprofessor Hochstedt und sie mieteten eine Wohnung im Stadtkern und das Kind Marcel wurde geboren. Dann kamen die schrecklichen Zeiten, wo die jüdische Bevölkerung ins Ghetto gebracht wurde. Meine Mutter und ihr Mann konnten in der Stadt bleiben. Bewohner mit einer Hochschulbildung durften in der Stadt bleiben, aber die Großeltern hatten diese Erlaubnis nicht. Die Mutter und Herr Hochstedt entschieden sich mit dem Kind Marcel und den Eltern in ein Lager nach Transnistrien zu gehen. So sind alle in den Tod gegangen, außer meiner Mutter. Bis an ihr Lebensende konnte sie sich nicht erinnern, wie sie am Leben geblieben ist, denn sie war an Typhus erkrankt, war ohnmächtig, wusste auch nicht, wer sie gefüttert und wer sich um sie gekümmert hat. Sie wusste auch nicht, dass ihre Eltern, ihr Mann und der sechs Jahre alte Sohn, umgekommen sind.

HZ: Wen hat Ihre Mutter nach dem Zweiten Weltkrieg geheiratet und wann sind Sie geboren?

Zuckermann: 1948 hat meine Mutter Martin Zuckermann geheiratet, meinen Vater und 1949 kam ich in Czernowitz zur Welt.

HZ: Sind Sie jüdisch erzogen worden, gingen Sie in die Synagoge, waren die Eltern gläubig oder liberal?

Zuckermann: In die Synagoge gingen weder meine Eltern noch ich. Jüdisch erzogen kaum, aber die Schwester meines Vaters, die Josephine, in deren Haus wir lebten, war religiös. Sie hat Schabbat gehalten, Kerzen angezündet und arbeiten, etwas tun, durfte man auch nicht. Im Winter sollte es warm werden, wie konnte man da die Kachelöfen anzünden? Das hat sie nicht gemacht und es blieb kalt. Zu den jüdischen Feiertagen zu Pessach, zu Chanukka waren wir bei ihr eingeladen. Die jüdischen Festtage hat man hier gefeiert. Dieses Haus, in dem wir, meine Frau und ich, seit 1992 wohnen, gehörte

Christel WOLLMANN-FIEDLER

Felix Zuckermann

der Tante. Koscheres Geschirr, koscheres Essen.

HZ: Bei der Mutter nicht?

Zuckermann: Nein, nein!

HZ: Wie war das überhaupt mit der jüdischen Kultur, der Religion und auch der deutschen Sprache zu Zeiten der Sowjetunion? Erlebten Sie Repressalien?

Zuckermann: Eigentlich nur indirekt, nicht direkt. Als ich 1969 an die Universität gehen wollte, wurde ich nicht angenommen und als mein gottseliger Vater zum Rektor der Universität kam und ihm erzählte, dass ich zuhause Deutsch spreche und nicht auf die Deutsche Fakultät darf, meinte der Rektor, dass es keine Verordnung gibt, dass Juden nicht aufgenommen werden dürfen. Die meisten Juden mussten nach Russland gehen zum Studium.

HZ: Wie groß war die jüdische Czernowitzer Gemeinde in Ihrer Jugend und wie viele Mitglieder hat die Gemeinde heute?

Zuckermann: Heute gibt es etwa 2.000 Juden, früher waren es über 20.000, noch in meiner Jugend in den 1970er Jahren. Sie haben sich dann in die Welt verteilt. Deshalb dieses weltweite Czernowitzer Netzwerk.

HZ: Sie wurden älter, haben das Abitur bzw. die Matura gemacht, sind dann zur Universität gegangen und konnten sich die Universität aussuchen?

Zuckermann: Ich erzählte vorhin, dass es für einen Juden schwierig war an eine hiesige Hochschule zu kommen. Dann habe ich aber doch hier in Czernowitz Deutsche Philologie und Literatur studiert.

HZ: Gab es hier noch Czernowitzer, die nicht in die Welt geflohen sind? Ich denke da an Rose Ausländer, an Celan, Manfred Winkler, an Hedwig und Gottlieb Brenner und viele mehr…

Zuckermann: Josef Burg und Mosche Altman, auch jüdische Dichter, die beide noch Jiddisch geschrieben haben, waren hiergeblieben. Mosche Altman hat sich immer sehr gefreut, wenn meine Mutter vorbeikam und mit ihm gesprochen hat.

HZ: Haben Sie sich als Student und später als Lehrer mit der Vergangenheit der Stadt und den Dichtern, die hier lebten, befasst?

Zuckermann: Natürlich, Dank meiner Mutter, die die Werke von Rose Ausländer, Selma Meerbaum-Eisinger und anderen kannte. Wenn deutsche Gruppen in die Stadt kamen, brachten einige Bücher aus Deutschland mit, die wir hier natürlich nicht bekommen konnten. Natürlich aus Westdeutschland, ab den 1990er Jahren. Als die Grenzen noch geschlossen waren, kam kaum jemand aus dem Westen. Der Erste war der Journalist Georg Heinzen ca. 1980/81. Er kam zu meiner Mutter, hat mit ihr gesprochen und eine Rundfunksendung im deutschen Rundfunk über die Stadt gemacht. Dann eine Sendung über meine Mutter im Vergleich mit der Opernsängerin Dolly Schleyer, die in Düsseldorf lebte. Sie erzählte Georg Heinzen ihre Erinnerungen aus Zeiten, als sie in Czernowitz lebte.

Meine Mutter hatte einen Bruder, der in Bukarest lebte. Seit den 1960er Jahren sind wir fast jedes Jahr im Sommer nach Bukarest gefahren und konnten dort alles selbst kaufen, was wir brauchten.

Karl Hirsch, der Bruder von Lilli und Kubi, hat in einem Institut in Bukarest als Ingenieur gearbeitet und ging mit seiner Familie über Wien in die USA. Hubi war Professor am Institut für Erdöl in Ploieşti in Rumänien. Lilly und Hubi waren alleinstehend und lebten später in Düsseldorf. Die Schwester Lilly war sehr gehbehindert von Geburt an und als Hubi unerwartet starb, kam sie ins Nelly Sachs-Haus in Düsseldorf und traf dort Rose Ausländer. Sehr oft hat sich Lilli mit der Lyrikerin unterhalten.

Hier an der Universität gibt es einen Professor, Peter Rychlo, der weiß alles, er schreibt und erzählt viel über die damaligen Dichter, Paul Celan hat es ihm besonders angetan. Aus Amerika kommen auch Studenten, die sich für die Vergangenheit der Stadt interessieren – vor allem für den Jüdischen Friedhof.

Als die Juden damals abgeholt wurden, standen die hiesigen Bewohner Spalier und einige Ukrainer weinten, weil die Juden abgeholt wurden, doch andere freuten sich, weil nun Wohnungen frei wurden. Als meine Mutter aus Transnistrien zurückkam war die Wohnung leer, alles war gestohlen worden.

HZ: Wer ist Gustav Chomed?

Zuckermann: Gustav Chomed ist ein Jugendfreund von Paul Celan. 1972 konnte Chomed mit seiner Familie von Czernowitz nach Israel auswandern, wo er 2002 starb.

Die Autorin Barbara Wiedemann besuchte im Rahmen des literarischen Festivals MERIDIAN unsere Stadt. Sie veröffentlichte den Briefwechsel von Paul Celan und Gustav Chomed „Ich brauche Deine Briefe".

Irgendwann tauchte Volker Koepp in Czernowitz auf und drehte den umwerfenden Film „Herr Zwilling und Frau Zuckermann".

HZ: Was bedeutete das für Ihre Mutter und für Sie?

Zuckermann: Das war ganz unerwartet gekommen, der Film von Volker Koepp. Sie kamen in die Stadt und hatten keine blasse Ahnung, was sie tun könnten. Sie gingen ins Jüdische Kulturzentrum und fragten nach Czernowitzer Juden, die Deutsch sprechen. Die gaben ihm die Adresse meiner Mutter. Dann kamen sie wirklich zu meiner Mutter, unterhielten sich über die Geschichte der Stadt und über die Gegenwart. Dann am Abend trafen sie bei meiner Mutter Matthias Zwilling. Jeden Abend kam Matthias Zwilling zu meiner Mutter zum Abendessen. Beide unterhielten sich täglich über die Zeiten, an die sie sich erinnerten. Den Filmleuten kam dann die Idee, daraus etwas zu machen. So begannen sie den Film zu drehen. Zwei oder dreimal waren sie in Czernowitz, um die Filmarbeit fortzusetzen. Meine Mutter war ganz baff. Sie wusste nicht, dass sie ein Filmstar der deutschen Dokumentaristen werden würde. Sehr skeptisch war sie darüber.

HZ: Ihre Mutter ist alt geworden und durch den Film auch berühmt. Auch bekam das verschlafene Nest Czernowitz jenseits der Karpaten ein Gesicht und kam ins Gespräch. Haben Sie Veränderungen bemerkt? Kamen mehr Interessierte in die Stadt?

Zuckermann: Die Leute kamen auch bevor der Film gedreht wurde. Dank Othmar Andree aus Berlin oder anderer Menschen, die aus Czernowitz stammten. Sie wussten, dass es hier noch einige deutschsprachige Juden gab, mit denen man sprechen kann und die sich an die früheren Zeiten erinnern konnten. Gruppen kamen aus Deutschland, aus Düsseldorf, aus Bayern und standen plötzlich vor der Tür meiner Mutter. Raimund Koplin kam auch und drehte 1994 mit Renate Stegmüller „60 Minuten Czernowitz". Der Film wurde auf Arte gezeigt. Einige andere kamen ebenfalls zum Filmen und haben auch Interviews mit meiner Mutter genommen. Auch Korrespondenten von deutschsprachigen Zeitungen kamen und publizierten ihre Artikel und Interviews über Czernowitz und ringsherum.

HZ: Herr Zwilling kam von einer Reise nach Deutschland zurück nach Czernowitz und starb kurz darauf.

Zuckermann: Ja, er war zur Berlinale 1998 eingeladen, wo der Film „Herr Zwilling und Frau Zuckermann" als Dokumentarfilm gezeigt wurde. Wir haben die Eröffnung der Berlinale im Fernsehen gesehen und Herrn Zwilling im Publikum. Meine Mutter sollte auch mit nach Berlin fahren, aber sie traute sich nicht in ihrem Alter. Jahre zuvor war sie in Berlin, auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung.

Ich habe den Film in der Akademie der Künste 1999 in Berlin gesehen und Herr Zwilling war auch dabei und erzählte ein wenig, aber auch nur ein wenig. Er war sehr bescheiden.

Er starb am 19. August 1999 im Schlaf in seiner Czernowitzer Wohnung. Am Samstag ist er gestorben und am Sonntag sollte er eine deutsche Gruppe durch die Stadt führen und über das Jüdische Viertel erzählen. Alles war schon vorbereitet, alte Unterlagen, alte Fotos usw. Er hatte einen Schlaganfall. Er war herzkrank und man hatte ihm eine Operation in Deutschland vorgeschlagen, doch er ist nicht darauf eingegangen, er hatte Angst. Einen Tag nach seinem Tod waren wir bei ihm zuhause und haben alles organisiert.

HZ: Czernowitz geistert als Mythos durch die Welt. Wie sehen Sie das als Czernowitzer Bürger?

Zuckermann: Das freut mich! Mythos ist da, Vieles ist schon Geschichte, doch die Stadt ist Tatsache. Der Mythos lebt weiter, aber alles ist schon lange her. Die damals in der Stadt lebten, sind schon nicht mehr da.

HZ: Die kyrillische Schrift hat nichts mit der Vergangenheit zu tun. Das russisch-rumänisch-orthodoxe Leben ist

sehr dominant in der Stadt. Wie war das in der sowjetischen Zeit mit der Orthodoxie, mit dem Christentum?

Zuckermann: In der sowjetischen Zeit war die Kirche eigentlich nicht so hoch angesehen. Es gab Kirchen, man besuchte sie auch, aber nicht so massenweise wie heute. Wer in der Kommunistischen Partei war, wagte nicht in die Kirche zu gehen. Es war nicht so Mode die Kirche zu besuchen. Das Leben war eher atheistisch.

HZ: Die Juden durften die Synagoge besuchen?

Zuckermann: Es waren ja nicht so viele, doch die meisten sind zu jüdischen Feiertagen in die Synagoge gegangen, sonst kaum. Früher gingen die Juden am Morgen und am Abend zum Gebet.

HZ: Woher kommen denn die heutigen Juden in Czernowitz? Sie haben von zweitausend gesprochen.

Zuckermann: Aus Bessarabien. Russischsprachige Juden, die von der deutschen Kultur keine Ahnung hatten. Aber die Atmosphäre in der Stadt macht auf sie einen großen Eindruck. Sie finden die Stadt zum Wohnen sehr schön. Eine alte Synagoge wurde restauriert und vor zwei Jahren wiedereröffnet. Der Rabbiner Mendel Glitzenstein kommt aus Eilat in Israel.

Damals, Mitte des 18. Jahrhunderts, wollten die Juden in einer größeren Stadt wohnen und nicht auf dem Land. Sie kamen aus Galizien. Österreichische Offiziere, die in Galizien gedient hatten, wollten unbedingt nach Czernowitz. Die Stadt galt als kleines Kulturzentrum. Georg Drozdowski hat viel über die Geschichte von Czernowitz geschrieben. Bis zu seinem Lebensende wohnte er in Klagenfurt, wo er 1987 gestorben ist. Gregor von Rezzori schrieb auch über die Stadt. Er war bei der engsten Freundin meiner Mutter zu Besuch. Lydia Harnik war eine hochgebildete, intelligente Frau. Sie hat Rezzori als Kind unterrichtet, sie gab Französisch, Englisch und Deutsch. Peter Rychlo hat einen Film über den Besuch von Rezzori in Czernowitz gedreht. Als meine Mutter zusammen mit Lydia Harnik von Vizekanzler Busek nach Wien eingeladen wurde, ist Gregor von Rezzori extra nach Wien gekommen, um die beiden Damen zu treffen. Es gibt auch Fotos mit ihm und den beiden. Meine Mutter hat ein dreistündiges Interview in Wien gegeben für die Spielberg-Stiftung für Holocaustüberlebende.

Es gibt noch einen sehr alten Czernowitzer Juden, er ist 94 Jahre alt. Er geht sehr schwer, doch er wandert sehr gerne, Max Schickler heißt er. Der unterhält sich gerne und erzählt von damals. Ich traf ihn an der Ecke, er sah mich und rief: „Ach, endlich sehe ich jemanden, mit dem ich Deutsch sprechen kann“. Er geht täglich in die Herrengasse in ein Restaurant von der jüdischen Gemeinde. Es ist eine soziale Einrichtung. In der jüdischen Schule sind die Schüler meistens keine Juden. Viele Juden sind aus der Sowjetunion weggegangen in den Westen, weil sie für ihre Kinder hier keine Zukunft sahen. Es sind alte Juden geblieben, die nicht ausreisen wollen oder können. Die Lehrer sind auch nur teilweise Juden. In der Schulgasse, „Scina“ heißt sie heute, ist die jüdische Schule. Wenn man die Hauptstraße nach unten geht zum Zentralplatz, dann weiter in die Russische Gasse, dort ist die Gasse, wo der Schriftsteller Josef Burg gelebt hat, und die nächste ist die Schulgasse.

HZ: Ihre Mutter ist trotz der Widrigkeiten in der Sowjetunion geblieben. Auch nach 1990, als Czernowitz ukrainisch wurde, ist sie nicht weggegangen. Sie sind ebenfalls bis heute in der Stadt Ihrer Geburt geblieben. Sie hätten nach Deutschland oder Israel auswandern können?

Die Juri-Fedkowitsch-Universität in Czernowitz

Zuckermann: Es ist wirklich ein Wunder, dass unsere Familie in der Heimatstadt geblieben ist. Zuerst wollte mein Vater nicht auswandern. Er hat viel gearbeitet, damit die Familie alles Nötige besitzt. Wir bewohnten eine Dreizimmerwohnung im Zentrum der Stadt. Wir hatten ein Auto mit Garage. Damals war das eine Seltenheit. Im hohen Alter wollte mein Vater das Leben nicht neu gestalten. Darüber hinaus hatte mein Vater keine Verwandten im Ausland.

Meine Mutter hatte zwei Brüder, die in Israel lebten. Sie besuchte das gelobte Land zwei Mal. Außerdem war sie auch noch in Deutschland und in Österreich. Sie hatte von diesen Reisen schöne Erinnerungen. Sie war etwas skeptisch, ob sie sich dort hätte einleben können. Es ist gar nicht leicht so kardinal das Leben zu ändern. Obwohl sie sich darüber Gedanken machte. Ich denke, sie dachte dabei an mich. Sie dachte, dass ich unter Verwandten leben sollte. Aber die liebe und verehrte Stadt Czernowitz hat doch den Sieg errungen.

HZ: Danke für das Gespräch!

GREGORY'S
JOAILLIER

Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

Umarbeiten

Geliebter alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.

Unikate

Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregroy Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier

Reparaturen und Reinigung

Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere hauseigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvoranschlag.

Kurfürstendamm 50A 10707 Berlin

Tel.030 88917555
contact@gregorysjoaillier.com
www.gregorysjoaillier.com

Einmal ist eine „Zweistaatenlösung“ bereits grandios gescheitert: Die Katastrophe Pakistan

Der indische Subkontinent wurde 1947 in einen moslemischen und einen hinduistischen Staat geteilt: Das islamische Pakistan ist heute ein Ort der Hoffnungslosigkeit, des staatlichen Versagens und des Fanatismus.

ASIF HASSAN, AFP

Ein islamischer Mob in Pakistan fordert die Hinrichtung von Asia Bibi. Die pakistanische Christin wurde 2010 wegen Beleidigung des Propheten Mohammed zum Tode verurteilt, 2018 jedoch wieder freigesprochen.

Von Anastasia Iosseliani

1948 gab es einen Teilungsplan und eine Zweistaatenlösung, aus der ein Land entstand, das heute eine Atommacht ist, und in dem religiöse und ethnische Minderheiten benachteiligt und entrechtet werden. In diesem Land kann man wegen (vermeintlicher) Blasphemie von staatlicher Stelle ermordet oder von einem Mob gelyncht werden, was besonders die erwähnten ethnischen und religiösen Minderheiten hart trifft. Dieses Land, von dem ich schreibe, wurde gegründet mit dem Ziel, Schutzmacht einer abrahamitischen Religion zu sein, und ist damit kläglich gescheitert. Bei diesem Staat handelt es sich um die erste Islamische Republik der Welt: Pakistan. Der Name des Landes bedeutet auf Deutsch «Land der Reinen». Denn heute werden in Pakistan nicht nur Christen, Hindus und andere Nicht-Muslime systematisch diskriminiert, sondern auch Schiiten und Ahmadiyya – also Muslime, die sich nicht dem sunnitischen Islam zugehörig fühlen.

Wenn über Pakistan in den Medien berichtet wird, dann geht es meist um Terrorismus, Fanatismus und Elend. Schlicht und ergreifend deshalb, weil in Pakistan sich eine Tragödie an die nächste reiht. Denn nicht nur Minderheiten werden in Pakistan unterdrückt, sondern – wie in fast allen islamischen Ländern üblich – auch Frauen. Das zeigen unter anderem Dokumentarfilme wie «Saving Face», in dem es um Säureattacken auf Frauen geht und «A Girl in the River: The Price of Forgiveness» der mutigen Regisseurin und Frauenrechtsaktivistin Sharmeen Obaid-Chinoy, der von einer jungen Frau handelt, die einen versuchten Ehrenmord ihrer Familie überlebt hat und nun, aufgrund der frauenfeindlichen Gesellschaft in Pakistan, ihrer Familie «vergeben» muss, damit ihr Vater aus dem Gefängnis kommt. Diese Filme zeigen, warum das sogenannte «Land der Reinen» zu den fünf schlimmsten Ländern der Welt gehört, in die man als Frau hineingeboren werden kann.

Pakistan entwickelt sich zunehmend zurück und verelendet. Unter dem religiösen Fanatismus, der auf dem Gebiet der Atommacht herrscht, leiden die religiösen Minderheiten, darunter die Christin Asia Noreen, die auch als Asia Bibi bekannt geworden ist. Asia Bibi, die früher Erntehelferin war und Analphabetin ist, wurde von ihren muslimischen Arbeitskolleginnen verleumdet und der Blasphemie bezichtigt. Dafür verbrachte Asia Bibi fast zehn Jahre in Einzelhaft, immer in der Angst, hingerichtet zu werden. Nachdem das Oberste Gericht Pakistans Asia Bibi freigesprochen hatte, zog der islam-fanatische Mob durch die Straßen und forderte, dass Asia Bibi und die Richter ermordet werden.

Ein Gouverneur, der sich einst für die Freilassung von Asia Bibi eingesetzt hatte, wurde schon ermordet. Salman Taseer, der Gouverneur der Provinz Punjab, wurde von Mumtaz Hussein Qadri, seinem eigenen Leibwächter, ermordet. Für viele fanatisierte Pakistaner ist der inzwischen gehängte Mörder Qadri ein Held, fast 40.000 Menschen nahmen an seiner Beerdigung teil.

Aber es ist nicht nur die Unterschicht, die in Pakistan empfänglich für Fanatismus und Islam-Faschismus ist. Wie der britisch-pakistanische Journalist und Autor Ahmed Rashid schrieb, pflegt der pakistanische Geheimdienst «Inter Service Intelligence» gute Beziehungen zu den afghanischen Taliban. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Der Geheim- und Nachrichtendienst einer Atommacht pflegt gute Beziehungen zu Fanatikern, die dafür bekannt wurden, Menschen zu steinigen! Im Grunde heißt das, dass in Pakistan auch das Militär und der Geheimdienst von Fanatikern gekapert wurden, und somit das «Land der Reinen» nun auf dem besten oder schlechtesten Wege ist, ein «failed state», ein gescheiterter Staat zu werden.

Pakistan ist ein Alptraum, ein Gemenge von korrupten Militärs und Politikern plus islamischen Fundamentalisten, die in Teilen des Landes die Staatsgewalt bereits entmachtet haben, und ein Schurkenstaat sondergleichen, der beweist, dass sogenannte «Zweistaatenlösungen» nicht das Nonplusultra sind, um Konflikte zu befrieden.

Aber aufgrund eines «Rassismus der niedrigen Erwartungen» gegenüber dem islamischen, nicht-westlichen «Land der Reinen» können sich die Machthaber in Islamabad sicher sein, dass nie jemand von Rang und Namen dazu auffordern wird, Pakistan als Staat und seine Bürger, Künstler und Wissenschaftler zu boykottieren. Auch gibt es keine effektive «Pakistankritik», und es kommt auch niemand auf die Idee, das Existenzrecht Pakistans infrage zu stellen. Aktivisten in Pakistan, die sich für Menschen- und Frauenrechte einsetzen, werden kaum unterstützt. Somit kann das Elend in Pakistan weiter gedeihen wie Unkraut.

Währenddessen wird beim arabisch-israelischen Konflikt weiterhin eine «Zweistaatenlösung» propagiert, als ob dies der einzige gangbare Lösungsansatz wäre, und das trotz der Tatsache, dass die «Zweistaatenlösung» bei der Teilung des indischen Subkontinents 1948 nicht zur nachhaltigen Befriedung beigetragen hat.

Aber das kümmert vermeintlich «Progressive» im Westen nicht, die lieber ihr Mütchen am Juden unter den Staaten, Israel, kühlen und sich aufgrund eines tiefsitzenden antisemitischen Ressentiments an den vermeintlichen Fehlern Israels abarbeiteten, statt sich mit dem Elend in Pakistan zu befassen. Somit helfen diese vermeintlich Progressiven den Fanatikern und Antisemiten dabei, an der Macht zu bleiben und diese auszubauen.

Wenn die Situation als solche nicht so tragisch wäre, könnte man darüber lachen. Aber aufgrund der Tatsache, dass Pakistan immer mehr in einer giftigen Mischung aus verschiedenen fortschrittsfeindlichen Ideologien versinkt, besteht nunmehr eine echte Gefahr, dass Terroristen wie die Taliban in naher Zukunft Zugang zu einer Atombombe haben. Ethnische und religiöse Minderheiten nehmen gefährliche Fluchtrouten auf sich, um aus dem «Land der Reinen» zu entkommen, und die Nachbarländer können oder wollen aufgrund von Rassismus gegenüber ihren regionalen Nachbarn auch keine sichere Zuflucht bieten. Dies führt dazu, dass Pakistan am Ende andere Staaten mit seinen Problemen belastet, und das, weil es 1948 unbedingt eine «Zweistaatenlösung» geben musste.

Dona Gracia – der weibliche Dagobert Duck des 16. Jahrhunderts

Es gibt nicht viele große Namen jüdischer Frauen des späten Mittelalters. Ein Name genießt besondere Berühmtheit – Dona Gracia; die Erinnerung an diese Frau, die vor 510 Jahren in Portugal zur Welt kam, bewahren dankbare Bewohner der israelischen Stadt Tiberias.

Von Hana Rafael

In der alten historischen Stadt Tiberias erhebt sich neben dem Markt und den umstehenden Häusern ein großes weißes Gebäude, an dessen Eingang auf einer Tafel die Worte „Dona Gracia" zu lesen sind. Unter den Stadtbewohnern heißt das Gebäude „Amsalem" – nach der Besitzerfamilie eines internationalen Touristikunternehmens. Dort ereignete sich Ende der 1990er Jahre eine wundersame Geschichte – ein Treffen zweier herausragender Menschen, das zur Entstehung des Museums „Dona Gracia" führte.

Eines Tages suchte der bekannte israelische Historiker Zvi (Zvika) S'chaik die internationale Touristikfirma „Amsalem-Tours" auf. Dies geschah in einer gefährlichen Zeit – in Israel wütete damals die Intifada; der Tourismus ging rapide zurück. Beim Verkauf eines Tickets ist einem Angestelllten ein dummer Fehler unterlaufen. Es folgten Telefonate, Erklärungen, Erstattung… Yaakov Amsalem, der Firmenchef, lud den mit dem Service unzufriedenen Historiker in sein Büro ein; der Konflikt wurde beseitigt; Zvika fragte unvermittelt:

„Sag mal, Yaakov, warum steht auf deinem Hotel diese Inschrift – ‚Dona Gracia'?"

„Hmmm, äh, einfach weil es schön klingt", sagte Yaakov Amsalem.

„Weißt du denn, wer diese Frau war?"

„Irgendwas habe ich gehört…war sie eine Kurtisane oder ähnliches?"

„Wenn du Lust hast, erzähle ich dir von ihr. Komm so gegen 23:00 Uhr zu mir, um diese Zeit habe ich keine Auslandsgespräche mehr, wir werden ungestört sein", bot der Historiker Yaakov an.

Wie verabredet, trafen sich Yaakov und Zvika zu der verabredeten Zeit – und sprachen bis zum Morgengrauen.

Wer war diese Frau, deren Abbild uns – über fünf Jahrhunderte – auf einem einzigen Medaillon erhalten blieb, das in der Sammlung Rothschilds aufbewahrt wird?

Die zukünftige Dona Gracia wurde am 20. Juni 1510 in die wohlhabende jüdische Familie Nasi hineingeboren. Wegen der drohenden Inquisition nahmen die Eltern den katholischen Glauben an, und so bekam die Neugeborene den spanischen Namen Beatrice de Luna. Dass sie auch einen hebräischen Namen hat – Hana –, erfuhr sie erst mit 12 Jahren.

Das Leben der „neuen Christen" war zur damaligen Zeit alles andere als leicht. Sie wurden verächtlich „marranos" (Schweine) genannt, und – obwohl regelmäßig bei den katholischen Gottesdiensten anwesend – heimlich übten sie jüdische Traditionen und Bräuche weiterhin aus.

Die Marranos

Beatrice heiratete früh. Ihr Ehemann, der 60-jährige „Marrano" Francisko Mendes, dank seines Gewürzhandeles ein reicher Kaufmann, verstarb schon bald. Als wahre Jüdin blieb die 27-jährige Witwe immer mit ihrem leidgeprüften Volk verbunden. Diese erstaunliche Frau wusste von der Notlage vieler Juden und leistete großzügige Hilfe; daraufhin wurde sie im Volksmund „Dona Gracia" genannt – lateinisch für „die Gnädige". Unter diesem Namen ging Beatrice-Hana in die Geschichte ein.

Zum Höhepunkt ihrer Wohltätigkeit wurde der Kauf eines Stückes Land für die aus den Pyrenäen vertriebenen Juden. Sie finanzierte Waisen- und Krankenhäuser. Eine weitere große Tat zum Wohle des jüdischen Volkes war die Herausgabe von 100 Exemplaren des Tanach (hebräische Bibel) auf Ladino – die Sprache der sephardischen Juden. Es sind lediglich zwei Exemplare dieses Buches erhalten geblieben – eins im Jewish Museum in New York und das Faksimile in Jerusalem.

Dona Gracia war ein Beispiel für eine mutige, selbstständige Geschäftsfrau des 16. Jahrhunderts. Sie war so reich, dass sie einen ganzen Staat hätte kaufen können; ihr Vermögen war größer als das von manchen Kaisern. Eine gigantische Flotte, Banken sowie Handel brachten der Familie Mendes enorme Gewinne, was die Aufmersamkeit der Machthaber auf sich zog. So versuchte Kaiser Karl V. die junge Witwe Beatrice-Hana zu einer Ehe mit einem Mitglied der spanischen Königsfamilie zu bewegen; eine solche Ehe wäre auch für den Kaiser selbst sehr lukrativ gewesen. Beatrice musste sogar einige Tricks anwenden, um diese Ehe abzuwenden: Angeblich mit Hochzeits-Vorbereitungen beschäftigt, fuhr sie zusammen mit ihrer Tochter und ihrer Schwester nach Venedig.

Denunziert von der eigenen Schwester

Allerdings konnten sie auch dort kein ruhiges Leben führen. Der Bruder des verstorbenen Mannes von Dona Gracia, Diogo, hinterließ ein besonderes Testament: Um den Erlös der Herausgabe des Tanachs zu erhalten, vererbte er Beatrice das gesamte Vermögen. Beatrices jüngere Schwester Brianda jedoch, geleitet von Gerüchten der Neider und ohnehin nicht mit besonderer Intellligenz gesegnet, denunzierte ihre Schwester – meldete den geheimen Umstand, der jüdischen Religion anzugehören, woraufhin beiden Schwestern in Haft kamen. Beatrice bat ihren Neffen Josef, den Herrscher des Osmanischen Reiches, Sultan Suleiman den Prächtigen, um Begnadigung und Schutz für sie zu bitten.

Josef, der Sohn von Beatrices verstorbenem Bruder, war nicht nur ein guter Freund vom Sultans-Sohn Selim II., sondern dessen wirtschaftlicher Berater. Don Josef leistete ihm treue und unschätzbare Dienste, und konnte viele Vorteile bei der Durchführung seiner eigenen Angelegenheiten im Handelswesen erreichen. Darüber hinaus wurde Josef a-Nasi von Selim II. zum Gouverneur der Walachei und von Zypern ernannt. Der Sultan schenkte ihm die Insel Naxos und verlieh ihm den Titel „Herzog von Naxos". Zur damaligen Zeit öffneten die osmanischen Herrscher die Tore Istanbuls für die aus Spanien vertriebenen Juden, wo ihnen die Inquisition gedroht hatte. Daraufhin begann in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts im östlichen Mittelmeerraum die Renaissance der jüdischen religiösen und kulturellen Bildungszentren.

Der Sultan als Retter

Dona Gracia kaufte dem türkischen Sultan die Stadt Tiberias ab, um dem jüdischen Volk dort eine Heimstätte zu bieten. Im Jahr 1565 wurde die Stadt von ihren Mitteln ausgebaut; trotz Protesten seitens der christlichen und muslimischen Bevölkerung wurde eine Stadtmauer errichtet. Es ist nicht bekannt, ob Dona Gracia und Don Josef die Absicht hatten, in Erez Israel einen jüdischen Staat für die Vertriebenen zu gründen, oder ob sie bloß an der Erschaffung eines Zentrums für die profitable Herstellung von Woll- und Seidenstoffen interessiert waren.

Hotel und Museum Dona Gracia in Tiberias

Das ausgebaute Tiberias lockte Juden von überall her an, von Zfat (Safed) bis Jemen. Sie wurde zu einer blühenden jüdischen Stadt und zu einem wichtigen Zentrum für das Thora-Studium.

Mit Selims Tod 1574 verlor Josef a-Nasi einen Freund und Schutzherrn, seinen Einfluss bei Hof verlor er. So konnte auch die Stadt Tiberias zu keinem größeren religiös-gesellschaftlichen Zentrum in Erez Israel mehr werden. Josef a-Nasi starb fünf Jahre später, 1579. Sein Rivale bei der Herrscher-Familie, der Marrano Schlomo Ibn Yaisch, erreichte eine hohe Position am Hof des Sultans Murad III., dem Sohn Selims, hatte großen Einfluss auf die Außenpolitik der Osmanischen Reiches, wurde zum Pächter der Stadt Tiberias und schickte seinen Sohn Yaakov als Gouverneur dorthin, der viele neue Gebäude in der Stadt erbauen ließ.

ie Geschichte der Familie Amsalem ist mit der Geschichte Tiberias eng verbunden. Mitte des 18. Jahrhunderts war der junge Kaufmann Yaakov Amsalem (Urahn des Unternehmensgründers jener Touristikfirma, mit der unsere Erzählung begann) auf dem Weg von Damaskus nach Istanbul. Am Vorabend des Schabbats erreichte er Tiberias, wo er den Schabbat zu beginnen und zu übernachten gedachte. Zu dieser Zeit lebten dort aber nur wenige Juden; man riet ihm, sich an den Rabbi Hayyim Abulafia zu wenden. Der Rabbi empfing den Gast ehrenvoll und am Schabbat-Ende, als er den jungen Kaufmann verabschiedete, sagte er: „Du bist ein Zaddik, ein rechtschaffener Jude, dir möchte ich eine junge Schönheit, eine 13-jähtige, zur Ehefrau anbieten. Geh in die Türkei, erledige deine Angelegenheiten, und wenn du zurück in Damaskus bist, bitte deinen Vater um den Segen für diese Ehe."

Ehe in Tiberias

So geschah es, und nach einiger Zeit kam der junge Kaufmann nach Tiberias, heiratete und ließ sich dort nieder. Familie Amsalem ist eine der reichsten Familien in Israel, sie sind Inhaber zweier Hotels in Tiberias und auch eines internationalen Touristikunternehmens. Die Familie unterhält aus eigenen Mitteln das Museum Dona Gracia, wo das Leben und das Wirken dieser bemerkenswerten Frau erforscht werden.

Bereits beim Betreten des Museums wird man von einer besonderen Atmosphäre umhüllt. Man taucht in eine andere Welt ein, wo eine faszinierende Reise in die Vergangenheit auf den Besucher wartet und er die Möglichkeit hat, die Epoche der Renaissance und jene Frau, die in Erinnerungen des jüdischen Volkes als Dona Gracia bleiben wird, kennenzulernen.

Beispielsweise befindet sich in der ersten Etage die prachtvolle Puppenausstellung der berühmten israelischen Künstlerin Gili Yafman und ihrer Kollegin Maria Gurevich, Kennerinnen historischer Kostüme.

Die Dekoration der stilvollen Räume des Museums ergänzen die Erzählungen des Reiseführers. Es werden kostümierte Aufführungen mit Elementen „comedia del arte" angeboten. Gäste können den Venedig-Saal, die Ferrara-Lounge, das Kammertheater, den Kinosaal „Lissabon", das Renaissance-Restaurant, das Café „Kuschta" (so wurde damals Istanbul genannt) und die große Bühne besichtigen, wo Musiker und Schauspieler auftreten. Kellner und Reiseführer in Kostümen aus dem 16. Jahrhundert bieten den Gästen im türkischen Kaffeehaus Sorbet und Kaffee an.

Entspannt unterhalten sich die Gäste und lauschen der Geschichte des Reiseführers. Sie lächeln den jungen Mädchen-Soldaten freundlich zu, die augenblicklich ihre schweren Rucksäcke und Sturmgewehre von ihren zerbrechlichen Schultern streifen und sich in luxuriöse Venezianerinnen verwandeln, um vor den Kameras vor dem Hintergrund eines Kirschsamtvorhangs zu posieren. Nachdem die Gäste im Renaissance-Saal gespeist haben, gehen sie zu den Quellen von „Chamey Tiberias" und erscheinen am Abend, bereits ausgeruht in den gemütlichen Zimmern des Dona Gracia Hotels, zum Abendtee.

Diejenigen Touristen, die noch mehr erleben möchten, unternehmen eine nächtliche Bootsfahrt – um den See Genezareth und den Mond zu bewundern. Um Mitternacht wird es allmählich still, aber der Geist der großen Frau schwebt auch nach mehr als 500 Jahren über der Stadt. Und das Haus von Dona Gracia zu Ehren der edelmütigen Hana Nasi, das von ihren würdigen Nachkommen geschaffen wurde, ist der 2000 Jahre alten Stadt Tiberias ein wahrer Schmuck.

Übersetzung aus dem Russischen: Irina Korotkina

Judenburg und Ceska Trebova: Judentum und Antisemitismus in heutigen Stadtwappen

Mindestens zwei Städte in Mitteleuropa, in Österreich und Tschechien, haben eine fragwürdige Judenfigur mit mittelalterlichem Judenhut als Wappenzeichen.

Von Edgar Seibel

So wie die Landesflagge das Kennzeichen eines Landes ist, so ist ein Stadtwappen, neben der Architektur und der Landschaft, eines der Aushängeschilder einer Stadt oder Gemeinde. Doch während etwa Bonn ein Kreuz und einen Löwen, oder Berlin einen Bären auf dem Wappen zeigt, sprich klassische Symbole von Kraft, Macht oder ,wie etwa das Kreuz, für Christentum oder starken Glauben stehen, zeigen gewisse Stadtwappen Abbildungen von Köpfen, die an die Propagandaplakate aus dunklen Tagen erinnern – und das nicht irgendwo in fernen Ländern, sondern mitten in Europa.

Judenburg

Ganz offenkundig präsentiert uns ein österreichisches Statdwappen einen alten Juden von klischeehaftem Aussehen. Um die Tatsache auch für den begriffsstutzigen Betrachter zu verstärken, dass es sich hierbei um einen Juden handelt, trägt der alte Herr einen sogenannten „Judenhut". Es ist nicht etwa die Kippa, sondern ein Unterscheidungsmerkmal, mit dem im Mittelalter Menschen als Juden gekennzeichnet wurden. Ab dem 13. Jahrhundert wurde er den Juden aus antisemitischen Motiven als stigmatisierendes Merkmal aufgezwungen. Die Stadt, zu der dieses Wappen gehört, heißt Judenburg. Tatsächlich hat die Geschichte der Kleinstadt in der Steiermark mit ihren vielen jüdischen Einwohnern zu tun. Als der Nationalsozialismus auch Österreich einholte, gab es – wie könnte es anders sein – Versuche, Judenburg umzubenennen. Der Vorschlag: Adolfburg. Da aber die Namensänderung schließlich auf einen Termin nach dem Krieg verschoben wurde, konnte der Plan nie umgesetzt werden.

Das Wappen Judenburgs

Ceska Trebova

Während man in Judenburg aufgrund seiner jüdisch geprägten Geschichte und einer Abbildung, die bei einigen Betrachtern noch als „gebrechlicher alter Mann mit einer seltsamen Kopfbedeckung" durchgehen könnte, noch ein Auge zudrücken kann, wird es in Tschechien noch grenzwertiger. Hier präsentiert uns das Wappen der Stadt Česka Trebova (deutsch: Böhmisch Trübau) eine „Chimäre", ein Mischwesen, das den Körper eines schwarzen Hahns, aber den Kopf eines bärtigen, schwarzhaarigen Juden mit langer und krummer Nase trägt; wieder versehen mit einem mittelalterlichen Judenhut. Dass es sich hierbei eindeutig um die Darstellung eines Juden nach altem Klischeeglauben handelt, deutet die offizielle Beschreibung des Stadtwappens besonders vorsichtig und indirekt an: „In Rot ein schreitender schwarzer Hahn mit schwarzhaarigem und -bärtigem Manneskopf in natürlichen Farben, einen breitrandigen, beknauften konischen goldenen Hut tragend." Abwehrend meint man, aus Sicht der Heraldik müsse das Wappen von Česka Trebova in die Kategorie der rätselhaften Wappen eingeordnet werden, die keinen geklärten Ursprung und keine eindeutige Bedeutung besitzen.

Das Wappen von Ceska Trebova

Thüringen

In Bezug auf eine jüdische Herkunft europäischer Wappen ist auch das Thüringer Landeswappen erwähnenswert. Der darauf abgebildete Löwe ist umgeben von acht silbernen Sternen, die die Form des Davidsterns aufweisen. Im Laufe der Zeit hat das Thüringer Wappen ein paar Veränderungen erlebt, doch die Sterne in der heutigen Form gab es nachweislich schon 1921, als das Schild nur aus den Sternen auf einem roten Hintergrund bestand. Die starke Ähnlichkeit zum Schild Davids war schließlich auch den Nazis aufgefallen und somit für sie ein Dorn im Auge. Schon 1933 führte man deshalb ein neues Landeswappen ohne die Sterne ein, welches unter anderem den Ludowinger Löwen (nach dem Landgrafen Hermann I. aus dem Geschlecht der Ludowinger) mit einem Hakenkreuz in der rechten Pranke zeigte. Woher aber die Sterne ursprünglich stammen, bleibt ungewiss. Fraglos kann die Form der Sterne auf dem Landeswappen willkürlich gewählt worden sein, ohne jeglichen Bezug zum Judentum. Bekannt ist nur, dass die Sterne einst frühere Einzelstaaten des heutigen Bundeslandes symbolisierten.

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung
Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51 , (Aboverwaltung) Fax: (030) 23 32 88 60
E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski
Kontaktmöglichkeiten
• per Post: **J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin** • per Mail: **redaktion@juedische-rundschau.de**
• per Telefon: **(030) 54 71 02 51** (Redaktion) • per Fax: **(030) 23 32 88 60** (Aboverwaltung)
• per Website: **www.juedische-rundschau.de**
Werbeabteilung: Tel.: **(030) 54 71 02 51**
E-Mail: **werbung@juedische-rundschau.de**
Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam
Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.
Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.
© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Unsere Kontaktadressen

J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin

(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)

redaktion@juedische-rundschau.de

(030) 23 32 88 60

www.juedische-rundschau.de

www.facebook.com/jrundschau

@jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

☐ **39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)**
☐ **49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).**

Name, Vorname _____
Strasse, Hausnummer _____
PLZ _____ **Wohnort** _____
Geburtsdatum _____ **Telefon:** _____ **E-Mail:** _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ **Unterschrift** ✘ _____

Ich zahle gegen Rechnung:
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeiten werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Rabatt vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, der bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Otto Warburg: Der geduldete „Halbjude“

Die Krebsforschung des Nobelpreisträgers war Adolf Hitler wegen dessen persönlicher Angst vor Kehlkopfkrebs so wichtig, dass der NS-Staat nicht nur über die jüdische Abstammung, sondern auch über die vermutete Homosexualität des Wissenschaftlers hinwegsah. Otto Warburg starb vor 50 Jahren.

Von Martin Stolzenau

Otto Heinrich Warburg stammte aus Freiburg im Breisgau, war der Sohn eines Physikers, machte als Arzt, Physiologe sowie Biochemiker eine steile Karriere und begründete das Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut für Zellphysiologie, das er über Jahrzehnte leitete. Er war der einzige deutsche Forscher mit einer jüdischen Herkunft, der auf Weisung Adolf Hitlers bis zum Ende der Naziherrschaft KWI-Direktor bleiben durfte.

Die Palette seiner revolutionären Forschungserkenntnisse, die seine Nachwirkung in der Welt der Wissenschaft über den Tod vor 50 Jahren hinaus bis in die Gegenwart begründete, reichte von der mitochondrialen Atmungskette über die Photosynthese der Pflanzen bis zur Hypothese über den Stoffwechsel von Tumoren, die als Warburg-Hypothese in die Medizingeschichte einging. Warburg wurde ab 1923 regelmäßig für den Nobelpreis vorgeschlagen, erhielt ihn 1931 für die „Entdeckung der Natur und der Funktion des Atmungsferments“ und musste 1944 auf Geheiß Adolf Hitlers auf die zweite Verleihung verzichten. Für das Preisgeld von 1931 ließ er sich in Berlin-Dahlem und in Nonnevitz auf Rügen zwei Häuser bauen. Im Berliner Heim repräsentierte Warburg im edlen Ambiente, teuren Zwirn und mit Pour le mérite. Nonnevitz war über Jahrzehnte sein Refugium. Er lebte hier zurückgezogen, im Trainingsanzug, mit Faktotum Jacob Heiss, Dogge Birke sowie Schimmelstute Nixe. In der Ruhe von Nonnevitz wurden viele bahnbrechende Ideen geboren, aufsehenerregende Schriften verfasst und das Nazi-Ende überstanden.

Rückzugsort auf Rügen

Warburg wurde am 8. Oktober 1883 in Freiburg geboren. Sein Vater, ein erfolgreicher Physiker, erhielt 1895 die Berufung zum Direktor des Physikalischen Institutes der

Otto Warburg

Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin und 1905 die Ernennung zum Chef der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt. Sohn Otto studierte nach dem Berliner Abitur in Freiburg, Berlin, München sowie Heidelberg Naturwissenschaften, Chemie und Medizin, promovierte zum Dr. phil. sowie Dr. med. und wurde nach der Habilitation in die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und zum Leiter der physiologischen Abteilung des Kaiser-Wilhelm-Institutes berufen. Nach der Teilnahme am Ersten Weltkrieg setzte er seine Forschungen am KWI fort und erhielt eine Professur an der Friedrich-Wilhelms-Universität. Warburg sorgte mit einer Flut neuartiger Erkenntnisse für Aufsehen. Ab 1922 weilte er jedes Jahr für einige Wochen in Nonnevitz auf der Halbinselt Wittow zwischen Dranske und Kap Arkona auf Rügen zuerst als Untermieter, und ab 1931 auf dem eigenen Grundstück. Hier fand er auf 500 Quadratmetern idyllischer Abgeschiedenheit mit Wald- und Strandnähe die ersehnte Ruhe. Zum Anwesen gehörten Pferde, Hunde, Enten sowie Hühner, eine riesige Buche sowie Birken, eine Tränke für die Tiere und eine Pumpe. Eine Haushaltshilfe kochte die unverzichtbaren Haferflocken und presste täglich frischen Orangensaft. Jacob Heiss, der den Nachbarn als Cousin ausgegeben wurde, hielt als Faktotum alles Störende vom Professor fern.

Die Nonnevitzer, die ihn auf seinen gedankenversunkenen Spaziergängen durch den Wald und am Strand nicht behelligten, luden ihn jedoch zu ihren dörflichen Feiern ein und schätzten sein bescheidenes Auftreten. Sie waren stolz auf diese Berühmtheit im Ort, der lange unberührt blieb vom heutigen Tourismusboom. Warburg war es auch, der die erste Nähmaschine nach Nonnevitz brachte.

Der Vater der Biotechnologie und Impulsgeber der modernen Krebsforschung blieb von den Nazis bis 1941 unbehelligt. Dann wurde er für ein Jahr von der Berliner Institutsleitung entfernt. Doch auf Weisung von Hitler, der große Angst vor einem Kehlkopfkrebs hatte und den Krebsforscher verfügbar haben wollte, erfolgte seine „Gleichstellung mit Deutsch- blütigen“ und Wiedereinsetzung in alle Ämter. Verschiedene Anzeigen wegen des Verstoßes gegen den § 175 wurden zudem vom Nazi-Staat ignoriert.

Die DDR kann ihn nicht halten

Sein Institut wurde als kriegswichtig eingestuft und 1943 bis 1945 in das Seehaus von Schloss Liebenberg bei Templin ausgelagert. Das Kriegsende 1945 sowie die ersten Friedensmonate erlebte Warburg im geliebten Nonnevitz, wo er zwei Monographien verfasste: „Schwermetalle als Wirkungsgruppen von Fermenten“ sowie „Wasserstoffübertragende Fermente“, die seine Weltgeltung festigten. Die sowjetische Administration wollte den Nobelpreisträger im Osten halten. Warburg, der für ein Jahr für Untersuchungen der Photosynthese in den USA weilte, kehrte 1949 nach Berlin zurück, übernahm erneut die Leitung seines Institutes für Zellphysiologie und wurde vom Berliner Senat 1963 zum Ehrenbürger ernannt. Sein Nonnevitzer Anwesen, das er 1965 letztmalig aufsuchte und im wachsenden Maße von FDGB-Urlauberaktivitäten umspült wurde, überließ er Manfred von Ardenne, der inzwischen in Dresden sein eigenes Institut leitete.

Warburg, der zunächst in Berlin-Lichterfelde und dann in Berlin-Dahlem in der Ehrenbergstraße 21 gewohnt hatte, besaß ab 1931 in der Dahlemer Garystraße 18 ein repräsentatives Domizil, das er bis zuletzt bewohnte. Es passte zum Wesen des Forschers, dass er Ende der 60er Jahre verfügte, das es nach seinem Tod keine Traueranzeigen, Trauerfeiern und Straßenbenennungen geben soll.

Warburg verstarb als 86-jähriger am 1. August 1970 in Berlin (West), wurde auf dem Friedhof in Berlin-Dahlem bestattet, erhielt ein Ehrengrab und hinterließ 240 Veröffentlichungen mit spektakulären Erkenntnissen bis hin zur Erkenntnis über den Stoffwechsel der Krebszelle. Der Nobelpreisträger Adolf Butenandt betonte in seinem Nachruf: „Die Einmaligkeit Otto Warburgs wird durch eine ungewöhnlich große Zahl fundamentaler Entdeckungen dokumentiert.“ In Berlin-Zehlendort erinnert eine Gedenktafel an ihn. 1983 gab es eine Sonderbriefmarke. Dazu gibt es eine Otto-Warburg-Stiftung. Außerdem wird seit langem eine Otto- Warburg-Medaille für herausragende wissenschaftliche Leitungen vergeben. Sieben der Preisträger bekamen anschließend den Nobelpreis! Deshalb gilt die Medaille unter Wissenschaftlern als Anwartschaft auf die Nobel-Ehrung. Sein vormaliges Refugium in Nonnevitz fungierte am Ende der DDR als Betriebsferienlager.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig die historisch interessanten Titelblätter der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Jüdische Rundschau

Abonnementspreis
(Zusendung inbegriffen) vierteljährlich:
1. durch die Expedition:
a) in Berlin —,90 Mark. b) nach auswärts 1,— Mark. c) für das Ausland 1,50 Mark.
2. im Postabonnement 1,25 Mark.

Insertionspreis
die viergespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 25 Pfennig.

Organ der Zionistischen Vereinigung für Deutschland

Adresse für Geldsendungen und Bestellungen:
Verlag Jüdische Rundschau, E. G. m. b. H., Berlin N. 54, Auguststr. 49a.
Geschäftsstunden der Expedition: täglich (ausser Sabbat und Sonntag) vormittags 10—1, nachmittags 3—7 Uhr.

Adresse der Redaktion:
Berlin N W. 52, Melanchthonstrasse 4.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JUEDISCHEN RUNDSCHAU nur bei genauer Quellenangabe gestattet.

UNIV.-BIBL. ERLANGEN

Nummer 26 | Berlin, 30. Juni 1905 — 27. Siwan 5665 | X. Jahrgang

Inhalt

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.
(Baseler Programm.)

An unsere Leser
Theodor Herzl
Mitteilungen des Zentralbureaus
Bekanntmachung
The Jewich Colonial Trust
Das Triumvirat
Von Rechtsanwalt Gronemann
Die Juden im Orient
Von Prof. Dr. M. Philippson
Das zionistische Ansiedlungswerk und der „Bezalel"
Von Dr. Franz Oppenheimer
Bezalel
Anträge für den Delegiertentag der Z. V. f. D.
Von Dr. Chamitzer
Die Nationalbibliothek
Aus der Bewegung
Hamburg. Duisburg.
Rundschau
Die Gemeindestube
Aus Russland
Juden als Handwerker
Jüdische Perienkolonieen
Verein jüdischer Studenten
SCHLEMIELS Ende
Die jüdischen Banken und Herr Krösell
Moralische Erzählung
Vom Dreschgrafen
Eine Zehnmillionen-Spende
Deutscher Patriotismus
Ein jüdisches Blatt
Kleine Mitteilungen
Nationalfond
Briefkasten der Redaktion
Feuilleton
Ararat
Von Dr. Heinrich Loewe

Gedenket des Nationalfonds!

ZIONISTISCHE VEREINIGUNG FÜR DEUTSCHLAND

NATIONALFOND-VERWALTUNG	ZENTRALBUREAU	NATIONALFOND-VERWALTUNG
Adresse für Geldsendungen	Berlin W. 66	Sammelstelle von Materialien
Max Wollsteiner,	Mauerstrasse 2 III	Frau Dr. Margarete Joel,
Berlin N.W. 23, Holsteiner Ufer 10		Lübeck, Beckergrube 58

Wer war der erste Jude?

War es Noah oder war es Awraham? Und waren die Vorväter des jüdischen Volkes überhaupt selbst Juden?

Von Dovid Gernetz

Das jüdische Volk prägt schon seit Jahrtausenden die Geschichte der Menschheit und hat unendlich viel zu ihrer Entwicklung beigetragen. Es gibt keinen Bereich des menschlichen und gesellschaftlichen Fortschritts, zu welchem die Juden nicht beigetragen hätten. Ob in der Wissenschaft, Musik, Sport und Entertainment – überall waren Juden aktiv beteiligt und haben ihren Fußabdruck hinterlassen. Schillernde Persönlichkeiten wie Albert Einstein, Bob Dylan und Sandy Koufax sind nur eine kleine Auswahl aus der unzähligen Menge von Wissenschaftlern, Musik- und Sportlegenden, die die Welt verändert haben.

Der scharfe jüdische Verstand und der pikante jüdische Humor sind zu den Markenzeichen des jüdischen Volkes geworden, und das obwohl die jüdische Geschichte oft alles andere als zum Lachen war.

Doch wie entstand das jüdische Volk überhaupt? Oder in anderen Worten: Wer war der erste Jude?

Um die Antwort auf diese Frage zu bekommen, müssen wir zuerst verstehen, was die Aufgabe jedes individuellen Juden und generell des gesamten jüdischen Volkes auf dieser Welt ist. Dafür müssen wir uns in die Einleitung des Maimonides (1135-1204) in seinem Werk Mischne Tora zu den Gesetzen zum Götzendienst vertiefen, um zu begreifen, warum die Menschen aufgehört haben, an einen Einzigen und Allmächtigen G´tt zu glauben:

Adam, Noah und ein Vorbild für die anderen Völker

Bekanntlich beginnt die Geschichte der Menschheit laut Judentum mit Adam HaRischon, dem ersten Menschen, der sich der Existenz G´ttes vollkommen bewusst war. Auch seine Kinder und Enkel wussten und glaubten daran, dass es nur einen G´tt gibt, der die Welt erschaffen hatte.

Doch mit der Zeit begannen die Menschen auch die Engel, die für verschiedene Tätigkeiten in dieser Welt verantwortlich sind, anzubeten und ihnen Opfer darzubringen, um sie zu besänftigen (sie glaubten aber immer noch an einen Schöpfer). Mit der Zeit jedoch geriet G´tt langsam in Vergessenheit und die Menschen beteten nur noch Götzen an, im Glauben, dass diese die Welt erschaffen haben und diese führen.

Ab diesem Zeitpunkt brauchte die Welt und die Menschheit ein Volk, das an den wahren G´tt glauben und seinen Willen befolgen würde. Seine hauptsächliche Aufgabe wird darin liegen, den Willen G´ttes in dieser Welt zu verkünden und ein Vorbild für die restlichen Völker der Welt zu sein.

Im Gegensatz zu den Völkern der Welt, die nur die sieben Gebote Noachs (hauptsächlich moralischen Ursprungs) zu befolgen haben, wird das jüdische Volk die gesamte Thora (613 Ge-und Verbote) auf sich nehmen und die Mission akzeptieren, G´ttes Repräsentanten in dieser Welt zu sein.

Awraham wurde für seinen Glauben an nur einen Gott verfolgt

Doch kommen wir zurück zu dem Zeitpunkt, wo die Menschheit vollkommen aufgehört hatte, an den Allmächtigen G´tt zu glauben und stattdessen nur noch Götzen anbetete. An dieser Stelle taucht eine Persönlichkeit namens Awraham auf, welche in der Zukunft eine sehr große Rolle spielen und der erste der drei Vorväter des jüdischen Volkes sein wird. Genau hier beginnt die Geschichte des jüdischen Volkes.

Es gibt eine Meinungsverschiedenheit zwischen den jüdischen Weisen, in welchem Alter Awraham zur Erkenntnis kam, dass diese Welt nur einen einzigen Schöpfer haben kann, und er aus diesem Grund den Götzendienst ablehnte.

Maimonides (Mischne Tora, Avodat Kochavim 1:3) ist der Ansicht, dass er erst im Alter von 40 Jahren zu dieser Erkenntnis kam, doch Raavad (Rabbi Awraham Ben David, 1125-1198) ist davon überzeugt, dass Awraham schon im zarten Alter von drei Jahren zu dieser fundamentalen Schlussfolgerung kam.

Für die öffentliche Ablehnung des verbreiteten Glaubens wurde Awraham verfolgt und sogar zum Tod durch Verbrennen verurteilt, welchem er nur durch ein Wunder entkam. Auf Befehl G´ttes floh er nach Kna´an (das damalige Israel) und widmete sein Leben der Verbreitung des Glaubens an einen einzigen, allmächtigen G´tt und Schöpfer.

Wie die Juden in die ägyptische Sklaverei kamen

Sein Sohn Jitzchak folgte dem Pfad seines Vaters und auch dessen Sohn Jakow führte die Tradition seines Vaters und Großvaters fort. Jakow hatte 12 Söhne von 4 Frauen, deren Nachkommen später die 12 Stämme Israels bilden werden. Sie waren die ersten, die die Bezeichnung „Söhne Israels“ („Israel“ war Jakows zweiter Name, den er bekam, nachdem er den Engel Esaus im Kampf besiegt hatte) trugen.

In Folge einer Hungersnot im Land Kna´an sah sich die Familie Jakows gezwungen nach Ägypten – damals ein reiches und mächtiges Imperium – zu gehen und sich dort niederzulassen. Zu Beginn wurden die Söhne Israels in Ägypten hoch verehrt, doch nachdem Jakow und seine 12 Söhne starben, wurden sie von den Ägyptern geknechtet und es folgten 210 Jahre der Knechtschaft in Ägypten.

Nach den 10 Plagen G´ttes durch die Hand Mosches und der anschließenden Spaltung des Roten Meers, bei der das ägyptische Heer vollkommen zerstört wurde, machten sich die „Söhne Israels“, die zu diesem Zeitpunkt schätzungsweise 2 Millionen Menschen zählten, auf den Weg zum Berg Sinai, um dort die Thora zu empfangen. Nach drei Tagen der Vorbereitung und Reinigung waren sie bereit, und so erhielten sie am 6. Sivan (Schawuot) die 10 Gebote und die gesamte Thora von G´tt persönlich, mit Mosche als Vermittler.

So entstand das jüdische Volk, angefangen mit den drei Vorvätern, anschließend die schwere Knechtschaft in Ägypten und letztendlich die Offenbarung am Berg Sinai, wo sie die Thora erhielten.

Waren die Vorväter selbst Juden?

Damit wäre geklärt, wie es zur Entstehung des jüdischen Volkes kam – doch ab wann galten sie als halachische Juden? Und kann es sein, dass die Vorväter des jüdischen Volkes selbst überhaupt nicht jüdisch waren?

Mit dieser Frage haben sich verschiedene jüdische Gelehrte (zum Beispiel Rabbi Yehuda Rosanes [1657-1727] in seinem Werk Paraschat Derachim, und Rabbi Yosef Engel [1858-1920] im Werk Beit HaOzar) ausführlich beschäftigt und wie es aussieht, gibt es (wie oft im Judentum) keine einheitliche und eindeutige Antwort. Es scheint, dass es eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Rischonim (Gelehrten des frühen und späten Mittelalters) und möglicherweise sogar den Tannaim (Lehrer der mischnaischen Zeit) gibt:

Noah auf einem Mosaik in der Basilica di San Marco in Venedig

Der Ramban (Nachmanides, 1194-1270) nimmt in seinem Kommentar zum Pentateuch (Vaikra 24:10) zur Meinung der „Französischen Gelehrten” (Bezeichnung für die Gelehrten des Mittelalters aus Frankreich und Deutschland) Stellung, dass nämlich die Vorväter selbst keine Juden waren und die „Söhne Jakows” erst am Berg Sinai mit dem Erhalt der Thora zum jüdischen Volk wurden.

Der Ramban widerspricht ihnen und ist der Ansicht, dass Awraham mit seiner Beschneidung (siehe Bereschit) im Alter von 99 Jahren zum Juden wurde. Seiner Meinung nach waren auch Jitzchak und Jakow schon Juden, also schon vor dem Erhalt der Thora am Berg Sinai. Er stützt sich auf den Talmud (Kidduschin 18a), wo Esau als abtrünniger Jude bezeichnet wird, obwohl die Offenbarung am Berg Sinai zu diesem Zeitpunkt noch nicht stattgefunden hatte.

Der Re”m (Rabbi Elya Mizrachi, 1455-1526) hingegen scheint die Meinung der „Französischen Gelehrten” zu teilen, denn in seinem Werk Sefer HaMizrchi zu Raschis Kommentar auf den Pentateuch schreibt er (Schmot 4:24), dass die Vorväter keine Juden waren. Dies ist auch die Meinung von Raschi (Rabbi Schlomo Yizchaki, 1040-1105) selbst, wie er sie in einigen Stellen in seinem Kommentar zum Talmud (siehe Yawamot 46a und Sanhedrin 82a) preisgibt.

Wie können die „Französischen Gelehrten”, Raschi und der Re”M, dem Talmud widersprechen, der offensichtlich die Meinung des Rambans bestätigt?

Anscheinend stützen sich diese Gelehrten auf den Medrasch (Schmot Rabba 1:28), aus dem deutlich wird, dass die Vorväter keine Juden waren und die „Söhne Israels” diesen Status erst durch den Empfang der Thora erhielten, so wie es die „Französischen Gelehrten”, Raschi und der Re”M sagen.

Zwei mögliche Antworten

Somit wäre die richtige Antwort auf die Frage, wer der erste Jude war, dass es da eine Meinungsverschiedenheit zwischen den jüdischen Gelehrten gibt und es entweder Awraham war, oder das gesamte jüdische Volk am Berg Sinai.

Jedoch muss noch erwähnt werden, dass alle damit einverstanden sind, dass die Vorväter die gesamte Thora erfüllten, auch wenn sie keine Juden waren: So steht im Talmud (Yoma 25b), dass die Vorväter die Thora bis ins kleinste Detail befolgten und sogar die rabbinischen Ge- und Verbote.

Woher aber kannten die Vorväter die Gesetze der Thora überhaupt, noch bevor sie dem jüdischen Volk am Berg Sinai gegeben wurden und umso mehr die rabbinischen „Gzerot” (Bezeichnung für die Gesetze, die von den jüdischen Weisen festgelegt wurden, um vor dem Übertritt eines Verbotes aus der Thora zu schützen), welche erst viel später von den jüdischen Weisen eingeführt worden sind?

Der Chafez Chaim (Rabbi Israel Meir Kagan, 1839-1933) schreibt in seinem Werk Ahawat Chessed, dass die Vorväter allesamt Propheten waren und die Thora mit Hilfe der Prophetie erfasst hatten, sodass sie auf diese Art und Weise die Gesetze noch vor Erhalt der Thora befolgen konnten.

Doch wie dem auch sei, ob Awraham der erste Jude war oder die "Söhne Yakovs" erst am Berg Sinai jüdisch geworden ist, das jüdische Volk ist eine besondere und einzigartige Nation, mit einer faszinierenden Geschichte, voller Hoffnung und Vertrauen und genauso wie das jüdische Volk in der Vergagenheit den Verlauf der Geschichte geändert hat, so wird es auch in der Zukunft seinen Beitrag zur Entwicklung und Fortschrtitt der Menschheit leisten.

Die gefundene Seele

Das Geheimnis der Erziehung und elterliche Pflichten in der Übersicht der Haftarot des Monats Juni

Jüdische Kinder im Unterricht

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Nach den ereignisvollen Monaten April und Mai gibt es in diesem Juni aus jüdischer Sicht weder Feiertage noch Gedenktage. Deshalb werden an vier Schabbosim des Monats nur die regulären Haftarot zu den entsprechenden Wochenabschnitten gelesen. Dafür sind diese Prophetenabschnitte aber viel spannender als die in den vorigen Monaten. Während im Mai noch viele abstrakte Prophezeiungen zu lesen waren, gibt es im Juni konkretere, und extrem lehrreiche Geschichten.

Das Kind schaut ganz genau zu

Die Haftara zum Wochenabschnitt „Naso“, der am ersten Schabbat des Monats gelesen wird, wird aus dem Buch Richter 13:2-25 genommen. Es wird über die Geburt vom Schofet (Richter) Schimschon berichtet. Die Geschichte von Schimschon ist so berühmt und aktionsreich, dass sie schon mehrmals verfilmt wurde, zum letzten Mal 2018 als Actiondrama „Samson“ vom Regisseur Bruce Macdonald.

Auch wenn der Kino-Held Samson nicht ganz dem jüdischen Richter Schimschon entspricht, hört sich die Geschichte auch ohne Kommentare sehr spannend an. Und schon die Geschichte seiner Geburt, das Hauptthema der Haftara, hat es in sich.

Ein Engel kommt zur Frau von Manoach und verkündet, dass sie trotz ihrer Unfruchtbarkeit einen Sohn gebären wird und dieser ein Nationalheld sein wird. Die Bedingung jedoch ist, dass dieser Sohn ein „Nasir“ sein sollte, was die Verbindung zum Wochenabschnitt darstellt. In Parascha „Naso“ werden die Gesetze von Nasir genau definiert: wenn ein Mensch ein besonderes Gelübde auf sich nimmt, darf er keinen Wein trinken, sich nicht durch die Berührung mit einer Leiche rituell verunreinigen und er soll seine Haare wachsen lassen, ohne sie sich schneiden zu lassen.

Diese Regeln soll, laut dem Engel, auch die Frau von Manoach befolgen: „Und nun, nimm dich in Acht, trinke weder Wein noch sonst Berauschendes, und iss nichts Unreines.“ Auch über die Zukunft ihres Kindes wird vorausgesagt: „…und er wird beginnen Israel zu retten aus der Hand der Philister“.

Ihr Mann Manoach, der beim ersten Besuch des Engels nicht dabei war, bittet G’tt den Boten noch einmal zu senden: es ist sehr ungewöhnlich, dass ein Mensch schon von Geburt an ein Nasir sein soll. G’tt willigt ein, der Engel kommt noch einmal und belehrt Manoach. Eigentlich wäre es genug, wenn der Bote einfach bestätigt hätte, dass seine Frau alles richtig verstanden hat – was auch passiert („Der Engel des Herrn sprach zu Manoah: Vor allem, was ich dem Weibe gesagt, soll sie sich hüten“). Jedoch wiederholt der G’ttliche Bote überraschenderweise die ganze Information für Manoach noch einmal: „Von allem, was vom Weinstock kommt, soll sie nicht genießen, Wein und Berauschendes nicht trinken, und nichts Unreines essen. Alles, was ich ihr geboten, soll sie beachten“.

Merkwürdigerweise sagt der Engel dem Manoach nichts über die besondere Rolle seines Sohnes in Zukunft! Unsere Weisen sehen ebenfalls diese Unstimmigkeiten und geben darauf unterschiedliche Antworten. Eine davon kann für uns sehr nützlich sein. Eigentlich würde es tatsächlich reichen, die erste Information einfach nur zu bestätigen. Die Wiederholung der Information über das Einhalten von Nasir-Gesetzen für die Mutter sollte die Eltern des zukünftiges Helden Folgendes lehren: wenn ihr wollt, dass das Kind zum Nasir wird, sollt ihr die Nasir-Gesetze selbst einhalten. Das Kind macht nur das, was ihr ihm vormacht. Egal was und wie ihr versucht dem Kind die wichtigen Ideen beizubringen – nur das, was ihr tatsächlich selbst macht, wird das Kind verinnerlichen und selbst praktizieren. Und das ist wohl das wichtigste Prinzip im Chinuch (Erziehung): das Kind schaut auf die Eltern. Nur wenn die Eltern ihr Judentum begeistert und kompromisslos ausleben, wird auch ihr Kind mit großer Wahrscheinlichkeit ein religiöser Mensch werden. Wenn aber Eltern von G’tt und den Geboten nur erzählen, und selber nichts davon praktizieren, dann wendet sich auch das Kind anderen Dingen zu.

Sich vor „schmutzigen Kleidern“ schützen

Die Haftara zum Wochenabschnitt „Beahalotcha“ ist die einzige prophetische Vision in diesem Monat. Dafür wurde ein Abschnitt aus dem Propheten Zechariah ausgewählt. Die Verbindung zum Wochenabschnitt besteht in der goldenen Menora: am Anfang des Wochenabschnittes gibt es ein Gebot für den Hohepriester täglich die Menora im Tempel anzuzünden, und auch in Zechariahs Vision wird dem Hohepriester Jehoschua die goldene Menora im Traum gezeigt.

Diese Haftara ist ziemlich interessant „zusammengestellt“ und besteht aus drei Abschnitten: Vier Verse aus dem zweiten Kapitel, das ganze dritte Kapitel und die Hälfte des vierten Kapitels. Zechariah sieht in seiner Vision den Traum über den Kohen Gadol (Hohepriester) Jehoschua, der unter den Engeln weilt und vom Satan angeklagt wird: „Und er ließ mich sehen den Hohepriester Jehoschua, stehend vor dem Engel des Ewigen; und der Satan stand zu seiner Rechten, um ihn anzuklagen“. Wenn man diese ganze Vision liest, versteht man sofort, dass hier große Geheimnisse versteckt sind. Eine solche merkwürdige Passage spricht von den Kleidern des Hohepriesters: „Aber Jehoschua hatte unreine Kleider an und stand doch vor dem Engel. Er aber antwortete und sprach zu denen, die vor ihm standen: Nehmt die unreinen Kleider weg von ihm! Und zu ihm sprach er: Siehe, ich habe deine Sünde von dir genommen und lasse dir Feierkleider anziehen!“. Was geht hier vor? Warum sind die Kleider schmutzig, und wie wurden sie gereinigt?

Unsere Weisen erklären, dass der Hohepriester Jehoschua einen ernsthaften Makel hatte: seine Söhne haben Frauen geheiraten, die für sie verboten waren. Und auch wenn der Vater wenig Schuld daran hatte (er wusste nicht von der problematischen Abstammung der Frauen), so trug er trotzdem die Schuld, dass es dazu gekommen ist. Er als Vater und Hohepriester, der besondere Vorbildfunktion hat, musste ganz genau aufpassen, was bei ihm zu Hause passiert. Deshalb kommt auch die Aufforderung vom Engel die unreinen Kleider wegzubringen: Jehoschua sollte seine Söhne dazu bringen sich von den falschen Frauen scheiden zu lassen. Erst dann kann er „Feierkleider“ anziehen, also ein absoluter Gerechter werden.

Auch daraus können wir für uns etwas Wichtiges lernen: die Eltern sollten ganz genau hinschauen, was mit den Kindern passiert, wie sie leben und wofür sie sich interessieren. Nur so kann man eine unerwünschte Entwicklung rechtzeitig erkennen. Und wenn die Entwicklung tatsächlich in eine gefährliche Richtung läuft, soll man nicht zögern und entschieden darauf reagieren („schmutzige Kleider ablegen“). Man darf nicht darauf hoffen, dass die Kinder selbst mit diesen „Problemen“ klarkommen, sich vor schlechtem Einfluss schützen und den richtigen Weg einschlagen. Da die Eltern mehr Er-

fahrung haben und mehr über die Gefahren des Lebens wissen, sollen sie den Kindern gefährliche, tragische und nicht mehr korrigierbare Fehler ersparen. Besonders heutzutage, wenn Kinder dank Smartphone Zugang zu sehr problematischen Inhalten bekommen können, sollten Eltern unbedingt alle Maßnahmen ergreifen, um Kinder zu schützen.

Die gefundene Seele

Der Wochenabschnitt „Schlach Lecha" erzählt über die Meraglim (Spione), die Mosche von der Wüste aus nach Kanaan gesendet hat, um das Land auszukundschaften. Auch die dazu gehörige Haftara beinhaltet eine Spion-Geschichte, die so spannend ist, dass sie eigentlich schon längst von Hollywood verfilmt sein sollte.

Im zweiten Kapitel des Buches Jehoschua wird erzählt, dass Jehoschua bin Nun, der das jüdische Volk nach dem Tod von Mosche übernommen hat, ebenfalls zwei Spione nach Kanaan gesendet hat: „Jehoschua, der Sohn Nuns, schickte nun von Schittim aus zwei Männer als Kundschafter, in der Stille, und sprach: Gehet, sehet das Land und [hauptsächlich] Jericho. Und sie gingen und kamen in das Haus eines Weibes, einer Buhlerin, deren Name Rahab war, und sie legten sich daselbst nieder".

Schon dieser erste Vers wirft mehrere große Fragen auf. Erstens, welchen Bedarf gab es diese Spione überhaupt zu entsenden? G'tt hat ihm doch im ersten Kapitel ganz klar die Unterstützung bei der Eroberung des Landes versprochen: „Sei stark und fest, denn durch dich soll das Volk das Land in Besitz nehmen, das ich zugeschworen ihren Vätern, ihnen zu geben".

Die zweite große Frage ist, wie Jehoschua so ein Unternehmen überhaupt riskieren konnte: Gerade aus dem Wochenabschnitt erfahren wir, in welchem Desaster die Entsendung von Meraglim durch Mosche endete! Zehn der zwölf Spione haben nach der Rückkehr schlecht über das Land Kanaan gesprochen, das Volk bekam Angst, klagte und wurde darauf zu vierzig Wanderjahre in der Wüste verdonnert. Wegen dieses Ereignisses fasten wir jedes Jahr am 9. Aw 25 Stunden lang. Dabei war einer von den zwei „guten" Spionen Jehoschua bin Nun selbst, und er wusste von dieser katastrophalen Kundschafter-Aktion aus erster Hand!

Außerdem war Jehoschua erst seit einem Monat Anführer des Volkes, und das letzte, was er jetzt brauchte, war ein Misserfolg, wenn seinen Spionen etwas passiert wäre. Nicht ganz klar ist auch, was genau die Kundschafter erfahren sollten und wer diese zwei Spione überhaupt waren. Rätselhaft ist auch, warum die Spione ausgerechnet zu Rahab gekommen waren, und wer diese Rahab war.

Die zwei Kundschafter

Alle diese Fragen kann man nur mit den Kommentaren unserer Weisen beantworten. Der erste Ljubawitscher Rebbe, Rabbi Schneur Salman (1745-1813), meint, dass Jehoschua aus eigener Initiative nie auf diese Idee gekommen wäre. Deshalb soll es ein Befehl von G'tt gewesen sein, auch wenn wir keinen Hinweis darauf finden. Und da es die Initiative von G'tt war, hat Jehoschua auch kein bestimmtes Ziel vorgegeben. Diese Spione sollten allgemein die Lage und die Stimmung in Jericho, einer unbezwingbaren Festung, erfassen. Unsere Weisen verraten uns auch die Namen dieser zwei Spione: laut der Überlieferung waren es Pinchas haKohen und Kalew ben Jefune (der als der zweite „gute" Spion noch bei Mosches Mission vor 38 Jahren mitgewirkt hatte).

„Rahab und die Spione Jehoschuas", von einem unbekannten Maler des 18. Jahrhunderts

Bleibt zu verstehen, wer Rahab war und warum diese zwei gerechten Menschen zu ihr gekommen sind und dort sogar übernachtet haben. Im Text auf Hebräisch steht als Bezeichnung für Rahab das Wort „Zona", was oft als „die Buhlerin" bzw. „die Prostituierte" übersetzt wird (vom Wort „Z'nut" – Unzucht). Jedoch vermuten mehrere Kommentatoren, dass das Wort „Zona" in diesem Kontext vom „Mezonot" – „Essen" stammt und deshalb war Rahab keine Prostituierte, sondern eine Gastwirtin. Laut der Überlieferung stand das Haus von Rahab direkt an der Mauer von Jericho (was auch der Grund dafür war, dass zwei jüdische Spione dort gelandet sind). Deshalb meinen einige Kommentatoren, dass in jener Zeit Frauen, die Hotels bzw. Gasthäuser unterhalten haben, gleichzeitig auch als Buhlerinnen tätig waren, was beide Bedeutungen zum Wort „Zona" vereint.

Die nächste Geschichte ist noch spannender: die Spione wurden vom feindlichen Geheimdienst entdeckt, jedoch schaffte es Rahab sie rechtzeitig zu verstecken und die Verfolgung fehlzuleiten. Als die Kundschafter die Möglichkeit zur Flucht bekamen, bittet Rahab die beiden, dass sie sie und ihre Familie bei der Eroberung der Stadt verschonen werden. Die Spione schwören ihr, dass sie mit ihrer Familie gerettet wird, was schlussendlich auch erfüllt wird. Rahab macht Gijur (Übertritt ins Judentum) und heiratet später den jüdischen Anführer Jehischua bin Nun höchstpersönlich!

Unsere Weisen habe oft betont, dass oft reine Seelen unter Nichtjuden versteckt sind, die als gerechte Gerim das jüdische Volk bereichern können. Und wenn man diese Geschichte im Nachhinein betrachtet, kann man vermuten, dass die ganze Mission mit den Spionen, die eigentlich keine bahnbrechenden militärischen Erkenntnisse für die Eroberung gebracht hat, nur einem Zweck diente: die Seele der gerechten Rahab zu finden, und ihr die Rettung zu gewährleisten. Deshalb müssen wir uns über die fantastischen Geschehnisse, deren Zeugen wir manchmal werden, nicht wundern: G'tt macht die Geschichte oft unter sehr bizarren Umständen…

Schätze deinen Rabbiner

Auch die letzte Haftara des Monats ist eine interessante Geschichte, auch wenn sie nicht so actionreich ist wie die vorherige. Es werden die Ereignisse rund um die Ernennung des ersten jüdischen Königs beschrieben. Die Juden wurden immer weniger religiös, was die Folge hatte, dass G'tt Seinen Schutz gelockert hat und die Feinde immer stärker und frecher wurden. Als der König der Ammoniten, Nachasch, die benachbarten Juden immer stärker bedrohte, baten sie den Propheten Schmuel, der damals als höchste Autorität fungierte, einen König zu etablieren. Schmuel findet einen Mann namens Schaul und macht ihn zum König. Wenig überraschend ändern die Juden nun ihre Meinung, finden Schaul nicht gut genug und verweigern ihm Gefolgschaft. Als der böse Nachasch einen Großangriff auf die Juden startet, sammelt Schaul kurzerhand ein paar Hundert Kämpfer und vertreibt Nachasch und seine Armee auf beeindruckende Weise. Das Volk ist jetzt von Schaul begeistert und es kommt zu einer großen Inaugurationsfeier im Gilgal. Plötzlich beschuldigt Prophet Schmuel die Juden, dass sie einen König gefordert haben, obwohl sie ja ihn, Schmuel, schon als großen Anführer hatten.

Das ist ziemlich überraschend, denn in der Thora gibt es ein Gebot, nach dem man einen König zu haben hat! „Wenn du in das Land kommst, das HaSchem, dein G'tt, dir gibt, und du nimmst es ein und wohnest darin, und du sprichst: Ich will über mich einen König setzen, wie all die Völker, die rings um mich; dann setze einen König über dich, den HaSchem, dein G'tt, erwählen wird". Was war denn daran falsch?!

Zeitgeist gegen geistlichen Inhalt

Das Problem war, dass die Juden sich nicht den König wünschten, weil sie ein Gebot der Thora erfüllen wollten, sondern weil sie „so wie die anderen" sein wollten. „Alle Völker haben einen König und wir wollen auch einen". Und Schmuel hatte damit absolut recht: nicht die schwache Führung war daran schuld, dass die Juden immer wieder von benachbarten Völkern unterdrückt wurden (die Führung in Person von Schmuel war hervorragend), sondern ihre Sünden und Nichtbefolgung von Geboten führten zu Leid. Das Hauptproblem jedoch war, dass die Juden ihren großen Propheten und Lehrer Schmuel nicht geschätzt haben! Erst im Nachhinein haben sie verstanden, was sie an ihm hatten.

Unsere Weisen warnen uns diesen Fehler nicht zu wiederholen: „Wenn wir als Rabbiner einen Gadol wie Mosche Rabejnu oder wenigstens wie Jehoschua bin Nun hätten, dann wären wir glücklich und hätten alle Anweisungen genauestens befolgt". Und das ist eine sehr falsche Herangehensweise! Unsere Weisen formulieren den richtigen Gedanken so: „Schmuel in seiner Generation, wie Mosche in seiner Generation". Das bedeutet: es kann sein, dass Mosche bzw. Schmuel große Weise und große Anführer waren. Jedoch lebst du jetzt und hast weder Mosche noch Schmuel. Du hast die Rabbonim deiner Generation und das sind die Weisen, die für deine Generation die Richtigen sind. Du musst ihnen zuhören und ihre Anweisungen befolgen, sonst macht jeder, was er will und dann hat auch jeder ein eigenes Judentum. Für die Juden der Generation von Schmuel kam dieser Erkenntnis zu spät, sie hatten schon einen König bekommen und es konnte nicht rückgängig gemacht werden. Für uns aber ist es noch nicht zu spät, zu richtiger Einsicht zu gelangen und unsere Rabbonim richtig zu schätzen.

Warum Jazz-Legende Louis Armstrong jiddisch sprach

Eine jüdische Familie half dem vaterlosen Jungen in seiner Kindheit. Seine Verbundenheit mit dem Judentum ging so weit, dass er zeitlebens einen Davidstern trug und sogar eine Mesusa an seiner Tür anbrachte.

Von Filip Gaspar

Jeder Mensch geht mit der Corona-Quarantäne anders um. Manche nehmen an Gewicht zu, andere entdecken gezwungenermaßen die Vorzüge der Heimarbeit, und wieder andere beginnen anscheinend mehr – oder überhaupt – klassische Jazzmusik zu hören. Denn laut einem Bericht der Empfehlungswebseite TasteDive ist das Interesse am Jazztrompeter und Sänger Louis Armstrong während Corona um 19 % gestiegen. Andere Genres wie elektronische Musik ziehen dagegen den Kürzeren.

Alex Elias, Gründer und CEO von Qloo, einer von TasteDive erworbenen Plattform für künstliche Intelligenz, sagte, dass dies „emotionalen Folgen der Quarantäne und der damit verbundenen Selbstbeobachtung sein" könnten.

Ob Jazzmusik besser geeignet ist, um mit dem eigenen Innenleben aufzuräumen, sei jedem selbst überlassen, doch wer genau war dieser Louis Armstrong überhaupt? Und weshalb sollte ein nicht-jüdischer Musiker einen Artikel in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU wert sein? Weil die damaligen Lebensumstände diese afroamerikanisch-jüdische Symbiose zustande brachten, die nicht nur den Jazz, sondern die Musik an sich, prägen sollten.

Vaterlos im Armenviertel

Louis Daniel Armstrong kam am 4. August 1901 im Armutsviertel, „Back o town", im sogenannten Third Ward, einem Bezirk von New Orleans, zur Welt. Diese Gegend wurde wegen der dort herrschenden Gewalt und Armut auch als „das Schlachtfeld" bezeichnet.

Sein Vater ließ die Familie früh im Stich. Zwar sollte er später noch einmal zur Mutter zurückkehren, aber bloß um diese ein weiteres Mal zu schwängern, und sie dann erneut sitzen zu lassen. Louis verbrachte die ersten Jahre bei seiner Großmutter, während die sich noch im Teenageralter befindende Mutter allerlei Arbeiten annehmen musste, um für den Unterhalt der Familie zu sorgen. Dazu gehörte vermutlich auch Prostitution.

Die Karnofskys, eine litauisch-jüdische Familie, sollten für ihn ein zweites Zuhause werden. Sie stellten den Jungen als Laufburschen an. Das Familienoberhaupt, Morris Karnofskys, zog zusammen mit dem kleinen Louis und einem Karren voller Altmetall durch die Straßen von New Orleans. Seine Aufgabe bestand darin, den Kunden das Kommen des Straßenhändlers anzukündigen. Dazu blies Louis in eine Art Horn, durch dessen Laute Karnofsky sich von den anderen Straßenhändlern unterscheiden konnte. Dies war sozusagen das erste Instrument im Leben von Louis Armstrong.

Eine jüdische Familie nimmt ihn unter ihre Fittiche

Später sagte er, dass sie ihn wie ihr eigenes Kind behandeltet hätten. Sie fütterten ihn nicht bloß mit Essen, sondern auch mit Musik. Von Mutter Karnofsky hörte er russische Wiegenlieder, die diese zum Besten gab und erlernte dadurch Jiddisch. Auf einer der alltäglichen Touren erblickte Louis im Schaufenster eines Pfandleihers ein Kornett für zwölf Dollar. Die Karnofskys hatten schon lange das musikalische Talent in ihm erkannt und waren bereit, ihm einen Vorschuss zu gewähren, damit er es kaufen konnte. Allerdings unter der Bedingung, dass er noch für ein weiteres Jahr bei ihnen arbeiten würde.

In seinen Memoiren äußerte Armstrong sich zur Familie Karnofsky: „Ich hege schon seit langer Zeit Bewunderung für das jüdische Volk. (...) Ich war erst sieben Jahre alt, aber ich musste die unchristliche Behandlung der armen jüdischen Familie, für die ich arbeitete, durch die Weißen mitansehen."

Aus dem kleinen Laufburschen sollte die weltberühmte Jazz-Legende werden. Doch die Lebensumstände von Armstrong können als typisch für die Entstehungszeit des Jazz bezeichnet werden. Der Jazz vermischte in den USA afrikanische Einflüsse mit den Einflüssen anderer Minderheiten, darunter vor denen jüdischer Musiker.

Neben den Parallelen in der afrikanischen und jiddischen Musik, wie etwa die Improvisation und die Tradition der mündlichen Überlieferung, teilen Juden und Afroamerikaner das Schicksal der Verfolgung durch weiße Christen. Die mehrheitlich protestantische Gesellschaft blickte eher skeptisch auf diesen neu aufkommenden Musikstil der Unterschicht. Die Situation der afroamerikanischen Musiker in den USA der 50er und 60er war nicht gerade rosig. Schwarze Musiker bekamen lange Zeit deutlich schlechtere Honorare für Auftritte als ihre weißen Kollegen.

Man muss jüdischen Musikern wie Benny Goodman und Artie Shaw danken, die als eine der ersten bereit waren, schwarze Musiker in ihren Bands mitspielen zu lassen. Natürlich bedeutete dies noch lange kein Ende der Segregation, doch war ein wichtiger erster Schritt auf einem langen Weg getan.

Bemerkenswerterweise findet man in deutschen Artikeln wenig zur Bedeutung des Judentums im Leben von Louis Armstrong. Im deutschen Wikipedia-Artikel wird die Familie Karnofsky nicht einmal erwähnt. Von den Jiddisch-Kenntnissen oder seinem jüdischen Manager mit Verbindungen zur Unterwelt, Joe Glaser, ganz zu schweigen. Armstrong selbst fand andere Mittel und Wege, um seine Dankbarkeit auszudrücken. So sollte er sein Leben lang einen Anhänger mit einem Davidstern um den Hals tragen. In seiner Küche durfte auch Matzebrot nicht fehlen, weil er die jüdische Küche lieben gelernt hatte. An seiner Tür befand sich auch eine Mesusa. Und dies sind nur einige der Zeugnisse, welch wichtigen Einfluss das Judentum auf Armstrongs Leben und seine Musik hatte.